

heinrich payr
untergrunddichtungen
drei aufsätze

*A heretic – political, moral, religious, or
aesthetic – was one who refused to out-
rage his own conscience.*

GEORGE ORWELL

ZUM »SAMISDAT«

Das Wort „Samisdat“ stammt aus dem Russischen und heißt wörtlich „Selbstverlag“. Es bezeichnete jene Untergrundliteratur, welche sich ab Mitte der sechziger Jahre in der ehemaligen Sowjetunion unter dem Druck von Zensur bzw. bürokratischer Restriktion herausgebildet hatte und die dann in den siebziger Jahren ihre Blüte erlebte. Mangels jeglicher Möglichkeit einer Veröffentlichung, ja mehr noch: mangels jeglicher Vervielfältigungsmöglichkeit – Photokopiergeräte waren, sofern überhaupt vorhanden, streng unter Verschluss – wurden die Werke im „Samisdat“ in nächtelanger Arbeit abgetippt, die Durchschläge im Bekanntenkreis weitergereicht und dort neuerlich abgeschrieben. Immerhin erfuhren auf diese Art und Weise etliche Werke von so bedeutenden Schriftstellern wie Andrej Sacharow und – allen voran – Alexander Solschenizyn erste Verbreitung. Der „Samisdat“ war damals nicht nur die einzig lebendige Literatur- und Kulturszene in der Sowjetunion; er war auch, wie ich mich selbst gut erinnere, viel lebendiger und folglich anziehender als große Teile der „westlichen“ Literatur.

Wenn hier vom „Samisdat“ die Rede ist, dann soll natürlich nicht suggeriert werden, ich nähme für mich den Status eines Solschenizyn oder Sacharow in Anspruch. Im Grunde, so könnte man bissig einwenden, im Grunde handelt es sich in diesem Falle ja doch bloß um die Verlegenheit, keinen Verleger zu finden. Davon wird im vorliegenden Buch jedoch noch ausführlich die Rede sein (im Aufsatz „Untergrund-

dichtungen“), ich kann mir weitere Erklärungen also sparen. Der Genauigkeit halber sei lediglich angemerkt, dass der dritte Aufsatz in diesem Band, „Anmerkungen zu Hayek“, sehr wohl veröffentlicht worden ist, und zwar in der Zeitschrift „Genius“, herausgegeben von Dr. Gerulf Stix. Er nimmt schon seit längerer Zeit freundlich Anteil an meiner Schreiberei, wofür ich mich an dieser Stelle ausdrücklich und aufrichtig bedanken möchte. Immerhin legt Herr Dr. Stix da eine Großzügigkeit an den Tag, die ich nur noch sprachlos bewundern kann – sprachlos, aber keineswegs neidlos, denn ich wollte, ich könnte mir sicher sein, selbst über derartige Großzügigkeit zu verfügen.

Leider muss ich gestehen, dass ich bei diesem Buch keineswegs jene Freude genossen habe, welche sich sonst einzustellen pflegt, wenn ein Werk endlich – nach jahrelanger Arbeit – abgeschlossen ist; vielmehr berührt es mich nun fast peinlich, dieses Konvolut vorzulegen. Warum? Nun, es ist so schrecklich pessimistisch. Das war keineswegs beabsichtigt. Vielmehr habe ich bloß versucht, möglichst ehrlich darzulegen, was ich mir so denke. Ich glaube, das ist mir auch gelungen. Unglücklicher Weise macht das Produkt eben deshalb so wenig Freude.

Na ja, wird man einwenden, du darfst halt nicht so negativ denken! Gut, einverstanden. Bloß wäre ich dann nicht mehr ehrlich.

Vor langer, langer Zeit – ich machte meine ersten zaghaften literarischen Schritte – vor langer Zeit also hörte ich einmal zufällig im Radio, wie eine damals populäre Schriftstellerin interviewt wurde: Uta Danella. Vielleicht kann sich der eine oder die andere an die Dame erinnern; sie produzierte gut gehende literarische Massenware aus industrieller Fertigung. Wie auch immer – Napoleon, so hörte ich sie gerade sagen, Napoleon sei ein todsicheres Thema. Der bringe stets Glück. Sie könne jedem Schriftsteller nur empfehlen, mit Napoleon anzufangen.

Österreich, so wandelte ich das Diktum ab, während ich an diesem Buch arbeitete, Österreich bringt als Thema Unglück, und ich muss jeden davor warnen, sich darauf einzulassen. Das trifft notabene nicht bloß auf meine Arbeit zu; auch was sonst über Österreich geschrieben

wird, all die Essays und Kommentare und Bücher und Leitartikel – auf eigenartige, schwer zu bestimmende Weise bleibt das alles letztlich stets unbefriedigend. Vielleicht liegt das an jener selbstzufriedenen Auffassung, wonach eben dieses Unbefriedigende dem österreichischen Wesen am besten entspreche: ein paar witzige Formulierungen, ein paar Paradoxa, und schon haben wir dieses Wesen dingfest gemacht. Bis zu einem gewissen Maße mag das wohl stimmen – ich fühle mich ja selbst der Tradition von Grünbaum, Farkas, Torberg, Weigl verpflichtet –, aber zum Prinzip erhoben, ohne den nötigen Esprit bleibt's doch bloß Bequemlichkeit, ein intellektueller Backhendlfriedhof.

Gerade als ich dabei war, dieses Manuskript hier abzuschließen, stieß ich auf eine interessante Beobachtung Arthur Schnitzlers in seinem Roman „Der Weg ins Freie“: dass nämlich „wohl dem Zorne, nicht aber dem Ekel Fruchtbarkeit beschieden sei“. Das wird von einem Schriftsteller gesagt, der in seiner Jugend ein bedeutendes Werk geschaffen hat, sich nunmehr aber bloß noch in höhnischen Randbemerkungen zum Lauf der Zeit ergeht. Ich kann das sehr gut nachvollziehen. Es ist ja überhaupt frappierend – oder, wenn man so will, deprimierend – wie wenig sich seit Schnitzlers Zeiten anscheinend geändert hat. Wien bleibt Wien: Das war schon Karl Kraus zufolge eine gefährliche Drohung, und dasselbe gilt wohl für's Land als Ganzes.

Hände weg also vom Thema Österreich. Man wird sich ja kaum eine Vorstellung davon machen, welche Mühe mich diese Aufsätze gekostet haben, besonders der zweite, „Land der Lügen“. Mehr als ein Jahr harter Arbeit! Warum eigentlich? Nun, das Schwierige daran war, jenes unglaubliche Lügen- und Phrasengeflecht zu entwirren, welches sich in Österreich um jedes heikle Thema spinnt. Die Arbeit erinnerte mich an die eines Chirurgen, der mit seinem Skalpell in mühsamer Kleinarbeit Schicht um Schicht abgestorbenen Gewebes entfernen muss, ehe er überhaupt zu jenem Organ vordringen kann, um welches es eigentlich geht. Eben diese Arbeit, das Beiseite-Räumen, das Vordringen zum festen Grund, das war es, was so viel Mühe ver-

ursachte und so viel Zeit kostete. Natürlich steht davon nichts im Aufsatz. Die Schwierigkeit, so könnte man sagen, bestand ja eben darin zu entscheiden, was wegzulassen sei. Und das war ziemlich viel.

Doch will ich mich hier keineswegs über die Schwierigkeiten der Arbeit beschweren. Das tut man nicht (außer man wählt den Ausweg der Moderne, darüber zu schreiben, wie die Kreativität funktionierte, wenn man sie hätte). Was hier gesagt wurde, soll auch keineswegs als Entschuldigung verstanden werden, als Bitte um Gnade, um milde Beurteilung. Mildernde Umstände gibt's in der Literatur letztlich keine. So, wie der Leser das Manuskript aufnimmt, so ist es.

Das bedeutet: Wer immer dieses Manuskript lesen will, der möge es lesen. Es darf und soll übrigens weitergegeben werden; das gehört mit zur Idee des „Samisdat“. Sollten weitere Exemplare gewünscht werden, so werde ich solche gerne zur Verfügung stellen, solange der Vorrat reicht (eventuell gegen Unkostenbeitrag). Grundsätzlich hab' ich nicht einmal etwas gegen eine Veröffentlichung – auch das wird oft missverstanden. Ich sehe mich bloß nicht in der Lage, mich mit hochnäsigen, indolenten Verlegern und Lektoren herumzuschlagen. Dazu fehlen mir Lust, Zeit, Energie und Notwendigkeit – auf gut Deutsch: einfach alles. Das einzige, was ich dezidiert ausschließe, ist eine Veröffentlichung ohne meine ausdrückliche Zustimmung. Man soll bitte stets daran denken, dass dieses Manuskript keineswegs bloß als Mittel zum Zweck gedacht ist: nämlich sich zum guten Ende vielleicht doch noch in ein Buch zu verwandeln; es ist vielmehr selbst bereits Zweck und gutes Ende, fertig und Punktum.

Andererseits möchte ich Leute, die mit diesem Konvolut beglückt werden, auch dieses Mal ein bisschen beruhigen, indem ich sie neuerlich an meine Geschäftsbedingungen erinnere: Mit diesem Manuskript übernehmen Sie keine wie auch immer geartete Leseverpflichtung!

Fulpmes, im Frühjahr 2005

INHALT

UNTERGRUNDDICHTUNGEN

Seite 7

LAND DER LÜGEN

Seite 69

ANMERKUNGEN ZU HAYEK

Seite 167

UNTERGRUNDDICHTUNGEN

AN EINEM SCHNEIDEND KALTEN WINTERMORGEN Anfang der siebziger Jahre befand ich mich eben auf dem Weg zu einer Lehrveranstaltung im Hauptgebäude der Universität Innsbruck – damals die „Neue Universität“ –, als ein großes Plakat auf der jenseitigen Straßenseite, gegenüber der Universitätsbibliothek, meine Aufmerksamkeit auf sich zog: „Untergrunddichtungen“. Ich glaubte meinen Augen nicht zu trauen: Hier bei uns? In Tirol? Wenn ich sofort, geradezu zwanghaft an Literatur dachte, dann handelte es sich natürlich um eine Folge meines Studiums – Germanistik und Amerikanistik –, also um so etwas wie eine früh einsetzende berufsbedingte Deformation. Aber das war noch gar nicht alles. Die wichtigste Assoziation, welche sich einstellte, war jene zur Untergrundliteratur in der damaligen Sowjetunion, zum so genannten Samisdat. Diese Literatur hatte mich schon seit einiger Zeit beschäftigt, vor allem die Werke Alexander Solschenizyns, vom *Iwan Denissowitsch* angefangen über den *Ersten Kreis* und die *Krebsstation* bis hin zum *Archipel Gulag* (der damals noch gar nicht vollständig erschienen war). Der Grund dafür hatte ebenfalls mit meinem Studium zu tun. Wie so viele andere war ich in die Philologie geraten, weil ich ein hoffnungsloser Bücherwurm war, ein Vollblut-Leser, wenn man so will. Damit ist ja mehr gemeint, als dass jemand bloß gerne oder viel liest; es geht vielmehr um eine Lebensweise, einen Aggregatzustand, welcher sich dadurch auszeichnet, dass Lebens- und Welterfahrung wenn schon nicht ausschließlich, so doch zu einem

beträchtlichen Teil mittels Lesens gewonnen werden. Bücher sind geistige Nahrung, gewiss, doch das gilt für jedermann; für den Bücherwurm sind sie mehr – letztlich bilden sie für ihn fast so etwas wie ein Medium, in welchem und durch welches er lebt. Auf diese Art und Weise wird die Lektüre, zumindest manchmal, in Sternstunden, selbst zum Erlebnis. In so einem Fall kann ein Bücherwurm ganz genau angeben, wann, wo und unter welchen Umständen er oder sie ein bestimmtes Buch gelesen hat. Im Übrigen erkennt man einen Bücherwurm ziemlich sicher an seiner Bibliothek. Diese Menschen wollen die Bücher, die sie gelesen haben, nämlich stets um sich haben, sie brauchen ihre Gesellschaft. Dabei geht es überhaupt nicht um den materiellen Wert. Bei den meisten Bänden wird es sich wahrscheinlich um Taschenbücher handeln, und um ziemlich zerlesene noch dazu. Genau die sind dem Bücherwurm aber die wertvollsten: Sie sind zu Freunden geworden.

Leider tappen jugendliche Büchermenschen gern in die Falle, jenes Studium zu wählen, welches allem Anschein nach ihrer Daseinsweise ideal entspricht: die Literaturwissenschaft. Doch so wie leidenschaftliche Liebe viel zu unberechenbar und unverlässlich ist, um darauf dauerhafte soziale Institutionen wie Ehe oder Familie zu gründen (weswegen Liebesgeschichten entweder tragisch enden oder im Moment des Ja-Worts aufhören), genau so könnten auf der Leidenschaft für Literatur niemals Universitätsinstitute oder akademische Karrieren aufgebaut werden. Für die journalistische Literaturkritik gilt klarerweise dasselbe. Es wäre unmöglich, die Laufbahn eines Literaturprofessors einzuschlagen, wenn sie unter der Forderung stünde, ein Leben lang direkt und unmittelbar ergriffen, begeistert oder bewegt zu sein von dem, was man liest, beziehungsweise immer dann zu schweigen, wenn man das nicht ist. Nicht umsonst besteht ein wesentlicher Teil der literaturwissenschaftlichen Ausbildung eben darin, die Dämonen des Enthusiasmus auszutreiben. Was bleibt, das ist dann allerdings jenes mechanische Geklapper, wie ich es in Vorlesungen und Seminaren allzu oft erlebte, besonders in germanistischen. Nur nebenbei sei angemerkt, dass es die Literaturwissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts offenbar geschafft hat, auf ihren Gegenstand, die Literatur, zurück zu wirken. Gerade deutschsprachige Schriftsteller und Schriftstellerinnen scheinen schon während des Schreibens die spätere Sekundärliteratur mitzuden-

ken, bis hin zur kritischen Gesamtausgabe. Dementsprechend schaut ihre Literatur auch aus. In der Regel ruft sie nichts anderes hervor als lähmende Langeweile; zumindest ist das mein persönlicher Eindruck – man sollte da sehr vorsichtig sein.

Im Vergleich dazu musste ein Schriftsteller wie Alexander Solschenizyn tatsächlich faszinieren, ebenso wie die sowjetische Untergrundliteratur schlechthin. Sicher, das lag auch an dem Kampf, welche diese Literatur gegen die kommunistische Ideologie führte – es handelte sich also um Politik. Darüber hinaus kam jedoch eine Auffassung von Literatur zum Tragen, die zwar der russischen Tradition entsprechen mochte, nicht aber der westlichen, schon gar nicht jener in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In Russland, so heißt es, sei der Schriftsteller von jeher als Rebell betrachtet worden, als Kämpfer. Doch er kämpft nicht bloß für eine neue Regierung oder für eine andere politische Verfassung. „Die Aufgaben des Schriftstellers“, hat Solschenizyn einmal gesagt, „betreffen allgemeinere und dauerhaftere Probleme. Sie betreffen die Geheimnisse des menschlichen Herzens und Gewissens, den Konflikt zwischen Leben und Tod, die Überwindung seelischen Schmerzes und all jene Gesetze der weit verstreuten Menschheit, die in der unausdenkbaren Tiefe der Jahrtausende sich bildeten und dann erst aufgehoben werden, wenn die Sonne erlischt.“ Die russische Vorstellung von Literatur, so könnte man vielleicht formulieren, ist die eines Refugiums für Schönheit, Reinheit, Wahrheit und Aufrichtigkeit. Dafür hat der Schriftsteller einzustehen und zu kämpfen, mit seinem Werk ebenso wie mit seiner Person, das ist letztlich der Grund, warum er sich so oft mit der „weltlichen“ Macht anlegt. Ein westlicher Literaturwissenschaftler kann angesichts solcher Naivität wahrscheinlich nur milde lächeln. „Solschenizyn – das ist doch eigentlich keine Literatur“, meinte damals, in den siebziger Jahren, einer von ihnen, nicht so leichthin, sondern im Rahmen eines Seminars. Kein Wunder, dass ich nach meinem Studium dann die Literaturwissenschaft, und besonders wieder die germanistische, erst einmal aus meinem System herausschwitzen musste, um zum ursprünglichen Lesen zurückkehren zu können. Was die russische Untergrundliteratur betrifft, so kann ich es mir nicht verkneifen, einen Witz wiederzugeben, der einst in der Sowjetunion die Runde machte: Da wird ein geplagter Schüler im – damals noch fernen – 21. Jahrhundert nach Leonid Breschnjew gefragt. „Breschnjew“,

grübelt er, „Breschnjew... War das nicht irgend so ein Politiker zur Zeit Solschenizyns?“ Niemals in der Geschichte menschlichen Humors, so bin ich versucht zu kalauern, ist ein Witz so schnell so wahr geworden wie dieser.

(Er stammt ebenso wie das Solschenizyn-Zitat weiter oben aus dem Buch *Die Stimme der Stummen* von Cornelia Gerstenmaier. Es handelt von der „demokratischen Bewegung“ in der Sowjetunion in den sechziger Jahren, und die manifestierte sich natürlich im Untergrund, im Samisdat. Als ich das Buch nun von Neuem las, stellte ich verblüfft fest, wie fesselnd es geblieben ist, obwohl sich die Verhältnisse doch so gründlich geändert haben, und obwohl es sich eigentlich um Sekundärliteratur handelt. Aber offenbar erzeugt jede Literatur auch die Sekundärliteratur, die sie verdient. Das Buch ist ursprünglich 1971 erschienen und längst nicht mehr in Druck, über das Zentralverzeichnis antiquarischer Bücher jedoch ohne weiteres erhältlich.)

Ohne Zweifel lasen wir damals die Werke Solschenizyns ebenso wie die anderer Dissidenten nicht primär in Hinblick auf ihre literarische Qualität – die begriffen wir, ehrlich gestanden, erst später; wir lasen die Werke vielmehr als Manifeste einer ideologischen Auseinandersetzung. Vordergründig ging es dabei um die Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen System im so genannten „Ostblock“ und den „westlichen“ Demokratien; zugleich ging es aber auch um eine Auseinandersetzung hier im Westen selbst, und die erschien zumindest ebenso brisant. Die siebziger Jahre brachten ja die Blütezeit der „Neuen Linken“, der „K-Gruppen“, oder wie diese Bewegung sonst noch bezeichnet werden mochte. Sichtbarer und spektakulärer Ausfluss war der Terror der Baader-Meinhof-Bande und der Roten Armee Fraktion in Deutschland beziehungsweise der Roten Brigaden in Italien. Man kann sich heute wahrscheinlich nur noch schwer vorstellen, welchen Einfluss linksradikale Studentengruppen damals an unseren Universitäten erlangten. Nicht, dass sie durchwegs als lautstarke Rabauken in Erscheinung getreten wären – zumindest nicht an der Innsbrucker Uni –, und wenn, dann bot das eher Anlass zur Heiterkeit; was beklemmend wirkte, das war vielmehr der Einfluss linker Ideologie auf das Denken, auch und gerade auf das akademische. Irgendwie, auf schwer fassbare Weise, galt es als ausgemacht, dass die Versatzstücke linker Ideologie, mit welchen naseweise

Studenten um sich warfen, ernst zu nehmen seien, ja mehr noch: dass dieser Ideologie die Zukunft gehöre. Da wurden sogar gestandene Professoren eigenartig kleinlaut. Ich habe selbst miterlebt, wie solche Herren trotz ihrer unbestreitbaren fachlichen Kompetenz glaubten, sich gegenüber großmäuligen Studentenvertretern verteidigen zu müssen. Das war umso erstaunlicher, als man sich heute wahrscheinlich ebenso wenig auszumalen vermag, welch himmelschreiender Unsinn damals verzapft wurde, und zwar mit dem vollen Ernst und der unerschütterlichen Gewissheit jugendlicher Selbstgerechtigkeit: „Ob es uns gelingen wird, Abhängigkeitsverhältnisse aller Art von heute auf morgen gewaltsam zu zerschneiden, ist also fraglich. Fraglich ist aber nicht, dass die statischen, nach hinten gesicherten Unterdrückungsstrukturen in Bewegung geraten müssen, um eine dynamische Entwicklung zu garantieren. Darum geht es nicht an, in Schwarz-Weiß-Technik mit Begriffen wie autoritär-antiautoritär, fortschrittlich-rückschrittlich zu argumentieren. Es geht vielmehr darum, die sinnliche Vermittlung zu finden, mit denen sich diese Widersprüche aufheben lassen [sic], denn Dialektik ist immerhin die Abstraktion von Dialog..“ Wie bitte? Aber schon geht's weiter: „In der Kommune produziert unser System seine eigenen Widersprüche, jedoch nur, wenn die Gruppen, von denen wir sprechen, nicht rationalisierend die Familie funktionabler machen, sondern wenn sich das Individuum gegenüber dem anderen Individuum emanzipiert und somit in die Lage kommt, sich selbst zu organisieren, statt organisiert zu werden... Wo das nicht geschieht, ist gerade die Kollektivbildung aufgrund ihrer immanenten Widersprüche eine erschreckende Möglichkeit, den schleichenden Faschismus zu stärken, weil der Anonymitäts-Raum noch größer, die Regelfunktion einer großen Familie dieser Art für die Stabilität, sprich Statik, des Systems noch gewaltiger, die Unterdrückungsmaschinerie selbst im individuellen, sprich hier: privaten Bereich unkontrollierbarer wird...“ Heute mag man schmunzeln. Wenn so etwas auf akademischem Boden ernst genommen wird, dann gerät jedoch der rationale Diskurs in Gefahr, mit ihm letztlich aber auch die parlamentarische Demokratie westlicher Tradition samt ihrer Gewaltenteilung und ihrem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Genau so haben das die linken Studentengruppen gesehen, und sie haben es beabsichtigt.

Es stimmt schon, solche Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Die revolutionären Studenten blieben eben dies: Studenten, die von der Revolution quasselten. Das stand aber noch lange nicht so fest wie heute, im Rückblick. Zwar begriff sogar ich irgendwann einmal, dass es sich lediglich um ein studentisches Phänomen handelte, ohne erkennbare Wirkung auf das Leben, wie es sich außerhalb des Universitätsbezirks abspielte, ja mehr noch: ohne erkennbare Ursache in der sozialen Wirklichkeit, sieht man einmal von Vietnamkrieg und ungenügend bewältigter NS-Vergangenheit ab. Letztere zu kritisieren mochte zwar als symbolischer Vätermord tiefenpsychologische Befriedigung verschaffen, stand aber jedem schlecht an, der sich aufgrund seiner linken Ausrichtung weigerte, die Verbrechen des Sowjetregimes ebenso vorbehaltlos beim Namen zu nennen, geschweige denn zu „bewältigen“. Da bekam man vielmehr genau die gleichen windelweichen Ausflüchte zu hören wie von der Elterngeneration in Bezug auf den Nationalsozialismus. „Das Schlimmste an Stalin war, dass er Chruschtschow ermöglicht hat“, verkündete ein Innsbrucker Studentenfürer einmal (es handelte sich, wenn ich mich recht erinnere, um den Führer der Maoisten, wie auch immer sie sich gerade bezeichnet haben mochten – GRM, oder so ähnlich). Was den Vietnamkrieg betraf, so musste es schon damals methodisch fragwürdig erscheinen, eine ganze Gesellschaftsordnung aufgrund dieser einen Fehlentwicklung ein für alle Mal zu verdammen, noch dazu, wenn diese Fehlentwicklung in dieser Gesellschaft selbst bereits heftigen Widerstand hervorrief. Nach derselben Logik hätte die Existenz der Straflager in der Sowjetunion ebenso genügen müssen, um den Marxismus ein für alle Mal zu erledigen. Oder die „killing fields“ von Kambodscha – doch diese zwei Millionen Opfer wurden, wie ich mich nur zu gut erinnere, von den ach so kritischen Adorno- und Horkheimer-Jüngern standhaft geleugnet: eine weltweite Verschwörung der monopolkapitalistischen Presse, wie der Studentenvertreter des germanistischen Instituts damals auf dem Anschlagbrett verkündete. (Und was ist aus ihm geworden? Was tut er heute?) Selbst wenn diese Selbstverstümmelung des Denkens vorerst keine unmittelbaren Auswirkungen in der Realität hatte, stand doch zu befürchten, dass sie irgendwann einmal Folgen zeitigen würde, indem so große Teile der heranwachsenden Intelligenz so eifrig mitmachten oder sich doch als so wehrlos erwiesen gegenüber der schlei-

chenden Hirnzersetzung. Immerhin war auch die Weimarer Republik seinerzeit nicht zuletzt an der tief verwurzelten Abneigung von Seiten der Intelligenz gescheitert: all der Richter, Verwaltungsbeamten, Lehrer – und all der Studenten, wie immer an vorderster Front, wenn's um Unfug geht.

Die Zukunft sah ich dementsprechend eher düster, apokalyptisch. Natürlich spielte da ein guter Schuss jugendlicher Romantik mit, auf paradoxe Weise ins Negative gewendet. Trotzdem wird man vielleicht verstehen, warum ich mich so stark mit dem identifizieren konnte, was die sowjetischen Dissidenten zu sagen hatten, wovor sie unermüdlich warnten. Es ging darum, hieb- und stichfeste Argumente gegen das marxistisch-leninistische Gedankengebäude zu finden, aus dem heraus die linke Studentenschar ihre Parolen skandierte. Das mag aus heutiger Sicht ebenfalls nur noch schwer verständlich sein. Was damals gegen diese Studenten vorgebracht wurde, das waren aber allzu oft bloß vorgefertigte, abgenutzte Stehsätze aus dem konservativen Arsenal, um nichts besser als die Parolen selbst. So betrachtete ich meine Suche nach tragfähigem intellektuellem Untergrund als einen Akt des Widerstandes, nicht gegen die Gesellschaft oder das politische System als solches, sehr wohl aber gegen jenes Milieu, in welchem ich mich bewegte und welches mich als angehenden Intellektuellen notgedrungen prägen musste, ob mir das nun passte oder nicht. Immerhin besteht Zivilcourage, wie ich glaube, eben darin: im Mut, gegen die vorherrschende Meinung der eigenen „peer group“ aufzustehen, somit *ihre* Ächtung zu riskieren, wenn das aus Gewissensgründen nicht anders möglich ist. Das kann unter Umständen viel schmerzlicher sein, als gegen „die Gesellschaft“ aufzubegehren, also gegen anonyme Kräfte und Meinungen, die ohnehin der „anderen“, der gegnerischen Seite zugerechnet werden.

Was ein richtiger Intellektueller sein will, der wird indes nicht bloß lesen, lernen und um Verständnis ringen, er wird seine Gedanken vielmehr ausdrücken wollen, in welcher Form auch immer. „Als Intellektuelle“, so lautet die beste mir bekannte Definition der Spezies (sie stammt von Richard Löwenthal), als Intellektuelle „bezeichnen sich diejenigen, die sich bemühen, dem Leben und der gesellschaftlichen Entwicklung als Ganzem eine Deutung zu geben“, und zwar durch „wissenschaftliche Analyse, wertenden Kommentar oder künstlerischen Ausdruck.“ Als Ergänzung könnte man vielleicht die Lehrer berücksichtigen,

die zwar zum Fußvolk der Intelligenz gehören mögen, deren Rolle dennoch nicht unterschätzt werden darf, weder im Guten noch im Schlechten. Außerdem haben es Intellektuelle in der Vergangenheit selten bei der Deutung belassen, vielmehr sahen sie sich regelmäßig berufen, etwas zu „bewirken“, die Gesellschaft zu verändern. Aber wie auch immer – ich hatte jedenfalls schon zu schreiben begonnen, ohne mir freilich bewusst zu sein, solcher Art einer Definition zu genügen. Allerdings hinderte mich eine eigenartige Scheu daran, mit meinen Ergüssen hausieren zu gehen. Zum einen lag das wohl an der Beobachtung, wonach poetische Anfälle bei Jugendlichen nichts weiter darstellen als eine notwendige Begleiterscheinung des Aufwachsens, so ähnlich wie Mumps oder Masern (damals – es wurde noch nicht geimpft). Zum anderen musste ich mir eingestehen, dass unter Literaturstudenten die Rate der vermeintlichen Dichter wahrscheinlich irgendwo zwischen 85 und 100 Prozent liegen dürfte: Es liegt nahe, jene Literatur selbst zu schaffen, welche man so gut zu verstehen glaubt. Was mich zusätzlich abschreckte, das war die ungeheure Eitelkeit, mit der selbst ernannte Schriftsteller ihre Versuche herumzureichen pflegten, als handle es sich bereits um Weltliteratur, sowie das endlose Gerede von all den tollen Sachen, die man machen würde, könnte, sollte oder wollte. Ich kann mich an kein einziges dieser Projekte erinnern, welches es bis zur Vollendung gebracht hätte. Aber selbst wenn, dann hätte sich das zahlenmäßige Verhältnis von Plänen zu Realisierung immer noch in astronomischen Größenordnungen bewegt – nicht gerade ermutigend für einen, der *wirklich* schreiben will. Ich habe es mir seit jenen Tagen zur Gewohnheit gemacht, niemals über eine Arbeit zu sprechen, ehe sie nicht abgeschlossen ist: Man gackert nicht über ungelegten Eiern, wie mein Vater zu sagen pflegte. Das hat sich im Laufe der Zeit zu einem richtiggehenden Aberglauben ausgewachsen. Ein Freund, dem ich nach langem Zögern meinen ersten dramatischen Versuch zeigte, stellte ganz verblüfft fest: „Das ist ja ein fertiges Stück!“ (Dazu war’s zwar zu kurz, aber ein Hörspiel gab’s immerhin ab.)

Aufgrund dieser Arbeitshaltung – erst schreiben, dann reden – erschien es mir durchaus vorstellbar, niemals veröffentlicht zu werden, sondern bloß Manuskripte zu produzieren, ganz wie im Samisdat. Meine düstere Einschätzung der Zukunft trug das ihre dazu bei. Im Grunde war es allerdings so, dass ich schon damals nicht wirklich mit „Erfolg“ rech-

nete. Das mag so klingen, als wollte ich mir rückblickend allzu viel Voraussicht andichten; doch kann ich mich genau erinnern, mir bereits eine Schriftsteller-Karriere ausgemalt zu haben, die im „Untergrund“ verlief, also völlig anonym, ja sogar heimlich. Fast könnte es scheinen, als sei hier so etwas wie Vorbestimmung am Werk. Aufgrund vieler Beobachtungen und Erfahrungen im Laufe meines Lebens bin ich sehr wohl geneigt, solche Phänomene zu akzeptieren. Allerdings schreibe ich sie nicht der Wirkung übernatürlicher Mächte zu, sondern ausschließlich der jeweiligen psychischen Konstellation in jedem Einzelnen von uns. Die bewirkt dann, was man als „self-fulfilling prophecy“ zu bezeichnen pflegt. Trotzdem gelingt es nur schwer, unseren psychischen Gegebenheiten zu entfliehen: Man muss lernen, damit zu leben.

So sah also der Hintergrund aus, vor dem an jenem Wintermorgen die riesigen Lettern meine Aufmerksamkeit erregten: „Untergrunddichtungen“. Nicht, dass ich den hier skizzierten Gedankengang bewusst durchlaufen hätte, aber er war doch präsent, er schwang gleichsam mit. Ein zweiter Blick enthüllte sehr schnell die wahre Bedeutung des Plakats: Auf dem Klinikgelände gegenüber der Universität wurde gebaut, und eingedenk der Nähe zum Inn-Fluss hielt man es für angebracht, Fundamente und Kellergeschoß gegen Wassereintritt abzusichern. Die ausführende Firma ergriff die Gelegenheit, diese ihre Fertigkeit ins rechte Licht zu rücken – Werbung ist bekanntlich alles.

II

Ganz so geradlinig, wie ich mir das ausgemalt hatte, verlief die Sache dann freilich doch nicht. In der Jugend, so sagt ein Aphorismus, glaubt man nicht ans ewige Leben – man *hat* es. Genau so verhält es sich mit dem Erfolg. Irgendwann brach ich doch auf zur üblichen Ochsentour durch Verlage und Redaktionen, immer mit dem einen Ziel vor Augen: veröffentlichen. Über diese Veröffentlichungen führte ich so wie alle jungen Schriftsteller penibel Buch.

„Literatur ist eine Ware“, dozierte eine Kollegin anlässlich meiner ersten öffentlichen Lesung. Das beeindruckte mich enorm. Inzwischen hatten wir das Ende der siebziger Jahre erreicht, es muss 1978 oder 1979

gewesen sein. Wir hatten die Universität verlassen und machten die ersten Schritte im Berufsleben. Zugleich bemühten wir uns redlich, all die leichtfertigen Abstraktionen und Theorien aus Studententagen aus unserem Denken auszuschneiden, vor allem jene grotesken Ideologien, welche in den ehrwürdigen Hallen der Alma Mater wucherten wie in einem Palmenhaus. Wir waren dabei, uns wieder einen unvoreingenommenen Blick anzutrainieren, somit die Welt oder, genauer, wenigstens das Leben um uns herum neu zu entdecken – inzwischen bereits zum zweiten oder dritten Mal. Da erschien die Unterordnung der Literatur unter die allgegenwärtigen Gesetze des Marktes als bewundernswert scharfe, unvoreingenommene Beobachtung.

Die Schlussfolgerung drängte sich von selbst auf: Wenn Literatur Ware ist, dann muss sie so wie jedes andere Produkt an den Mann, an die Frau gebracht werden, sie muss „vermarktet“ werden. Das gilt im Besonderen dann, wenn ein Überangebot herrscht; und an diesen Zustand der Konsumgesellschaft waren wir, nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, allesamt von klein auf gewöhnt, etwas anderes konnten wir uns gar nicht mehr vorstellen. „Vermarkten“, das hieß für uns selbstverständlich, sich auf einem Marktplatz Gehör zu verschaffen, auf dem es von Marktschreibern nur so wimmelt, jeder mit einem ganzen Köcher voll Finten, Tricks und Schmähs. Da sollte ich nun plötzlich bestehen. Und wozu? In unserer jugendlichen Arroganz dachten wir ja nicht einmal im Traum daran, einfach nur ins Blaue hinein zu schreiben – es musste schon ein Auftrag vorliegen, ehe wir in die Tasten unserer Schreibmaschine griffen, oder doch zumindest die Aussicht auf einen solchen; und wenn sich eine Aussicht auf Veröffentlichung ergab, dann wollten wir haarscharf darauf hin schreiben. Jede „Marktnische“, die wir zu entdecken imstande waren, sollte uns recht sein. Bloß keine hehren Ideale, bitte schön, bloß keine großartigen Phrasen – schließlich waren wir doch „Profis“, oder?

Dass es sich erst wieder um einen Irrweg handelte, konnten wir damals noch nicht wissen; noch weniger, dass er seinerseits auf ideologische Verblendung zurückzuführen war. Doch selbst wenn wir's durchschaut hätten: Es gibt durchaus so etwas wie notwendige Irrwege, also solche, die man gehen *muss*, weil sich der Irrtum erst mittels der Erfahrung erweist, die unterwegs gemacht wird. Was meine Wenigkeit betrifft, wäre der „Marsch durch den Untergrund“ schon deshalb unmöglich

gewesen, weil ich gar nicht wusste, worüber ich eigentlich schreiben wollte, was ich eigentlich zu sagen hatte; und dies, ausschließlich dies – der unwiderstehliche innere Zwang – kann letztlich als Grund für die eigenartige Tätigkeit des Schreibens geltend gemacht werden, als Rechtfertigung für all die Zeit und die Energie, welche darauf verwendet werden. Zunächst ging es mir wirklich darum, einfach nur zu schreiben, das heißt meine Fähigkeiten spielen zu lassen, sie zu entdecken und unter Beweis zu stellen. Erst dadurch lernte ich im Laufe der Zeit die Grenzen meines Talents kennen, all die Dinge, die ich *nicht* konnte und die ich nie zustande bringen würde. Auch solches glaubt man als Jugendlicher bekanntlich nicht. Journalistische Arbeit kann, so gesehen, durchaus eine gute Schule für den Werdegang eines Schriftstellers bieten. Das gilt für die Verständlichkeit ebenso wie für die Knappheit, die Ökonomie. Außerdem lernt man, vorgegebene Themen abzuhandeln, gleichgültig ob sie einen bewegen oder nicht, und das auf einen fest stehenden Termin hin, anstatt bloß dazusitzen und auf Inspiration zu warten. Freilich, ein gewisses redaktionelles Niveau wird da vorausgesetzt. Ob es im marktwirtschaftlich durchrationalisierten Journalismus von heute noch häufig anzutreffen ist, das mag dahingestellt bleiben.

Von einer „Karriere“ im landläufigen Sinne konnte trotzdem keine Rede sein. Eher dümpelte meine Schreiberei so dahin. Zwar eröffnete sich bis Ende der neunziger Jahre immer wieder irgendeine Plattform, es gelang mir sogar, zwei Bücher herauszubringen, doch ergab sich daraus keine kontinuierliche Entwicklung, nicht der geringste Fortschritt. Vielmehr schien immer dann, wenn sich so etwas wie eine „Karriere“ abzeichnete, ein Bruch zu erfolgen; oder, wie das ein Kollege einmal ausgedrückt hat: „Kaum glaubst du, Wasser unterm Kiel zu haben, schon sitzt du wieder fest.“ Es liegt mir fern, die Gründe dafür ausschließlich bei den ungünstigen Umständen zu suchen, bei den „Zuständen“, wie das so schön heißt. Sie lagen sehr wohl auch bei mir, vor allem wohl bei jener psychologischen Konstellation, von der schon die Rede war. Ihr mochte es zuzuschreiben sein, dass ich mich in literarischen Zirkeln niemals auch nur annähernd so frei und ungezwungen bewegen konnte, wie ich mir das gewünscht hätte und wie es ohne Zweifel erforderlich gewesen wäre. Ich kann mich an eine Gelegenheit erinnern, bei der mir das Dilemma besonders deutlich vor Augen stand. Es handelte sich um eine Lesung.

Da ich direkt von der Arbeit kam, war ich zwar leger, aber doch konventionell gekleidet, also nicht gerade billig. Im Verhältnis zum Publikum jenes Abends fühlte ich mich schon deshalb als Außenseiter, denn da herrschte alternative Tracht vor – der Caritas-Look, wie sich eine Freundin auszudrücken pflegte –, als Ausdruck alternativen Denkens. Die Ironie lag in dem Umstand, dass ich mich als Schriftsteller und Intellektueller unter meinen Kollegen am Arbeitsplatz ebenfalls als Außenseiter empfinden musste. Das heißt, ich hätte mich eigentlich unter Meinesgleichen befinden sollen, nämlich unter lauter Außenseitern. Wie könnte man wohl einen Zustand beschreiben, in dem sich der literarische Außenseiter unter anderen Außenseitern erst wieder als Außenseiter empfindet – Außenseiter zum Quadrat? Eine Begleiterscheinung dieses versuchten Spagats zwischen Normalität und Boheme war jedenfalls, dass es mir niemals gelang, meine Daseinsform mit dem nötigen Selbstvertrauen zu verteidigen. In literarischen Zirkeln versuchte ich, nicht in den Geruch eines Spießers zu kommen, der jeden Tag um halb sieben aufsteht und am Monatsende sein Gehalt auf dem Lohnkonto vorfindet; gegenüber Familie und Kollegen versuchte ich nachzuweisen, dass meine literarischen Ambitionen weder meine Anständigkeit noch meine Verlässlichkeit beeinträchtigten. Was meine „Karriere“ als Schriftsteller betraf, führte das zu einem weiteren Paradoxon, indem ich das, was mir im Grunde am Wichtigsten war, nämlich meine Schreiberei, gegenüber Verlegern und Redakteuren niemals ernsthaft vertreten konnte. Gerade Leuten, auf die es angekommen wäre, konnte ich gar nicht anders gegenüber treten als beschwichtigend lächelnd, so als müsste ich mich für die Anmaßung entschuldigen, sie und die restliche Welt mit einem meiner Manuskripte zu belästigen. Genau so wurde ich dann natürlich behandelt. Wer die Entschuldigung fürs eigene Dasein zur Basis von Verhandlungen macht, der darf sich übers Resultat nicht wundern.

So ging das, bis mein zweites Buch herauskam. Das war 1997. Seine Geschichte bot ein Lehrbeispiel verlegerischer Arroganz und systematischer Demütigung eines Autors. So musste ich feststellen, dass mich österreichische Verlage, denen ich das Manuskript geschickt hatte, keiner Antwort für würdig befanden – wohlgermerkt, ich rede nicht von einem richtigen Brief; ich rede nicht einmal von einer vorformulierten Ablehnung; ich rede bloß von einer Empfangsbestätigung: nicht einmal das!

Deutsche Verlage, selbst große, erwiesen sich da wenigstens als formalhöflich. Was mochte in Österreich bloß vorgehen? Wohin waren wir geraten? Als das Buch endlich herauskam, verschwand es zugleich – das heißt, es wurde zwar gedruckt und gebunden, aber das war's dann schon. Es erschien nicht wirklich am Markt, jeder Schritt in Richtung von Vertrieb, geschweige denn Werbung, schien dem Verlag bereits zu aufwändig zu sein. Von Kennern der österreichischen Verlagsszene wurde der Verdacht geäußert, es habe sich um nicht ganz saubere Machinationen im Zusammenhang mit Fördergeldern gehandelt, mein Schicksal sei im Übrigen alles andere als einzeln. Wie auch immer – man kann ein Buch nur lesen, wenn man weiß, dass es existiert. Wie viele Exemplare dürften wohl verkauft worden sein? Zahlen konnte ich niemals in Erfahrung bringen. Briefe wurden nicht beantwortet, am Telefon ließen sich die Herrschaften verleugnen. Der Leserkreis dürfte sich jedenfalls in engen Grenzen gehalten haben. Wahrscheinlich beschränkte er sich auf jene meiner Bekannten, denen ich Exemplare zukommen ließ – insgesamt mögen das vielleicht zwanzig oder fünfundzwanzig gewesen sein, wenn's hochkommt dreißig.

Trotzdem beflügelte mich alleine schon die Tatsache, dass überhaupt ein Buch von mir vorlag; und sie beflügelte mich so sehr, dass ich sofort daran ging, ein weiteres zu schreiben. Während der Arbeit kam ich zur Überzeugung, dass es besser ausfallen würde als das vorhergehende. Zugleich wollte ich nicht wieder einem Verleger mit dubiosen Praktiken in die Hände fallen; vielmehr würde ich „professionell“ vorgehen, mit serienweise verschickten Briefen samt Exposé und Textprobe, alles bereits während des Schreibens, nicht erst nachher. Die Reaktionen waren trotzdem um nichts besser als zuvor. Am günstigsten fielen sie wieder in Deutschland aus, durchaus auch bei großen Verlagen. Es gab sogar Lektoren, die sich offensichtlich mit meinem Exposé beschäftigt hatten; einer versuchte immerhin, mich an einen anderen Verlag weiterzureichen, von dem er glaubte, er werde eher Interesse zeigen an meinem Manuskript. Ganz anders heimische Verlage. Da kam ich auch dieses Mal wieder in den Genuss des ur-österreichischen Mottos, „nicht einmal ignorieren“. Ich muss gestehen, dass sich aufgrund solcher Erfahrungen mein anti-deutsches Vorurteil aufzuweichen begann. Beschleunigt wurde

der Prozess, als dank der „Schüssel“ öffentlich-rechtliches Fernsehen aus Deutschland in unserem Haushalt Einzug hielt.

Aber wie auch immer – es gelang mir nicht, das Manuskript unterzubringen. Dabei ging die Arbeit zügig voran, ich hatte nicht das Gefühl, es handle sich um Mist. Was sollte ich tun? Die Arbeit einstellen? Das wäre die „professionelle“ Reaktion gewesen, kein Zweifel: Das Manuskript findet keinen Verleger, folglich ist es entweder nicht gut genug, oder es ist nicht verkäuflich, somit überflüssig. Es lag mir fern, solche Überlegungen leichtfertig beiseite zu wischen. Im Grunde hat es ja stets etwas Problematisches an sich, wenn der Autor selbst über sein Werk urteilt – das sollte er schon seinen Lesern überlassen. Aber dazu muss es erst einmal gelesen werden, es muss unter die Leute kommen. Das Urteil einer Hand voll Lektoren braucht da keineswegs endgültig zu sein. Aus einem für mich völlig untypischen Gefühl der Überzeugung heraus beschloss ich, das Manuskript fertig zu schreiben, und zwar ohne mich weiterhin der demütigenden Bittstellerei bei Verlagen zu unterziehen. Vielmehr würde ich das fertige Manuskript photokopieren und an ausgewählte Freunde und Bekannte verteilen, zirka fünfzehn Stück. Das fiel mir umso leichter, als der Effekt so ziemlich der gleiche sein würde wie beim vorhergehenden Buch: Wer es gekauft hatte, der bekam auch ein Manuskript; und die Bezieher des Manuskripts wären aller Wahrscheinlichkeit nach auch die einzigen Käufer des neuen Buchs gewesen. Das einzige, was mich zögern ließ, war die Erfahrung, welche ich im Laufe der Zeit mit anderen Schreiberlingen gemacht hatte. Ich war zu vielen begegnet, die einem dauernd unveröffentlichte Manuskripte von zweifelhaftem Wert aufdrängen wollten – „musst du unbedingt lesen“ –, weil sie sich als Genies empfanden, die nur aufgrund einer weit verzweigten Verschwörung noch nicht groß herausgekommen waren. Als so ein verkanntes Genie wollte ich auf gar keinen Fall gelten. Glücklicherweise zerstreuten die Reaktionen meiner Leser solche Befürchtungen. Diese Reaktionen fielen nämlich überraschend positiv aus, selbst die von „professionellen“ Kollegen.

Was ursprünglich als Notlösung entstanden war, entpuppte sich auf seine Art als erfolgreich. Das wiederum machte Lust auf mehr. Zu meiner Verblüffung entdeckte ich, dass sich der nächste Schritt mehr oder weniger von selbst anbot: Ohne viel Zutun formte sich in meinem

Kopf bereits das Konzept für ein weiteres Buch, es nahm immer schärfere Konturen an, bis es schließlich nur noch darauf wartete, endlich geschrieben zu werden. Allerdings setzte das von allem Anfang an voraus, dass an eine Veröffentlichung überhaupt nicht gedacht würde. Vom Thema angefangen bis hin zur Form erschien alles viel zu eigenartig, zu unüblich, als dass ich es jemals hätte einem Lektor unterbreiten wollen. Da stellte sich denn doch die Frage, ob ich dazu imstande sein würde, so ein Abenteuer durchzuhalten; denn um ein solches musste es sich wohl handeln, wenn ich mich auf den Weg machte, um zwei bis drei Jahre lang in aller Stille an einem Buch zu arbeiten, von dem ich wusste, dass es niemals veröffentlicht werden würde. Das Unternehmen setzte ein hohes Maß an Standfestigkeit voraus: Ich musste so fest überzeugt sein, genau dies sei das Buch, welches ich nun zu schreiben hatte, dass ich mich für lange Jahre darauf konzentrieren konnte, ohne durch andere, unter Umständen aktuellere Themen irritiert zu werden. Zugleich war Überzeugung vonnöten, um mich ausreichend zu motivieren, wenn der Marsch beschwerlich wurde – und damit muss natürlich stets gerechnet werden.

Ich kann mich noch gut an den Moment erinnern, als der Entschluss endgültig feststand. Wir verbrachten unseren Urlaub in Ouranópolis, einer kleinen Stadt auf der Halbinsel Athos im Norden Griechenlands. Sie liegt nahe der Grenze zur berühmten Mönchsrepublik; von ihrem Kai aus verkehren die Fährschiffe zu den Klöstern an der Südküste der Halbinsel, ebenso legen hier die Ausflugsschiffe für Touristen ab, die sich allerdings bloß bis auf einen Respektabstand dieser Küste nähern dürfen. Ouranópolis selbst zeichnet sich durch einen eigenartigen Charakter aus. Obwohl es winzig klein ist, macht es doch den Eindruck einer Stadt. Vielleicht liegt das daran, dass es sich selbst genügt, dass es nicht für andere da sein will, zum Beispiel für die zahlreichen Bauern aus der Umgebung. Natürlich kommen im Sommer eine Menge Touristen hierher, überwiegend Griechen aus Thessaloniki, aber Ouranópolis scheint nicht einmal primär für den Tourismus zu existieren. Deshalb ist es auch nicht pittoresk, was wiederum den Vorteil hat, dass man sich um eine Verschandelung erst gar keine Sorgen zu machen braucht.

Das Wahrzeichen der Stadt ist ein mächtiger steinerner Turm am Hafen. Er soll als Speicher gedient haben für jenen Anteil der Ernte,

welchen die Bauern der Region den Klöstern auf Athos abliefern mussten. Angeblich sollen an diesem Turm auch jene Kleinkinder abgelegt worden sein, welche die Mönchlein des heiligen Berges in der Umgebung gezeugt hatten. Wie auch immer: Am Tage unserer Abreise stand ich auf dem Bootsteg des Hotels knapp außerhalb der Stadt und schaute auf diesen Turm hinüber. Es war Nachmittag, Anfang September. Die Sonne stand bereits ziemlich nieder über dem Horizont und warf ein klares, goldenes Licht auf den Turm, auf die Stadt, auf den Hafen mit seinen kleinen Fährschiffen, auf das Meer und auf die kahlen Felsen einer vorgelagerten Insel. Es hieß Abschied nehmen: nicht bloß von Ouranópolis, nicht bloß von der Welt des Mittelmeers, sondern auch vom Sommer, einem weiteren Sommer. Für einen Lehrer beginnt im September ein neues Jahr, viel markanter als zu Silvester: Anlass, zurück zu schauen und nach vorne. In diesem Moment wusste ich, dass ich das geplante Buch schreiben würde, und zwar genau so, wie vorgesehen, also im „Untergrund“. Ich wusste auch, dass ich es schaffen würde, dass ich das Unternehmen durchhalten und zu Ende führen würde. Zugleich wusste ich, dass ich den richtigen Entschluss gefasst hatte – ich konnte die Überzeugung gleichsam körperlich spüren.

Gleichzeitig empfand ich aber auch eine erstaunliche Befreiung, ich fühlte mich geradezu euphorisch. Erstaunlich war das insofern, als nach herkömmlicher Auffassung der endgültige Schritt in den „Untergrund“ ja eher als unwiderrufliches Eingeständnis des Scheiterns aufzufassen wäre, als Gipfel des Versagens. Mir war jedoch, als sei ein Schuppenpanzer geplatzt, der mich bis dahin rundherum beengt hatte. In der Tat – ich hatte mich gehäutet! Zum ersten Mal konnte ich als genau derjenige vor mich selbst hintreten, der ich stets hatte sein wollen: Einer, der sich seinen Teil denkt und der seine Gedanken dann möglichst klar und fundiert zu Papier bringt. Aber mehr noch: Ich stellte fest, dass die Schuppen auch von meinen Augen gefallen waren. Plötzlich sah ich vieles ganz anders und, wie ich glaube, viel klarer. Das galt zum Beispiel für meine Rolle als Autor, für meine Fähigkeiten ebenso wie für meine Schwächen. Doch hatte die „Häutung“ interessanterweise zur Folge, dass ich mich nun eher als professioneller Schriftsteller fühlen konnte, erstmals in meinem Leben! Ein weiteres Paradoxon, denn zu einem „Profi“ gehört konventioneller Überzeugung zufolge doch eher die kaltschnäuzige Kal-

kulation in Hinblick auf den „Erfolg“. Trotzdem ergab es sich, dass ich nun sachlich über mein eigenes Schreiben reden konnte, ohne vorge-täuschte Selbstsicherheit, aber auch ohne das verlegene Grinsen, das sich früher unweigerlich eingestellt hatte.

Vor allem aber sehe ich seit damals so manches um mich herum in einem anderen Licht. Davon soll im Folgenden die Rede sein. Wie sich herausgestellt hat, wird meine Sichtweise nur von wenigen geteilt, und die sind selten und weit verstreut; doch handelt es sich weder um Spinner noch um verbohrt Intellektuelle. In diesem Sinne fühle ich mich wirklich oft wie ein „Dissident“ (ohne dass ich den Vergleich allzu ernst nehmen kann oder will). Drei Aspekte mögen hier vielleicht von Interesse sein und sollen deshalb herausgegriffen werden: der so genannte Literaturbetrieb, das Konzept des „Erfolges“, sowie die politischen Gegebenheiten, unter denen ich arbeite.

III

Nach drei Jahren war jenes Buch fertig gestellt, welches ich damals in Griechenland beschlossen hatte zu schreiben, und ich zeigte das Manuskript etlichen meiner Freunde und Kollegen. Ihre Reaktionen fielen durchwegs positiv aus – positiver als je zuvor, möchte ich hinzufügen, denn auch solch ein Echo stellte sich erst ein, nachdem ich den Gedanken auf Veröffentlichung aufgegeben hatte. Da es sich trotzdem um dieselben Kritiker handelte wie zuvor, kann ich nur schließen, dass durch den Gang in den „Untergrund“ meine Schreiberei besser geworden ist. In diesem Falle war einer meiner Kollegen so angetan von meinen Ausführungen, dass er unbedingt Schritte unternehmen wollte, das Manuskript doch noch an die Öffentlichkeit zu bringen. Wer glaubt, ich hätte sofort, entschieden und eindeutig Nein gesagt, der unterschätzt die Kraft der Eitelkeit. Selbst die ältesten Zirkusgäule, so sagt man, fangen wieder an zu tänzeln, wenn sie bekannte Klänge vernehmen. Also ließ der Kollege seine Verbindungen zu einer Zeitungsredaktion spielen. Ich möge, so sagte er mir kurz darauf am Telefon, mit dem Anruf einer Redakteurin rechnen, die werde „etwas machen“. Erst da zog ich die Notbremse. Ich will das nicht, teilte ich ihm mit, und zwar mit einer Entschiedenheit, die

gänzlich untypisch ist für mich. Verständlich, dass er verschnupft reagierte. Doch die Vorstellung, mit besagter Redakteurin über mein Buch sprechen zu müssen, erfüllte mich mit Schrecken. Zum Teil lag das daran, dass ich sie flüchtig kannte. Hauptsächlich lag es jedoch an meinen Erfahrungen mit Journalisten schlechthin, ja mehr noch: an jenen Erfahrungen, welche ich ganz allgemein gemacht hatte, wenn ich früher an die Öffentlichkeit getreten war.

Stellen wir uns einmal vor, ein Schriftsteller sitze einem Kulturjournalisten gegenüber. Der Anlass möge ein Interview sein, der Ort ein fensterloses Studio im regionalen Rundfunkgebäude. Auf den ersten Blick scheinen Motive und Interessen der beiden Beteiligten offen zutage zu liegen: Der Journalist informiert eine breitere Öffentlichkeit, er setzt sein Wissen und Können dafür ein, zwischen dem, was an Wichtigem passiert – in diesem Falle die Arbeit des Schriftstellers – und dem Publikum zu vermitteln. Der Schriftsteller wiederum will seinem Publikum etwas mitteilen – deshalb ist er schließlich Schriftsteller.

Schaut man genauer hin, dann mischen sich freilich schnell unfreundlichere Farbtöne in das idyllische Bildchen. So mag etwa der Fall eintreten, dass den Journalisten sein Interviewpartner nicht im Geringsten interessiert. Vielleicht hält er ihn oder sie sogar für ein weiteres Exemplar jener literarischen Spezies, welche sich maßlos überschätzt, sich eben deshalb aber mit pathetischem Wortschwall in Szene setzt. Insgeheim gibt er sich womöglich dem Selbstmitleid hin, weil er sich mit solchen Stümpfern abgeben muss, anstatt „gescheite“ journalistische Arbeit zu leisten. Doch so ist eben sein Beruf, seine Stellung. Er muss einen Beitrag liefern, eine „Story“, und zwar zum vorgegebenen Zeitpunkt und in der richtigen Länge. Wenn möglich, sollte die Story auch noch „gut“ sein, das heißt interessant, neu, vielleicht sogar reißerisch. Im Idealfall schildert der Autor in seinem jüngsten Werk einen drastischen Fall von Tierquälerei oder Kindesmissbrauch; oder er ist selbst gequält und missbraucht worden. Doch das sind Sternstunden eines Journalisten. Der Schreiberling, der ihm da gegenüber sitzt, gehört zur Konfektionsware. Trotzdem – der Beitrag fürs Kulturjournal am Abend oder am nächsten Tag muss rechtzeitig fertig sein. Je rascher das geht, je weniger Mühe es kostet, desto besser. Und so stellt er seinem Gegenüber im Studio gelangweilt

ein paar Fragen und lässt ihn oder sie im Übrigen reden. Hinterher wird das Interview ohnehin geschnitten.

Der Schriftsteller hingegen redet gleichsam um Kopf und Kragen. Immerhin kann er sich zugute halten, bereits einen wichtigen Schritt getan zu haben, indem es ihm gelungen ist, überhaupt in dieses Studio vorzudringen. Erst so kann er hoffen, die Schwelle von der Anonymität zum gleißenden Licht der Öffentlichkeit zu überschreiten, und tatsächlich erinnert die Funktion von Journalisten heutzutage ein wenig an jenen Maxwell'schen Dämon, der einem thermodynamischen Gedankenmodell zufolge an der Tür zwischen zwei Kammern sitzt und durch blitzschnelles Öffnen und Schließen bewerkstelligt, dass nur ganz bestimmte Teilchen von der einen in die andere gelangen. Im Unterschied zu gedachten Dämonen gibt's die Journalisten aber wirklich, und wir können getrost davon ausgehen, dass sie sich ihrer Funktion sowie der damit verbundenen Macht sehr wohl bewusst sind. Die gelangweilte Herablassung, welche unser Rundfunkredakteur an den Tag legt, entspringt eben diesem Bewusstsein.

Umso verzweifelter muss sich der Schriftsteller bemühen, dem Herren oder der Dame zu Gefallen zu sein. Halte dich gefälligst kurz, wenn du in den Tempel der Medien vorgelassen wirst! Was du sagst, muss prägnant sein, gleichzeitig muss es sofort Aufmerksamkeit erregen, wenn möglich sollte es unverwechselbar sein. – Wie macht man das bloß? Selbst für Werbefachleute ein kniffliges Problem, muss es für einen Schriftsteller praktisch unlösbar bleiben, vor allem dann, wenn er auf Ehrlichkeit Wert legt, auf Authentizität. Man muss sich vor Augen halten, wie lange so ein Autor an einem Buch arbeitet: zwei Jahre, drei Jahre. Und jetzt soll er es in fünf Minuten an den Mann bringen, in Form von „sound bites“? Wäre das nur im Entferntesten möglich, dann wäre es schwerlich nötig gewesen, drei Jahre lang an dem Buch zu arbeiten; war umgekehrt diese Arbeit doch nötig, dann kann man sie nicht so einfach in Form intellektueller Häppchen verabreichen. Ähnliches gilt meiner Erfahrung nach für die weit verbreitete Veranstaltungsform der Lesung mit anschließender Diskussion. Besonders letztere erübrigt sich, solange die Leute das Buch nicht gelesen haben, welches zur Debatte steht; und wenn sie es gelesen haben, dann sollten die allermeisten Fragen beantwortet worden sein, sonst fehlt ganz offensichtlich etwas in dem Buch.

Nun kann man natürlich einwenden, man müsse von einem Werk erst einmal gehört haben, ehe man es lesen kann. Die Medien erfüllten demzufolge die von ihnen selbst so hoch gepriesene Funktion der Information. Das soll keineswegs geleugnet werden. Als Leser habe ich selbst schon von solchen medialen Begegnungen profitiert. Bloß handelte es sich nicht um Fünf-Minuten-Spots, sondern um Porträts oder Interviews in einer Länge zwischen 30 und 50 Minuten beziehungsweise um ausführliche Rezensionen oder Aufsätze (in englischen Zeitungen; bei uns gibt's so was schon lange nicht mehr). Davon ist unser Schriftsteller im Landesstudio jedoch meilenweit entfernt, und nicht bloß er, sondern die allermeisten seiner Kollegen: Für sie alle besteht die Aufgabe in der Regel darin, erst einmal werbewirksame Häppchen zu servieren.

Gewiss, es mag durchaus der glückliche Fall eintreten, dass beides zusammentrifft: das literarische Talent mit jenem für die Werbung. Ausgeschlossen ist das keineswegs. Ebenso wenig kann man sich allerdings darauf verlassen, dass es der talentierte Schriftsteller schon irgendwie fertig bringen werde, den medialen Dämon zu passieren und in das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Wie immer, wenn so ein „irgendwie“ im Spiel ist, begeben wir uns in das Reich der Sagen und Märchen. Wer wirklich will, dass literarische Talente entdeckt und gefördert werden, der sollte sich ganz konkret bemühen, eben dies zu tun – nämlich literarische Talente entdecken und fördern – anstatt sich hinter einem gedankenlos nachgeplapperten Irgendwie zu verschanzen. Das wäre umso wichtiger, als inzwischen genug Erfahrungsmaterial vorliegt, welches die Unvereinbarkeit von kontinuierlicher Eigenwerbung und kontinuierlicher literarischer Qualität untermauert. *Advertisements for Myself* hat der amerikanische Autor Norman Mailer eines seiner Bücher genannt, das zweite nach seinem sensationellen Erstlingsroman *The Naked and the Dead* (1948). Obwohl die *Advertisements* (1959) unter anderem das bekannte Essay „The White Negro“ enthalten, offenbaren sie bereits jene Zwickmühle, in welcher sich Mailer befand. Er konnte nämlich nie mehr an seinen Anfangserfolg anknüpfen. Damit begannen die „advertisements“ jedoch allmählich das literarische Schaffen zu ersetzen. Es blieb bloß der verzweifelte Ausweg, die Werbung ihrerseits zum Gegenstand des Schreibens zu machen, sie kurzerhand selbst zur Literatur zu erklären. In *The Armies of the Night* (1968) schildert Mailer in Form einer Er-Erzählung

nicht bloß, wie eine Figur namens Norman Mailer an einer großen Antikriegs-Demonstration vor dem Pentagon teilnimmt und was diese Figur dabei so treibt und erlebt – er schildert zugleich, wie sie ständig von einem Fernsehteam gefilmt wird, zum Zwecke einer TV-Dokumentation. Ohne diese zweite Ebene wäre es bei einem Erlebnisbericht geblieben, nicht einmal bei einem besonders fesselnden, es hätte schwerlich zu einem richtigen Buch gereicht. So mag es vielleicht wunderbar komplex und postmodern sein, sich also hervorragend für literaturwissenschaftliche Analysen eignen, es bleibt trotzdem eigenartig schal. Noch drastischer könnte der Zusammenhang am Beispiel Ernest Hemingways illustriert werden, dessen literarisches Kapital ursprünglich gerade aus seinem kompromisslosen Willen zur größtmöglichen Ehrlichkeit bestand. Leider war er zugleich ein Meister der Eigenwerbung. Die zehrte das Kapital an Ehrlichkeit jedoch nach und nach auf. So könnte man seine Karriere ohne weiteres als Diagramm mit zwei entgegengesetzt verlaufenden Kurven darstellen, eine ansteigende – die Berühmtheit – und eine abfallende, die literarische Qualität. Ich glaube sogar ziemlich genau den Punkt benennen zu können, an dem sich die beiden Kurven schneiden: mitten im Roman *A Farewell to Arms* (1929). In welche Abgründe, in welches literarische Elend Hemingways Angeberei – später von geradezu pathologischem Ausmaß – führte, das braucht wohl nicht noch einmal breit getreten zu werden. Es genügt, die Tatsache festzuhalten: „advertisements for myself“ bergen die Gefahr, das schriftstellerische Talent zu untergraben, es zu zerfressen, wie das eine scharfe Säure tut. Wenn aber sogar ein Weltmeister wie Ernest Hemingway letztlich an der Eigenwerbung scheiterte, wie sehr muss die Aufgabe dann andere Talente überfordern! Womit nicht jedem oder jeder, der oder die sich einigermaßen gewandt auf dem glatten Parkett des Literaturbetriebs bewegt, gleich jegliches Talent abgesprochen werden soll. Ganz sicher ist es aber so, dass der Zusammenhang zwischen dem Talent und der Fähigkeit, sich selbst ins rechte Licht zu rücken, kein *notwendiger* ist: Er *kann* zwar gegeben sein, *muss* es aber nicht. Den sichtbaren Beweis liefern jene, welche lautstark als Schriftsteller auftreten und als solche auch anerkannt, ja sogar geehrt werden, obwohl ein kindliches Gemüt fragen mag, wo denn da die Kleider sind, will sagen: obwohl es fraglich ist, worin das literari-

sche Verdienst eigentlich besteht, oder wie lange es her ist, seit es ausreichenden Grund zu einem solchen gegeben haben mag.

Die Aufgabe des so genannten Literaturbetriebs müsste es sein, in diesem Dilemma zwischen „self-advertising“ und literarischer Qualität zu vermitteln. Zumindest würde das ein durchschnittlich begabter Mitbürger mit seinem alltagserprobten Hausverstand erwarten. Es wäre, anders ausgedrückt, die Aufgabe von Experten – Literaturkritiker, Verleger, Professoren –, Talente zunächst einmal zu erkennen, und zwar ganz unabhängig davon, ob sich die in Frage kommende Person in Szene zu setzen vermag oder nicht; weiters für die Veröffentlichung solcher Art als wertvoll erkannter Werke zu sorgen; und drittens die interessierten Teile des Publikums wissen zu lassen, dass es da etwas Lesenswertes gibt, samt Angabe von Gründen. Ich kann mich nur zu gut an mein Germanistik-Studium erinnern, als eben dieses Modell zwar nicht ausgesprochen, aber doch im Hintergrund das Denken mitbestimmte. Früher, so wurde suggeriert, mochte es vorgekommen sein, dass großartige Schriftsteller verkannt wurden; doch könne man die Philister von damals mit ihren Scheuklappen nachsichtig belächeln, denn „heute“ wär’ so etwas nicht mehr vorstellbar, dazu sind wir literarisch einfach zu gebildet, zu „aufgeklärt“, dazu gibt’s außerdem Subventionen, es gibt staatlich geförderte Zeitschriften und Verlage. (Zeitweilig glich das Studium denn auch einer Verkaufsschulung für reisende Vertreter des Residenz-Verlags.)

Die Realität stellt sich natürlich anders dar. Nicht umsonst beklagte der ungarische Schriftsteller Sándor Márai einmal das Aussterben jenes Verlegertyps, der sich noch als Vermittler zwischen Autor und Leser verstand, als „Geburtshelfer und Kuppler“. Es scheint früher tatsächlich solche Persönlichkeiten gegeben zu haben, denen es nicht bloß darum ging, mit Büchern Geld zu verdienen, die vielmehr ihren Stolz darein setzten, dies mit *guten* Büchern zu bewerkstelligen. Das unternehmerische Geschick diene somit der Ermöglichung guter Literatur, und nicht umgekehrt. Für den Neo-Liberalismus unserer Tage wäre dieser Ansatz schon deshalb unvorstellbar, weil mit dem Dogma von Angebot und Nachfrage ziemlich freizügig umgegangen wurde – und so etwas darf man bekanntlich nicht, nicht mit einem Dogma. Der zeitgenössischen marktwirtschaftlichen Orthodoxie zufolge ist alles, wonach genügend Nachfrage besteht, ipso facto gut. Sollte das Gute nicht gleich erkennbar

sein, so muss es eben gefunden werden – eine reine Frage der Auslegung, der Exegese. Wenn aber das, wonach Nachfrage herrscht, prinzipiell gut ist, dann folgt daraus, dass nichts wirklich gut sein kann, wonach keine oder keine genügend starke Nachfrage besteht. Wie alle anderen Dogmen hält es der Skepsis nicht lange stand. Man gehe bloß in die nächstgelegene Buchhandlung und betrachte einmal unvoreingenommen das Sortiment: Will man uns wirklich weismachen, diese Flut von Büchern sei ausschließlich über uns gekommen, um einen Bedarf zu befriedigen, weil sie also alle so heiß begehrt werden? Auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst 2003, so wurde vermeldet, präsentierten mehr als 6.000 Verleger an die 300.000 Neuerscheinungen. Nicht einfach *Titel*, wohlgemerkt, sondern *Neuerscheinungen!* Und jeder davon befriedigt ganz gezielt eine Nachfrage, wie?

Der Sachverhalt hat insofern seine Bedeutung, als die Nachfrage-Keule so sicher wie das Amen im Gebet auf den schüchternen Autor niedersaust, der es gewagt hat, mit einem Manuskript in der Hand seine Majestät den Verleger in deren managerhaften Betriebsamkeit und Zeitnot zu belästigen. Die erste Reaktion: leichtes Seufzen, die Augen werden voll nostalgischem Bedauern der Decke zugewandt (gemeint ist vermutlich der Himmel, aber solche Gespräche finden in der Regel in geschlossenen Räumen statt). Die Zeiten haben sich geändert, mein Lieber/meine Liebe; sicher – die Literatur, wer wollte nicht, aber die Gestehungskosten, und wer liest heute schon... Zerknirscht dreht der Autor das Manuskript in seinen Händen. Soll er sich jetzt entschuldigen?

Wir wollen keineswegs vorgeben, viel von Ökonomie zu verstehen, weder im Allgemeinen noch von jener des Verlagswesens und des Buchhandels im Besonderen. Wenn die werten Herren Verleger aber jedes Jahr 300.000 neue Titel auf den Markt werfen, dann können zunächst einmal die Produktionskosten nicht allzu hoch sein. Um das zu erkennen, braucht es gewiss kein BWL-Studium. Bücher sind ganz offensichtlich zur Massenware geworden, was wiederum bedeutet: Sie werden in industrieller Massenfertigung erzeugt. Sie werden in aberwitzigen Mengen auf den Markt geworfen, offenbar in der Hoffnung, dass alleine wegen der angebotenen Menge wenigstens ein paar Exemplare abgesetzt werden. Etwas weiter gefasst, könnte der Sinn der Massenproduktion – nicht nur von Büchern, wie erinnerlich, sondern von *Titeln* – dem Versuch dienen,

mittels Masse zufällig einmal einen Bestseller zu produzieren, der dann seinerseits wieder die Massenproduktion rechtfertigen würde. Wenn dem wirklich so wäre, dann bedeutete dies nicht nur, dass die Produktionskosten niedrig genug sein müssten, solches zu ermöglichen, es müsste überdies der Gewinn so hoch ausfallen, dass selbst der Verkauf einer relativ geringen Stückzahl die gesamte Auflage eines Titels rechtfertigte. So gesehen, könnte praktisch *jedes* Buch produziert werden, sofern der Verleger bloß wollte. Welches Buch im Einzelnen zur riesigen Masse beisteuert, von der ohnehin nur ein Bruchteil verkauft wird, ist bestenfalls von untergeordneter Bedeutung. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Verlag außerdem noch von der öffentlichen Hand subventioniert wird, und das dürfte bei jenen, die vorgeblich der „Qualität“ dienen, die Regel sein. Selbst die Ausrede mit den stets zu knappen Subventionen bleibt das, was wir von vorneherein argwöhnten: nämlich faul.

Noch etwas kann in Anbetracht der ungeheuren Flut an neuen Titeln nicht stimmen: dass es ein Überangebot an Manuskripten gebe. Das versucht man untertänigen Autoren nämlich auch ständig einzureden. Selbst wenn jemand dem gesunden Menschenverstand nicht trauen will, wird ihm doch der Taschenrechner vor Augen führen, dass eher noch das Gegenteil zutreffen dürfte. 300.000 neue Titel im Jahr verlangen – äußerst vorsichtig kalkuliert – mindestens 200.000 Manuskripte (ein Teil der reichen Ernte mag ja aus Neuauflagen früher entstandener Werke stammen). Das wären an die 550 Manuskripte pro Tag! Und noch einmal: Es handelt sich um *neue* Manuskripte, nicht bloß um weitere Tausende bereits verlegter Bücher. Wenn ein Verleger bei jedem unverlangten Manuskript, welches er in der Post vorfindet, mit leichter Resignation aufseufzt, dann können die Gründe weder beim Überangebot noch bei den hohen Produktionskosten liegen, noch beim mangelnden Absatz. Fragt sich bloß: Wo dann? Die nächstliegende Antwort lautet natürlich: bei der Qualität des Manuskripts. Das würde allerdings voraussetzen, dass irgendjemand im Verlag selbiges gelesen hätte, wenigstens flüchtig, wenigstens teilweise. Genau das wird in der Regel aber nicht der Fall sein. Bücher entstehen nicht so, dass ein Autor sein Manuskript schickt, zusammen mit einem Begleitbrief: „Anbei übersende ich Ihnen...“ Solche Sendungen erhalten, wenn überhaupt, höchstens eine mehr oder minder höfliche Absage in Form eines vorformulierten Standardschreibens; und

selbst diese allerprimitivste Form zivilisierten Umgangs darf man bloß von deutschen Verlagen erwarten, wie wir schon gesehen haben, keinesfalls von österreichischen. In Österreich schickt es sich für einen Autor einfach nicht, einen Lektor oder Redakteur anzureden oder anzuschreiben, dem er noch nicht persönlich bekannt ist. Jeglicher Verkehr hat in so einem Falle über Bekannte oder Freunde zu führen, weswegen die erste Frage im Literaturbetrieb keinesfalls lautet, „Wie schreibt er? Was hat er zu sagen?“, sondern vielmehr, „Wer ist das? Wen kennt er? Wo gehört er dazu?“ Aber vielleicht ist das im Grunde sogar ehrlicher. So entstehen Bücher eben: indem der Lektor oder die Lektorin jemanden kennt, der ein Buch schreiben könnte, das vielleicht in die Produktpalette des Verlags passt, oder aber, indem dieser Autor wiederum jemanden kennt... Auch dieses System verlangt vom Autor natürlich ein gewisses Talent, nur hat es mit Literatur herzlich wenig zu tun; es geht vielmehr darum, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort gewesen zu sein, um solcherart – oberste Priorität! – die richtigen Leute zu kennen. Um noch einmal Sándor Márai zu bemühen: Es sei längst nicht mehr so, dass ein *Buch* einen Verleger finde, urteilte er nach langer Erfahrung, vielmehr tue das der Schriftsteller – allerdings „um den Preis mafioser Praktiken.“

Doch hält auch der Vorwurf mangelnder Qualität nicht dem Augenschein stand. Man gehe bloß in eine beliebige Buchhandlung durchschnittlicher Größe und schmökere im Sortiment, wie es sich da in Regalen und auf Wühltischen darbietet. Nicht, dass das durchschnittliche Buch unserer Zeit von vorneherein schlecht wäre. Es ist allerdings auch nicht besonders gut. Es ist, mit einem Wort, durchschnittlich. Es repräsentiert genau das, was der durchschnittliche Absolvent unseres akademischen Bildungssystems zu leisten vermag. Womit kein negatives Urteil beabsichtigt ist; es mag vielmehr für unsere Schulen und unsere Universitäten sprechen, und es mag sogar für eine Gesellschaft sprechen, die solche Qualität der Ausbildung in solcher Quantität ermöglicht hat. Bloß – das alles gilt ebenso für unseren schüchternen Schriftsteller ohne Freunde und ohne übersteigertes Sendungsbewusstsein. Das Manuskript, welches er noch immer verlegen in den Händen dreht, würde den Anspruch der Durchschnittlichkeit wahrscheinlich genau so gut erfüllen.

Allgemeiner Überzeugung zufolge leben wir in einer freien Gesellschaft. Im Besonderen hat dies für die Meinungsfreiheit zu gelten: Jeder

kann sagen, was er will, und er oder sie kann es auch niederschreiben. Ebenso frei gestaltet sich – immer der allgemein herrschenden Überzeugung zufolge – der Buchmarkt. Grundsätzlich kann alles veröffentlicht werden, Ausnahmen gibt es höchstens in Hinblick auf das Strafrecht, wie zum Beispiel bei der Kinderpornographie, und selbst diese Einschränkungen sind umstritten, zumindest in der „Hochkultur“: Sie schmecken nach Zensur. Grundsätzlich darf es in unserer Gesellschaft nämlich keine Zensur geben, und die meisten Menschen werden darin übereinstimmen, dass es in relevanten Belangen wirklich keine mehr gibt. Trotzdem wird nicht alles veröffentlicht. Doch das hat – ebenso allgemeiner Überzeugung zufolge – beileibe nichts mit Zensur zu tun. Schließlich entscheiden darüber ja nicht etwa Beamte, sondern Verleger und Redakteure, und die wissen schon, was sie tun: Wenn sie ein Manuskript ablehnen, dann war es eben nicht gut genug, man kann schließlich nicht *alles* veröffentlichen, was so herumflattert, einen gewissen Filter braucht es schon. Verleger und Redakteure entscheiden aber, wie wir schon gesehen haben, im Sinne der Marktgesetze: Angebot und Nachfrage. Dass die Vorstellung von diesen Gesetzen eher willkürlich ausfällt, mag ebenfalls noch erinnerlich sein. Das bedeutet: Verleger und Redakteure entscheiden nach mehr oder weniger willkürlichen Gesetzen, was an die Öffentlichkeit gelangt und was nicht. Wo liegt da der Unterschied zur Zensur? Höchstens darin, dass die Marktgesetze von der Allgemeinheit akzeptiert werden, so wie die Volksreligion: Man glaubt eben. Wenn man mit dem Fluss schwimmt, spürt man keine Gegenströmung, gewiss, man fühlt sich frei. Gegen Widerstand anstrampeln muss bloß einer, der nicht mit der Strömung schwimmt, und nur er wird erkennen, dass er sich in einem Fluss befindet, der ihn in eine bestimmte Richtung davonträgt. Wem die Richtung egal ist, der wird sich im Fluss so wohl fühlen wie in einem stehenden Gewässer; zumindest bis... – doch wir wollen das Bild nicht überstrapazieren. Halten wir fest: Meinungsfreiheit besteht darin, das zu tun oder zu sagen – auch öffentlich –, was allgemeiner Überzeugung zufolge eben *nicht* schicklich oder zutreffend oder nützlich oder angebracht oder sonst was ist. Wo solches verhindert wird, da herrscht Zensur, selbst wenn sich die Akteure vornehmer, nämlich betriebswirtschaftlich ausdrücken.

Ohne Zweifel wird der Glaube, es habe schon alles seine Ordnung mit der Freiheit, durch die unübersehbare Fülle an Publikationen genährt, wie

sie in Buchhandlungen zur Schau gestellt wird. Was aber, wenn unser Befund zuträfe, wonach inzwischen auch Bücher zu Artikeln der Massenproduktion geworden seien? Ihre Herstellung folgte dann den Gesetzen der industriellen Massenfertigung. Die berücksichtigt jedoch bereits bei der Konzeption die Anforderungen rationeller Produktion, außerdem natürlich das Marketing und den Vertrieb. Kein Zweifel, optimale Qualität spielt weiterhin eine bedeutende Rolle, zumindest optimale Qualität in Hinblick auf Verwendungszweck und Preis: Selbst Schund hat auf seine Art „professionell“ zu sein. Was es in der Massenproduktion hingegen nicht gibt, das sind außerordentliche Produkte. Man braucht sich ja bloß umzuschauen: Noch nie hat es so viele Autos auf unseren Straßen gegeben, das heißt, noch nie war der Markt so groß. Noch nie waren sie allerdings auch so uniform wie heute: Sie schauen alle gleich aus, jede Modeänderung wird geschlossen von allen Fabrikaten mitgemacht; sie verfügen alle über den gleichen technischen Standard und die gleichen mehr oder minder sinnvollen Ausstattungsgags. Unterschiede gibt es höchstens noch im Detail, aber selbst die dürften nur für die Werbung von Belang sein. Im Grunde ist das gar nicht überraschend, schaut man sich die weltweite Konzentration in der Autobranche an. Zu behaupten, der zeitgenössische Industriekapitalismus mit seinen weltweiten Konzernen fördere „consumer choice“, also die Wahlmöglichkeit des Konsumenten an einem mythischen Ort namens „Markt“, kommt längst einem Witz gleich (aber das haben Dogmen so an sich, sobald man nicht mehr glaubt); denn was für das Auto gilt, das gilt ebenso für die Bekleidung, für den Urlaub oder fürs Wohnen. Es gilt sogar für das ehrfurchtsvoll verehrte Allerheiligste der modernen Wirtschaft, die Informationstechnologie. Massenfertigung heißt Standardisierung.

Warum sollte das im Verlagswesen und im Buchhandel anders sein? Eingedenk der unübersehbaren Flut an Titeln, eingedenk überquellender Buchgeschäfte möchte der einfache Leser glauben, er finde sich in einem veritablen Schlaraffenland wieder, wo kein Wunsch unerfüllt bleibt. Oder doch? Vor kurzem hätte ich Arthur Schnitzlers Drama *Professor Bernhardi* benötigt. Hoffnungsfroh begab ich mich via Internet in das Verzeichnis lieferbarer Bücher, doch leider – meine Anfrage erzielte keinen einzigen Treffer. Dabei kann man gewiss nicht behaupten, mein Wunsch wäre gar so ausgefallen gewesen. Im literarischen Universum ist Arthur Schnitzler

doch wohl kein Niemand, oder? Vergangenen Herbst wurde seine Journalistensatire *Fink und Fliederbusch* am Theater in der Josefstadt gegeben, doch die Suche nach einer Buchausgabe ergab dasselbe Ergebnis, nämlich keines. Mit Stichtag 10. Oktober 2003 war nicht einmal eine etwas umfassendere Auswahl seiner Werke als Taschenbücher erhältlich! Genau so verhielt es sich mit den meisten Werken von Friedrich Torberg: *Auch das war Wien*, *Hier bin ich, mein Vater* oder *Mein ist die Rache* – nicht in Druck. Ebenso wenig ein einziges Werk von Karl Schönherr, oder bestimmte Stücke Nestroys; von letzterem wird nur eine Komödien-Anthologie angeboten, deren Inhalt dem frommen Leser freilich vorenthalten wird, er soll also die Katz im Sack kaufen. Manès Sperber? Es gibt derzeit lediglich eine Ausgabe von *Wie eine Träne im Ozean* um zwanzig Euro, aber keine einzige seiner dreibändigen Autobiographie. „Consumer choice“, gewiss – solange Sie keinen persönlichen Wunsch haben, sondern bloß in die Buchhandlung gehen und kaufen, was da gerade so herumliegt, was in irgendwelchen Bestsellerlisten geführt wird, was im literarischen Quartett diskutiert wurde, oder was sonst irgendwie im Trend liegt. Immerhin erbrachte eine Suche zum Schlagwort „Esoterik“ im Oktober 2003 auf Anhieb 176 Treffer, plus Verweise auf weitere Schlagwörter wie Anthroposophie, Mystik oder Religion. Unter den Treffern befanden sich Bücher mit Titeln wie *Die Befreiung von negativen Wesen und Kräften* oder *Heilung der familiären Blutlinie*. Ich weiß schon, man soll nicht jammern: weder über den Verfall der Sitten noch über die Verdummung unserer Zeit. Ich tu's hier trotzdem.

Zugegeben: dank Internet hat der ernsthafte Leser heutzutage Zugang zum Zentralverzeichnis antiquarischer Bücher – „the best thing since sliced bread“, wie die Engländer zu sagen pflegen oder, für unsere Zwecke adaptiert, das Beste seit Erfindung des Taschenbuchs. Dorthin begibt sich der ernsthafte Leser mit seinen Wünschen, und siehe da: das Schlaraffenland tut sich doch noch auf! Selbstverständlich habe ich von dort sowohl den *Professor Bernhardt* als auch *Fink und Fliederbusch* bezogen, in ehrwürdigen Ausgaben aus der Original-Zeit, äußerst preiswert. Aber darum geht es hier nicht. Hier geht es um das Verlagswesen und um den Buchhandel von heute, um das, was gedruckt wird und was nicht. Man kann mir einfach nicht weismachen, dass ein Verlagswesen in Ordnung sei, welches in einem einzigen Jahr zwar 300.000 neue Titel produzieren

kann, ohne indes anerkannte Klassiker wie Schnitzler, Schönherr oder Torberg ausreichend anzubieten. Da erstickt die Masse offenbar die Qualität. Sollte das wirklich der Fall sein, dann müsste man wohl oder übel die Möglichkeit in Betracht ziehen, es werde in unserer angeblich so freien Gesellschaft samt ihrem angeblich so wunderbar funktionierenden freien Markt vielleicht doch nicht immer alles gedruckt, was eine Veröffentlichung durchaus verdiente. Nicht, dass ich dabei gleich an meine eigenen Manuskripte dächte (so wichtig nehme ich mich glücklicherweise nicht mehr). Was mich sehr wohl bedenklich stimmt, das ist etwas anderes: Könnte es sein, dass die Massenproduktion nicht nur *viel* produziert, sondern bloß ganz bestimmte Produkte hervorbringt – eben solche, die sich zur Massenproduktion eignen? Und könnte es sein, dass in der Welt des Buches genau so wie in der Konsumwirtschaft im Allgemeinen die Nachfrage längst keine eigenständige, ursprüngliche Größe mehr ist, sondern gezielt hervorgerufen und manipuliert werden kann, mit dem Ziel, den Absatz jener Produkte noch weiter zu erhöhen, welche von den großen „players“ ohnehin schon en masse auf den Markt geworfen werden? Immerhin: die Konzentration im deutschen Verlagswesen hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, bei dem der Unterschied zu einer zentralen Kommandowirtschaft wahrscheinlich nur noch mittels theologischer Sophisterei erklärt werden kann. Es ist leicht, die uralte Forderung „jedem nach seinen Bedürfnissen“ zu erfüllen, wenn die Bedürfnisse mittels Gehirnwäsche – Werbung plus Privat-TV plus Hollywood – gleichgeschaltet werden. Könnte es – noch weiter gefragt – schließlich dazu kommen, dass die industrielle Massenfertigung von Druckerzeugnissen zu einem Überangebot führt, welches mit seiner enormen Masse über kurz oder lang die freie Meinungsäußerung ad absurdum führt, sie gleichsam erstickt? Konrad Lorenz hat einmal vom „Wärmetod des Gefühls“ gesprochen, welches sich einstelle, wenn Menschen allzu erfolgreich sind in ihrem Streben nach Lustgewinn und Unlustvermeidung. Nun, vielleicht waren wir allzu erfolgreich in unserem Kampf um das freie Wort, um seinen Stellenwert und seine Verfügbarkeit. Könnte es sein, dass nun so etwas wie der „Wärmetod des freien Wortes“ droht?

IV

Schon die sowjetischen Dissidenten mussten sich seinerzeit mit einem Problem herumschlagen, das einen Schreiber im „Untergrund“ offenbar ähnlich hartnäckig verfolgt wie ein frühkindliches Trauma: die Angst, als Versager zu gelten. Dabei war es im Falle jener Dissidenten immerhin klar, dass nicht mangelndes Talent an ihrer misslichen Lage schuld war, sondern politische Unterdrückung. So gesehen, hätte die scheinbare Erfolglosigkeit, in der UdSSR weder veröffentlicht noch von Parteiorganen anerkannt, womöglich gar ausgezeichnet zu werden, eher als literarisches Gütesiegel gelten dürfen. Bei uns wird man eine solche Inversion nicht ohne weiteres gelten lassen. Wer bei uns schreibt, ohne zu veröffentlichen, setzt sich dem Verdacht aus, nicht gut genug zu sein.

Na und? Kommt es letztlich nicht doch auf die Qualität des Geschriebenen an, mehr noch als auf äußerliche Insignien des „Erfolgs“? In früheren Zeiten hätte man die Frage vielleicht als berechtigt gelten lassen, sie wäre auf Verständnis gestoßen. Heute nicht mehr – wer heute so fragt, der gilt sofort als hoffnungsloser Romantiker. Wir leben im Zeitalter des Erfolgs. „Nothing succeeds like success“, sagt man in Amerika (und plappert es bei uns nach), womit sehr treffend die alles überragende Rolle charakterisiert wird, welche der Erfolg in unserem Denken spielt. Der Witz des Bonmots entspringt schwerlich nur einer platten Tautologie. Gemeint ist vielmehr: Wer Erfolg hat, dem wird Bewunderung zuteil, man ist bereit, ihm Vertrauen zu schenken, was umgehend zu weiteren Erfolgen führt; mehr noch – man wird dem Erfolgreichen so manches nachsehen, was andere sogleich an den moralischen Pranger oder vors Gericht stellt. Hauptsache Erfolg: Er wäre, so betrachtet, zu einem Leitwert unserer Gesellschaft geworden, wenn nicht gar *der* Leitwert schlechthin, dem folgerichtig (wenngleich vielleicht nicht immer offen ausgesprochen) andere Werte unterzuordnen wären. Ganz egal wie – Hauptsache, du hast Erfolg!

Es ist schon öfter beklagt worden, wie die Erfolgsgesellschaft jene traditionelle Haltung zum Sport verändert hat, welche vor allem in angelsächsischen Ländern entwickelt worden war. Immerhin hatte eben diese Haltung einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der Popularität, welcher sich der Sport heute ganz allgemein erfreut. Da ging es in erster Linie

nämlich um „fair play“, das heißt, es ging darum, lieber auf greifbaren Erfolg zu verzichten, als geschriebene oder ungeschriebene Regeln zu verletzen. Erfolg war keineswegs alles, und deshalb ging es ebenso um die Fähigkeit, Niederlagen wegzustecken, selbst wenn sie ungerecht erschienen: Siegen, triumphieren ist leicht – aber man muss auch ein guter Verlierer sein! Solches einzuüben, darin bestand zu einem Gutteil die viel beschworene erzieherische Funktion des Sports. Aber das ist alles Geschichte. Heute geht es ausschließlich um Leistungsfähigkeit und Leistungssteigerung. „Wenn wir schon mitmachen, dann um zu gewinnen“, zischte mir ein Diplomingenieur anlässlich eines als Wettbewerb aufgezogenen Mitternachtsjuxes auf einem Maturaball ins Ohr. Er meinte es ernst, unerbittlich ernst, denn sein ansonsten stets verbindliches Lächeln war zu einem giftigen Grinsen erstarrt. In den Vereinigten Staaten habe ich einmal die Bemerkung eines TV-Kommentators aufgeschnappt: „Show me a good loser, and I'll show you a loser.“ Ein guter Verlierer ist immer noch ein Verlierer, ein Versager. Heute sollen in Amerika bereits Wettkämpfe für Schulkinder zu einer todernsten Angelegenheit geworden sein, indem Eltern ihren Kindern einbläuen, „never be willing to be second best“: nur der Sieg zählt. „A quitter never wins“, heißt es, „a winner never quits“: Wer aufgibt, wird nie gewinnen, ein Sieger gibt niemals auf.

Auf den Unsinn solcher Sprüche werden wir noch zurückkommen. Zuvor sollten wir uns vielleicht darüber klar werden, was wir heute eigentlich als „Erfolg“ betrachten. Die Vorstellung ist nämlich keineswegs so vage, wie man uns das gerne einreden möchte. In Talkshows und Society-Spalten mag wohl die Ansicht vorgekaut werden, Erfolg habe grundsätzlich jeder, der das erreicht, was er sich selbst zum Ziel gesteckt hat. Zumindest werden unsere Promis solches äußern, sobald und solange eine Kamera auf sie gerichtet ist. Demzufolge hätte natürlich auch der kleine Angestellte mit seiner Familie in einer städtischen Eigentumswohnung „Erfolg“, solange er ihn nur selbst als solchen empfindet, d.h. solange man von ihm annehmen kann, er habe nie etwas anderes gewollt. Aus der olympischen Sicht der TV-Promis zeichnet selbiges aber die breite Masse schlechthin aus. Das beruhigt ungemein. Man kann den Menschen herablassend auf die Schulter klopfen: Siehst du, Hauptsache, du bist zufrieden, dann bist du genau so erfolgreich wie wir; Kameras

oder Scheinwerfer spielen keine Rolle (vom Geld erst gar nicht zu reden), alles Äußerlichkeiten, denk bloß an den ungeheuren Stress, den Mangel an Privatsphäre, wie gern wär' ich manchmal ein anonym, unbeachteter Durchschnittsmensch... Lieber arm, dafür glücklich: Dieses saublöde Märchen kennen wir zur Genüge, wir wissen nur zu gut, von wem es immer und immer wieder heruntergeleiert wird, und zu welchem Zwecke. Wo, bitte schön, ist denn der Oberschichts-Märchenerzähler, der eingedenk der von ihm selbst besungenen armen, dafür aber natürlichen, unverdorbenen und ach so glücklich lachenden Kinder in der Karibik beschlossen hätte, dieses idyllische Glück zu teilen, fortan also arm zu leben?

Womit nicht gesagt sei, ein Zustand bescheidener Zufriedenheit sei prinzipiell unmöglich oder gar nicht erstrebenswert. Es ist bloß so, dass ein solcher Zustand nicht das darstellt, was wir heute gemeinhin als „Erfolg“ betrachten. Das gälte selbst dann, wenn unser kleiner Angestellter sein Leben tatsächlich als gelungen empfindet, ja sogar als „erfolgreich“, etwa indem er zwei einigermaßen gesunde, anständige Kinder ins Leben entlassen hat. So großartig seine Leistung auch sein mag, so sehr ihn anständige Menschen dafür bewundern werden – „Erfolg“ im üblichen Sinne war das sicher nicht. Welcher halb ausgewachsene Teenager würde in seinen pubertären Phantasien wohl davon träumen, später einmal dasselbe zu erreichen? Allgemeiner Auffassung zufolge manifestiert sich „Erfolg“ so wie eh und je anhand alt bekannter Merkmale, als da sind: Reichtum, Macht und sozialer Status. Was dazu kommt, das ist die Art, wie wir „Erfolg“ sehen und zur Kenntnis nehmen: durch das Fernsehen und – in geringerem Maße – aus Zeitungen und Illustrierten. „Erfolg“ bedeutet ganz wesentlich, dort präsent zu sein. Ich bezweifle, ob es außerhalb dieser Öffentlichkeit überhaupt noch „Erfolg“ gibt, selbst wenn jemand ungeheuer reich wäre. Spätestens seine Kinder würden dem „Erfolg“ der Klatschspalten und Talkshows nicht widerstehen können. Das ist der ungeheure Sog, den ein gesellschaftlicher Leitwert erzeugt.

Im Sinne der Wettkampf-Psychose unserer Zeit – „immer weiter, niemals Zweiter“ – scheint der Erfolgreiche allerdings auch daran gemessen zu werden, wie hoch er sich auf der Rangskala seiner jeweiligen Bezugsgruppe – Sportler, Schauspieler, Unternehmer und Manager, Poli-

tiker – hinauf arbeiten konnte. Man hat manchmal den Eindruck, wir lebten allesamt ständig auf irgendeiner Bestenliste, und worum es im Leben gehe, das sei immer und überall unter die Top Ten zu kommen. „Erfolg“ wäre, so betrachtet, gleich bedeutend mit einem Platz am Olymp, und zwar je höher, desto besser. Ganz oben, an der Spitze, verengt sich der Kreis dieser modernen Erfolgs-Olympier aber zunehmend, sodass es nicht mehr um separate berufs- oder standesspezifische Wettkämpfe geht, sondern nur noch um einen, in dem wortwörtlich die Weltprominentesten ermittelt werden. Wer es schafft, zum US-Präsidenten gewählt zu werden, der gehört sicherlich dazu; ebenso, wer vor den Augen der Welt einen oder gar mehrere „Oscars“ verliehen bekommt und anlässlich der Zeremonie vor laufenden Kameras eine weitere Probe seines bzw. ihres elenden Schmierentheaters abgeben darf. Es liegt auf der Hand, dass sich nach oben zu der Wettkampf dramatisch verschärft. Zum Schluss handelt es sich dann um den globalen Kampf von 6 Milliarden um ein paar hundert Plätze an der Tafel der Olympier. Wer wird das schaffen? Welche Qualitäten muss er oder sie mitbringen, welche Eigenschaften werden sich durchsetzen?

Der herrschenden Lehre zufolge sorgt der verschärfte Wettbewerb für höhere Qualität – je schärfer, desto höher. So gesehen, müssten wir heute die beste Politik aller Zeiten haben, die besten Filme und die beste Schauspielkunst, die beste Musik, die beste Literatur – und so weiter und so fort. Es ist hier nicht der Platz, ein weiteres Mal über jenen dummen Übertragungsfehler zu sprechen, welcher dem sozialdarwinistischen Dogma vom segensreichen Wirken der Konkurrenz zugrunde liegt. Es genügt, darauf hinzuweisen, was andere über die intra-spezifische Selektion gesagt haben, so etwa Konrad Lorenz in *Das sogenannte Böse*. Wenn das Dogma trotzdem noch gepredigt wird, so liegt das wohl an seiner nützlichen Funktion – fragt sich nur, für wen. Aber wie dem auch sei: Wer immer noch glaubt, der verschärfte Wettbewerb diene der Erhaltung oder Erhöhung der Qualität, weswegen an der Spitze des Erfolgsolymps automatisch Spitzenqualität zu finden sei, und nur dort – wer solches also glaubt, der bräuchte sich bloß die Mühe zu machen, nach Wien zu fahren und dort ins Theater zu gehen. Mit ein bisschen Glück wird er dramatische Kunst sehen, die jede Hollywood-Produktion in den Schatten stellt. Von den Schauspielern sind zwar bestenfalls ein oder zwei „prominent“,

und selbst die wahrscheinlich nur in Österreich; trotzdem ist jeder von ihnen besser als die Stars auf der Leinwand, die im Grunde ja wenig mehr zu bieten haben als ihr Aussehen. Gerade die Filmindustrie demonstriert augenscheinlich, dass Masse allen Schalmeienklängen zum Trotz letztlich doch nichts anderes hervorzubringen vermag als erst wieder Masse; und das gilt auch für massenhafte Konkurrenz. Die Transfiguration von Quantität in Qualität steht nach wie vor aus, es handelt sich um ein Wunder, an das man höchstens *glauben* kann, ganz so wie an die Verwandlung von Brot und Wein in der katholischen Liturgie. Damit erhebt sich freilich eine peinliche Frage: Wenn der Sieger im Konkurrenzkampf, wenn der oder die Erfolgreiche nicht automatisch für optimale Qualität sorgt – wofür sorgt er oder sie dann? Welches sind die Eigenschaften, die *wirklich* zum Erfolg führen? Wobei keineswegs unterstellt werden soll, fachspezifisches Talent lasse sich nur dort finden, wo kein Erfolg vorliegt, während Erfolgreiche niemals solches Talent haben könnten. In der Regel wird sich Erfolg schwerlich einstellen, wenn nicht ein gewisses Maß an Begabung mit im Spiel ist. Was aber sicher nicht gilt, das ist die einfache Relation: je erfolgreicher, desto besser im jeweiligen Fach. Um die Höhen des Olymp zu erklimmen, braucht es mehr als bloß facheinschlägiges Talent, denn darüber verfügen alle anderen, die da zum Wettkampf antreten, ja ebenso. Nun zeugt es sicherlich auch von einer gewissen Begabung, wenn man sich in einer sozialen Konkurrenz durchzusetzen vermag; bloß ist diese Begabung nicht notwendiger Weise identisch mit der ursprünglich geforderten, der sachbezogenen. Das gilt, so befremdlich das zunächst klingen mag, sogar für gewisse Sportarten. Im Tennis, so wird berichtet, hilft es enorm, wenn eine Spielerin zusätzlich zu ihrem Können auch noch attraktiv ist. Dass die prominentesten Schriftsteller einer Epoche nicht unbedingt die besten sind, dafür bietet die Literaturgeschichte ausreichend Belege. Ludwig Ganghofer war zu seiner Zeit ein literarischer Superstar – man versuche doch, ihn heute noch zu lesen. Selbst Hemingways Ruhm entsprach, wie schon einmal angedeutet, nicht ganz der Qualität seines Werkes, Nobelpreis hin oder her. Wir trauen uns dieses Urteil zu, da es andere Preisträger gab, bei denen es sich doch ein wenig anders verhielt: William Faulkner zum Beispiel, oder John Steinbeck (um bei der amerikanischen Literatur zu bleiben). Auf jeden Fall, so können wir annehmen, wird in einem Wettbewerb eines helfen: die

Fähigkeit, sich in einem Wettbewerb durchzusetzen. Man mag da an positive Eigenschaften denken wie Weitsicht, Nervenstärke, Selbstvertrauen und Mut; man kann aber ebenso an nicht ganz so vornehme denken wie etwa Egoismus, Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit. Entscheidend ist, dass diese Qualitäten selten etwas zu tun haben mit dem, worum es in der jeweiligen Konkurrenz vorgeblich geht. Und das gilt nicht bloß für Kunst und Literatur; es gilt ebenso für eine akademische Karriere, sagen wir: als Mediziner. Vor ein paar Jahren flimmerte in regelmäßigen Abständen der Werbespot einer heimischen Bank über den Bildschirm, in welchem Billy Wilder, der große Hollywood-Regisseur österreichischer Abstammung, im Brustton der Überzeugung verkünden durfte: Wer Talent hat, der setzt sich letztlich immer durch! Aus seiner kalifornischen Logik heraus hatte er sogar Recht: Denn wenn Tüchtigkeit per definitionem darin besteht, Erfolg zu haben, dann kann man tatsächlich behaupten, der Tüchtige habe stets Erfolg und jeder Erfolgreiche sei tüchtig. Dasselbe gilt fürs Talent – es fragt sich bloß, für welches.

Wenn von Erfolg im Wettbewerb die Rede ist, so bedeutet das allerdings auch, dass es Konkurrenten gibt – und dass sie zwangsläufig besiegt werden müssen. In diesem Sinne gibt es keinen Erfolg ohne den Misserfolg anderer, der Erfolgreiche baut seine Karriere auf der Enttäuschung und der Frustration seiner Opfer (wenn nicht auf noch Schlimmerem). Darüber eiskalt hinwegzugehen, wird folglich auch zum Erfolgstalent gehören. Noch wichtiger erscheint mir indes folgende Überlegung: Stellen wir uns der Einfachheit halber eine Konkurrenz vor, welche sich stets auf der Basis eins zu eins abspielt, so wie beim Boxen. Nehmen wir weiters an, wir hätten einen jungen Menschen vor uns, der sich die Moral seiner Eltern, seiner Lehrer und seiner *peers* zu Herzen genommen hat: „never be willing to be second best“. Da macht er sich also auf den Weg nach oben, in Richtung Olymp. Dazu muss er zunächst einmal der Beste in seinem Verein werden, er muss also – sagen wir – elf oder zwölf Konkurrenten besiegen. Damit hat er sich für die Bezirksmeisterschaft qualifiziert. Wieder muss er sich von einer Runde in die andere durchboxen, vom Achtelfinale bis ins Finale. Schön, jetzt geht's vielleicht zur Landesmeisterschaft, das Ganze beginnt von vorne, außer dass die Gegner naturgemäß immer stärker werden, die Kämpfe immer härter. Damit nimmt aber die Wahrscheinlichkeit, auch den nächsten Kampf noch zu

gewinnen, ständig ab. Obwohl es sich hier um ein zwingendes Gesetz handeln dürfte, wird es von unserer erfolgsbesessenen Zeit doch gerne verdrängt. Mir sind noch jene erstaunlichen Bilder in Erinnerung, welche das englische Fernsehen während einer internationalen Fußballmeisterschaft – Europa- oder Welt-, ich weiß es nicht mehr – vom Trafalgar Square lieferte. Da hatte eine große Menge auf einem Großbildschirm ein wichtiges Spiel mitverfolgt. Die englische Nationalmannschaft hatte sich bis dahin überraschend gut geschlagen, nun stand sie schon im Achtel- oder gar im Viertelfinale. Hoch gespannte Hoffnungen bei den Anhängern daheim – doch leider, die Mannschaft verlor das Spiel, sie schied aus. Und da zeigte die Kamera – mitten am Trafalgar Square, inmitten der Bierdosen und Plastiksackerln, inmitten des ganzen Mists einer zeitgenössischen Menge – stämmige junge Männer, dem Anschein nach alles andere als zart besaitet, die am helllichten Tage und in aller Öffentlichkeit herzerreißend schluchzten – die Tränen rannen ihnen nur so über die Wangen. Nehmen wir den an und für sich eher rätselhaften (und durchaus unheimlichen) Umstand als gegeben hin, dass eine Fußballmannschaft derartige Emotionen zu wecken vermag. Selbst dann muss man sich fragen, ob diese Fans wirklich über ihre volle Geisteskraft verfügten, denn wäre dem so, dann hätten sie doch wissen müssen, dass es in einem Ausscheidungsspiel notwendiger Weise einen Verlierer gibt. Außerdem ist die gegnerische Mannschaft ihrerseits in die zweite oder dritte Runde aufgestiegen, mit einem „Jausengegner“ durfte man daher schwerlich rechnen. Die Chancen, auch dieses Match zu gewinnen, näherten sich folglich der Parität: fünfzig zu fünfzig. Da kann man wirklich nicht mehr von einem Schicksalsschlag reden, wenn’s die „eigene“ Mannschaft erwischt; selbst der fanatischste Fan sollte vernünftigerweise die Möglichkeit in Betracht ziehen.

Eben dies verstieße indes gegen die herrschende Religion. Man hat bekanntlich zuversichtlich zu sein, man hat an den Sieg zu glauben: „Never be willing to be second best.“ Doch die Wahrscheinlichkeit, stets von neuem als Sieger aus jeder weiteren Runde des Wettkampfs hervorzugehen, ist, aufs Ganze gesehen, minimal; und je höher der Erfolgreiche steigt, desto geringer wird sie. Gleichzeitig wächst notgedrungen die Zahl jener, die „nur“ Zweiter oder Dritter geworden sind, also der „Verlierer“. Und die Wahrscheinlichkeit für jeden Einzelnen von uns, zu dieser

zweiten Gruppe zu gehören, zu jenen im Dunkeln, die man nicht sieht – diese Wahrscheinlichkeit ist um ein Vielfaches höher als jede andere. Darin besteht meiner Ansicht nach der Unsinn der Erfolgs-Ideologie. Erfolg mag, streng logisch betrachtet, nicht ausgeschlossen sein; aber er ist derart unwahrscheinlich, dass das bereits an Unmöglichkeit grenzt. Wer seine Kinder im Sinne der Erfolgs-Ideologie erzieht – „selbst ein guter Verlierer ist immer noch ein Verlierer“ –, der bereitet sie folglich schlecht auf das Leben vor, welches sie aller Wahrscheinlichkeit nach erwartet. Für dieses Leben wären andere Werte viel nützlicher: Man muss verlieren können, zum Beispiel; oder: Man muss sich fragen, wie viel einem der Erfolg wirklich wert ist, wie viel man zu opfern bereit ist. Auf jeden Fall sind die Verlierer interessanter als die Sieger – schon deshalb, weil es ihrer so viel mehr gibt. Sie, und nicht die paar Erfolgreichen, zeigen uns, wie man heutzutage lebt, sie geben uns Aufschluss über den Zustand der Gesellschaft, über Wohlstand und Armut, aber auch über Tugend und Laster. Außerdem ist Erfolg letztlich immer langweilig. William Shakespeare wusste das sehr genau. Den zeitgenössischen Beweis liefert das allgegenwärtige Propaganda-Material aus der industriellen Massenfertigung Hollywoods und der privaten TV-Sender. All diese Fließbandprodukte müssen natürlich happy enden, wie es die Erfolgsideologie vorschreibt, bloß bleiben sie so, was sie eben sind: Propaganda, und die ist immer öde, gleichgültig, ob es sich um sowjetische oder kapitalistische handelt. Spannend, so scheint es, ist ein Konflikt bloß dann, wenn der Ausgang nicht von allem Anfang an fest steht. Selbst dann spricht uns eher der Verlierer an, erweckt er eher unsere Empathie als der strahlende Sieger. Vielleicht besteht ein existentieller Zusammenhang, eine Verbindung zur *conditio humana*, welche demzufolge das Scheitern unweigerlich mit einschliesse – aber das ist vorläufig eine Vermutung, nicht mehr. So sei abschließend lediglich darauf hingewiesen, dass die Erfolgsideologie in den Vereinigten Staaten zwar tiefere Wurzeln hat und stärkeren Widerhall findet als in Europa, dass sie aber keineswegs durch und durch oder gar ausschließlich amerikanisch ist. Vielmehr – und selbstverständlich – gab und gibt es auch dort nachdenkliche Stimmen. Andererseits müssen wir uns klar sein, dass eine Ideologie wie der Nationalsozialismus seinerseits zu einem beträchtlichen Teil der Vergötterung des Erfolgs entsprang, indem er jedes Mittel für akzeptabel erklärte, welches zum gewünschten

Zweck führen würde, also zum Erfolg, ganz ohne Rücksichten und Skrupel. Die standen im Weg und mussten bekämpft werden, „ausgemerzt“, wie das in der Nazi-Diktion hieß. Haargenau gleich dachten in dieser Hinsicht die Kommunisten. Tatsächlich wurde ja eben diese Verkürzung der Mittel-Zweck-Relation wiederholt als eine Ursache für die verheerenden Schrecken des 20. Jahrhunderts benannt. Und da verbietet sich wiederum den Vertretern westlicher Demokratien, insbesondere Amerikanern, das Nasenrümpfen, denn obwohl die Erfolgsideologie in den USA bisher wirklich nicht in totalitäre Herrschaft mündete, hat sie immerhin die Unterstützung zahlreicher blutrünstiger Diktaturen gerechtfertigt, ohne sehr viel demokratische Solidarität mit deren Opfern, von Werten wie Freiheit oder Recht ganz zu schweigen. Abgesehen davon, bewirkte das Dogma vom Zweck, der die Mittel heiligt, dass das Verbrechen zu einem unübersehbaren, unausrottbaren und – so darf vermutet werden – *unvermeidbaren* Bestandteil der Gesellschaft geworden ist. Erfolg um jeden Preis – das legt klarerweise illegale Mittel und Wege nahe. Die einzige Rettung für eine solcherart „zivilisierte“ Gesellschaft ist der Glaube, dass illegale Mittel letztlich doch nicht zum Erfolg führen – und hier dürfte wohl der Grund für die ansonsten so schwer verständliche Besessenheit unserer populären Kultur mit der Darstellung von Verbrechen und Gewalt liegen. Vom Detektivroman über die Krimi-Serie im Fernsehen bis hin zum Thriller im Kino, immer obsiegt letztlich das Gesetz, die Ordnung – auch das Teil der Gehirnwäsche: Erfolg um jeden Preis, gewiss, „nothing succeeds like success“, selbst wenn er kriminell wäre; bloß sind die Gesetzeshüter letztlich halt doch schlauer, *erfolgreicher*, wer sich nicht ans Gesetz hält, der ist am Ende erst wieder Zweiter, er hat erst wieder keinen Erfolg. Das stimmt zwar ebenso wenig wie die Bibel, aber darauf kommt es nicht an. Es kommt nur darauf an, dass es geglaubt wird.

Ist Erfolg demzufolge grundsätzlich schlecht? Soll man Erfolgreichen grundsätzlich misstrauen? Solche Fragen werden normalerweise in empörtem Tone gestellt: Du willst doch nicht behaupten... Als „Dissident“ kann ich es mir erlauben, eine klare Antwort zu geben. Sie lautet: Ja – sofern Erfolg aus einem Wettbewerb herrührt. Es mag schon sein, dass Erfolg nicht unbedingt auf Charaktereigenschaften schließen lässt, die wir besser ablehnen; doch scheint dies so oft der Fall zu sein, dass wir wirk-

lich gut beraten wären, einem Erfolgreichen zunächst einmal zu misstrauen. Deshalb sollten wir Erfolgreiche auch schärfer kontrollieren als bisher, wir sollten ihnen sofort auf die Finger klopfen, wenn sie es an Rücksicht mangeln lassen. Um ein Gleichnis zu bemühen: Ich habe absolut nichts dagegen, dass sich manche einen Mercedes, einen Audi oder einen BMW kaufen; ich habe nicht einmal etwas dagegen, wenn sie damit schnell fahren wollen, schneller von mir aus als das Tempolimit; aber in dem Moment, da sie zu eng auffahren, da sie uns mit der Lichtlupe von der Überholspur verdrängen wollen oder da sie gar auf der Autobahn rechts überholen – in dem Moment sollten wir, die Langsameren und Schwächeren, solche Fahrer unerbittlich anzeigen, uns wenn nötig mittels Zeugenaussage gegenseitig Beistand leisten, ohne Wenn und Aber, ohne Ausnahme.

V

Von einem „Dissidenten“ wird man wohl auch – wenn nicht gar primär – ein politisches Bekenntnis erwarten. Dem will ich mich nicht entziehen, und so soll hier wohl oder übel kurz von der Politik die Rede sein. Bei dem Entschluss, in den „Untergrund“ zu gehen, hat sie allerdings nur eine untergeordnete Rolle gespielt, wie sie in unserem alltäglichen Leben überhaupt eine untergeordnete Rolle spielt – da genießen wir eindeutig das Privileg, bislang in ruhigen und sicheren Zeiten gelebt zu haben. Wogegen ich opponiere, das sind denn auch tiefer gehende Strömungen, in erster Linie die skrupellose Art und Weise, wie die Herrschaft der liberalkapitalistischen Ideologie etabliert werden soll, in unseren Köpfen ebenso wie im realen Leben. Damit ist die heimische Politik zwar eng verflochten, aber sie ist doch nur ein Teil, viel eher Folge als Ursache.

Noch etwas gilt es in diesem Zusammenhang zu bedenken: Der selbst gewählte Standpunkt könnte leicht dazu verführen, die herrschende Ordnung düsterer zu zeichnen, als sie wirklich ist; es würde, anders ausgedrückt, nahe liegen, meine Rolle als „Dissident“ mittels des Nachweises zu rechtfertigen, ich lebte tatsächlich in einem diktatorischen Regime. Dieser Eindruck könnte vielleicht durch jene Vergleiche hervorgerufen werden, welche in der Folge mit Zuständen in der ehemaligen Sowjet-

union angestellt werden. Selbst wenn sich stellenweise frappierende Ähnlichkeiten ergeben, heißt das aber noch lange nicht, die Ursachen seien dieselben, wir hätten es also mit einem verwandten „System“ zu tun. Schließlich können auch völlig verschiedene Entwicklungsstränge zu ähnlichen Ergebnissen führen. Das Erstaunliche in einem solchen Falle ist gerade *nicht* die Verwandtschaft, sondern die Ähnlichkeit ohne eine solche. Es soll hier eindeutig festgehalten werden, dass ich mich unbeschadet aller lokalen politischen Kuriositäten, wie sie im Folgenden beschrieben werden, in meinem Leben durchaus sicher und frei gefühlt habe. Das hatte ich vor allem dem Funktionieren des Rechtsstaates zu verdanken, auch und gerade im Bereich der Verwaltung. Wenn es schon Konsequenzen gab für politische Äußerungen, so waren sie wirtschaftlicher Natur, indem ich Aufträge oder Positionen verlor (zum Beispiel als Kolumnist einer Zeitung). Vielleicht sollten wir uns das Propaganda-Axiom, wonach die Marktwirtschaft Voraussetzung und Garant jeglicher Freiheit sei, bei Gelegenheit ein bisschen genauer anschauen. Darum geht es hier aber nicht. Im Grunde ist es doch so, dass die Generation, zu der ich gehöre, gar keine Ahnung hat von politischer Unterdrückung und Unfreiheit, weswegen sie auch jegliche Vorsicht verlernt hat: keine heimlichen Gespräche auf dem Friedhof, wie das in der UdSSR der Brauch war, um der Überwachung durch den KGB zu entgehen. In meinem Falle ergab sich die Freiheit zusätzlich aus meinem günstigen Status als pragmatisierter Beamter. Allerdings – das muss schon hinzugefügt werden – eröffnete selbst diese Position nur deshalb einen gewissen Freiraum als Voraussetzung geistiger Unabhängigkeit, weil während der meisten Zeit die politische Macht hier in Tirol ein Gegengewicht fand in der sozialdemokratischen Mehrheit auf Bundesebene. Ohne dieses Gegengewicht hätten sich die Dinge wohl kaum so glatt entwickelt. Noch in den frühen siebziger Jahren war der christlich-konservative Gesinnungsdruck nicht nur real spürbar, er wurde darüber hinaus als selbstverständlich akzeptiert. Damals konnte ein Beamter des Landesschulrats einer Bewerberin um eine Lehrerstelle an einer Bundesschule offen ins Gesicht sagen: Wenn Sie aus der Kirche ausgetreten sind, haben Sie keine Chance. Damals wagten es nur sehr wenige Pflichtschullehrer, sich scheiden zu lassen, da ihnen sonst die Versetzung drohte. Als meine Frau im Geschichtsunterricht einmal die Ansicht äußerte, alle Religionen seien

gleichwertig, wurde das dem Direktor hinterbracht, der sich bemüßigt fühlte, eine Aktennotiz anzulegen. Angst? Ja, schon ein bisschen. So war das Klima. Indem Österreich in der folgenden Ära weitgehend sozialdemokratisch geprägt wurde, musste man nolens volens sogar in Tirol toleranter werden, um unliebsame Aufmerksamkeit zu vermeiden. Wie sich das nun entwickeln wird, da die ÖVP die Mehrheit auf Bundesebene stellt, bleibt abzuwarten. Ich kann mich an „Walli“ und Konsorten erinnern, deshalb beäuge ich einen van Staa und einen Khol äußerst skeptisch.

Grundsätzlich handelt es sich beim politischen System in Tirol um eine Sonderform, die man am besten als Ein-Parteien-Demokratie bezeichnet. Immerhin hatte in diesem Lande seit 1945 stets ein und dieselbe Partei, nämlich die ÖVP, eine satte Mehrheit im Landtag. Normalerweise handelte es sich dabei um eine klare absolute Mehrheit – da gab es bloß eine vorübergehende Unterbrechung –, zeitweise stützte sich die Herrschaft dieser Partei sogar auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit! Klar, dass sie demzufolge seit 1945 kontinuierlich den Landeshauptmann gestellt hat. Aufgrund der Landesverfassung setzte sich die Regierung bis vor kurzem proportional aus Vertretern der stärkeren Landtagsparteien zusammen; aber das änderte nichts an der unangefochtenen Vormachtstellung der ÖVP. Bis heute ist es so, dass im Vergleich zur herrschenden Partei alle anderen als Leichtgewicht gelten müssen, als Farbkleckse in einem Bild, dessen Schwärze von vornherein feststeht. Bei den Landtagswahlen im Herbst 2003 kam die ÖVP auf 49,90 Prozent. Damit konnte sie zwar einen Stimmenzuwachs von 2,76 Prozentpunkten für sich verbuchen (1999 hatte sie die absolute Mehrheit ganz knapp verfehlt), trotzdem entsprach das Ergebnis nicht den Erwartungen – die waren bei bis zu 56 Prozent gelegen. Die absolute Mehrheit im Landtag war der ÖVP jedoch allemal sicher. Für die Enttäuschung wurden nach der Wahl übrigens jene verantwortlich gemacht, die daheim geblieben waren – zum ersten Mal galt in Tirol ja keine Wahlpflicht mehr. Ich halte diese Erklärung für plausibel. Sie bedeutet, dass die Zustimmung zur ÖVP höher sein dürfte, als es im Wahlergebnis zum Ausdruck kam. Dieser Einschätzung entspricht die tiefe Schwarzfärbung der gesamten Verwaltung, gleichgültig ob es sich um Bundes- oder Landesbeamte han-

delt. Das allein macht es schwer, sich einen Machtwechsel überhaupt vorzustellen.

Eine derart lange andauernde, derart ausgeprägte Vormachtstellung einer einzigen Partei muss natürlich als demokratischer Sonderfall betrachtet werden, zumindest unter dem Blickwinkel jenes Demokratieverständnisses, welches in Mittel- und Westeuropa seit dem Zweiten Weltkrieg üblicherweise zur Anwendung gekommen ist. Diesem Verständnis zufolge zeichnet sich eine Demokratie unter anderem ja dadurch aus, dass zwei oder mehr Parteien um die Macht konkurrieren und einander in den Regierungspositionen ablösen, was – zumindest der Theorie zufolge – unliebsame Machtanhäufung und damit -missbrauch ebenso verhindern soll wie banalere Formen der Korruption. Ein solcher Machtwechsel hat in Tirol seit 1945 aber nicht mehr stattgefunden, nicht einmal ansatzweise. Das hatte nicht das Geringste mit der von der Landesverfassung vorgeschriebenen Proporzregierung zu tun, im Gegenteil: ohne sie wäre die Machtfülle der ÖVP noch totaler gewesen. Parallelen zu einer Diktatur drängen sich auf, vor allem zu Ein-Parteien-Diktaturen, wie wir sie hinlänglich kennen. Vor allzu leichtfertigen Schlussfolgerungen wollen wir uns indes hüten, nicht nur deshalb, weil der Rechtsschutz, wie schon gesagt, hierzulande weitgehend funktioniert, ganz im Gegensatz zur diktatorischen Praxis. Es muss außerdem zugestanden werden, dass jenes Merkmal einer Demokratie, welches für einen so wichtigen Theoretiker wie Karl Popper das entscheidende ist, auch in Tirol zutreffen dürfte, unbeschadet aller Selbstherrlichkeit der ÖVP: nämlich die Abwählbarkeit der Machthabenden, ihre „Absetzbarkeit ohne Blutvergießen“. Selbst wenn in Tirol ein Machtwechsel in absehbarer Zeit einfach nicht vorstellbar ist, dürfte doch kaum Zweifel bestehen, dass sogar die Herren und Damen von der ÖVP, träfe solch ein urgewaltiges Ereignis je ein – es würden da wohl Gebirgsketten wanken –, ihre Sessel im Großen und Ganzen ohne gewaltsamen Widerstand räumen würden. Wenn schon nichts anderes, würde dafür wohl die Einbettung des Landes in bundes- und europaweite Gesetze und Gepflogenheiten sorgen. Vor allem ist die Ein-Parteien-Herrschaft der ÖVP aber eindeutig demokratisch legitimiert, und zwar durch Wahlen, die seit 1945 pünktlich und in tadelloser Ordnung durchgeführt wurden. Wenn die abgedroschene Redensart je zutraf, wonach jedes Volk die Regierung

habe, welche es verdient, dann in den letzten 60 Jahren in Tirol. Es ist nicht bloß so, dass es hier einer Partei aufgrund ihrer Wahlerfolge gelang, eine für demokratische Verhältnisse ungewöhnliche Machtposition aufzubauen; es ist vielmehr so, dass sie eben darin von den Wählern und Wählerinnen immer und immer wieder bestätigt wurde. Genau das war es, was sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wünschte. Wenn die regierende ÖVP vorübergehend in der Wählergunst sank, dann nicht etwa deshalb, weil sie zu viel Macht angehäuft hatte, sondern ganz im Gegenteil deshalb, weil sie Schwäche zeigte! Umgekehrt hört man in Bezug auf SPÖ oder Grüne oft die spontane Meinung: „Die kann man nicht wählen.“ Warum? Abfällige Handbewegung: „Die sind viel zu schwach.“ Die Wurzeln des Tiroler Ein-Parteien-Systems reichen tief hinab in die Kultur der bodenständigen Bevölkerung, in ihre Mentalität.

Glaut man der demokratiepolitischen Theorie, so müsste der Umstand, dass es in den letzten 60 Jahren keinerlei Wechsel in den Machtpositionen gab, zu einem enormen Ausmaß an Korruption geführt haben. Der Durchschnittstiroler wird dies jedoch als ungeheuerliche Zumutung von sich weisen. Dem Volksglauben zufolge zeichnet sich das Land ganz im Gegenteil durch außerordentliche Sauberkeit aus; woanders, ja, da mag es zu Skandalen kommen, besonders natürlich im Osten, in Wien, aber „bei uns gibt’s so was nicht!“ Und dabei dürften die wackeren Tiroler nicht einmal Unrecht haben, zumindest auf ihre Art. Skandale gibt es in ihrem Lande wirklich kaum, ganz einfach deshalb, weil sie nicht aufgedeckt werden – und wenn, dann sind Beamte oder Manager der zweiten Ebene schuld, niemals die Politiker der ÖVP. Was die Korruption betrifft, so dürfte sie in Tirol deshalb so selten auftreten, weil sie in der Regel gar nicht mehr als solche wahrgenommen wird: Es handelt sich um den Landesbrauch, um das stolze Zeremoniell am Hofe des Landesfürsten. Man denke bloß an die Art und Weise, wie die heimische Frächterlobby jegliche Transitlösung hintertreiben konnte, während und weil sich die ÖVP-Spitze vor dem Vorhang bergiselhaft kämpferisch produzierte. Allerdings, dass muss schon dazu gesagt werden, bedarf der prolongierte Erfolg einer derart kruden Aufführung auch eines unerschütterlich treuen Publikums, womit wir wieder bei der Mentalität der eingesessenen Bevölkerung angelangt wären, bei ihrer „Tirolität“.

Für das Geistesleben ergibt das nicht gerade günstige Bedingungen, wie man sich vielleicht vorstellen kann. Besonders die neuzeitliche Prosa – fiktional ebenso wie nicht-fiktional – ist letztlich ja ein Kind der Aufklärung. Doch die kam bestenfalls bis zum Bodensee. Tirol liegt eindeutig im Hoheitsbereich der Gegenreformation und damit des Barock. Da zählen in erster Linie die bildenden Künste sowie die Musik. Beides vereinigt sich in der Kunst der Inszenierung, und ihr hat auch die Literatur zu dienen, unter diesem Blickwinkel wird sie zuallererst beurteilt. Deshalb braucht das Ein-Parteien-Regime in Tirol gar keine Zensur – oder höchstens in Ausnahmefällen –, die wird von den Untertanen selbst vorgenommen. Wie wir schon gesehen haben, zeichnet sich die Tiroler Mentalität unter anderem durch die felsenfeste Überzeugung aus, hierzulande seien die Zustände grundsätzlich besser als im Rest der Welt: „Aber bei uns gibt’s so was nicht!“ Da mag rundherum die spätkapitalistische Konsumgüter überhand nehmen, Gewalt, Drogenkonsum, Pornographie und Prostitution – *bei uns nicht*. An dieser eigenartigen Überzeugung scheint nicht einmal die Schüssel zu rütteln, also die Satellitenantenne, mittels welcher eine etwas weitere TV-Welt Einzug halten könnte in Tiroler Wohnzimmer. Im Unterschied zur Praxis der Sowjetherrschaft bedarf es in Tirol keiner aufwändigen Störsender. Der „seidene Vorhang“ sitzt in den Köpfen, und deshalb funktioniert er viel besser als jeder eiserne. Nicht, dass Nachrichten von „draußen“, also von der Welt außerhalb Tirols, überhaupt nicht wahrgenommen würden. Im Gegenteil: der Tiroler, die Tirolerin von heute ist durchaus informiert und gebildet (zumindest im Sinne unserer massenstandardisierten Bildung). Er oder sie weiß sehr wohl, was in der Welt vor sich geht. Aber begreift er oder sie das auch? Der „seidene Vorhang“ wirkt wie eine Membran, welche Inhalte zwar ohne weiteres passieren lässt, sie gleichzeitig aber jeglicher Relevanz beraubt. Was von draußen berichtet wird, was dort geredet und debattiert wird, das ist alles bloß Hörensagen, virtuell: „bei uns nicht“. Deshalb kann da draußen sogar eine Tiroler Ikone wie der große Walli in Zweifel gezogen werden, im Lande selbst vermag man solches gelassen hinzunehmen, es spielt keine Rolle. Ernst wird es erst, wenn es jemand wagt, *innerhalb* des „seidenen Vorhangs“ Kritik zu äußern – und ich meine natürlich echte Kritik, nicht die schmeichelhafte Alibi-Kritik eines Felix Mitterer –, solcherart die heimische Selbstgefälligkeit störend. In so

einem Falle versagt die Membran, und flugs tritt ganz konkrete, um nicht zu sagen altmodische Zensur in Kraft. Der brillante Kritiker und Satiriker Helmuth Schönauer kann davon ein Lied singen, und zwar bis heute, selbst noch im Jahre 2005! Doch nicht einmal im Falle offenkundiger Unterdrückung darf sich der unabhängige Schriftsteller Bewunderung, Rückendeckung oder gar Unterstützung erwarten. Schließlich liegt die Zensur ja ganz im Sinne der Bevölkerung. Was soll er tun? In einer weitgehend einfärbigen Gesellschaft und vis-à-vis einem weitgehend monolithischen Machtapparat bleibt ihm wohl nichts anderes übrig, als sich zu arrangieren. Nicht, dass er deswegen sofort zu Kreuze kriechen müsste, dass er also der ÖVP beitreten und öffentlich den Landeshauptmann bejubeln müsste. Derlei wurde den sowjetischen Schriftstellern in der Zeit nach Stalin allerdings auch nicht mehr zugemutet. Trotzdem wird Anpassung verlangt; sie funktioniert bloß ein bisschen subtiler.

Das bedeutet nicht, die Gesellschaft in Tirol sei heute noch so klar strukturiert wie in früheren Zeiten. Die Entwicklung hat auch vor dem Land im Gebirge nicht gänzlich Halt gemacht, unter der monochromatischen Oberfläche hat sich doch ein gewisser Pluralismus etabliert. Das führt zu unterschiedlichen Interessen, zu Konflikten. In Tirol hat man solch pluralistische Ansätze flugs in das Ein-Parteien-System integriert, indem die herrschende Partei selbst pluralistisch wurde. Das Parteibuch, so heißt es immer wieder – und nicht bloß hier –, das Parteibuch dürfe bei der Postenvergabe keine Rolle spielen. Nun, in Tirol ist die Forderung weitgehend erfüllt, denn da ohnehin jeder, der etwas werden will, ÖVP-Mitglied ist, zählen bei der Auswahl der Bewerber letztlich doch wieder andere Kriterien. (Es gibt allerdings auch Quoten-Sozialisten und neuerdings Quoten-Freiheitliche; bei letzteren kann mangels Auswahl auf die Qualifikation kaum Rücksicht genommen werden, da zählt wirklich bloß das Parteibuch. Paradoxerweise wirkt sich die Parteibuchwirtschaft für manche ansonsten unbedeutende Parteien somit eher günstig aus! Dass dies für die Grünen nicht gilt, spricht eindeutig für diese.) Analog dazu kann gesagt werden: Wenn fast alle bei ein und derselben Partei sind, dann umfasst diese Partei praktisch alles, auch alle Meinungen. In der Tiroler ÖVP von heute findet der brutal-autokratische Hotel- und Liftbetreiber ebenso seine „Heimat“ wie der polternde Arbeiterkammerpräsident oder der basiskatholische Lehrer mit Bibelkreis und antiautori-

tärer Erziehung. Kein Wunder, dass ein *politisches* Gespräch mit einem Tiroler ÖVPLer schlechterdings unmöglich geworden ist – nicht, dass es verweigert würde, der Ansatz wird schlicht und einfach nicht verstanden. Und versuchen Sie ja nicht, einen Tiroler ÖVP-Funktionär auf eine inhaltliche Position festzunageln. Sie werden ebenso frustriert das Feld räumen wie seinerzeit nach einer Diskussion mit einem sowjetischen Parteifunktionär.

Eine Aufweichung der Macht bedeutet das freilich nicht, im Gegenteil: Je mehr Inhalte von der großen Einheitspartei selbst vertreten werden, desto schwieriger hat es jegliche Opposition. Trotzdem verleitet der weite Mantel der Tiroler ÖVP bis heute oft zur Annahme, da könne wirklich jeder mitmachen und mitgestalten. In Wirklichkeit wird der Zugang zu Macht – ebenso wie zur Öffentlichkeit – strikt kontrolliert. Allerdings wird er nicht anhand von Standpunkten, von politischen Aussagen geregelt, sondern rein personell. Es gibt eine kleine Gruppe von Menschen, welche Schlüsselpositionen innehaben, und es gibt die Anderen, die draußen bleiben: die Masse. Das gilt wohlgermerkt nicht bloß für Positionen der Macht im engeren Sinne, es gilt ebenso für die Medien und für den Kulturbetrieb, und es gilt nicht bloß auf Landesebene, sondern bis hinab ins entlegenste Dorf. Entweder man gehört dazu, oder man hat den Mund zu halten – eben dies, nämlich der Machterhalt dieser Gruppe, ist denn auch das eigentliche Parteiprogramm der ÖVP, ihr Ziel und ihr Zweck, ihre *raison d'être*. Alles andere, besonders konkrete Inhalte, erscheinen demgegenüber zweitrangig, sie werden dem eigentlichen Ziel untergeordnet. Da drängt sich nun doch die Erinnerung an jene „Nomenklatura“ auf, wie sie die KPdSU und somit die Sowjetunion beherrschte und wie sie von Michael S. Voslensky im Buch gleichen Titels beschrieben wurde. Wenn man es heute wieder liest, dann erstaunt nicht so sehr der Umstand, wie weit die Sowjetherrschaft bereits in die Vergangenheit, in die Geschichte hinabgeglitten ist, als vielmehr so manche unabweisbare Parallele zum Hier und Jetzt. So scheint in allen Ein-Parteien-Systemen früher oder später ein Zustand einzutreten, in dem ein Parteibuch zwar noch keine Garantie für eine Karriere bietet, aber „kein Parteibuch [zu haben] bietet eine Garantie, dass Sie keine wie auch immer geartete Karriere machen werden.“

Das größte Problem für jede Nomenklatura ist indes die Rekrutierung: Wer gehört dazu, wie findet man Eingang in den erlesenen Kreis jener, die regieren statt regiert zu werden? (Die „Verwaltenden“ und die „Verwalteten“, nennt sie Voslensky.) Ich will offen gestehen, dass ich in diesem Falle keine klare Antwort parat habe. Voslensky führte den inneren Zusammenhalt der sowjetischen Nomenklatura auf einen ziemlich langwierigen und äußerst strengen Prozess der Sozialisation zurück. Einfach ausgedrückt: Wer in die Nomenklatura aufgenommen werden wollte, wer sich dort halten, eventuell sogar aufsteigen wollte, der musste sich anpassen, und zwar rückhaltlos, unzweifelhaft und permanent (d.h. er hatte Stimmungs- und Stiländerungen ständig mitzumachen). Ganz egal, welcher Herkunft so ein Nomenklaturist war, welche Ausbildung er genossen hatte, welche Vorlieben oder Talente ihn oder sie auszeichneten, ganz egal auch, welchen Weg er oder sie letztlich einschlug, um in die Nomenklatura aufgenommen zu werden (das reichte von der Protektion bis zur Heirat) – das hervorsteckende Merkmal aller Nomenklatura-Angehörigen, so Voslensky, war der „Karrierismus“. Gemeint ist das „Streben des Kandidaten nach einem führenden Posten und seine Bereitschaft, alles zu tun, um sich eines Aufstieges auf der hierarchischen Leiter würdig zu erweisen.“ Dieser Karrierismus sei ein Kennzeichen der Nomenklatura an sich geworden, ein „geheimes Kriterium für die Auslese der Nomenklaturafunktionäre“. Die Betonung liegt auf der *Bereitschaft, alles zu tun*. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind natürlich rein zufällig. Wir wollen lediglich festhalten, dass der Prozess der Sozialisation erstaunlich wirksam zu sein scheint. Der unbedingte Wille zur Anpassung, so lehrt mich meine Erfahrung, muss ins Gesicht geschrieben sein, vor allem dürfte er am Blick erkannt werden, weswegen es bereits einem Akt der Subversion gleichkommt, einem Tiroler Politiker offen in die Augen zu schauen. Anhand solcher – stets unausgesprochener – Kriterien steht sofort fest, wer dazu gehört und wer nicht: „Das ist keiner von uns.“ Die Grenze mag etwas vage erscheinen, das gebe ich gerne zu. Sie bedürfte einer eingehenden Untersuchung, aber wer sollte die in Tirol vornehmen? Andererseits stammt meine Beobachtung nicht bloß aus Schriftsteller- oder Lehrerkreisen, denen man berufsbedingtes Schmollen nachsagen könnte, sie wurde vielmehr von ziemlich unbestechlicher Seite bestätigt, so etwa von einer gestandenen Geschäftsfrau sowie von einer

Vertreterin jener Berufsgruppe, die man als „Selbständige“ zu bezeichnen pflegt. Auch sie haben die Erfahrung gemacht, dass ein offener Blick, eine aufrechte Haltung bereits genügen, um „out“ zu sein – von offenen Worten, von Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit ganz zu schweigen. Umgekehrt trifft es ebenso zu, dass Angehörige der Nomenklatura mit ein bisschen Übung freien Auges auszumachen sind, vor allem aufgrund ihrer Selbstgefälligkeit: Sie erwarten von jedem Menschen, der ihnen begegnet, nicht bloß gekannt, sondern auch verehrt zu werden. Eingedenk ihrer chinesischen Eindrücke spricht meine Frau deshalb von „gambus“ – so heißen in China die Parteifunktionäre, welche sich durch Auftreten, Kleidung, Wohlgenährtsein und gesunde Gesichtsfarbe weithin sichtbar von der Masse abheben. Touristen begegnen ihnen – und nur ihnen – in der Sonderklasse der Eisenbahn. Ähnliches, wenngleich nicht ganz so drastisch, habe ich in der Sowjetunion beobachtet; aber dort herrschte bekanntlich das große Versteckspiel, die Geheimhaltung. Lange bevor ich die geringste Ahnung hatte von sowjetischen oder chinesischen Zuständen, lange bevor ich das Wort Nomenklatura je gehört hatte, lange ehe ich überhaupt irgendetwas wusste, nämlich im blöden Alter von 16 oder 17 Jahren, fiel mir bereits der diskrete Charme der Innsbrucker Bourgeoisie auf, ungeachtet des angeblichen „levelling“ in den sechziger Jahren, und zwar im so genannten Kennedy-Haus (der von Pater Kripp geführten Mittelschüler-Kongregation in Innsbruck), einer Nomenklatura-Schmiede par excellence. Das zeigt wiederum, dass die Distinktion nicht unbedingt von Äußerlichkeiten abhängt.

Solcher Art sind also die Verhältnisse, mit denen es der Schriftsteller in Tirol zu tun hat. Auf Bundesebene, wie’s so schön heißt, wird es nicht viel anders sein, sieht man davon ab, dass sich dort die Nomenklatura aus beiden großen Parteien rekrutiert. Auf jeden Fall wird sich unser Schriftsteller anzupassen haben, sonst bleibt er draußen in der Kälte, d.h. in der Anonymität. Man muss bedenken, dass sich die Medienlandschaft in Tirol ihrerseits nicht gerade durch Vielfalt auszeichnet, eher schon erinnert sie an die Ödnis der Sahara. Da gibt es zunächst einmal die *Tiroler Tageszeitung*. Daneben versuchen *Kronenzeitung* und *Kurier* Marktanteile zu ergattern, bisher jedoch mit eher bescheidenem Erfolg. Die Reichweite der *TT* wird wahrscheinlich irgendwo bei 90 Prozent liegen, und wieder entspricht das genau dem, was die allermeisten Tiroler und Tirolerinnen

wünschen. Dabei ist die *TT* zugleich das Regierungsblatt schlechthin. Aufdeckender Journalismus wird in Tirol nicht geschätzt, und zwar – noch einmal muss es betont werden – nicht einmal vom Leser. Missstände werden, wenn überhaupt, erst dann publik, wenn sie bereinigt worden sind. Nicht nur darin gleicht die *TT* der ehemaligen *Pravda*. Der Vergleich stammt von einer Kollegin, die als Slawistin mehrmals für längere Zeit in der Sowjetunion gelebt hat. So wie dort ist das, was in Tirol verschwiegen werden muss, worüber man nicht reden kann, allgegenwärtig – und weiten Kreisen bekannt. Die interessantesten Nachrichten erfährt man in Tirol ebenso wenig aus der Zeitung wie seinerzeit in Moskau, und vom ORF schon gar nicht, sondern mündlich, oft genug hinter vorgehaltener Hand. Bloß auf den Friedhof oder in die freie Natur braucht man noch nicht zu gehen, wie schon gesagt. Was das Verlagswesen anbelangt, gibt es zwar einige kleine, mehr oder weniger unabhängige Verlage. Was Rang und Namen hat, was von Bedeutung erscheint, das ist jedoch fest im Griff der Nomenklatura. Vom lokalen Rundfunk- und Fernsehstudio wird sich ein gelernter Österreicher von vornherein nichts anderes erwarten.

Wer etwas sein will in Tirol, ganz egal was, der muss sich also anpassen. Das Problem ist nur – wie sehr und wie weit. Mit eben diesem Problem mussten sich freilich auch die Schriftsteller des Samisdat herumschlagen. Auch damals fiel der Gang in den Untergrund keineswegs leicht, auch damals schmeckte er nach literarischem Versagen: Du bist eben nicht gut genug. Auch in der Sowjetunion gab es schließlich einen gut geölten Literaturbetrieb, jede Menge von Büchern, jede Menge Neuerscheinungen – noch dazu sehr billig und relativ schön –, folglich auch jede Menge von Autoren und Autorinnen. Nach dem Tod Stalins hätte sich das Regime nur zu gerne ein liberales Mäntelchen umgehängt; das änderte sich erst 1968, mit der Niederschlagung des Prager Frühlings, doch eine Rückkehr zum Stalinismus erfolgte selbst dann nicht wirklich. Was sprach also dagegen, sich ein bisschen anzupassen, wenn als Preis eine Veröffentlichung winkte, die Aufnahme in den Schriftstellerverband, Ferien im Schriftstellerheim, vielleicht sogar eine Reise ins Ausland? Erinnern wir uns an Billy Wilder: Der Talentierte setzt sich letztlich immer durch! Warum sollte das nicht in der Sowjetunion genau so gelten? Niemand scheint dieses Dilemma so drastisch verkörpert zu haben wie

der Dichter Alexander Trifonowitsch Twardowskij (geb. 1910). Berühmt geworden war er durch sein langes Poem *Vasilij Tjorkin*, ungeheuer populär unter den Soldaten des Zweiten Weltkriegs, sowie die Fortsetzung, *Tjorkin im Paradies*, eine Satire auf sowjetische Apparatschiks. Von 1958 bis 1970 war er Chefredakteur der Zeitschrift *Nowyj Mir*. In dieser Funktion (und im Zusammenspiel mit Chrustschow) brachte er 1962 Solschenizyns *Iwan Denissowitsch* an die Öffentlichkeit. Darüber, und über den weiteren Verlauf ihrer Beziehung, hat Solschenizyn in *Die Eiche und das Kalb* ausführlich berichtet. Wie es scheint, glaubte Twardowskij an zwei Dinge zugleich, und zwar in beiden Fällen mit völliger Aufrichtigkeit: an die Literatur und an die Sowjetherrschaft. Ersterer Glaube bewirkte zunächst, dass *Nowyj Mir* unter seiner Führung zur führenden Zeitschrift in der UdSSR aufstieg, selbst international beachtet. Twardowskij erkannte großartige Literatur, wenn er solche zu Gesicht bekam, und dann setzte er sich ebenso enthusiastisch wie selbstlos für ihre Veröffentlichung ein. Dabei stieß er jedoch unweigerlich an die eng gezogenen Grenzen der Sowjetherrschaft. Wohl mochte er weiterhin für ein Werk kämpfen, von dem er überzeugt war, doch letztlich beugte er sich stets der Macht, nicht so sehr aus Opportunismus, sondern weil er nicht anders konnte – er war eben davon überzeugt, der Partei nicht in den Rücken fallen zu dürfen, dem „Feind“ keine Munition liefern zu dürfen. Deshalb beschwor er seine Autoren bereits vor jeglichem Versuch einer Veröffentlichung, diese Stelle ein bisschen zu ändern, jene vielleicht ganz wegzulassen. Was er überhaupt nicht schätzte, das war der Gang in den Untergrund, in den Samisdat. Eine Veröffentlichung im Westen kam in seinen Augen einem Landesverrat gleich, Grund genug, eine Freundschaft zu beenden, so etwa die mit Solschenizyn. Trotzdem scheiterte Twardowskij am Ende. Auf der einen Seite verspielte er das Vertrauen und die Freundschaft der unabhängigen Autoren, auf der anderen wusste ihm die Parteiführung ebenso wenig Dank – er verlor seine Funktion bei *Nowyj Mir* und starb, zurückgezogen und einsam, im Alter von 61 Jahren an einem schweren Krebsleiden.

Nun soll hier natürlich nicht unterstellt werden, die Situation in Tirol biete sich ähnlich dramatisch dar, und die Wahl, die ein Autor zu treffen hat, sei auch nur annähernd so schmerzlich. Schließlich leben wir hier nicht hinter dem Eisernen Vorhang, bloß hinter einem seidenen. So

eröffnet sich eine breite Skala an möglichen Haltungen zwischen Anpassung und Authentizität – verwenden wir lieber einen eindeutigen Begriff, sagen wir: Ehrlichkeit. Ohne Zweifel ist es in Tirol möglich zu veröffentlichen, sogar in einem offiziellen Organ, ohne sich deswegen gleich unwiderruflich kompromittieren zu müssen, weswegen es umgekehrt nicht automatisch ein Zeichen von Ehrlichkeit darstellt, wenn jemand nichts veröffentlicht. Trotzdem – das „Twardowskij-Dilemma“ eröffnet sich auch in Tirol. Wer Liebkind der Nomenklatura sein will, der tut dies letztlich um den Preis seiner Ehrlichkeit. Darüber kann all das Gerede von Demokratie und postmoderner Vielfalt nicht lange hinwegtäuschen. Ich spreche hier aus eigener Erfahrung sowie aufgrund jener Beobachtungen, welche ich im Freundes- und Kollegenkreis gemacht habe. Mit zunehmender Ehrlichkeit wachsen unweigerlich die Schwierigkeiten, die Widerstände werden stärker. Selbst wenn es so einem Autor oder so einer Autorin nach wie vor gelingt, einen Verleger zu finden, kostet das doch ungeheure Mühe, während die Resonanz auf das endlich erschienene Buch mehr als enttäuschend ausfällt. Das kann so weit gehen, dass ein offizieller Literaturpreis lieber überhaupt nicht vergeben wird, ehe er einem Bewerber zukommt, der zwar brillante Erzählungen eingereicht hat (ich kenne sie – in Manuskriptform, versteht sich), der aber irgendwie doch nicht den richtigen Stallgeruch hat, der also „keiner von uns“ ist. Literatur, die in Tirol Anerkennung finden will, hat zwei Kriterien zu erfüllen: Sie hat ornamental zu sein – und belanglos. „Kritik“ ist durchaus erwünscht, versteht sich, aber sie hat dem Selbstverständnis des heutigen Tirolers zu schmeicheln: Alpenländischer Realismus.

Ich sage das nicht zuletzt deshalb, weil ich etliche von mir höchst geschätzte Schriftsteller-Kollegen und -Kolleginnen ein bisschen aufmuntern möchte, sofern sie unter ihrer notorischen Erfolglosigkeit leiden. Dass sie mit ihrem literarischen Talent nichts zu tun hat, dafür verbürge ich mich; mit ihrer Aufrichtigkeit hingegen sehr wohl, und die einzige Frage, die offen bleibt, lautet: Besteht wirklich ein Zusammenhang zwischen dieser Aufrichtigkeit und der literarischen Qualität? Wie Solschenizyn antworten würde, das kann man sich vorstellen.

VI

Bei all dem soll keinesfalls der Eindruck erweckt werden, der Schritt in den „Samisdat“ habe etwas Romantisches an sich, oder gar etwas Heroisches. Selbst wenn er für den Verfasser dieser Zeilen befreiend gewirkt hat, muss er doch mit vielfältigen Erschwernissen bezahlt werden, weswegen er kaum weiterempfohlen werden kann. Eher sollte gewarnt werden. Im Grunde wird es sich stets um eine Entwicklung handeln, die mehr oder weniger von selbst zu der Entscheidung hinführt, fortan das Spiel der „advertisements for myself“ nicht mehr mitzumachen. Erst dann wird es der oder die Betreffende mit den Widerwärtigkeiten eines Erfolgsverzichts inmitten der herrschenden Erfolgsideologie aufnehmen können.

Einige dieser Widerwärtigkeiten sind bereits zur Sprache gekommen. Man sollte allerdings nicht glauben, eine rationale Analyse des Verlagswesens oder die Demontage des Erfolgsmythos reichten aus, die nagenden Zweifel ein für alle Mal zu beseitigen. Wer nicht für die Veröffentlichung schreibt, der lebt mit der hartnäckigen Frage im Hinterkopf, ob es nicht doch vielleicht an Talent mangelt. Ebenso tief sitzt der Glaube an das Erfolgs-Dogma unserer Gesellschaft. Gibt es überhaupt sinnvolles Schreiben ohne Veröffentlichung, fragt das lästige Stimmchen im Hinterkopf; schreibt man im Grunde nicht eben deshalb, weil man sich der Öffentlichkeit mitteilen will? Gleichet ein Schriftsteller im „Untergrund“ demzufolge nicht einem Schauspieler, der vorgibt, seine Kunst so zu lieben, dass er sie lieber nicht vor Publikum praktizieren will?

Abgesehen davon, bedrückt im „Untergrund“ der Zeitmangel. Wer im „Samisdat“ schreibt, der muss sich seinen Lebensunterhalt in der Regel ja durch andere, durch „reguläre“ Arbeit verdienen. Das gilt allerdings für sehr viele Schriftsteller, selbst wenn sie regelmäßig veröffentlichen. Im Falle des „Untergrund“-Schreibers kommt jedoch hinzu, dass er keinerlei Legitimation vorweisen kann für seine einsame und zeitraubende Tätigkeit am Schreibtisch. Was hilft, ist höchstens eine Analogie: nämlich jene zu einem Freizeitsportler, der ja auch sehr viel Zeit für sich in Anspruch nimmt, was in Tirol indes auf wohl wollendes Verständnis stößt. „Ja schon“, heißt es dann, „aber der *tut* wenigstens was!“ Dabei ist die Tätigkeit des Schreibens ihrerseits ziemlich anstrengend, wie jeder, der's ein-

mal ernsthaft versucht hat, nur zu gut weiß. Doch selbst in dieser Hinsicht muss unser „Samisdat“-Autor vorsichtig sein, denn schließlich soll er in seinem Beruf ebenso seinen Mann bzw. seine Frau stellen, und in Zeiten des Neo-Liberalismus wird das nicht leichter, im Gegenteil: Es scheint fast schon zur Normalität zu gehören, dass der Boss, die Firma oder der Konzern nicht bloß Anspruch auf deine Arbeitszeit erhebt, sondern auch auf deine Freizeit, nicht bloß auf die Erfüllung deiner Pflicht, sondern auch auf deine Gefühle. Das nennt sich dann Engagement und Loyalität, „corporate identity“, oder so ähnlich. Ich nenne es totalitär. Und wie von jeher, sind es die „Untergrund“-Schreiber, die solches als Erste und am eigenen Leib zu spüren bekommen.

Andererseits sollte das Zeitproblem aber auch nicht überschätzt werden. Immerhin hat Alexander Solschenizyn seine wichtigsten Werke geschrieben, während er als Physiklehrer in Rjasan arbeitete – zum Beispiel den *Iwan Denisowitsch* und den *Ersten Kreis*. In einer anderen Welt und einer anderen Epoche stand ein hoher Beamter der königlichen Post in England jeden Tag um Fünf in der Früh auf, um vor dem Frühstück 5.000 Wörter zu schreiben, und was dabei herauskam, gehört zu den Spitzenleistungen des realistischen Romans: die Rede ist von Anthony Trollope. Mit ein bisschen Disziplin ließen sich in der Freizeit durchaus substantielle Werke schaffen, selbst heute noch (die Zeit ist wirklich eine ganz andere als jene Trollopes). Angenommen, es gelänge einem „Untergrund“-Dichter lediglich, an jedem Arbeitstag eine Manuskriptseite zu verfassen, nicht mehr; dann wären das im Laufe eines Jahres trotzdem noch über 200 Seiten, und da ist sogar der Urlaub mit berücksichtigt. In Wirklichkeit kommt freilich so viel dazwischen, dass der „Untergrund“-Schreiber unweigerlich in größeren Zeitspannen denken muss. Wenn ich mich in meiner Einsamkeit dazu entschließe, ein neues Buch in Angriff zu nehmen, dann bedeutet das den Antritt einer langen, langen Expedition: zwei Jahre, drei Jahre. Klar, dass das Thema über all diese Zeit hinweg „tragen“ muss. Klar auch, dass sich der „Samisdat“-Autor, so gesehen, auf einer völlig anderen Zeitskala bewegt als die Menschen um ihn herum, ja selbst als andere, publizierende Autoren. Die sind oft von der Angst gehetzt, sie könnten zu spät kommen, einen Trend verpassen, oder die Ereignisse könnten sie überrollen. Am schlimmsten dürfte wohl die Furcht sein, jemand könne inzwischen ihr Thema aufgreifen, „ihr“ Buch

veröffentlichen. Demgegenüber gehe ich von einer einfachen Alternative aus: Entweder ist das Buch, das ich gerade schreibe, etwas wert, dann spielt es keine Rolle, wann es herauskommt; oder das spielt sehr wohl eine Rolle – dann kann es nicht besonders viel wert sein. Wenn es inzwischen ein anderer herausbringt, nun, dann war mein eigener Senf eben überflüssig, ich kann mir die Mühe sparen. Der „Samisdat“ verlangt sehr viel Gelassenheit, das ist wahr. Selbst für einen Aufsatz wie den vorliegenden muss man locker ein halbes Jahr veranschlagen. Aber gleichzeitig ermöglicht der „Samisdat“ diese Gelassenheit, er eröffnet erst das Universum der langen Zeiträume. Mehr noch: Er eröffnet überhaupt so etwas wie ein Paralleluniversum, wo Vieles plötzlich ganz anders ausschaut.

Tatsächlich äußert sich das Zeitproblem in der Praxis am ehesten insofern, als man das Schreiben, so wie jede geistige Arbeit, nicht so einfach an- und abdrehen kann. Eine Manuskriptseite pro Tag, das mag ja gut klingen – aber was ist mit dem Kapitel, dem ganzen Buch? Was wird aus dem Gedankengang, aus dem gesamten Gebäude? Da bräuchte es ständige Konzentration; es bräuchte Muße, um Probleme zu durchdenken, um sie sorgfältig auszuformulieren, nicht bloß einmal, sondern immer wieder; und es bräuchte genügend Zeit, um einmal eine Passage, ein Kapitel in einem Schwung niederschreiben zu können. In Wirklichkeit muss der „Samisdat“-Schreiber oft genug eben dann aufhören, wenn er sich endlich wieder eingearbeitet und warm geschrieben hätte. Umgekehrt muss er sein Hirn, seine Phantasie – diese hochgezüchtete, empfindliche Maschine – stets von Neuem anwerfen, und wir wissen, wie viel Reibungswiderstand da jedes Mal zu überwinden ist, wie viel Energie da verloren geht. Was mich betrifft, so liegt hier das schwierigste Problem, es kann mir geradezu körperliche Schmerzen verursachen. Als Ausrede darf man es freilich nicht gelten lassen. Die Schwierigkeit kann überwunden werden. Wir hier in Mitteleuropa, in der gegenwärtigen Lage sollten uns überhaupt davor hüten, zu zimperlich zu werden. „Darin, dass die Gesellschaft ihren Schriftsteller ungerecht behandelt, sehe ich keinen ernsthaften Fehler“, meinte Solschenizyn einmal, und der wusste nur zu gut, wovon er sprach. „Damit wird er auf die Probe gestellt. Schriftsteller braucht man nicht allzu sehr zu verhätscheln... Der Schriftsteller muss mit Ungerechtigkeit rechnen. Das ist das Schicksal seiner Berufung.“ Wer

weiß, vielleicht liegt hier sogar ein Maßstab verborgen, anhand dessen wir die Spreu vom Weizen trennen können: Ein echter Schriftsteller würde sich, so gesehen, eben dadurch auszeichnen, dass er selbst dann noch schreibt, wenn nicht die geringste Aussicht auf Erfolg besteht, und zwar nicht bloß vorübergehend, ein gutes Ende à la Hollywood vor Augen, sondern ein für alle Mal, endgültig.

Wie wir sehen, kommt der Antrieb zum Schreiben eigentlich von innen heraus. Selbst ein politisch oder sozial engagierter Schriftsteller dürfte letztlich deshalb schreiben, weil er das Gefühl hat, eben dies tun zu müssen. Und warum? Weil es eben so etwas wie eine innere Stimme gibt, und die kann ganz schön beharrlich sein, unerbittlich in ihren Forderungen, unnachgiebig, wenn's um die Leistung geht. Sie ist es auch, die den Weg weist von einem Vorhaben zum andern. Der wahre Künstler, hat der Kunsthistoriker Ernst Gombrich einmal gesagt, führt ein Zwiegespräch mit seinem Werk, nicht mit dem Publikum – das tun nur Hochstapler. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass sich ein neues Buch jeweils aus dem vorhergehenden ergibt, genauer: aus den Fragen, die dort offen geblieben sind bzw. die sich dort, aufgrund der intensiven Arbeit, neu stellen. Daraus ergibt sich so etwas wie eine Richtung: ein innerer Kompass, wenn man so will, und ich will nicht verhehlen, dass ich nun, da ich im „Samisdat“ bleibe, erstmals seit meiner Jugend wieder das Gefühl habe, einem solchen zu folgen, anstatt wie ein Segelboot ohne Wind in der Dünung zu dümpeln. Dieses Bewusstsein vermag selbst die langen Zeiträume zu überbrücken, mit welchen man im „Untergrund“ zu rechnen hat.

Nicht, dass Schreiben deshalb notwendiger Weise expressionistisch sein müsste, also primär Ausdruck individueller Empfindungen; was es zu beurteilen gilt, wenn wir von Literatur sprechen, das ist eben nicht bloß die äußerliche Qualität, die Sprache und die Form – es geht ebenso, wenn nicht vorrangig, darum, was ein Autor zu sagen hat, worauf er hinaus will. Aus dieser Überlegung heraus möchte ich hier ganz kurz von meiner eigenen Motivation sprechen. Was mich immer wieder anstachelt, selbst wenn ich noch so müde bin, selbst wenn ich fast schon resigniert habe, das ist der Widerspruch. Das mag banal klingen, besonders für Angehörige meiner Generation, die dieses Wort allzu oft gehört haben, allzu großspurig und leichtfertig im Munde geführt von allzu unreifen, allzu

angeberischen Jugendlichen. Doch hat sich in meinem Falle der Widerspruch erst spät geregt; interessanter noch: er wird stärker, je älter ich werde. Der Grund dafür ist einfach: der Widerspruch ist nicht ideologischer Art, ergibt sich also nicht so sehr aus dem, was ich mir angelesen habe (wie im Falle der 68er-Marxisten), sondern empirisch, das heißt, er ergibt sich aus der Beobachtung. Und selbst hier reizt nicht so sehr das, was geschieht – was vor allem reizt, das ist das, was gesagt wird. Die Diskrepanz zwischen Wort und Tat, zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen dem, was sich vor unseren Augen abspielt, und dem, was uns die Propaganda weismachen will – diese Diskrepanz ist es, die mich stets von Neuem empört, die mich immer wieder dazu bringt, das Maul aufzumachen und mir selbiges – ganz gegen meinen Willen – zu verbrennen, die mich letztlich auch an den Schreibtisch zwingt, immer wieder, um die unerträgliche Empörung abzuarbeiten. Denn dies ist ohne Zweifel eine weitere Funktion meines einsamen Schreibens: das Gehirn zu entlasten, ein paar jener Gedanken loszuwerden, die mir durch den Kopf schwirren. Insofern hat das Schreiben durchaus hygienische Wirkung: „Gehirnschiss“, wie ich das bei mir zu nennen pflege. Ohne meine Schreiberei wäre ich wahrscheinlich längst dem Alkohol verfallen, oder ich hätte andere, durchaus nicht ungefährliche Eigenheiten entwickelt. Glücklicherweise habe ich die Gabe, die meisten Gedanken zu vergessen, sobald ich sie zu Papier gebracht habe. Das mag als weiteres Hindernis einer allfälligen „Karriere“ im Wege gestanden sein, denn ich habe mich stets äußerst unwohl gefühlt, wenn ich – zum Beispiel bei einer Lesung – über meine Schreiberei hätte reden sollen. Innerlich beschäftigte ich mich ja längst nicht mehr mit dem, was da zur Sprache kam. Den beflissenen Fragestellern war ich versucht zu antworten: „Lesen S', was ich geschrieben hab', und wenn S' die Antwort dort nicht finden, weiß ich's selber nicht, sonst hätt' ich's ja geschrieben!“ Aber so gewinnt man natürlich keine Leser. Allerdings – auch dies eine Erfahrung – funktioniert die geistige Hygiene nur, wenn das zur Debatte stehende Thema wirklich gründlich durchdacht wurde. Das Schreiben dient hier als Korrektiv: Da tritt jede Schlamperei, jede Flüchtigkeit unerbittlich zu Tage. Voraussetzung ist freilich, dass größtmögliche Klarheit und Genauigkeit angestrebt werden. Das ist mit ein Grund, warum ich selbst im „Untergrund“ noch so schreibe, als müsste ich mich möglichst vielen Menschen verständlich

machen. Obwohl nur sehr, sehr wenige das lesen werden, was ich von mir gebe, soll doch jeder, der es will, dazu in der Lage sein, das heißt, er oder sie soll es *verstehen können*. Zumindest soll alles unterbleiben, was diesem Verständnis im Wege steht, und ganz gewiss alles, was ihm absichtlich im Wege steht. Das mag banal klingen, trotzdem kann es zur Häresie führen. Immer dann, wenn er nicht genau wusste, wofür oder wogegen er schrieb, bekannte George Orwell einmal, habe sich affektierter Stil eingeschlichen, bedeutungslose Sätze, dekorative Beifügungen: „humbug generally“. Umgekehrt setze klarer, kraftvoller Stil ebenso klares Denken voraus; und klares Denken gerate unweigerlich in Konflikt mit der herrschenden Lehre: „To write in plain, vigorous style one has to think fearlessly, and if one thinks fearlessly one cannot be politically orthodox.“

Vielleicht liegt hier – unbeachtet, aber doch – sogar ein Sinn des anscheinend so privaten Schreibens im „Untergrund“ versteckt. Erinnern wir uns, welche Beobachtungen wir über das Verlagswesen angestellt haben. Wenn es so kläglich funktioniert, dann liegt das unter anderem daran, dass die Konzentration dort inzwischen so ungeheuer weit fortgeschritten ist. Genaue Zahlen sind mir leider nicht bekannt, aber ich denke, ich übertreibe nicht allzu sehr, wenn ich feststelle: das Verlagswesen im deutschen Sprachraum ist ziemlich weitgehend in der Hand der Bertelsmann-Gruppe. Unbestritten, es gibt nach wie vor eine große Anzahl verschiedener Verlage, doch viele von ihnen gehören mittels loser oder engerer Verflechtung letztlich erst wieder zu diesem Konzern. Unbestritten auch, dass es weiterhin unabhängige Verlage gibt. Die leben in der Regel aber von Subventionen der öffentlichen Hand, womit ihre Lebensspanne schon jetzt beschränkt erscheint, denn auch im Verlagswesen wird die Liberalisierung durchgesetzt werden, und sei es noch so brutal – darauf kann man vertrauen, denn dafür sorgen die großen Konzerne. Abgesehen davon sind die wirklich unabhängigen Verlage natürlich mikroskopisch klein; so klein, möchte ich behaupten, dass man mit Fug und Recht von „Untergrund“-Verlagen sprechen kann, womit wir wieder bei unserem Thema wären. Tatsächlich scheint mir manchmal der Unterschied zwischen einer Buchveröffentlichung in so einem unabhängigen Verlag und meinem Vertriebssystem des „Samisdat“ marginal zu sein. Sicher ist es schöner, ein gedrucktes Buch in Händen zu halten,

außerdem bekommt man eine ISBN, man scheint sogar im Internet auf (für einige Zeit, nicht allzu lange). Aber sonst? Wie schon einmal gesagt: Die Leute, die das solcher Art gedruckte Buch zu lesen bekommen – in der Regel gratis, vom Autor oder vom Verlag – sind eben jene, welche auch das Manuskript lesen; und die vielen Leser, die ich mit meinem „Samisdat“-Manuskript nicht erreiche, würden das Buch ebenso wenig lesen. Sie würden nicht einmal von seiner Existenz erfahren.

Die Konzentration im Verlagswesen bedeutet zugleich fortschreitende Zentralisierung. Das kennen wir aus der Welt der Massenmedien, insbesondere vom Fernsehen. Die Folgen zeigen sich zunächst einmal in einer rigorosen Rationalisierung. Deren Auswirkungen haben wir schon anhand der Monotonie des zeitgenössischen Buchsortiments studiert. Darüber hinaus werden Entscheidungen immer weiter weg von den Konsumenten verlagert, somit auch die vorhergehenden Gespräche und Debatten: der „Diskurs“, wie das üblicher Weise genannt wird. Was im Fernsehen zur Sprache kommt, ist nur in Ausnahmefällen das, was uns im Alltag bewegt; und was uns im Alltag bewegt, das wird praktisch nie im Fernsehen diskutiert, ganz gewiss nicht offen und erschöpfend – zu letzterem fehlt grundsätzlich die Zeit: siehe Rationalisierung. Dasselbe gilt sinngemäß fürs Radio, trotz aller Liberalisierung – die ohnehin nur für mehr Quantität gesorgt hat, nicht für mehr Qualität –, sowie für die Presse. Doch selbst wenn der öffentliche Diskurs weitgehend abgekoppelt ist vom alltäglichen, unterbleibt dieser ja doch nicht: nicht nur, weil wir weiterhin miteinander reden, sondern auch, weil wir wichtige Erfahrungen austauschen, uns also gegenseitig Neuigkeiten zukommen lassen, „Nachrichten“, und weil wir uns solcher Art unsere Meinung bilden. (Die große Gefahr, die es zu erkennen gilt, besteht in der Verwechslung von konkreter Erfahrung mit medial vermitteltem Wissen.) Man könnte von einem Modell ausgehen, wonach im gleichen Maße, wie die „öffentliche“ Diskussion immer technisierter, zentralisierter und rationalisierter abläuft, die eigentliche Kommunikation an der Basis zurückfällt in ein Stadium einfacherer Formen, bis hin zur mündlichen Überlieferung. Derart klar und logisch spielt sich die Sache in Wirklichkeit natürlich nicht ab. So wichtig mündliche Kommunikation sein mag, spielen schriftliche Fixierung und Übermittlung in unserer Zivilisation doch weiterhin eine entscheidende Rolle. Es fragt sich bloß, welche Wege sich diese Übermitt-

lung schließlich abseits der hochzentralisierten und -monopolisierten Kanäle bahnen wird.

Wie wir wissen, gibt es eine ganze Schule der zeitgenössischen Philosophie, welche ihre Hoffnung aufs Internet setzt, auf die „Revolution“ in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Theoretisch mag da etwas dran sein. Aus der Praxis, an der ich nun doch schon seit etlichen Jahren teilnehme, und zwar durchaus mit Vergnügen, mit Gewinn und, wie ich glaube, mit ausreichendem Geschick – aus dieser Praxis heraus kann ich solchem Optimismus leider nicht viel abgewinnen. Gewiss, es ist reichlich früh für ein einigermaßen fundiertes Urteil. Schon auf den ersten Blick erscheint die Problemstellung im Internet jedoch seltsam vertraut: Etwas zu produzieren, mag relativ einfach sein – aber wie erfahren die Anderen davon? Das Problem wird üblicherweise mittels Werbung gelöst, vorrangig solcher im Fernsehen. Wir beachten und schätzen in der Regel nur, was die höheren Weihen medialer Präsenz erhalten hat. Das gilt fürs Waschmittel genau so wie für die Literatur. In puncto Werbung haben aber erst wieder die großen, zentralisierten Konzerne die Nase vorne, ziemlich weit sogar – im Grunde sind sie wahrscheinlich die einzigen, die überhaupt noch mitspielen können. Droht derselbe Prozess folglich dem Internet? In der heutigen Lage klingt das ziemlich griesgrämig, ich weiß, und doch – im Geheimen rechne ich fest damit. Wenn Wahlen etwas veränderten, hieß es früher, dann fänden sie nicht statt; heute sage ich: Wenn das Internet wirklich ein wichtiges Medium darstellt, wird es der Kommerzialisierung nicht entgehen. (Außer die öffentliche Hand greift ein...)

Abgesehen davon, scheint mir das Medium Internet eine ganz fundamentale Schwäche aufzuweisen. Es eignet sich zwar für den rapiden Austausch von Informationen, kein Zweifel – aber das ist schon alles. So, wie sich die technischen Gegebenheiten heute darstellen, verlangt das Medium unerbittlich Kürze – je kürzer und je visueller, desto besser. Die grundlegende Maßeinheit ist stets der Bildschirm. Was darüber hinaus geht, macht Probleme; und das gilt ganz besonders für längere Texte. Zweierlei Konsequenzen lassen sich beobachten: Zum einen hat das weltweite Netz in der Tat zu einer wahren Flut an Information geführt; zum anderen handelt es sich jedoch um kleine und immer noch kleinere Häppchen – „info bites“ –, hastig produziert und ebenso hastig consu-

miert, visuell möglichst perfekt, aber wie steht's mit dem Gehalt? Nun haben wir schon vor der Etablierung des Internets nicht gerade an einem Mangel an Information gelitten. So gesehen, bietet die Informations- und Kommunikationstechnologie gar keine neue Lösung an, sie trägt vielmehr selbst zu einem alten Problem bei. Dieses Problem scheint darin zu bestehen, die Überfülle von Information zu verarbeiten, der wir ständig ausgesetzt sind: das globale Zwitschern der Bytes und Megabytes. Worum es geht, das ist kurz und prägnant: das Verständnis, die Erkenntnis. Die sind erfahrungsgemäß jedoch nicht mittels Informationshäppchen zu gewinnen, sondern nur mittels langsamer und langwieriger Prozesse des Lesens und Studierens, der geduldigen Auseinandersetzung mit Widersprüchen und Rätseln, des Nachdenkens – wir bewegen uns, wie schon einmal angedeutet, in einer anderen Dimension der Zeit, in einem anderen Universum. Ob die Informationstechnologie dort jemals Fuß fassen wird, mag dahingestellt bleiben. Vorläufig können wir jedenfalls feststellen: Der sinnvollen Kommunikation, das heißt jener, die Verständnis vertieft und Erkenntnis schafft – dieser Kommunikation dient das Internet nicht. Zum Nachdenken braucht es Zeit und Raum. Das Internet bietet weder das eine noch das andere, ebenso wenig wie die übrigen Medien. Da gilt weiterhin die eherne Regel: *Information ist das Gegenteil von Erkenntnis.*

Wäre es nicht denkbar, dass sich in dieser Lage so etwas wie ein neuer „Untergrund“ entwickelt, eine Art westlicher, kapitalistischer „Samisdat“, in dem so wie früher in der Sowjetunion das Wesentliche ausgesprochen wird, jene Erfahrungen, die öffentlich längst nicht mehr zur Sprache kommen, jene Wahrheiten, welche die etablierten Medien fürchten wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser? Die Form ist sekundär: das können schriftlich niedergelegte Gedanken sein so wie in diesem Aufsatz, es können ebenso gut Erzählungen sein (im ursprünglichsten Sinne), Anekdoten oder Lieder. Dem Publikum in der Sowjetunion war derlei wichtig genug, um es heimlich in nächtelanger Mühe abzutippen (Vervielfältigungsgeräte standen unter strengem Verschluss), später auf Kassetten zu sprechen oder zu singen und solcherart weiterzugeben. Wir wären da in einer glücklicheren Lage, nicht nur, weil wir jederzeit Zugang zu Kopiergeräten haben, sondern auch, weil der Computer die Herstellung

anspruchender Manuskripte erleichtert. Außerdem steht auf die Verbreitung unabhängiger Äußerungen vorläufig noch keine Strafe.

An dieser Stelle kann ich's mir einfach nicht verkneifen, von einem Erlebnis zu erzählen, welches mir vor ein paar Jahren widerfuhr, genau gesagt am 10. Dezember 2002. Durch Mundpropaganda hatte ich erfahren, dass der so genannte *Kronenzeitungs-Film* in einem alternativen Kino in Innsbruck gezeigt werde. Von diesem Film hatte ich ebenfalls unter der Hand gehört, mittels mündlicher Überlieferung sozusagen. Es handelt sich um die Dokumentation einer belgischen Filmemacherin; ihre Methode besteht im Wesentlichen darin, die Redakteure unseres Kleinformats sowie dessen übermächtige Vaterfigur, Herrn Dichand, vor laufender Kamera reden zu lassen – oder, um genauer zu sein, ihre Äußerungen eindrucksvoll zu arrangieren und zu schneiden. Das filmische Ergebnis spricht für sich selbst, es ist niederschmetternd. Dementsprechend wurde der Film in Österreich erfolgreich totgeschwiegen. An diesem Nachmittag sollte es denn auch bloß eine einzige Vorstellung geben, nicht mehr. Zufällig hatte ich in Innsbruck zu tun, also teilte ich's mir so ein, dass ich diese Vorstellung besuchen konnte. Als ich beim Kino anlangte, musste ich jedoch feststellen, dass sich bereits eine lange Warteschlange gebildet hatte. Und sie wurde dauernd länger, schließlich reichte sie fast bis auf die Straße hinaus! Draußen wurde es langsam dunkel, ein grauer Dezemberabend; das Foyer des Kinos – ein alternatives, wie erinnerlich – wirkte heruntergekommen und schäbig. Der Vorstellungstermin rückte näher. Ab und zu schien sich die Schlange ein bisschen vorwärts zu bewegen, aber das mochte bloß Einbildung sein. Ein Gerücht ging durch die Reihe: Ausverkauft – fertig. Und dann ein weiteres: Spät am Abend, irgendwann nach zehn Uhr, würde eine zusätzliche Vorführung eingeschoben. So lange konnte ich nicht warten. Die Schlange hatte sich aufgelöst, zur Sicherheit fragte ich noch einmal an der Kasse nach, doch der mündliche Nachrichtendienst hatte gut funktioniert, es stimmte alles. Unverrichteter Dinge verließ ich das Kino. Wo, so grübelte ich vor mich hin, wo hatte ich solches bloß schon erlebt: Geduldig Wartende in schäbiger Umgebung, Schlangen bis hinaus auf eine kalte, unfreundliche Straße, und das alles um brisante Informationen zu ergattern oder um heiß begehrter kultureller Darbietungen teilhaftig zu werden? Ja, richtig – anlässlich meiner

Besuche in der Sowjetunion. Das war's! So konnte ich mein eigenartiges Gefühl an jenem Abend in Innsbruck einordnen. So standen also die Dinge. (Inzwischen habe ich den Film sehr wohl gesehen, auf Video. Doch von diesem erfuhr ich gleichfalls unter der Hand, von einem Schüler, der mir dann auch eine Kopie besorgte. Wenn das nicht „Samisdat“ sein soll!)

Trotzdem: Ehe es wirklich zu einem westlich-kapitalistischen „Samisdat“ käme, müsste wohl eine ausreichende Zahl von Menschen den Mythos von der freien Meinungsäußerung durchschauen, den Mythos also, dass alles, was einer Veröffentlichung wert sei, auch veröffentlicht werde. Parallel dazu müssten wir uns wieder daran gewöhnen, unserem eigenen Urteil zu trauen, anstatt auf den medialen Sanctus zu warten. Ein Waschmittel, welches nicht im Fernsehen auftaucht, kann genau so gut sein wie eines, für das ununterbrochen geworben wird. Worauf es ankommt, ist die Qualität in der jeweils eigenen Waschmaschine, daheim im Bad, in der Küche oder im Keller. Im gleichen Sinne kann ein ungedrucktes Manuskript genau so wertvoll sein wie der neueste Band des Suhrkamp-Verlages. Das zu sehen, müssten wir neu erlernen; wir müssten lernen, unvoreingenommen zu urteilen, und wir müssten das Selbstvertrauen gewinnen, unserem eigenen Urteil zu trauen, anstatt unsere Kompetenz von vorneherein an irgendwelche Autoritäten abzutreten.

Erinnern wir uns noch einmal daran, was jene Kollegin vor beinahe dreißig Jahren gesagt hat: „Literatur ist eine Ware.“ Sie wird schon Recht gehabt haben, gewiss; aber wenn ich Waren sehen will, dann gehe ich in's Einkaufszentrum, da wird mir vom Überangebot so übel, dass mein Bedarf auf Monate hinaus gedeckt ist. Machen wir uns nichts vor: Wenn Literatur wirklich nicht mehr ist als eine Ware – nun, dann interessiert sie uns ganz einfach nicht. Da erscheint die traditionelle russische Auffassung, wie sie den Samisdat der sechziger und siebziger Jahre antrieb, denn doch zutreffender: Literatur als Refugium der Schönheit und Reinheit, der Aufrichtigkeit und Wahrheit. Oder, wie Solschenizyn einmal verzweifelt ausrief, als er sich mit den Praktiken westlicher Verlage herumschlagen musste: „Doch außer Geld gibt es auch Literatur!“

LAND DER LÜGEN

AM 31. JÄNNER DES DENKWÜRDIGEN JAHRES 2000 kam ich am späten Nachmittag von einem Termin beim Zahnarzt nach Hause. Im Auto hatte ich Radio gehört, und gerade als ich in unsere Garage fahren wollte, war es Zeit für die stündlichen Nachrichten. Ich hörte damals übrigens *Blue Danube Radio*. Es war der letzte Tag dieses Senders, einst bloß im Raum Wien eingerichtet für das diplomatische Personal an den Botschaften und in der so genannten UNO-City sowie für deren Angehörige; später auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet, überwiegend englischsprachig, arbeitete BDR noch immer mit minimalen Mitteln – „on a shoestring“ –, trotzdem (oder eben deshalb) aber mit höchster Qualität, sowohl was die Musik anbelangte, vom Broadway-Musical über Swing herauf in die Sechziger Jahre, als auch die Moderation, „native speakers“ aus allen Teilen der englischsprachigen Welt mit feinem Humor und sehr viel Stil. Es war stets ein Vergnügen zuzuhören, und nicht umsonst hatte sich BDR eine kleine, aber treue und begeisterte Hörergemeinde geschaffen. Nun hatte der ORF beschlossen, stattdessen ein rotziges Jugendprogramm einzurichten. Manche BDR-Fans verstiegen sich angesichts der politischen Lage in Österreich sogar zu Verschwörungstheorien, doch erfolgt so eine Umstellung wohl schwerlich von heute auf morgen. Einen gewissen Symbolgehalt konnte man dem Ende von *Blue Danube Radio* trotzdem nicht absprechen.

Zeit also für die stündlichen Nachrichten. Die vierzehn anderen Mitglieder der Europäischen Union, so hieß es, drohten Österreich mit unfreundlichen Maßnahmen, sollte die FPÖ wirklich in der neu zu bildenden Regierung vertreten sein. Das war nun quasi offiziell.

„Wow!“, entfuhr es mir unwillkürlich.

Starker Tobak.

Wobei mich gar nicht so sehr die Tatsache überraschte, dass es überhaupt zu Reaktionen im Ausland kam. Das war längst abzusehen gewesen. Um das zu begreifen, brauchte man bloß im Internet ausländische Zeitungen anzuschauen, *The Guardian* zum Beispiel oder *The Independent*, und man brauchte bloß die gute alte BBC zu hören, Radio 4 – damals war das noch über jede normale Satellitenschüssel möglich, genau wie bei den deutschen öffentlich-rechtlichen Sendern (inzwischen hat sich das leider geändert, schon zweimal). Um völlig ahnungslos in das internationale Gewitter zu stolpern, musste man wahrscheinlich österreichischer Außenminister sein. Dieses Amt bekleidete damals kein Geringerer als Wolfgang Schüssel. Wenn es stimmte, was er öffentlich behauptete, dass er nämlich von den Reaktionen der EU-Staaten völlig überrascht worden sei, dann stellte er sich selbst nicht gerade das beste Zeugnis aus in puncto Auffassungsgabe und Kompetenz, und das zu eben jenem Zeitpunkt, als er sich anschickte, Bundeskanzler zu werden; wenn es hingegen nicht stimmte, wenn er also sehr wohl ausreichend informiert war: nun, dann hat er schlicht und einfach gelogen – auch keine Empfehlung. (In Wahrheit, so hatte ich den Eindruck, war er einfach unfähig zu glauben, dass es Ernst werden würde, dass es wirklich Konsequenzen geben würde, beziehungsweise *wollte* er es nicht glauben, so sehr, dass er ganz aufrichtig leugnete – beides ur-österreichische Verhaltensweisen.)

Die Lüge ging indes noch weiter zurück: Schon vor den Nationalratswahlen im Oktober 1999 hatte die ÖVP angekündigt, sie werde in Opposition gehen, sollte sie nach dem Urnengang lediglich an dritter Stelle liegen. Die Möglichkeit erschien durchaus realistisch. Die ÖVP gab damals, wie immer, den Juniorpartner in einer großen Koalition mit der SPÖ ab. Diese Konstellation bestand bereits seit 1986. Seit eben diesem Jahr führte Jörg Haider die FPÖ an und vergrößerte ihren Stimmenanteil von Wahl zu Wahl – und von selbst provoziertem Skandal zu selbst provoziertem Skandal. Auch 1999 war nichts anderes zu erwarten.

Der veröffentlichten Meinung zufolge, das heißt bei den Journalisten, herrschte allgemeiner Überdruß an der großen Koalition. Das wurde so oft wiederholt, bis es zum Dogma avancierte. Am stärksten, so schien es, hatte die ÖVP an dieser Malaise zu leiden: ihre Umfragewerte verhießen beileibe nichts Gutes. In dieser Situation legten sich der Parteiobmann, Wolfgang Schüssel, und der Obmann des Parlamentsklubs, Andreas Khol, öffentlich fest: Wenn die ÖVP drittstärkste Partei wird – Opposition. Niemand wollte das so richtig ernst nehmen, zu offensichtlich war das Manöver auf Stimmenfang bzw. die Mobilisierung von biederen Stammwählern ausgerichtet. Also wiederholte Khol die Festlegung mehrmals, ausdrücklich, um nicht zu sagen feierlich: Drittstärkste Kraft – Opposition. („Read my lips“, hatte George Bush senior bei einer ähnlichen Gelegenheit einmal gesagt und sich solcher Art mittels sprichwörtlich gewordener Lüge verewigt.)

Bei den Nationalratswahlen am 3. Oktober 1999 schaffte die ÖVP dann wirklich bloß den dritten Rang. Gewonnen wurde die Wahl ganz eindeutig von der SPÖ mit rund 1,5 Millionen Stimmen. Die FPÖ erzielte 1,244.087 Stimmen, die ÖVP 1,243.672. Die SPÖ hatte von jeher eine Koalition mit der Haider-FPÖ dezidiert ausgeschlossen; doch ihre Mehrheit war lediglich relativ, und auch die Stimmen der Grünen (rund 342.000) reichten nicht für eine Mehrheit im Parlament. blieb nur die ÖVP. Tatsächlich begannen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, und wenn man den Meinungsumfragen von damals glauben durfte, zumindest den veröffentlichten, dann wünschte und erwartete eine klare Mehrheit der Österreicher in der nun eingetretenen Lage trotz allem die Fortsetzung der großen Koalition. Aus diesem Grunde verzieh man Schüssel und Khol zunächst noch, dass sie ihre Ankündigungen nicht wahr gemacht hatten; immerhin konnten sie glaubhaft ihre Verantwortung gegenüber der Republik ins Treffen führen. Recht bald begann der aufmerksame Beobachter jedoch zu spüren, dass da irgendjemand nicht so richtig wollte, und wirklich legte der Kanzlerkandidat der SPÖ, Viktor Klima, sein Mandat zur Regierungsbildung alsbald zurück. Dem demokratischen Brauch folgend, hätte der Bundespräsident nun Jörg Haider als Führer der zweitstärksten Parlamentsfraktion beauftragen müssen. Das tat er jedoch nicht, vielmehr kam Wolfgang Schüssel an die Reihe, und der schickte sich an, eine Koalitionsregierung mit der Haider-

FPÖ zu bilden. Zunächst versuchten er und Andreas Khol noch, ihre Absicht zu verschleiern, aber an jenem Tag, dem 31. Jänner 2000, konnte selbst für Uneingeweihte kein Zweifel mehr bestehen: Das Land würde eine Regierung mit freiheitlichen Ministern bekommen, und das unter Führung der ÖVP, der drittstärksten Partei im Parlament.

Österreich, so folgerte ich, ist die einzige Demokratie auf der Welt, in der man zuerst Stimmen verlieren und dann in Opposition gehen muss, um schließlich Kanzler zu werden. So viel zu jener „demokratiepolitischen Normalität“, welche uns damals fortwährend eingeredet wurde.

In diese schwarz-blaue Inszenierung hinein platzte nun die Meldung von den Maßnahmen der anderen EU-Mitglieder – die „Sanktionen“, wie man in Österreich sofort sagte. Die Regierungen würden, so hieß es in den Nachrichten, keinerlei bilateralen Kontakte mit einer österreichischen Regierung pflegen, an der die FPÖ beteiligt war; sie würden österreichische Kandidaten nicht unterstützen, die sich bei internationalen Organisationen bewarben; und Österreichs Botschafter würden nur noch von Beamten empfangen werden.

„Wow!“

Aber wie schon gesagt: Dass etwas geschehen würde, damit hatte ich gerechnet. Allerdings hatte ich eher eine breite, heftige Attacke der internationalen Medien erwartet – auch nicht gerade angenehm, wenn man sich die gehässige Kampagne gegen Waldheim mit ihren tendenziösen Entstellungen in Erinnerung ruft, gegen die ein kleines Land im Zeitalter der Medienherrschaft praktisch machtlos bleibt (ebenso wie ein kleiner Mann oder eine kleine Frau innerhalb eines Landes). So eine Kampagne wäre an sich schon ziemlich schmerzhaft gewesen, hält man sich die mimosenhafte Empfindlichkeit vor Augen, welche so viele Österreicher damals an den Tag legten, und interessanterweise besonders die Parteigänger Haider, der doch seinerseits keineswegs glimpflich umzugehen pflegte mit seinen Widersachern. Doch das eine, die Empfindlichkeit beim Einstecken, geht so oft mit dem anderen, dem freigiebigen Austeilen einher, dass man wohl oder übel einen Zusammenhang annehmen muss.

Was wirklich überraschte an jenem 31. Jänner, das war die Eindeutigkeit der Reaktion. Immerhin – es handelte sich nicht bloß um einen Auf-

schrei der Medien, es handelte sich tatsächlich um Regierungen, um souveräne Staaten, und dann gleich vierzehn an der Zahl!

Starker Tobak.

Ich will nicht verhehlen, dass mich die Meldungen mit Befriedigung erfüllten. Nicht, dass ich mir rasche, drastische Folgen erwartete – nicht in Österreich. Doch handelte es sich wenigstens um eine Bestätigung, dass die Vorbehalte und das Misstrauen so vieler Landsleute gegenüber einem Politiker wie Jörg Haider und einer Partei wie der FPÖ nicht völlig aus der Luft gegriffen waren, wie man uns das damals einzubläuen versuchte. „Man“: Das waren nicht bloß FPÖ- oder ÖVP-Anhänger, das waren (und sind) auch neunmal kluge Leitartikler, Politologen und ähnliche Kaffeesudleser. Jetzt – so glaubte ich an jenem Nachmittag –, jetzt müsste den Österreichern doch endlich ein Licht aufgehen, jetzt müssten sie doch kapieren, was sie angestellt hatten, indem sie die Haider-FPÖ so stark werden ließen, und was sie im Begriffe waren anzustellen, da sie diese FPÖ in die Regierung holten, ihr solcher Art praktisch ein demokratiepolitisches Gütesiegel verpassten. Jetzt, so glaubte ich, würde das Problem wenigstens verstanden werden, jetzt würde man endlich darüber diskutieren können!

Darüber hinaus erwartete ich mir eigentlich nicht viel. Ich sage das nicht als einer, der es hinterher immer schon gewusst hat. Vielmehr kann ich mich ganz genau an meine Gedanken erinnern, als ich da in meinem Auto saß, unser braunes Garagentor vor Augen, welches ich, gebannt von den Nachrichten, vergessen hatte zu öffnen; die Fernbedienung hielt ich noch immer in der Hand. Bis zum Sommer, so nahm ich an, würden die „Sanktionen“ aufrecht bleiben, länger nicht (in Wirklichkeit wurde es dann Herbst); bewirken würden sie nichts, zumindest nichts Sichtbares, nichts Spektakuläres – das haben Sanktionen so an sich, das wissen wir aus Erfahrung. Trotzdem begrüßte ich die Maßnahmen: besser als nichts, besser als Gleichgültigkeit, besser als Wischi-Waschi-Erklärungen. Ich fuhr das Auto in die Garage und ging ins Haus.

Es dauerte nicht lange, da läutete das Telefon. Ein Kollege aus Schriftsteller- und Journalistenkreisen: „Hast du gehört? Was sagst du?“

Na ja, meinte ich vorsichtig, das sei ja wohl abzusehen gewesen, oder?

„Und das sagst *du* – als Beamter?“

Wie bitte?

„Du hast doch einen Eid auf die Verfassung geschworen. Das ist Landesverrat!“

Wortwörtlich – keine Erfindung, keine Übertreibung. Fast hätte ich gelacht: Früher wäre so etwas in unseren Kreisen wirklich bloß als Witz zu verstehen gewesen. Etwas an seiner Stimme, an der Art, wie er redete, ließ mich jedoch still bleiben. Später erfuhr ich, dass der gute Mann Atembeschwerden bekommen hatte, als er die Nachricht im Radio vernahm, Beklemmungen in der Brust, er musste vor dem Haus auf und ab gehen, bis er wieder ruhig atmen konnte.

Auf derlei Reaktionen war ich nicht gefasst gewesen, nicht im Geringsten. Aber vielleicht ergibt genau dies den erbittertsten Zwist, wenn Selbstverständlichkeiten aufeinander treffen. Subjektiv fühlt sich jede Seite unschuldig, ja mehr noch: jede ist überzeugt, nach bestem Wissen und bewusst moralisch zu handeln. Das macht Nachgeben und Einlenken besonders schwer. Ebenso schwer ist es, den Gegner nicht sofort zu verdächtigen, ihm nicht gleich unlautere Motive zu unterstellen.

Aber wie dem auch sei – die Fronten, so erscheint es mir heute im Rückblick, die Fronten waren damit geklärt: Ring frei. Es sollte noch heftig genug zugehen in Österreich, so heftig, dass der Streit sogar bis ins Privatleben hinein wirkte. Mir fiel jene Karikatur ein, welche am Höhepunkt der Dreyfus-Affäre in Frankreich erschienen war und von der Barbara Tuchmann in *The Proud Tower* erzählt. Da sitzt eine Familie beim Abendessen, und der Vater befiehlt streng: „Es wird nicht darüber gesprochen!“ Im zweiten Bild herrscht wüstes Handgemenge, der Tisch ist umgestürzt, Gabeln und Messer fliegen durch die Luft, Sessel werden geschwungen: „Es wurde doch darüber gesprochen.“

Tatsächlich schien es damals nur noch zwei Arten von Gesprächen zu geben: mit Leuten, von denen man wusste, dass sie der gleichen Meinung waren – da ging alles seinen gewohnten Gang, die Themen waren dieselben wie immer; sowie mit Leuten, die anderer Auffassung waren beziehungsweise deren Auffassung man nicht genau kannte – da wurde das bewusste Thema mit aller Kraft ausgespart, und selbst wenn es zufällig zur Sprache kam, hütete man peinlich die Zunge: Nur nicht widersprechen! Kein sonderlich günstiger Nährboden für zivilisierte Geselligkeit, wie man sich vorstellen kann, vom Geistesleben ganz zu schweigen. Wie soll ein solches auch gedeihen, wenn jede Wortmeldung, die über eine

griffige Parole hinausgeht, bereits zu lange ist, um angehört zu werden? Wenn nur noch Schlagzeilen und Schlagwörter verstanden werden? Genau das war damals aber der Fall. Ich spreche keineswegs als pseudoobjektiver Medien-Guru; ich spreche aus eigener, höchst persönlicher Erfahrung.

Trotzdem soll es hier nicht darum gehen, nachträglich doch noch Recht zu behalten (zumindest möchte ich das hoffen). Ebenso wenig soll es darum gehen, den Streit von damals ein für alle Mal zu entscheiden. Dazu fehlt mir nicht bloß das überlegene Wissen, vor allem bin ich in der Sache viel zu parteiisch, bis heute, und bis heute sehe ich keinen Grund, meinen Standpunkt zu verwässern. Bloß keine falsche Versöhnlichkeit! Ich weiß schon, wie sehr ich mich da in Widerspruch zur überwiegenden Mehrheit meiner Landsleute befinde, die inzwischen sogar mit dem Krach des Jahres 2000 nach altem österreichischem Rezept verfahren: „Sag ma, es is nix g’wesen“ – und wenn, dann war’s bloß „Hysterie“.

Letzteres stellt inzwischen eine höchst achtbare Erklärung dar für das, was sich damals in Österreich abspielte (vgl. zum Beispiel das Buch des Journalisten Michael Fleischhacker, *Wien, 4. Februar 2000* mit dem Untertitel *Die Wende zur Hysterie*). Doch wenn wirklich alles bloß Hysterie war, dann gab’s offenbar keinen reellen, keine handfesten Grund zur Aufregung. Zumindest muss solches gefolgert werden. Nicht, dass es Hysterien solcher Art niemals gegeben hätte – man erinnere sich bloß an den „Fall Schranz“ aus dem Jahre 1972, als ebenfalls eine Woge der Empörung durchs Land schwappte, kulminierend in einer kreischenden Menge auf dem Heldenplatz, obwohl hinterher niemand so richtig zu sagen vermochte, worum es da wirklich gegangen war, ganz zu schweigen von der Frage, ob die nationale Reaktion dem Anlass entsprochen habe. Wenn die Ereignisse des Winters 1999/2000 jedoch ausschließlich einer Hysterie zugeschrieben werden, dann müsste diese gleich ganz Europa ergriffen haben. Michael Fleischhacker sieht das zwar nicht ganz genau so, aber doch so ähnlich: Die EU nämlich nicht selbst als hysterisch, sehr wohl aber in der Rolle einer „Therapeutin“. Als solche hätte sie sich damit zu begnügen gehabt, „nichts durch unüberlegte, heftig aggressive Gegenübertragungsreaktionen zu zerstören.“ Kurz gesagt: Das „Urteil über die Behandlung“ fällt „nicht sehr positiv aus“ (S. 31). Was aber, wenn es sich nach Ansicht der meisten Europäer um gar keine Hysterie

gehandelt hätte? Will der Herr Fleischhacker von Wien aus diktieren, wie sich der Rest der Welt gefälligst zu verhalten habe? Man sei mir bitte nicht böse, aber da wird denn doch einiges auf den Kopf gestellt. Als Anglisten kommt mir unweigerlich die „pathetic fallacy“ in den Sinn, das heißt die literarische Verfahrensweise, äußere Vorgänge wie etwa Wetterphänomene bloß als Widerspiegelung innerer Zustände zu betrachten: Mir geht's schlecht, und schon ziehen sich am Abendhimmel finstere Wolken zusammen.

Es tut mir Leid, meine lieben Landsleute, aber so einfach kann ich's mir nicht machen, und wenn's andere tun, dann nehme ich mir ausnahmsweise das Recht heraus zu sagen: Hier macht man es sich *zu* einfach. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass der Streit von damals sehr wohl um handfeste Dinge geführt wurde, weswegen es notwendig, wichtig und vor allem richtig war, ihn zu führen. Ich glaube sogar, dass die Aufregung im Frühjahr 2000 berechtigt war. Und ich glaube vor allem, dass dieser Streit keineswegs beendet worden ist, ganz egal, was seither geschah; dass er also weiter schwelt, ja mehr noch: dass er über kurz oder lang von Neuem ausbrechen wird. Das ist der Grund, warum wir uns mit den Argumenten von damals auseinander setzen sollten. Nicht, dass die nächste Runde solcherart zu vermeiden wäre; aber wenigstens könnten wir uns vielleicht ein bisschen klarer werden, welche Haltung wir jeweils vertreten, und – noch wichtiger – aus welchen Gründen.

Womit ich solche Klarheit, solche Objektivität keineswegs für mich selbst reklamieren möchte; dieses Ross wäre mir denn doch zu hoch. Ich schreibe von einer subjektiven Warte aus: Ich versuche darzulegen, wie ich die Zeit damals erlebt habe, was ich mir dabei gedacht habe, und *warum*. Doch „subjektiv“ muss ja nicht automatisch weniger wert sein. Wenn jemand in der Lage wäre, seine subjektiven Gefühle und Überlegungen so ausführlich und so klar darzulegen, dass sie für andere verständlich werden, womöglich sogar nachvollziehbar – wenn so etwas gelänge, dann wäre doch schon einiges gewonnen. Dann stünden wir wenigstens am Anfang einer klaren Auseinandersetzung. Damals, im Winter 1999/2000, hatte ich noch lange nicht jenen festen Boden unter den Füßen, von dem aus ruhig und sachlich argumentiert werden kann. Es brauchte fast fünf Jahre – und, um das verschämt hinzuzufügen, ungeheuer harte Arbeit – um dorthin zu gelangen. So melde ich mich

eben jetzt zu Wort. Immerhin darf ich auf diese Weise endlich einmal ausreden, selbst wenn's hie und da ein bisschen länger dauert; im Februar 2000 wäre solches schlechterdings unmöglich gewesen. Allerdings – auch dieses Tatbestandes, also des Nicht-Ausreden-Lassens, des Niederschreiens, habe ich mich in jenen Tagen selbst schuldig gemacht, genau wie meine Gegner, daran kann gar kein Zweifel bestehen. Bloß Tische haben wir nicht umgestürzt und Sessel haben wir keine geschwungen...

II

Wer gehofft hatte, die so genannten EU-Sanktionen würden in Österreich für Nachdenklichkeit sorgen, wenigsten ein bisschen, wenigstens vorübergehend, der hatte sich gründlich getäuscht. Das Gegenteil war der Fall: Sie lösten eine nationalistische Kampagne aus, und zwar von einer Heftigkeit, wie man sie am Ende des 20. Jahrhunderts hier bei uns, in Mitteleuropa, kaum noch für möglich gehalten hätte. Die Reaktion meines Freundes war insofern bloß typisch.

Im Grunde drehte sich der Streit nach Bekanntwerden der „Sanktionen“ natürlich um genau dieselben Fragen wie vorher: Wie sind Jörg Haider, seine FPÖ und deren Wähler aus demokratiepolitischer Sicht zu beurteilen? Von dieser Warte aus erfolgte letztlich auch die Beurteilung der „EU-Sanktionen“: Wer glaubte, die Haider-FPÖ missachte ständig demokratische Konventionen und Verhaltensweisen, der neigte eher dazu, die „Sanktionen“ zu verteidigen, Einmischung hin oder her; eben dies – ungerechtfertigte Einmischung! – kreischte hingegen die andere Seite. Das führte zu einer leicht skurrilen Argumentation, indem der EU gleichzeitig vorgeworfen wurde, (a) dass sie die Haider-FPÖ falsch beurteile, da diese demokratiepolitisch ohnehin völlig in Ordnung sei, während (b) die Regierungsbeteiligung dieser Partei jemand anderen von vorneherein nichts angehe – zwei Einwände, die meines Erachtens nicht gleichzeitig stichhältig sein können. Doch ergab sich die Skurrilität nicht bloß aus einem logischen Widerspruch, sondern ebenso aus dem Umstand, dass historische Vergleiche bis dahin stets abgelehnt worden waren: Wir lebten schließlich nicht in den dreißiger Jahren, hieß es, heutzutage gebe es die EU, und die würde schon dafür sorgen... Nun hatte sie

gesorgt, doch die vereinte Anhängerschaft von FPÖ und ÖVP heulte erst recht empört auf.

Wenn die Beurteilung der FPÖ aber den Kern des Problems bildet, so läge es nahe, diesen Kern als Allererstes zu knacken. Das wäre die Voraussetzung für jede weitere Debatte. Leider ist dieses Knacken aber gar nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussehen mag; damit werden wir uns noch lange genug herumzuschlagen haben. Meiner Meinung nach lässt sich die Frage, ob die so genannten EU-Sanktionen gerechtfertigt waren oder nicht, jedoch völlig unabhängig von jeglicher Beurteilung der FPÖ beantworten. Eben dies soll hier geschehen. Um den Kern wollen wir uns später kümmern.

Die simple Aussage, „die EU-Sanktionen waren nicht gerechtfertigt“, hat sich inzwischen zu einem Axiom verfestigt, über das man nicht mehr glaubt nachdenken zu müssen. Heute würden ihm vermutlich die allermeisten Österreicher zustimmen, sogar solche, deren Gegnerschaft zu Haider ansonsten außer Frage steht. Trotzdem halte ich die Aussage für falsch, und zwar gleich in dreifacher Hinsicht: (1) Es handelte sich nicht um das, was man gemeinhin unter Sanktionen versteht; (2) sie kamen nicht von der EU; und (3) waren sie zumindest in *einem* möglichen Sinne des Wortes sehr wohl „gerechtfertigt“.

Der Mythos, die Europäische Union habe Österreich mit „Sanktionen“ belegt, bildet nach wie vor einen Pfeiler der rot-weiß-roten Selbstgerechtigkeit post 2000, deshalb wird er auch geschlossenen Auges akzeptiert und tradiert. Psychologisch kann man das leicht verstehen: Bei der EU handelt es sich ja um eine übergeordnete Ebene, eine vorgesetzte Behörde gleichsam, noch dazu zentral, also weit weg – letztlich also um eine Autorität. Wir bewegen uns demzufolge im Rahmen einer Hierarchie. Nichts ist dem österreichischen Selbstverständnis genehmer als dies, nichts fördert so sehr das Gefühl, sich in vertrauter Umgebung zu bewegen. Da kennen wir uns aus, nicht wahr, da können wir uns orientieren! Die übergeordnete Autorität eröffnet uns erst die Möglichkeit, „politisch“ zu sein in unserem, dem österreichischen Sinne: nämlich zu reden, ohne diesem Reden je Handlungen folgen zu lassen. Bloß keine Konsequenzen, bitte! Es handelt sich, wie meine Landsleute nur zu gut wissen, um das ur-österreichische „Raunzen“, manchmal auch „Motschgern“ genannt. Vor dem EU-Beitritt stellte die Zentralregierung in Wien die

unerlässliche Zielscheibe dar. Dazu musste jedoch eine seltsame Fiktion erschaffen und aufrecht erhalten werden: Dass diese Zentralregierung, obwohl doch eindeutig österreichisch, also „unser“, zugleich irgendwie nicht „unser“ sei, sonder anders, da sie sich „uns“ gegenüber so unverständlich, so desinteressiert, ja geradezu feindselig-inkompetent aufführte. Man wird verstehen, dass diese Sichtweise auf die Dauer zu beträchtlichen Krämpfen im heimischen Denken führen musste. Auf geheimnisvolle Weise unterschlug sie nämlich, dass die böse Zentralregierung eigentlich von „uns“ gewählt worden war, und dass „wir“, dank funktionierender Demokratie, ohne weiteres hätten dafür sorgen können, dass diese Regierung rasch ganz anders aussah und viel besser funktionierte. Solange sich Österreich als neutraler Kleinstaat verstand, außerhalb von NATO und EWG bzw. EG bzw. EU, solange konnte ihm zu Recht vorgehalten werden, es sei im Grunde doch eigenverantwortlich, weswegen sich Raunzen selbst ad absurdum führe: Wenn's dir nicht passt, tu was! Aber das hört man in Österreich nicht gar so gern. Wenn hingegen „die EU“ in Brüssel Sanktionen verhängt, dann ist die österreichische Welt wieder in Ordnung: der Kleine, Machtlose, der schon wüsste, wie's geht, der aber von „denen da oben“ grundsätzlich nie gehört wird, geschweige denn verstanden. Genau das ist der Stoff, aus dem das Raunzen gemacht wird, schon seit dem Biedermeier, seit Metternich beziehungsweise Nestroy, dem österreichischen Klassiker per excellence. In seiner gehobenen Form als „therapeutischer Nihilismus“ hat es das österreichische Geistesleben nachhaltig geprägt, gerade in seiner Blütezeit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Meiner ketzerischen Einschätzung zufolge sorgte es letztlich – und schamhaft verschwiegen – sogar für die überraschend starke Zustimmung beim EU-Referendum im Jahre 1994: der Beitrittsvertrag als österreichische Raunz-Charta.

Trotzdem spielte „die EU“ im Jänner 2000, wenn überhaupt, nur eine marginale Rolle. Außerhalb Österreichs war (und ist) im Zusammenhang mit der ganzen Affäre denn auch bloß von den „EU-14“ die Rede. Gemeint waren die vierzehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit Ausnahme Österreichs. Und diese Vierzehn verhängten – das sei hier gleich eingefügt – keine „Sanktionen“ wie etwa gegen Serbien oder den Irak. Der Vergleich wurde ja ständig gezogen, geradezu wonniglich, um das schreiende Unrecht zu veranschaulichen, welches Österreich da

angeblich geschah: „Die EU“, die böse, behandelt uns, dieses friedfertige „Völkchen“ (wie sich damals besonders die *Kronenzeitung* auszudrücken pflegte), genau so wie die ärgsten Schurkenstaaten, setzt unsere Politiker gleich mit einem Milosevic oder einem Saddam Hussein! Also, wer sich da nicht empört! „Sanktionen“ können jedoch vielerlei Gestalt annehmen. Wenn ich mich mit meinen Nachbarn streite und sie mir deshalb nicht mehr gutmütiger Weise die Bücher-Pakete entgegennehmen, die der Briefträger in meiner Abwesenheit bringt, dann könnte man das, wenn man wollte, gleichfalls als „Sanktion“ bezeichnen. Was die EU-14 taten, bewegte sich ausnahmslos im Rahmen altehrwürdiger und wohlerprobter diplomatischer Gepflogenheiten. Deshalb war (und ist) außerhalb Österreichs in der Regel auch nicht von Sanktionen die Rede, sondern von „Maßnahmen“: die „Maßnahmen der EU-14“.

Die empörte Abwehr dieser Maßnahmen gründete sich hierzulande in erster Linie auf den Vorwurf, es handle sich um Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Welche der im Parlament vertretenen Parteien die Regierung bildeten, sei demzufolge einzig und allein Sache der österreichischen Politik und gehe niemanden etwas an, schon gar nicht „die EU“. Der Einwand wäre an und für sich zutreffend. Nur sollte man dann, wenn man für den eigenen Staat das Prinzip der Souveränität in Anspruch nimmt, selbiges anderen Staaten genau so zugestehen, ob's einem gerade passt oder nicht; und die umstrittenen Maßnahmen im Frühjahr 2000 wurden nun einmal von vierzehn Staaten getroffen, die sich ebenso unabhängig und souverän erachten wie Österreich. Sicher, ihre Zugehörigkeit zur EU spielte eine gewisse Rolle, ebenso natürlich die Zugehörigkeit Österreichs; trotzdem handelte es sich um die jeweils autonome Entscheidung von vierzehn verschiedenen Regierungen in vierzehn separaten Hauptstädten. Dieser Umstand entlarvte, nebenbei gesagt, schon auf den ersten Blick all jene Verschwörungstheorien, welche damals in Umlauf gesetzt wurden. Sofern man das Prinzip der Souveränität gelten lassen will, kann man keinem souveränen Staat das Recht absprechen, diplomatische Maßnahmen seiner Wahl zu ergreifen. Das gälte selbst dann, wenn man zur Ansicht käme, der Anlass sei unzureichend oder überhaupt nicht gegeben oder er beruhe auf einem Irrtum. In so einem Falle könnte zwar öffentlich, ja sogar lautstark die Meinung vertreten werden, der fragliche souveräne Staat handle dumm,

kurzsichtig, entgegen seinen eigenen Interessen – aber an der Tatsache, dass er das Recht hat, so zu handeln, dass seine Handlungsweise in diesem Sinne also *gerechtfertigt* wäre, könnte wohl kein Zweifel bestehen.

Es erhebt sich die Frage, wie sich ein Staat verhalten soll, der sich solcher Art von seinen Nachbarn gerügt sieht. So sehr er sich ungerecht behandelt fühlen mag, so sehr er Irrtum, falsche Einschätzung, Missverständnis oder gar böswillige Verleumdung geltend machen mag – wird man diesem Staat nicht doch empfehlen müssen, ein bisschen vor der eigenen Tür zu kehren, ein bisschen nach eigenen Fehlern und Unterlassungen zu suchen? Damals, im Frühjahr 2000, hatte ich allerdings den Eindruck, als sei dieser Gedankengang für meine österreichischen Gesprächspartner völlig unverständlich, geradezu außerirdisch. Ich sah mich gezwungen, ihn in die Form eines Gleichnisses zu kleiden – die „Parabel von den fünfzehn Waisen“. Und die geht so:

Es waren einmal fünfzehn Kinder. Die Eltern waren gestorben. Da einige der Kinder aber bereits erwachsen waren, konnten sie beieinander bleiben und für sich selbst sorgen. Nach einiger Zeit kam eines der Mädchen ins schwierige Alter. Es begann sich auffällig zu kleiden, am Abend lange weg zu bleiben, sich vor den gemeinsam ausgehandelten Pflichten im Haushalt zu drücken und schnippische Antworten zu geben, wenn es zur Rede gestellt wurde. Schließlich kreuzte es mit einem Freund auf, der sich noch provokanter gab und der den älteren Geschwistern überhaupt nicht gefiel. Trotzdem zögerten sie lange. Es war unter ihnen nicht üblich, anderen dreinzureden, sie wollten großzügig sein und tolerant, und sie wollten einander zunächst einmal Vertrauen entgegenbringen. Doch die Schwester war immer schwerer zu ertragen und der Freund lungerte Nachmittage und Abende lang in der gemeinsamen Wohnung herum. Schließlich rafften sich die älteren Geschwister auf, sie besprachen sich und kamen zu einem Entschluss. Eine erwachsene Schwester wurde beauftragt, der Jüngeren behutsam zu verstehen zu geben, wie sehr ihr Verhalten den anderen missfalle und dass diese es lieber sähen, würde sie nicht so viel Zeit mit ihrem Freund verbringen. Wer je mit pubertierenden Jugendlichen zu tun hatte, kann sich die Reaktion leicht vorstellen: theatralische Empörung, sie sei schließlich kein Kind mehr, niemand habe das Recht ihr dreinzureden, Vertrauen und Eigenverantwortung, eigenen Weg gehen, bla-bla-bla – Tränen, Türen knallen, weiters trotziges

Schweigen beziehungsweise, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, ruppige Antworten.

Wir wollen die Parabel nicht weiterspinnen. Festzuhalten ist lediglich, dass die älteren Geschwister natürlich Recht haben, sowohl in ihrer negativen Einschätzung des Freundes als auch in ihrem Entschluss einzugreifen. Das wird sich später klar genug herausstellen. Tatsächlich scheint die typische Reaktion des Mädchens eben diesem Bewusstsein zu entspringen: sich selbst ins Unrecht gesetzt zu haben. Gerade junge Leute erkennen oft erst rückblickend, dass sie einen Fehler gemacht haben, dass sie jemandem wehgetan oder Schaden zugefügt haben – genauer: sie begreifen erst, wenn es zum Krach kommt, dass sie schon vorher hätten wissen müssen, was sich gehört und was nicht, dass sie schon vorher hätten so weit denken müssen. Es besteht, anders ausgedrückt, zum Zeitpunkt der Tat zwar wirklich kein subjektives Schuldbewusstsein, aber eben darin besteht die Schuld, weil dieses Bewusstsein durchaus zumutbar gewesen wäre, es hätte vorhanden sein können und müssen. Das klingt kompliziert, ich weiß, aber ich habe den Mechanismus zu oft beobachtet, um ihm keine Bedeutung zuzumessen. Ich pflege die Verhaltensweise als „ertappte Unschuld“ zu charakterisieren. Erfahrungsgemäß ist es eben diese Form der Un- oder besser Halbschuld, welche am lautesten und vehementesten protestiert, sobald sie zur Rede gestellt wird, weswegen umgekehrt der Verdacht nahe liegt, sie spiele immer dann mit, wenn besonders heftig und empört gelegnet wird.

Das ist aber gar nicht der springende Punkt. Entscheidend erscheint mir Folgendes: So sehr sich das Mädchen in unserer Parabel ungerecht behandelt fühlen mag, sollte es vernünftigerweise doch stutzig werden, wenn die Geschwister ihre Bedenken äußern. Danach, nach ernsthafter Gewissenserforschung und nach Abwägung aller Für und Wider, mag das junge Mädchen immer noch auf seiner Überzeugung beharren – aber das wäre dann wenigstens keine leichtfertige Pose mehr. Normalerweise würde derart rationales Vorgehen freilich rasch zur Einsicht führen, dass zumindest einige Einwände und Vorhaltungen durchaus berechtigt sind, dass folglich sehr wohl auch das eigene Verhalten zu ändern wäre, zumindest teilweise. Von vornherein mit empörtem Geschrei zu reagieren, mit „ich doch nicht“ und „ihr genau so“, kommt so gesehen einer Verweigerung gleich: der Weigerung, den eigenen Standpunkt zu durch-

denken, ihn durch gute Gründe zu untermauern und diese Gründe dann darzulegen, sie der Kritik auszusetzen. Auch dies übrigens eine Beobachtung, die ich immer und immer wieder gemacht habe, nicht zuletzt an mir selbst: Je emotionaler jemand reagiert, desto schwächer sind seine Argumente – und umgekehrt.

In Österreich nahm die trotzig Abwehrhaltung im Frühjahr 2000 die Pose nationaler Empörung ein. Wie es der Zufall wollte, wurde unser Haushalt ausgerechnet in jenen hektischen Wochen von der *Kronenzeitung* im Rahmen einer Werbeaktion zum „Testlesen“ auserkoren, wodurch wir das Spektakel, welches sich da entfaltete, quasi von einem Logenplatz mitverfolgen durften. Womit nicht behauptet sei, die nationale Empörung habe sich nur in unserem alles beherrschenden Kleinformat abgepielt; vielmehr fand sie in praktisch allen Medien eine geeignete Bühne, ja mehr noch: sie wurde von den Medien entsprechend geschürt, vor allem aber wurde sie von weiten Kreisen der Bevölkerung eifrig exekutiert, selbst von solchen Mitbürgern, die ansonsten über Kleinformat-Leser eher die Nase rümpfen. Ohne Zweifel legte es jedoch die *Kronenzeitung* ganz besonders darauf an, die nationale Wut aufzustacheln, nicht nur einmal, sondern stets von Neuem. Wenn ich mich recht erinnere, ging sie dabei im Wesentlichen in drei Schritten vor:

(1) Zunächst wurde das Bild des kleinen, harmlosen „Völkchens“ beschworen, welches stets brav, friedliebend und gesetzestreu gewesen sei, trotzdem nun aber ungerecht verfolgt werde – besser gesagt: genau deshalb. Letzteres schwang stets mit und gab der ganzen Kampagne den nötigen Schuss Wehleidigkeit. Mit „uns“, so wurde suggeriert, könne man so etwas anstellen, weil „wir“ ja so brav und gehorsam seien.

(2) Wenn „wir“ aber völlig zu Unrecht verfolgt wurden, dann lag der Schluss nahe, da seien finstere Kräfte am Werk. Die waren auch rasch ausgemacht, und zwar in den Personen jener roten und grünen Politiker, die knapp vor oder nach Bekanntgabe der Maßnahmen der EU-14 Auslandsreisen unternahmen. Der Vorwurf des „Landesverrats“ schwebte mit, selbst wenn er nicht immer offen ausgesprochen wurde. Im weiteren Sinne verdächtigte die empörte Nationalseele die so genannten „Gutmenschen“, und zwar die ganz Europas, einer weit verzweigten, nichtsdestoweniger aber straff organisierten Verschwörung. Als auch aus den USA kritische Stimmen kamen, und als CNN böse Berichte über Haider

sendete, nahm die vermutete Verschwörung sogar transatlantische Dimensionen an. Lediglich das Attribut „linke“, mit dem die „Gutmenschen“ sonst unweigerlich bedacht wurden, ließ man vorübergehend unter den Tisch fallen, da in den EU-14 ja auch konservative Regierungen am Werk waren; der französische Präsident Jacques Chirac etwa hatte sich als treibende Kraft hinter den Maßnahmen erwiesen, weswegen ihm auch besonders ausgereifte Häme aus dem Munde Haiders zuteil wurde (der so dem Ausland flugs bestätigte, wie richtig es gehandelt hatte) – aber als „links“ konnte man ihn beim besten Willen nicht brandmarken. Das minderte indes keineswegs den Hass, mit dem die „Gutmenschen“ damals bedacht wurden. (Eigenartig übrigens, welche Reaktion das Attribut „gut“ bei der politischen Rechten hervorruft.)

(3) Am schlimmsten empfand ich hingegen den dritten Schritt. In Anbetracht ungerechter Vorwürfe, in Anbetracht der Verleumdung durch Verräter aus dem eigenen Lande, in Anbetracht schließlich einer europa-, wenn nicht gar weltweiten Verschwörung von „Gutmenschen“ und „Antifaschisten“ – in Anbetracht all dessen, so hieß es, müssten die Österreicher zusammenhalten; da dürfe es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben, keinen kleinlichen Parteienzwist, da sei „nationaler Schulterschluss“ angesagt, da müsse „jeder Österreicher“ Empörung verspüren, und jeder müsse bereit sein, seine Heimat zu verteidigen. Tatsächlich – es gab zumindest einen Kolumnisten, der sich nicht entblödete, von „geistiger Landesverteidigung“ zu faseln. Da ich für meine Person weder die Empörung über die Maßnahmen der EU-14 teilte noch bereit war, zur Verteidigung Haiders oder seines Steigbügelhalters Schüssels anzutreten, da ich mich nicht einmal angegriffen, beleidigt oder verfolgt fühlte, und schon gar nicht grundlos – war ich demzufolge nun kein Österreicher mehr? Oder irgendwie kein „richtiger“? Ausgestoßen aus der Volksgemeinschaft?

Ich muss bekennen, dass sich diese konkrete Auswirkung der nationalistischen Methode im Österreich des Jahres 2000 zu einem persönlichen Schlüsselerslebnis auswuchs. Nicht, dass ich mich zuvor niemals mit dem Phänomen beschäftigt hätte. Im Gegenteil: Wie so viele meiner Generation hatte ich geglaubt, mehr oder weniger alles über den Nationalismus zu wissen, von den Anfängen bei Herder über die Romantik und den Imperialismus bis herauf zur apokalyptischen Apotheose im Dritten

Reich. Aber hatten wir den Nationalismus deshalb auch verstanden, hatten wir ihn wirklich *begriffen*? Die unangenehme Frage begann bereits in den neunziger Jahren in meinem Kopf zu bohren, angesichts des unerwarteten Wiederauflebens eines völlig enthemmten, blutrünstigen Nationalismus in Jugoslawien. Nun erlebte ich Nationalismus – zwar nicht blutrünstig, aber doch einigermaßen enthemmt – in meiner unmittelbaren Umgebung, ich beobachtete den enormen Sog nationalistischer Gefühle mit eigenen Augen an Bekannten, Kollegen, ja sogar an Freunden und im Familienkreis. Mir kam es damals so vor, als gebe es bestimmte Wörter, die bloß geschwungen werden müssen wie eine Fahne – vorzüglich taten dies Zeitungskolumnisten –, schon formierte sich die patriotische „Meinung“ in Reih und Glied, Habt Acht und Im Gleichschritt Marsch! Das wiederum erinnerte mich an jenes ukrainische Sprichwort, welches Konrad Lorenz gerne zitierte: „Wenn die Fahne weht, dann ist das Hirn in der Trompete“ – ein Bild, das eingedenk der Rolle, welche die Blasmusik hierzulande spielt, ganz besonders treffend erscheint.

Meine Reaktion erwies sich indes als ebenso emotional; das muss deshalb betont werden, weil Apologeten des Nationalismus dessen Kritiker ja gerne als kopflastige Intellektuelle darstellen, die einfach nicht in der Lage seien, „Heimatliebe“ oder nationale Zugehörigkeit zu empfinden, und die deshalb auch die Anziehungskraft solcher Gefühle niemals verstehen würden. Nun, meine Ablehnung erfolgte damals, im Frühjahr 2000, spontan und heftig: ohne das geringste Zögern, ohne Wenn und Aber. Was ich seither entschieden ablehne, das sind nicht bloß gewisse – angebliche – Exzesse des Nationalismus, ebenso wenig handelt es sich bloß um österreichischen oder deutschen Nationalismus – was ich ablehne, das ist der nationalistische Ansatz an sich. Warum, so fragte ich mich damals – musste ich mich notgedrungen fragen –, warum soll ich mit meinem ungehobelten, rücksichtslosen, ausnützerischen und – versteht sich – Haider verehrenden Nachbarn mehr gemeinsam haben als, sagen wir, mit Bob, meinem Lehrerkollegen aus Ipswich? Nur, weil der eine zufällig hier, der andere zufällig dort lebt? Oder geboren war? Oder aufgewachsen? Oder was? Um das gleich festzuhalten: Ich fühle mich darüber hinaus einem liberalen iranischen Akademiker viel enger verbunden als, sagen wir, einer katholischen Betschwester in unserem Wohnort.

Wie so oft, nagelt eine Anekdote diese Einstellung zum Nationalismus in unnachahmlicher Weise, vielleicht sogar endgültig fest. Sie wird von einem schrulligen englischen Lord erzählt, vermutlich aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Er wurde in seinem Club gefragt, wem oder was gegenüber er Loyalität empfinde. Der britischen Krone?

„No“, war die lakonische Antwort.

Dem britischen Empire?

„No.“

Dann wenigstens seiner engeren Heimat, England?

„No.“

Aber er könne doch nicht so tun, als sei er allein auf der Welt – irgendwem müsse er sich doch verbunden fühlen!

„Yes“, gab der Lord zurück. „My friends.“

Seit dem Frühjahr 2000 halte ich das nicht bloß für eine geistreiche Antwort, sondern für einen Auftrag. (Er zieht allerdings auch die Forderung nach sich, diese Freunde sorgfältiger auszuwählen als bisher.) Der nationalistische Ansatz unterscheidet sich fundamental von seinem Gegensatz, wie auch immer man den bezeichnen mag, und zwar wegen der Richtung, in welcher die Identifikation erfolgt. Beim Ansatz des Lords verläuft sie horizontal, sie umfasst gleich gesinnte und gleich gestimmte Menschen, theoretisch auf der ganzen Welt, unabhängig von Nationalität, Sprache oder Hautfarbe. Beim nationalen Ansatz erfolgt die Identifikation hingegen vertikal. Genau hier liegt ja die nützliche Funktion des Nationalismus: nämlich als ideologisches Werkzeug zur Legitimation und Verbrämung von Herrschaft. „Patriotism is the last refuge of the scoundrel“, hat der berühmte englische Doktor Johnson einmal gesagt: die „letzte Zuflucht des Schurken“. Wirklich bloß die letzte?

Wer Fahnenwörter schwingt, der will allerdings nicht bloß, dass hinter ihm die Reihen fest geschlossen marschieren, im gleichen Schritt und Tritt, der will zugleich, dass im Gleichschritt gedacht und gefühlt wird. Eben dies zeichnete in der Vergangenheit jene bösen Diktaturen aus, welche wir üblicher Weise als totalitär bezeichnen. Gerade Intellektuelle erwiesen sich als anfällig für totalitäres Denken, gerade Vertreter ihres Standes verfochten und verteidigten Totalitarismus manchmal weit über jedes entschuldbare Maß hinaus, gerade sie müssten deshalb besonders auf der Hut sein, bei sich ebenso wie bei anderen, sie müssten schon

beim ersten und leisesten Versuch geistiger Vergatterung die Sirenen heulen lassen und lauthals „Alarm“ schreien. War das in Österreich vor und während der hektischen „Wende“ des Jahres 2000 der Fall? Gewiss, ja – obwohl man den Wächtern der geistigen Freiheit vorwerfen kann, sie hätten es in den Jahren zuvor verabsäumt, stichhältige und überzeugende Argumente zur Warnung vor Haider, Nationalismus, Verhetzung und dergleichen zu entwickeln. Was sie sagten, blieb eigenartig zweidimensional und klischeehaft, so als würden sie verzweifelt versuchen, eine Konstellation aus vergangener Zeit wieder herzustellen – um genau zu sein: jene ab September 1930 in Deutschland –, um dieses Mal nachzuholen, was damals versäumt wurde. Fest steht hingegen, dass Alarmrufe einfach nicht mehr gehört wurden, sie konnten gar nicht gehört werden, weil sie vom nationalistischen Getöse übertönt wurden. Von bedächtigen, nachdenklichen Warnungen sei hier gar nicht erst die Rede – ehe die formuliert waren, rollte die Empörung bereits über sie hinweg wie eine Walze.

„Ein Patriot“, so hatte der russische Dissident Alexander Ginzburg einst in der Sowjetunion postuliert, „sollte für sein Vaterland zu sterben, nicht aber zu lügen bereit sein.“ Bei den lautstarken österreichischen Patrioten des Jahres 2000 verhielt es sich genau umgekehrt. Dabei wollen wir Todesbereitschaft gar nicht in Rechnung stellen; schließlich leben wir – Glückliche – in einem friedlichen Winkel unseres Globus. Aber wer sich patriotisch ereifert, wer mit der „geistigen Landesverteidigung“ wachelt, von dem dürfte man sich doch erwarten, dass er sich zuvor irgendwie in puncto Landesverteidigung hervorgetan habe, oder sonst wie in puncto staatsbürgerlicher Verantwortung. Wie stand es damit in Österreich? Von einem wacker-erregten Patrioten war mir zufällig bekannt, dass er sich seinerzeit dank väterlicher Protektion sowie mittels daraus resultierendem ärztlichen Gefälligkeitsgutachten um die Ableistung des Wehrdienstes herumgeschwindelt hatte. Jede Erwähnung von „Landesverteidigung“ hatte ihm bislang höchstens ein verächtliches Schnauben entlockt, Soldaten waren für ihn vor allem einmal Verbrechertypen. Dabei wäre es im kleinen, neutralen Österreich gar nicht so schwer gewesen, Patriotismus unter Beweis zu stellen, seine „Liebe zur Heimat“. Der Verfasser dieser Zeilen zum Beispiel – an dieser Stelle sei es gebeichtet – fungierte in der österreichischen Milizarmee der achtziger Jahre als Offizier und Kompaniekommandant. Er tat das ganz entgegen

seinen primären Neigungen und Veranlagungen, die ja weder zum Mut tendieren noch dazu, als olivgrünes Männchen in jener schönen Gegend herum zu stiefeln, welche beim Militär den weniger schönen Namen „Gelände“ trägt. Es hatte ihn dementsprechend viel, fast zu viel Mühe gekostet, sich als Einjährig-Freiwilliger und als Reservist bei freiwilligen Waffenübungen in die Lage zu versetzen, solches überhaupt zu tun. Trotzdem investierte er beträchtliche Zeit, ja sogar Geld in diese Tätigkeit, etwa wenn er in seiner Freizeit mit seinem privaten Pkw herumfuhr, um eine Übung vorzubereiten. Und warum? Nun, natürlich nicht ausschließlich aus staatsbürgerlicher Überzeugung – aber die spielte doch eine tragende Rolle, denn ohne solche Überzeugung wäre das Engagement sicher nicht so lange durchzuhalten gewesen, nicht mit so viel *echter* Arbeit, nicht mit so viel *echter* Verantwortung (zum Beispiel beim Scharfschießen), und vor allem nicht unter derart ungünstigen Begleiterscheinungen: denn in den achtziger Jahren war das Milizheer alles andere als populär, das Engagement eines Milizoffiziers alles andere als angesehen, besonders nicht in jenen Kreisen, in welchen ich mich eigentlich bewegen wollte. Damals brauchte es ganz im Gegenteil ein gehörige Portion Zivilcourage, um die Uniform des österreichischen Bundesheeres zu tragen – ein Paradox, mit dem unser Land ziemlich alleine dastehen dürfte.

Bis dato habe ich keinen nationalistischen Medienschreier kennen gelernt, der seinerseits Reserveoffizier gewesen wäre, geschweige denn die Knochenarbeit eines Kompaniekommandanten in der Miliz auf sich genommen hätte. Der Verteidigungsminister der ersten FPÖ-ÖVP-Regierung bekannte sich zwar zu seinem Dienstgrad als Wachtmeister, aber wie jeder Milizsoldat weiß, ist das genau jener Grad, zu dem man gerade noch verpflichtet werden konnte, den man also erreichte, ohne das Geringste freiwillig geleistet zu haben, über das gesetzlich Gebotene hinaus. Die großen Patrioten des Jahres 2000 mit ihrer Heimatliebe, mit dem „lieben kleinen Völkchen“, mit Schulterchluss und „geistiger Landesverteidigung“ – das waren doch lauter Maulhelden! Kann es für jene, die *wirklich* etwas tun, noch Ekelhafteres geben? Paradoxerweise erwies sich solcherart meine unbedankte Laufbahn als Milizoffizier nachträglich doch noch als Segen, sogar in intellektueller Hinsicht: Denn da ich mein Teil unter völlig normalen, unspektakulären Umständen

getan hatte, erwies ich mich nun immun gegen das nationalistische Fieber. Da ich seinerzeit schon beschlossen hatte, beim Bundesheer zwar im Gleichschritt zu marschieren, niemals aber, nicht einmal bei der Parade nach einem Manöver, im Gleichschritt zu denken, und da ich mir selbst bewiesen hatte, dass ich diesen Vorsatz durchzuhalten im Stande war, selbst über Jahrzehnte – deshalb also verfehlten nun die Fahnenwörter ihre Wirkung. Wenn mir einer von den Maulhelden mit „Heimatliebe“ kam, mit „Verteidigung“ oder gar mit „Landesverrat“, dann ließ mich das kalt, ja mehr noch, es löschte sofort jeglichen Ansatz einer Erregung, welche ich angesichts des öffentlichen Spektakels vielleicht gefühlt haben mochte. Ich konnte gar nicht anders als mit den Achseln zucken: Alles Papperlapapp.

Und wozu das Ganze? Der Zweck der Erregtheit, so können wir schließen, bestand in der Vermeidung einer unangenehmen Einsicht: dass nämlich das Missfallen von vierzehn Partnerstaaten in der Europäischen Union auf jeden Fall Anlass gegeben hätte zum Innehalten und zum Nachdenken, völlig unabhängig davon, ob der Grund für dieses Missfallen nun anerkannt wurde oder nicht. Im Grunde akzeptierte die österreichische Abwehr dies sogar, indem sie gleichzeitig darauf beharrte, (a) nichts getan zu haben, und (b) geht's euch nichts an. Wenn so etwas lautstark und mit weithin sichtbarer Empörung vorgetragen wird, dann kommt das, wie jeder einigermaßen erfahrene Mensch weiß, praktisch einem Eingeständnis von Schuld gleich. Aber selbst wenn nicht – die kritische Haltung von Staaten, die sich bis dahin als freundschaftliche Partner erwiesen hatten; die demselben Kulturkreis angehörten, sich denselben Werten, Vorstellungen und Zielen verschrieben hatten; und deren demokratische Tradition in manchen Fällen viel weiter zurückreichte und Proben wesentlich besser bestanden hatte als die österreichische – die kritische Haltung solcher Staaten, so sage ich, wäre auf jeden Fall ernst zu nehmen gewesen. Gerade für die lautesten Haider- und „Wende“-Befürworter hätte sie Anlass geben müssen, wenigstens einen kurzen Blick in den Spiegel zu werfen: Gefällt Ihnen das, was Sie da sehen, wirklich noch? Ist es wirklich das, was Sie zu sehen wünschen?

Nicht umsonst fiel mir damals, in jenen hektischen Wochen im Februar 2000, plötzlich eine alte Sage ein, die bezeichnender Weise zumeist in Wien angesiedelt wird. Es handelt sich um die Sage vom Basi-

lischen. Dabei handelt es sich um ein bösertiges Fabelwesen, dessen Blick bereits tödlich wirkt. Man kann ihm bloß Herr werden, indem man ihm einen Spiegel vorhält – dann zerspringt es nämlich voll Wut angesichts seiner eigenen Hässlichkeit. Klar, dass es diesem Blick in den Spiegel unter Aufbietung aller Kräfte ausweichen wird, Gift speiend und wild um sich schlagend...

III

Wenden wir uns dem Kern zu. Im Kern, so haben wir gesagt, bestand das Problem darin, wie die FPÖ nun wirklich zu beurteilen sei. Doch da beginnen bereits die Schwierigkeiten. Wenn der Streit in Österreich während der so genannten Wende von 1999/2000 derart hitzig ausfiel, dann lag das unter anderem daran, dass die strittigen Punkte niemals klar und offen formuliert worden waren; vielmehr erschienen sie umspinnen von einer dichten Schicht unausgesprochener Annahmen, Anspielungen und Schlussfolgerungen. Wir werden folglich gut daran tun, das Problem zunächst einmal möglichst eindeutig und scharf zu erfassen. Im Wesentlichen, so glaube ich, stellte es sich wohl folgendermaßen: Ist es wirklich berechtigt, in der Regierungsbeteiligung der FPÖ eine Gefahr für die österreichische Demokratie zu sehen? Eben darum drehte sich letztlich der hitzige Streit – um nicht mehr, aber auch um nicht weniger.

Leichtfertige Antworten gab es im Überfluss, und zwar von beiden Seiten, weswegen wir uns hüten sollten, voreilig zu urteilen. Lassen wir lieber einen Haider-Anhänger zu Wort kommen. Wir wählen einen fiktiven Vertreter der Spezies, nicht zuletzt deshalb, weil wir uns so jene Untergriffe ersparen, mit denen einschlägige Debatten damals stets gespickt waren – und zwar wiederum von beiden Seiten –, weswegen diese Debatten allzu oft in böse Schreiduelle ausarteten. Wir wollen uns lieber auf die klinisch desinfizierte Version konzentrieren. Was also könnte so ein fiktiver Haider-Anhänger in diesem Streit vorbringen? Nun, das nationalistische Reizthema der so genannten EU-Sanktionen würde natürlich eine wichtige Rolle spielen, kann hier aber ausgeklammert bleiben, da wir uns damit bereits auseinandergesetzt haben. Was damals außerdem für Empörung sorgte, das war die Abstempelung

Haider und seiner Anhänger als „nationalsozialistisch“. Er sei kein Nazi, protestiert unser Haider-Anhänger, er verwehre sich dagegen, als solcher diffamiert zu werden, nur weil er Ansichten vertrete, die den Selbstverständlichkeiten der „linken Gutmenschen“ zuwiderliefen, und weil er konsequenterweise die einzige wirkliche Opposition wähle, die es im Lande gebe. Was den demokratiepolitischen Status der Freiheitlichen Partei angehe, so beteilige sie sich selbst unter der Führung von Haider regelmäßig an sämtlichen Wahlen; ihre Abgeordneten nähmen ganz selbstverständlich ihre Plätze im Parlament ein und arbeiteten dort seit Jahren und Jahrzehnten in sämtlichen Ausschüssen und Unterausschüssen mit, so wie alle anderen Abgeordneten auch; dementsprechend sei, dem parlamentarischen Brauch folgend, ein Freiheitlicher, noch dazu ein ausgesprochener Haider-Gefolgsmann, in das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten gewählt worden, und dabei handle es sich immerhin um ein Amt von beträchtlicher Bedeutung. Wo sei da also das Problem? Wäre Haider, wäre die FPÖ als Partei wirklich „nationalsozialistisch“, dann stelle das einen Fall für den Staatsanwalt dar, der schon längst hätte einschreiten müssen; solange er das nicht tue, habe die FPÖ gefälligst als respektable Partei zu gelten, sie habe behandelt zu werden wie jede andere auch, und folglich könne sie zweifellos an der Regierung beteiligt werden. Die Aufregung der Gegner, all dieser Demonstranten, all dieser finsternen Propheten – das sei im Grunde doch bloß die machtlose Wut schlechter Verlierer. Es sei höchste Zeit, dass sie endlich begriffen, was Demokratie eigentlich heißt: Machtwechsel; deswegen müsse ein Demokrat auch verlieren können, und zwar mit Anstand, sonst sei er kein guter Demokrat.

Wie wir sehen, entzündet sich der Protest im Wesentlichen an zwei Denkfiguren: (1) der Analogie zwischen Haider-FPÖ und der ehemaligen nationalsozialistischen Partei, sowie (2) einem grundsätzlichen demokratiepolitischen Vorwurf gegen diese FPÖ. Die beiden Argumente hingen damals, im Jahre 2000, insofern zusammen, als der NS-Vorwurf (um dieses Kürzel hier einzuführen) eben dazu verwendet wurde, der Freiheitlichen Partei unter Haider die demokratische Anständigkeit und Zurechnungsfähigkeit abzuspochen. Vorweg sei darauf verwiesen, dass es sich dabei um eine drastische Verengung des Zusammenhangs handelt: Man muss nicht unbedingt ein Hitler oder ein Mussolini sein, man muss

nicht einmal ein Nazi oder ein Faschist sein, um eine Gefahr für das Funktionieren der Demokratie darzustellen. Dazu gibt es viele andere Möglichkeiten. In Österreich hatte sich der Konnex deshalb eingebürgert, weil der NS-Vorwurf verwendet wurde, um die Unvereinbarkeit von FPÖ und Demokratie einfach und anschaulich darzustellen. Die Argumentation verlief, wenngleich unausgesprochen, etwa folgendermaßen:

(a) Die Nationalsozialisten waren Feinde der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, sie setzten sich, an die Macht gekommen, mit voller Absicht über Verfassung und Gesetze hinweg;

(b) wenn es gelingt nachzuweisen, dass die FPÖ in irgendeiner Form „nationalsozialistisch“ ist, dann folgt daraus,

(c) dass die FPÖ ebenfalls als Feind von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu betrachten wäre, es stünde zu befürchten, dass sie, an die Macht gekommen, ihrerseits demokratische und rechtsstaatliche Institutionen beseitigen würde.

Die Prämisse (a) dürfte außer Streit stehen. Sofern (a) und (b) zuträfen, wäre auch die Schlussfolgerung (c) nur schwer abzuweisen. Das Argument steht und fällt daher mit der zweiten Prämisse (b). Nicht umsonst wurde vor 1999 reichlich Papier beschrieben und bedruckt, um ihre Richtigkeit zu untermauern (besonders systematisch etwa von Hans-Henning Scharsach in *Haiders Kampf*, 1992). Warum trotz allen Aufwandes der Nachweis nie völlig überzeugend gelingen wollte, das lag meiner Beobachtung nach an einem – wiederum nie offen diskutierten – Unterschied in der Perspektive. Lassen wir noch einmal unseren fiktiven Haider-Apologeten zu Wort kommen:

Was soll das heißen, Haider und seine Parteifreunde seien Nazis? Wollen sie die Juden ausrotten? Oder sonst jemanden? Zeig mir doch eine einzige Stelle in Haiders Reden, wo er so etwas auch nur andeutet! Wollen sie einen Angriffskrieg führen, die Weltherrschaft antreten? Hat es jemals von der FPÖ organisierte politische Gewalttätigkeit gegeben? Gibt es irgendwo einen Hinweis, dass Freiheitliche so etwas anstreben oder gut heißen würden?

Nein, kann die Antwort bloß lauten, all dies trifft in der Tat nicht zu. Allerdings wird hier der Nationalsozialismus quasi im Rückblick betrachtet, als fertiges und ausgereiftes Produkt – die Vollversion sozusagen. Als „nationalsozialistisch“ können dieser Sichtweise zufolge

ausschließlich solche Positionen bezeichnet werden, welche die gesamte Bandbreite dessen abdecken, was der Nationalsozialismus jemals postuliert beziehungsweise getan hat. Das hätte immerhin den Vorteil, eine ziemlich exakte Definition zu liefern; allerdings wäre sie auch höchst exklusiv, weil ihr klarerweise nur sehr wenige Tatbestände genügen. Die Vorgehensweise erinnert ein wenig an jene Verteidigung, welche der damalige ÖVP-Generalsekretär Michael Graff seinerzeit dem glücklosen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zuteil werden ließ: „Solange’ er nicht fünf Juden eigenhändig umgebracht hat...“ (Beachtenswert die Zahl Fünf; vier Juden zu ermorden, wäre offenbar durchgegangen.)

Doch die Gefahr für die Demokratie, so mochten Haider-Kritiker entgegen, ging seinerzeit ja nicht von der fertigen NSDAP aus, nicht von Angriffskriegen und „Endlösung“ – all das waren vielmehr schreckliche Folgen einer Diktatur, die früher errichtet worden war, von einer „jüngeren“ und ideologisch oft noch nicht endgültig festgelegten Partei. Das Problem damals, Anfang der dreißiger Jahre, war eben, dass so wenige die wahre Natur des Nationalsozialismus erkennen konnten oder wollten. Noch trug der Wolf einen Schafspelz, und bis die Tarnung endlich durchschaut wurde, war es zu spät. Die Lehre daraus: Nationalsozialistische oder faschistische Neigungen können gar nicht früh genug erkannt werden, schon der geringste Ansatz muss bekämpft werden, im Keime erstickt, denn schon am folgenden Tag kann es zu spät sein, dann ist die Demokratie unwiederbringlich verloren.

Die Angelegenheit wird hier von der anderen Seite her betrachtet, vom Beginn: Wehret den Anfängen! Die historische Evidenz gibt dem Ansatz ohne Zweifel Recht. Das Problem mit der Früherkennung ist bloß, dass sie in der Praxis so unscharf bleibt. Was soll nun als Besorgnis erregender nationalsozialistischer Keim gelten, und was nicht? Kann alles, was Nationalsozialisten je vertreten haben, bereits Anlass zum Handeln geben, zur legitimen Abwehr? Doch Nationalsozialisten haben im Laufe ihres Treibens so manches von sich gegeben, alles Mögliche und Unmögliche, und nicht alles, ohne Ausnahme, war von vorneherein dumm, böse und mörderisch. Die Wehret-den-Anfängen-Mentalität verfällt allzu leicht in jenes Denkmuster, welches ich als den „antifaschistischen Syllogismus“ zu bezeichnen pflege:

- (a) Dies oder jenes haben die Nazis gesagt;

(b) du sagst dies oder jenes;

(c) ergo bist du ein Nazi.

Was in sich schlüssig erscheint, führt sehr rasch zu völlig absurden Gleichsetzungen. Das führte ausgerechnet der prominente österreichische Umweltaktivist Bernd Löttsch vor Augen, als er sich während einer Demonstration einmal durchs Megaphon ereiferte: „Das Dritte Reich hat Autobahnen gebaut, heute baut Österreich Autobahnen...“ Doch die Nazis hatten, ähnlich wie unsere Grünen, auch sehr viel übrig für den schönen Wald. Der Ober-Nazi, Adolf Hitler höchstpersönlich, war militanter Nichtraucher und Antialkoholiker, er liebte Hunde, außerdem glaubte er an Astrologie – ergo?

Mir scheint, wir sollten auf historische Gleichsetzungen dieser Art überhaupt verzichten. Sie sind zu vieldeutig, um brauchbaren Stoff für eine sachliche Auseinandersetzung zu liefern; jede Schlussfolgerung ist sowohl zutreffend als auch nicht zutreffend, wodurch sinnloser Streit ad infinitum garantiert wird. Wer untersuchen will, ob die Haider-FPÖ demokratisch akzeptabel ist, der möge eben dies untersuchen, anhand der Äußerungen und des Verhaltens ihrer Exponenten im fraglichen Zeitraum, ohne die Analogie mit dem Nationalsozialismus der dreißiger und vierziger Jahre zu Hilfe zu nehmen, ohne die Abkürzung mittels des NS-Vorwurfes. Genau dies soll hier im Folgenden versucht werden. Natürlich kann die Geschichte dabei nicht vollständig ausgeklammert werden. Wir brauchen sie, weil sie unsere Erfahrung darstellt, und deshalb bietet sie den einzigen Maßstab, anhand dessen wir mögliche Folgen von Handlungen oder Äußerungen abschätzen können. Aber das ist gewiss nicht dasselbe wie eine simple historische Gleichsetzung.

Ebenso wenig soll damit die FPÖ von ihren „braunen Flecken“ rein-gewaschen werden. Das wäre schlichtweg absurd, wenn man bedenkt, wie die FPÖ entstanden ist, wer über Jahrzehnte hinweg ihre treuesten Mitglieder stellte, und aus welchen Kreisen Jörg Haider selbst und so viele seiner Paladine hervorgingen. Es gibt inzwischen eine ansehnliche Sammlung einschlägiger „Sager“ Haiders, viele sind notorisch geworden, zum Teil weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Hier sollen bloß zwei herausgegriffen werden, die mir besonders signifikant erscheinen. Der eine stammt aus einer Rede bei einem der jährlichen – und ebenfalls notorischen – Ulrichsbergtreffen, und zwar vor ehemaligen Angehörigen

der Waffen-SS. Es sei ihm ein „aufrichtiges Anliegen“, beteuerte Haider damals, „Ihnen für Ihren Einsatz zu danken. Ich bin nicht allein, sondern viele junge Menschen denken so wie ich, wenn ich sage: Ihre Opfer sind und sollen nicht umsonst gewesen sein! Ohne Ihren Opfermut gäbe es heute nicht jene Freiheit im westlichen Europa, die für viele schon so selbstverständlich geworden ist.“ Im gleichen Atemzug befördert Haider diese doch recht eigenartigen Vorkämpfer der westlichen Freiheit zu Vorbildern, zu „Menschen mit einer idealistischen Lebenseinstellung.“ Wenn man je Leute kennen gelernt hat, die es der Mühe Wert finden, an derartigen Veteranentreffen teilzunehmen, noch dazu an solchen der ehemaligen Waffen-SS, wenn man weiters miterlebt hat, was in Kreisen von RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) oder deutschnationaler Burschenschaften in Bezug auf das Dritte Reich oder den Weltkrieg so geredet wird, dann kann man überhaupt keinen Zweifel daran hegen, was Haider da gemeint hat. Sicherlich, die gröberen Verbrechen der Nationalsozialisten wird er entschieden ablehnen und verurteilen, und er mag das sogar einigermaßen ehrlich meinen; aber spiegelt er damit nicht jene weit verbreitete Haltung wieder, die im Grunde doch wünscht, „die Deutschen“ hätten den Zweiten Weltkrieg gewonnen? Voraussetzung dafür ist natürlich die Ansicht, das Dritte Reich sei ein Staat wie jeder andere gewesen, der Zweite Weltkrieg ein Konflikt zwischen grundsätzlich gleichwertigen Parteien, fast wie ein höfisches Turnier. Das ist genau jene Haltung, welche angeblich so unpolitische, angeblich so ritterliche Generäle wie zum Beispiel Erwin Rommel vorexerzierten. Selbst wenn sie sich von den Verbrechen der Nationalsozialisten distanzieren, selbst wenn sie die braunen Emporkömmlinge verachteten, ja selbst dann, wenn sie einzelne drastische Führerbefehle umgingen (was ohnehin nur sehr selten vorkam) – selbst dann kämpften sie immer noch mit vollem Einsatz für den Sieg des Dritten Reichs, sie taten keineswegs „bloß ihre Pflicht“, sondern viel, viel mehr, sie gingen weit über das hinaus, was unbedingt erforderlich gewesen wäre. Ich möchte mir erlauben, diese Haltung hier mit einem modischen Kürzel zu bezeichnen: 3RP, für „Drittes-Reich-Patriotismus“. Er verschweigt – „verlügt“, müsste man wohl sagen –, dass dieses Dritte Reich der Staat der Nazis war, ihre totalitäre Diktatur. Wer „für die Deutschen“ kämpfte, der kämpfte auch dafür, ob er's nun wahrhaben wollte oder nicht. In Wirklichkeit wussten Generäle wie

Rommel oder Manstein sehr wohl, worauf sie sich da eingelassen hatten, selbst wenn sie vielleicht nicht *alles* wussten (und gewiss nicht wissen wollten). Ohne Zweifel bejahten sie sehr vieles von dem, was im Dritten Reich geschehen war, aus ganzem Herzen: die Ausschaltung des Reichstags etwa; die Unterdrückung von Parteien, Gewerkschaften und der freien Presse; politische Justiz; nationalistische Gesinnung, Militarisierung der Gesellschaft, Aufrüstung, ja sogar Angriffskriege, sofern sie bloß erfolgreich abgeschlossen wurden. Selbst der späte Widerstand Rommels richtete sich im Grunde gar nicht gegen das Dritte Reich als solches, vielmehr gegen eine Führung, die den Fortbestand eben dieses Reiches gefährdete. Rommel wollte das Dritte Reich nicht beenden, er wollte es erhalten! Und was für diese Generäle galt, das galt für die meisten Angehörigen der Waffen-SS genau so – schlimmer noch: es gilt, soweit sie noch leben, oft bis heute. Gewiss, wir gestehen jedem Menschen das Recht zu, Fehler zu begehen. Schließlich wissen wir selbst nicht, wie manche unserer Äußerungen, Handlungen und – vor allem – Unterlassungen von zukünftigen Generationen beurteilt werden. Aber wenn man einen Fehler gemacht hat, dann sollte man ihn eingestehen und einsehen. Andernfalls verwirkt man nachträglich doch noch jeden Anspruch auf Verständnis und auf Vergebung. Inwieweit sich die Veteranen beim Ulrichsbergtreffen der Waffen-SS einsichtig zeigten, das mag jeder selbst abschätzen. Für Haider galten sie jedenfalls als Vorbilder: „Menschen mit einer idealistischen Lebenseinstellung“, denen „Heimat noch etwas bedeutet“ und die „wie ein Fels im Meer des geist- und geschichtslosen Flugsandes“ herausragen. (Seltsam, wie gerne emphatische Bekenntnisse dieser Art über die deutsche Sprache stolpern.) Ganz allgemein sollte man sich keinerlei Illusionen darüber machen, wie weit verbreitet 3RP in Österreich nach wie vor ist, nicht bloß bei der Kriegsgeneration, sondern auch bei Jüngeren. In dieser Hinsicht hat mir das Tragen der Bundesheer-Uniform ebenfalls so manche Einsicht beschert, nicht nur in der Kaserne, sondern ebenso, wenn wir bei Übungen draußen im „freien Gelände“ die alten und manchmal nicht-so-alten Kämpfer anzogen wie das sprichwörtliche Aas die Fliegen. An einen kann ich mich besonders deutlich erinnern: Zu fortgeschrittener Stunde entblößte er in einem Gasthaus irgendwo im oberösterreichischen Alpenvorland seinen Oberkörper und führte unter bellender Deklamation heroischer Phrasen stolz

die Narben seiner russischen Verwundungen vor, wie in einer makabren Variation aufs „table dancing“.

Bleibt die Sache mit Freiheit und Demokratie. Für einen Westeuropäer – sagen wir: für einen britischen Kriegsteilnehmer, von denen ich immerhin einige gekannt habe – muss es wohl einer schallenden Ohrfeige gleichkommen, wenn die deutschen Besatzer in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich auf einmal zu den Verteidigern der Freiheit gezählt werden, also quasi zu den Alliierten. Woran die 3RP-Propagandisten denken, wenn sie solches von sich geben, das ist natürlich der Feldzug gegen die Sowjetunion. „Ich habe gesagt“, so Haider immerhin noch 1995, „dass die Wehrmachtssoldaten die Demokratie in Europa, wie wir sie heute vorfinden, ermöglicht haben. Hätten sie nicht den Widerstand geleistet, wären sie nicht im Osten gewesen...“ Wie man das Wüten der deutschen Besatzungsmacht in der Sowjetunion mit dem Anliegen der Demokratie in Europa verbrämen kann, das ist mir bis heute ein Rätsel geblieben – und zwar selbst dann, wenn ich mir die Frage verknäule, wozu diese angeblichen Kämpfer für die europäische Demokratie zuvor nord- und westeuropäische Demokratien überfallen, besetzen und brutal unterdrücken mussten.

Womit nicht gesagt sei, dass nostalgischer 3RP samt einschlägigen Sprüchen von Jörg Haider automatisch ausreichen müssten für eine prinzipielle demokratische Disqualifikation. Da mag es sich wirklich um eine Ansichtssache handeln. Mir ist es, bei allem Abscheu, jedenfalls lieber, so weit verbreitete Haltungen werden öffentlich zur Schau gestellt und können öffentlich attackiert werden, als dass sie im Untergrund wuchern, sich solcherart auch noch das Mäntelchen des Märtyrertums umhängend. Letztlich muss 3RP an den Wahlurnen besiegt werden, alles andere zählt auf die Dauer nicht. Trotzdem – oder eben deshalb – hätte ich gerne gehört, wenigstens einmal, wie jemand eingedenk der hier geschilderten Sachlage der Haider-FPÖ seine oder ihre Stimme geben konnte, und welche Begründungen er oder sie dafür anführt; und ich würde gerne erfahren, was all das mit „demokratiepolitischer Normalität“ zu tun hat, wie sie unsere eilfertigen Beschwichtiger ausriefen – typischerweise eben dann, als die FPÖ an der Pforte zur Macht stand.

Wer als Demokrat gelten will, der darf einen politischen Gegner niemals bloß deshalb disqualifizieren, weil er Meinungen vertritt, die den

eigenen zuwiderlaufen. Das Attribut „demokratisch“ bezeichnet an sich keine Inhalte, bloß Verfahrensweisen: die Regeln zu einem Spiel, das jeder versuchen mag zu gewinnen, wie es ihm am besten erscheint – solange er sich bloß an die Regeln hält. Leider ist das in der Auseinandersetzung mit der Haider-FPÖ zu wenig beherzigt worden. Die Tatsache etwa, dass Haider ein traditionelles Frauenbild vertritt, oder dass er von einer „Volksgemeinschaft“ redet, mag zwar auf viele abstoßend wirken, reicht aber nicht aus, ihm gleichsam die demokratische Lizenz zu entziehen. Um das zu tun, um also den Vorwurf zu rechtfertigen, Haider und seine FPÖ stellten eine Gefahr für diese Demokratie dar, zumindest dann, wenn sie an einer Regierung beteiligt wären – um diesen Vorwurf zu rechtfertigen, bedarf es mehr, nämlich des Nachweises, dass hier ein Programm propagiert und umgesetzt wird, welches eine substantielle Änderung des Systems bewirken soll: neue Regeln, ein neues Spiel – oder gar das Ende des fairen Spiels, der Chancengleichheit für alle Parteien. Sollte dieser Verdacht auftauchen, sollte er zudem einigermaßen begründet erscheinen, dann wäre es allerdings die *Pflicht* eines jeden Demokraten, sofort, entschieden und tatkräftig gegen solche Bestrebungen aufzutreten. Es liegt auf der Hand, dass hier zwei fundamentale demokratische Tugenden einander gegenüberstehen: auf der einen Seite gelassene Toleranz, auf der anderen Seite höchste Wachsamkeit. Möglicherweise hat dieses Dilemma dazu beigetragen, den Streit 1999/2000 derart heftig ausfallen zu lassen, obwohl es, typisch österreichisch, nie klar erfasst und formuliert wurde.

Die Haider-Gegner, so könnte man folgern, hätten gefälligst stichhaltige Argumente zu liefern, warum sie die Regierungsbeteiligung der FPÖ so empörte, und im Besonderen hätte das für jene Demonstranten gegolten, welche damals regelmäßig durch die Wiener Innenstadt zogen. Die hätten es sich wiederum leicht machen können, indem sie aufgebrauchte Patrioten von FPÖ und ÖVP einfach an den Herrn Andreas Khol verwiesen. Der war damals, wie erinnerlich, Klubobmann der Volkspartei und neben Wolfgang Schüssel und Jörg Haider einer der wichtigsten Baumeister der blau-schwarzen Koalition. Es war aber gar nicht so lange her, nicht mehr als drei Jahre, dass er „keinen Funken Regierungsfähigkeit bei den Freiheitlichen“ ausmachen konnte. Und weswegen, Herr Khol? Nun, so lautete die Antwort damals, Haider

betreibe „rabiante Rhetorik“, und das – man glaubt’s kaum – „noch dazu im Ausland, wo er Österreich als Land mit präfaschistischem System“ bezeichne. Deshalb, sowie auf Grund einiger anderer Positionen, stehe die FPÖ „außerhalb des Verfassungsbogens“ (*Der Standard*, 4. bzw. 25. November 1996).

Das war freilich zu einer Zeit, als der ÖVP-Klubobmann noch erklären musste, warum er die Fortsetzung der großen Koalition einem Zusammengehen mit den Freiheitlichen vorgezogen hatte. 1999 war alles ganz anders. Nur hatte Herr Khol vergessen, uns das zu erklären. Doch selbst falls er es der Mühe Wert gefunden hätte: Wenn die FPÖ 1996 noch „außerhalb des Verfassungsbogens“ stand (was immer damit genau gemeint sein mag), und wenn Haider damals Österreich im Ausland verleumdete – konnte man es einem besorgten, demokratisch eingestellten Österreicher dann wirklich verübeln, wenn er 1999 auf die Straße ging, um dagegen zu protestieren, dass so ein „Landesverräter“ mittels Koalitionsverhandlungen staatspolitische Weihen erhielt? Wäre das nicht eigentlich die Pflicht eines jeden wachsamem Bürgers gewesen? Schließlich stammten die Vorwürfe ja nicht von einem voreingenommenen „linken Gutmenschen“, sondern mitten aus dem „bürgerlichen Lager“!

Aber wie schon gesagt – so würden wir nur argumentieren, wenn wir uns die Sache leicht machen wollten. Da wir versuchen, ein bisschen tiefer zu schürfen, werden uns die intellektuellen Schlangelinien eines christlich-konservativen Politikers schwerlich genügen. Wir suchen festen Boden unter den Füßen. Dazu wollen wir uns noch einmal in die Zeit vor 1999 zurückversetzen, wir wollen versuchen, uns die damalige Perspektive zu vergegenwärtigen, ohne Wissen um das, was später geschah. Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg Haiders, das scheinbar unumkehrbare Wachstum seiner Partei, die von Erfolg zu Erfolg eilte, bis es keinen „natürlichen Plafond“ mehr zu geben schien, nichts, was sie nicht zu erreichen vermochte – all das beruhte doch auf einer breiten, anschwellenden „Bewegung“, wie sich die Freiheitlichen ja selbst zeitweise nannten. Und diese Bewegung richtete sich ganz eindeutig gegen „die da oben“ – da wären wir also wieder beim vertrauten Denkmuster österreichischer Tradition. Deshalb beschränkte sich diese Bewegung keineswegs auf Vertreter und deklarierte Anhänger der Freiheitlichen. Zu einem Gutteil werden sowohl Ideologie als auch Agenda vielmehr von der

Kronenzeitung befördert, die in unserem Land bekanntlich eine beträchtliche Macht sui generis darstellt. Tatsächlich nahm und nimmt diese Zeitung ganz offen für sich Anspruch, „das Volk“ gegenüber „den Politikern“ zu vertreten. „Die Politiker“ sind dieser Weltsicht zufolge durchwegs volksfremd und „abgehoben“, bedürfen also eines Korrektivs; und wenn die *Kronenzeitung* diese Leistung nicht erfüllte, so wird unterstellt, dann gäbe es ein solches Korrektiv überhaupt nicht, dann hätte „das Volk“ überhaupt keine Stimme. So erklärt sich die Allianz zwischen Haider und der *Kronenzeitung*, wie sie bis zum Frühjahr 2000 bestand, gleichsam auf natürliche Weise; da bedurfte es keiner geheimen Absprachen, sie mochte Lesern und Redakteuren der *Kronenzeitung* nicht einmal als ungebührliche Parteinahme erscheinen. Die gegenseitige Sympathie ging viel tiefer.

Theoretisch bestünde zwar die Möglichkeit, dass eine „Bewegung“ der soeben skizzierten Art nichts weiter im Sinn hätte, als die bestehende, nur leider etwas verknöcherte Demokratie zu beleben. Sie wäre dann strikt systemkonform, es ginge um nichts weiter, als das System zu reformieren und damit eigentlich zu stärken. Ohne Zweifel werden Exponenten der *Kronenzeitung* beteuern, eben dies und nichts anderes sei die Linie ihres Blattes. Ihre Redakteure ebenso wie ihre treuen Leser wären demzufolge die besseren Demokraten, während die Gegner der Demokratie eigentlich in den Reihen der Kritiker zu finden wären. Wie sich noch zeigen wird, stimmt dieser Anspruch nicht ganz. Hier wird nämlich mit einem Demokratiebegriff gearbeitet, der zumindest als fragwürdig bezeichnet werden darf. Das galt ebenso für die Haider-Bewegung vor 1999, als sie sich auf einem aufsteigenden Ast ihrer Erfolgskurve befand. Tatsächlich hatte Haider bis dahin kaum einen Zweifel an seiner Geringschätzung des bestehenden politischen Systems gelassen, und zwar nicht nur des österreichischen, sondern des „westlichen“ schlechthin. Was das österreichische System betraf, klang immer wieder der Vorwurf an, es sei dem Lande 1945 aufoktroziert worden. „Das Bodengewölbe der Macht“ (was immer das sein mag) sei demzufolge auf dem „krummen Rücken“ vieler Österreicher errichtet worden, weswegen Haider versprach, eine Entwicklung einzuleiten, welche „diese geistige Besatzungsmacht“ zurückdrängen würde. Wer so denkt und polemisiert, der unterstellt, (a) dass er irgendein bodenständiges österreichisches System anzubieten hätte,

welches (b) besser wäre als das aufoktroierte der „Besatzungsmacht“. Und in der Tat: „Die repräsentative Demokratie“, so Haider, habe sich „überholt“. Es handle sich um eine rein „formale“ Demokratie, ja schlimmer noch: um eine „autoritäre Entwicklungsdemokratie“, und in diesem Falle meinte er nicht nur die österreichische Spielart, sondern ausdrücklich die „autoritären Entwicklungsdemokratien im Westen“ schlechthin. Das fordert freilich eine ernste Frage heraus: Wo, wenn nicht im Westen, finden sich heutzutage Demokratien, welche unserem Verständnis nach als Vorbild erhalten könnten? Machen wir uns nichts vor: Wer die Demokratien „im Westen“ generell als bloß „formal“, als „autoritär“ abtut, wer ihnen das abwertende Attribut Entwicklungsvoranstellt, der kann damit im Grunde bloß die Demokratie an sich meinen.

(Die Zitate, welche hier angeführt werden, stammen allesamt aus den neunziger Jahren, lagen also nicht gar so lange vor der Zeit, als Haiders Erscheinen am Ballhausplatz angeblich „demokratiepolitische Normalität“ einleitete. Sie sind zu finden in der Dokumentation *Haider wörtlich: Führer in die Dritte Republik* von Brigitte Bailer-Galanda, vor allem in den Kapiteln „Kritik der Demokratie“ und „Die Dritte Republik“; außerdem in Haiders Buch *Die Freiheit, die ich meine*, passim, z. B. Kapitel 1, „Die Freiheit und ihre Gefährdungen“, S. 18 und S. 59 meiner Ausgabe von 1993. Zu Ideologie und Politik der *Kronenzeitung* sei auf den Film gleichen Titels verwiesen, der in Österreich allerdings totgeschwiegen wird, soweit das geht. Von Aufführungen erfährt man bloß durch Mundpropaganda, also quasi im Untergrund.)

Angesichts solcher Äußerungen, eingedenk der hier offenbarten Stoßrichtung der Kritik kann man niemandem, unter gar keinen Umständen, den Schluss verübeln, Haider und seine Freiheitlichen hätten es auf die bestehende Demokratie abgesehen gehabt, sie hätten also keineswegs systemkonforme Reformen angestrebt, vielmehr sei es ihnen um ein anderes System gegangen, irgendeine andere Art von „Demokratie“. An diesem Punkt muss nochmals festgehalten werden: Wenn dieser Eindruck bestand, dann hatten die heftigen Proteste gegen die Person Haiders, gegen seine Partei und gegen seine Politik sehr wohl ihre Berechtigung, und zwar gleich aus zwei Gründen; zum Ersten hat jedes legitime System das Recht, sich gegen Angriffe zur Wehr zu setzen, und

das zum Zweiten gerade dann, wenn solche Angriffe versteckt vorgetragen werden, wenn der Angreifer mittels eines Trojanischen Pferdes einzudringen versucht. Da ist es geradezu Pflicht zu warnen, sobald man die Gefahr erkennt! Wer wollte schon leugnen, dass sich solches 1999/2000 abspielte, oder dass man die Entwicklung mit einigem Recht so verstehen konnte? Schließlich war nach außen hin keine Rede von einer grundsätzlichen Überwindung der „autoritären Entwicklungsdemokratie“, als die FPÖ im Jahre 2000 an der Regierungsmacht beteiligt werden sollte, und wofür oder wogegen die Wähler bei den vorangegangenen Nationalratswahlen mehrheitlich gestimmt haben mochten – *dafür*, für eine Revolution, ganz gewiss nicht. Diesen Schluss zu ziehen verbot sich schon deshalb, weil bei der Bildung der „Wenderegierung“ 2000 bekanntlich der Dritte dem Zweiten zum Pokal verhalf. Wer wollte wohl bestreiten, dass angesichts einer solchen Lage demokratiepolitische Bedenken zumindest verständlich erschienen, um es einmal sehr vorsichtig auszudrücken – und demzufolge auch Proteste?

Das gälte, wohlgemerkt, selbst dann, wenn jemand einen Systemwechsel begrüßen wollte, wenn er oder sie also glaubte, ein neues System wäre besser, es könnte den Menschen in unserem Lande zum Vorteil gereichen. Im Falle der „Wende“ von 1999/2000 erscheint diese Annahme indes reichlich theoretisch, weil sich Haider ja niemals klar geäußert hatte, was er nun konkret zu ändern gedachte und wie sein neues, implizit besseres Modell der Demokratie aussehen sollte. Die Erfahrung sollte uns lehren, jede Kritik an der angeblich bloß „formalen“ repräsentativen Demokratie mit äußerstem Argwohn zu betrachten. So sehr sich solche Kritik immer wieder anbieten mag – man kennt das allzu oft zitierte Bonmot Winston Churchills –, so fatal hat sich in der Geschichte jeder Versuch ausgewirkt, sie durch etwas Anderes zu ersetzen. Die bloß „formale“ Demokratie durch eine „wirkliche“ zu ersetzen, das versprachen bereits die Bolschewiken 1917 in Russland; ihr Modell war jenes der Sowjets, der Arbeiter- und Bauernräte, aber wie demokratisch das war, wie viel Freiheit, Rechtssicherheit und Lebensqualität es dem durchschnittlichen Sowjetbürger brachte, das wissen wir inzwischen nur zu gut. Mit welcher Verachtung Mussolini und seine Anhänger ebenso wie Hitler und seine Nazis von der Demokratie sprachen, das dürfte ebenfalls bekannt sein. Weder die Schwarz- noch die Braunhemden hatte die

geringste Geduld mit den Spielregeln der „formalen“ Demokratie, sie alle traten an, dieses angeblich so morsche System mittels einer radikalen, entschlossenen „Bewegung“ zu zerschlagen und zu entsorgen: auf dem „Abfallhaufen der Geschichte“. Eingedenk solcher Erfahrungen drängt sich ein eindeutiger Schluss auf: Entweder die moderne Demokratie ist repräsentativ, somit „formal“ – oder sie ist überhaupt nicht, zumindest nicht in irgendeinem vernünftigerweise noch vertretbaren Sinn des Wortes.

Haiders Angriff, so haben wir gesagt, richtete sich gegen „die da oben“, in seiner eigenen Diktion gegen die „Funktionärscliquen“, gegen die „herrschende politische Klasse“. Nicht, dass die Berechtigung einer solchen Kritik in Bausch und Bogen geleugnet werden soll, besonders nicht in Hinblick auf österreichische Gegebenheiten; aber wie immer in solchen Fällen muss doch gefragt werden, aufgrund welcher Kriterien da kritisiert wird, welche Maßstäbe angelegt werden, und wie die Vorschläge zur Verbesserung aussehen. Haider ebenso wie die *Kronenzeitung* gingen (und gehen) von der Behauptung aus, die gegenwärtige, bloß „formale“ Spielart von Demokratie schließe „das Volk“ von jener Mitwirkung an den Regierungsgeschäften aus, welche ihm eigentlich zustünde – schließlich bedeute Demokratie, wie wir aus dieser Ecke stets von Neuem belehrt werden, im Griechischen nichts Anderes als „Volksherrschaft“. So gesehen, hätte die „herrschende politische Klasse“ die Macht usurpiert, es handelte sich – wie schon einmal zitiert – um eine Art „Besatzungsmacht“. Doch „das Volk“ kann nicht wirklich regieren. Darauf hat kein Geringerer als Karl Popper nachdrücklich hingewiesen. Deshalb kann unter modernen Bedingungen eine Demokratie gar nicht anders funktionieren als repräsentativ, und eben daraus erklärt sich der Sinn all der manchmal so umständlichen Formalitäten: Sie sollen sicherstellen, dass die solcher Art delegierte Macht nicht missbraucht werden kann, zumindest nicht zu sehr und nicht zu oft. Das Wesen unserer Demokratie – das heißt jener, welche sich zum Beispiel in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten entwickelt hat und welche das konventionelle Verständnis bis heute bestimmt –, das Wesen dieser Demokratie besteht, so Karl Popper, eben darin, dass die Frage „Wer soll regieren?“ ersetzt wird durch die Frage, „Wie können wir politische Institutionen so organisieren, dass es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist,

allzu großen Schaden anzurichten?“ Selbst periodisch wiederkehrende Wahlen dienen letztlich bloß diesem Ziel, sind also keineswegs demokratischer Selbstzweck, wie das heute allzu oft angenommen wird. (*Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Band 1, Siebentes Kapitel: „Das Prinzip des Führertums“; vgl. auch Poppers Vortrag „Bemerkungen zur Theorie und Praxis des demokratischen Staates“ in *Alles Leben ist Problemlösen*, 1994.)

Wer im Namen einer direkten Volksherrschaft antritt, der muss gleich ein doppeltes Manöver ausführen: Er muss einerseits festlegen, wer nun dieses „Volk“ bildet, das da herrschen soll. Schon das ist gar nicht so einfach, wie es den Anschein haben mag. Andererseits muss er nachweisen, dass dieses „Volk“ sehr wohl imstande ist, seine Herrschaft auszuüben, gleichzeitig sollte er zeigen können, wie das vor sich gehen könnte. Normalerweise würde man annehmen, die Regierungsgeschäfte in einem modernen Staatswesen seien im Allgemeinen viel zu kompliziert, benötigen zu viel Sachkenntnis und spezielle Information, als dass sie per Volksentscheid abgewickelt werden könnten. Dies gälte selbst dann, wenn man die Entwicklung der Informationstechnologie in Rechnung stellen wollte, wenn man also argumentierte, im Zeitalter des interaktiven Fernsehens müsste es doch möglich sein, das „Volk“ öfter und ernsthafter zu befragen, was es denn eigentlich wünsche – die „interaktive Demokratie“, wenn man so will. Doch wäre selbst in so einer Demokratie nicht viel mehr vorstellbar als eine einfache Ja/Nein-Beurteilung von Vorschlägen oder die Bekanntgabe einer Parteipräferenz: „Drücken Sie den gelben Knopf auf Ihrer Fernbedienung.“ Regieren bedeutet jedoch etwas Anderes: die Erstellung eines Budgets zum Beispiel, oder die Ausarbeitung einer weiteren Novelle zum Sozialversicherungsgesetz. Wie solches vom „Volk“ geleistet werden soll, bleibt offen, selbst im interaktiven Zeitalter. Ob es sinnvoll ist, das „Volk“ quasi in Echtzeit über jede einzelne Entscheidung abstimmen zu lassen, oder ob nicht doch grundsätzlichere Beurteilungen in periodischen Abständen von einer gewissen Länge, mit einem Wort: ob nicht doch herkömmliche Wahlen vernünftiger erscheinen, das soll hier dahingestellt bleiben. (Die direkte Demokratie der Schweiz mag als Gegenargument dienen. Sie bildet jedoch eine Ausnahme. Die klassischen Modelle in Großbritannien und den USA sind eindeutig nicht als direkte Demokratien ausgebildet. In der Verfas-

sung der Vereinigten Staaten ist das Instrument des Referendums überhaupt nicht vorgesehen.)

Wer sich trotz allem für mehr Mitsprache und Einflussnahme des „Volkes“ einsetzt, der muss notgedrungen vorgeben, (a) dieses „Volk“ verfüge über mehr Verstand und bessere Einsicht als die derzeit Regierenden, und (b) die Regierungsgeschäfte seien im Grunde gar nicht so kompliziert, sie seien vielmehr ganz einfach, sodass sie ohne weiteres vom „Volk“, von den „einfachen Menschen“ besorgt werden könnten, womöglich sogar noch besser als von Fachleuten. Es genügt, sich mehr oder weniger regelmäßig die *Kronenzeitung* zu Gemüte zu führen, um zu sehen, wie diese Strategie zur Anwendung kommt. Gleichgültig, ob es um die Europäische Union geht, um Zuwanderung, Integration oder Asylgewährung, um den Ankauf von Abfangjägern oder um die Staatsschulden – stets wird unterstellt, die „kleinen Leute“ hätten schon längst erkannt, was richtig und gut sei, bloß Fachleute und Politiker seien dazu nicht in der Lage; die einen vermutlich auf Grund ihrer Betriebsblindheit, die anderen aufgrund zwielichtiger persönlicher Interessen. Die „einfachen Leute“ hingegen seien – wortwörtlich – „anständiger“ und „gescheiter“.* Hand in Hand damit werden selbst komplizierte Probleme, etwa des Staatshaushaltes, flugs auf das Niveau einer biederen Kleinfamilie mit Mama, Papa, Buali, Pepi-Tant’ reduziert. Die wüssten nur zu gut, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man verdient, und sie seien sehr wohl in der Lage, ihre Ausgaben einzuteilen und zu beschränken – ätzender Spott den Politikern und Beamten, welche dazu nicht in der Lage sind. Schulden, so können selbstherrliche Kolumnisten allen Ernstes behaupten, Schulden seien grundsätzlich schlecht, amoralisch, sie sollten dem öffentlichen Haushalt per Gesetz, womöglich im Verfassungsrang, ein für alle Mal untersagt werden. Doch selbst wenn man akzeptierte, dass das Budget auf eine simple Milchmädchenrechnung reduziert werden könnte – selbst dann wäre diese Rechnung noch immer falsch. Mama, Papa, Buali, Pepi-Tant’ machen nämlich ihrerseits Schulden, ziemlich regelmäßig sogar und völlig selbstverständlich, und niemand

* „Es ist doch verblüffend“, schrieb Günther Nenning jüngst in der *Kronenzeitung*, „wie oft die Leute Recht haben und die Regierung Unrecht. Aber das ist bitte der Kern von Demokratie. Das Volk (griechisch: demos) hat Recht. In diesem Sinne bin ich Populist (lateinisch: populus, das Volk).“ (12. September 2004) Was Günther Nenning in Wirklichkeit meint, das ist natürlich bloß: Viele Leute sind zufällig gerade seiner Meinung. Ob beide, Nenning populusque Austriacus, wirklich „Recht haben“, das wird sich vielleicht später einmal herausstellen.

findet etwas dabei, solange sie ihre Raten brav zurückzahlen. Eben dies hat Österreich so wie die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bis dato aber auch getan, braver sogar als manche Private, und gewiss braver als so mancher Unternehmer – da scheint es mit der besseren Moral der „einfachen Leute“ also nicht gar so weit her zu sein. Was ihre überlegene Einsicht betrifft, so darf doch bezweifelt werden, ob Mama, Papa, Buali, Pepi-Tant’ einfach durch Anwendung ihres Hausverstandes so mir nichts, dir nichts eine gerechte, sozial verträgliche und finanziell tragbare Sanierung des Gesundheitswesens zustande brächten. Womit keineswegs behauptet sei, die Mitglieder unserer Kleinfamilie seien von vorneherein, quasi naturgegeben zu dumm dazu. Ganz im Gegenteil: Mit entsprechender Ausbildung, einschlägiger Erfahrung, relevanter Information sowie in verantwortlicher Position würden sie durchaus vernünftig urteilen und entscheiden – mit allergrößter Wahrscheinlichkeit genau so, wie das die real Beteiligten ohnehin schon tun. Nur befinden sie sich eben nicht in dieser Lage. Aus dem – ohnehin bloß fiktiven – Biedermeier-Idyll unserer Kleinfamilie auf überlegene Regierungsfähigkeit zu schließen, bedarf eines gehörigen Maßes an Märchenglauben. Im Grunde handelt es sich natürlich um einen Propagandadreh: eine Lüge. Diese verlogene Biederkeit dürfte der Grund sein, warum die Lektüre der *Kronenzeitung* so ein ungustiöses, klebriges Gefühl hinterlässt. (Eine ähnliche Reaktion stellte sich – nebenbei bemerkt – ein, als ich zur Vorbereitung dieses Aufsatzes wieder in Haiders Buch *Die Freiheit, die ich meine* las; es hinterließ ein hartnäckiges Gefühl des Unwohlseins, als hätte ich verdorbenes Fleisch gegessen.)

Wie ausgiebig sich Jörg Haider dieser Taktik der Simplifizierung bediente, das braucht wohl nicht eigens dargestellt zu werden. Es genügte, eine seiner Veranstaltungen zu besuchen und dort seine Rede mitzuverfolgen. Wer das getan hat, der wird sich freilich auch erinnern, dass Haiders Methode nicht ausschließlich auf solch simplifizierender Anbiederung beruhte. Bevor wir darauf eingehen, mag indes ein klärendes Wort angebracht sein. Die Methode der Anbiederung mittels Vereinfachung ist Teil jener Strategie, welche üblicherweise als Populismus bezeichnet wird. Dieser Ausdruck wird heutzutage jedoch auf eher verwaschene Art und Weise verwendet. Da verteilt etwa eine Partei oder ein Kandidat knapp vor den Wahlen Sonderzahlungen an ältere Mitbür-

ger, denen kurz zuvor die Pension gekürzt wurde; so etwas wird in der politischen Diskussion einhellig und selbstverständlich als „populistisch“ gebrandmarkt. Streng genommen handelt es sich freilich bloß um billige Popularitätshascherei. Der mögen sich von Zeit zu Zeit alle demokratischen Parteien, selbst die respektabelsten, schuldig machen, zumindest in einem gewissen Maße, denn schließlich müssen sie samt und sonders um Popularität bemüht sein, das ist Teil des demokratischen Spiels, um bei diesem Bild zu bleiben. Mit Populismus war historisch gesehen etwas anderes gemeint: nämlich das Versprechen einer „Volksherrschaft“ ohne Umweg über die „bloß formale“ repräsentative Demokratie. In diesem Sinne steht der Populismus ganz eindeutig außerhalb des gegebenen Systems, ja mehr noch: Es handelt sich um eine Strategie zur Zerstörung dieses Systems. Populismus ist folglich, von der Warte der repräsentativen Demokratie aus gesehen, undemokratisch. Das erscheint insofern von Bedeutung, als sich Haider selbst und durchaus stolz als Populist bekannt hat. Tatsächlich scheint hier seine wahre Verwandtschaft zu finden zu sein: vor allem wohl bei Georg Ritter von Schönerer. Bekanntlich beeindruckte der auch den jungen Adolf Hitler in Wien. Und so lassen sich sogar die ideologischen Familienverhältnisse zwischen Haider und Hitler erklären, ja mehr noch: Es lässt sich erklären, warum Haider in gewissen Aspekten seines Auftretens, seiner Rhetorik und seiner Demagogie an Hitler erinnert, besonders in dessen früheren Jahren politischer Betätigung – aber eben *nur* in gewissen Aspekten. Es handelt sich nämlich nicht um direkte Abstammung, die beiden haben vielmehr gemeinsame Vorfahren, gemeinsame Wurzeln. Haider könnte, so gesehen, als kleiner Neffe Hitlers verstanden werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Trotzdem wollen wir uns hier nicht auf den Ausdruck „Populismus“ versteifen. Wenn er heute im Sinne billiger Popularitätshascherei verwendet wird – welche natürlich auch einen Teil des Populismus ausmacht, aber eben nur einen Teil –, dann ist das zu akzeptieren. Wir wollen uns lieber dem zuwenden, was wesentlich erscheint. Wer die angeblich herrschende „Klasse“, das herrschende System im Namen des „Volkes“ angreift, von dem würde man sich eigentlich erwarten, dass er dieses „Volk“ hinter sich hat, dass er wirklich und unbestreitbar für „das Volk“ spricht. Das ist Jörg Haider jedoch selbst am Gipfel seiner Erfolge nicht

sonderlich eindrucksvoll gelungen. 27 oder 28 Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Nationalratswahl mögen für eine Partei wie die FPÖ zwar viel sein – viel zu viel, wenn man mich fragt –, sie werden trotzdem kaum jemanden davon überzeugen, dass hier „das Volk“ gegen eine „herrschende Klasse“ angetreten sei. Dessen ungeachtet blieben Haider und seine Paladine ebenso wie seine Verehrer und Verehrerinnen landauf, landab bei der Überzeugung, da sei ein ritterlicher Robin Hood gegen den bösen König und seinen Hof angetreten. Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären?

Nun, der erste und am nächsten liegende Schritt ist natürlich, das „Volk“ so zu definieren, dass es doch geschlossen hinter dem Volkstribun steht. Das „Volk“, das sind dieser Logik zufolge die Haider-Wähler. Und die anderen, immerhin eine satte Zwei-Drittel-Mehrheit? Sie mögen zum Teil verblendet sein, entweder hoffnungslos, wie etwa intellektuelle Grün-Wähler, oder vorübergehend, verwirrt von der bösartigen Propaganda übermächtiger Volksfeinde, sodass sie entgegen ihren wahren Interessen abstimmten. Man sieht schon, auch der Volkstribun aus dem rechten Lager braucht das Manöver mit dem „falschen Bewusstsein“, genau so wie der Marxist, um seine Fiktion vom „Volk“ und seinen Interessen aufrecht erhalten zu können. Zu einem anderen Teil mögen sich die Stimmen für gegnerische Parteien aus dem Kreis jener rekrutieren, welche vom „herrschenden System“ profitieren: die „Privilegierter“ und „Staatsschmarotzer“. Sie zählen ganz eindeutig nicht zum „Volk“, ganz im Gegenteil, sie stellen dessen Feinde dar, die Fremdkörper, welche „beseitigt“ werden müssen. Ihnen gilt der höchst dramatische, heroische Kampf der Volksbewegung. Unter solchen Umständen stellen 27 oder 28 Prozent zwar noch immer kein überwältigendes Aufgebot dar, doch können jene, welche das wünschen, immerhin glauben, es handle sich um die Elite des „Volkes“, um die Kerntruppe, die Garde. (Oder gar die Avantgarde? Aber nein, das wäre denn doch zu linksintellektuell.) Lieber weniger, dafür die Richtigen. „Ich will bloß die Fleißigen und die Tüchtigen“, pflegte Jörg Haider vom Podium herunter zu deklamieren, sehr zum Gaudium des Publikums, wie ich das selbst miterlebt habe, anlässlich von Auftritten in unserem Wohnort. Am lautstärksten applaudierten jene, welche weder als fleißig noch als tüchtig ortsbekannt waren, eher im Gegenteil; doch wenn sie sich zu Mitgliedern

der Haider-Bewegung machten, dann durften sie offenbar das Diktum auf sich selbst beziehen, empfingen solcher Art also im Handumdrehen die Weihen des Fleißes und der Tüchtigkeit.

Derlei Auftritte veranschaulichten zugleich, wie sehr die Definition des „Volkes“ unweigerlich abhängt von dessen Feinden. Ohne gehässige Attacken ging und geht es da nicht ab, ja mehr noch, eben solche Attacken brachten die Zuschauer erst in Fahrt, da kam Stimmung auf, Johlen, Klatschen und Stampfen. „Der sagt’s ihnen wieder eini, ha“, raunte uns einer dieser ortsbekannt „Fleißigen und Tüchtigen“ triumphierend zu. Was „das Volk“ ist, formiert sich nicht einfach hinter seinem auserkorenen Tribun, womöglich aus vernünftigen Erwägungen heraus, vielmehr bedarf es eines gemeinsamen Kampfes, einer gemeinsamen Stoßrichtung, sowie des daraus resultierenden Wir-Gefühls: emotionale Aufrüstung. Deshalb waren und sind diese selbst ernannten Volkstribunen so häufig böse Demagogen: Volksaufwiegler und Volksverhetzer. Auch diese Gesetzmäßigkeit kennen wir spätestens seit den Tagen Schönerers oder der Dreyfus-Affäre in Frankreich. Oberflächlich betrachtet, wendet sich die Hetze gegen „die da oben“, wäre in diesem Sinne also sozialrevolutionär. Das liegt allerdings gar nicht in der Absicht eines Demagogen von der rechten Seite des politischen Spektrums. Folglich kommt es darauf an, Ziele aufzustellen, die einerseits so aussehen, als handle es sich um „die da oben“, um böse Unterdrücker, herzlose Profiteure, schuld an der sozialen Misere – ohne es indes wirklich zu sein; andererseits müssen die Ziele weithin sichtbar sein, leicht zu identifizieren. Die Häme der Freiheitlichen richtete sich denn auch stets gegen irgendwelche – kaum jemals näher beschriebenen – „Funktionärscliquen“ und „Privilegienritter“, daneben aber mit Wollust gegen linke Intellektuelle und so genannte „Gutmenschen“, gegen Beamte und, wie könnte es anders sein, gegen „Ausländer“, was in diesem Falle jedoch bloß bedeutete: gegen Menschen mit fremdartigem Aussehen – südlich, südöstlich, afrikanisch.

„Man wird wohl noch darüber reden dürfen“, forderten Haider’sche Gesinnungsgenossen bei solchen Gelegenheiten: In einer Demokratie müsse man über alles reden dürfen, alles müsse diskutiert werden, Demokratie sei überhaupt Diskussion, wie Haider selbst einmal gemeint hat. Deshalb müsse es doch wohl gestattet sein, über das Ausländer-Problem zu diskutieren. Ja, es muss – sofern es wirklich um die Diskus-

sion geht. Das war bei Haider und seinen Anhängern damals, am aufsteigenden Ast ihrer Erfolgskurve, jedoch gewiss nicht der Fall. Ist es wirklich im Sinne einer demokratischen Diskussion zu behaupten, „Ausländer“ bekämen in Österreich auf Kosten der Krankenkasse hormonfördernde Präparate, welche den Einheimischen verwehrt blieben? Solches hat immerhin der damalige freiheitliche Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn verkündet. Blanker Unsinn, versteht sich – aber man darf wohl noch diskutieren, oder? Susanne Riess-Passer unseligen Andenkens vermochte diesen Stehsatz nach jeder Unverschämtheit ihres Herrn und Meisters mit wunderbar unschuldigem Augenaufschlag zu repetieren. Doch wenn Haider diskutierte, dann ging es nicht um die Diskussion, es ging um den Sieg: Der Gegner hatte geschlagen am Boden zu liegen, während der Volksheld mit aggressiver Geste triumphierte, huldvoll die Ovationen seiner Anhängerschaft entgegennehmend, so ähnlich wie ein Fußballstar, der eben ein Tor geschossen hat. Anlässlich einer politischen Diskussion im österreichischen Fernsehen habe ich so einen Auftritt einmal mitverfolgt. Es ging um die Neutralität. Mit Hilfe eines Bundesgenossen, dem Zeitungsherausgeber Kurt Falk, gelang es Haider, die Diskussion völlig zu beherrschen, indem die beiden einfach niemanden zu Wort kommen ließen, Vertreter anderer Meinungen sofort persönlich angriffen und, wenn nötig, brutal niederschrien. Dem Diskussionsleiter, einem farblosen ORF-Journalisten, erging es ebenso – im Fußball spräche man wohl von einer Attacke am Schiedsrichter. Welche Folgen so etwas auf dem Spielfeld nach sich zöge, das wissen wir. Demokratie ist Diskussion? Nun ja, gewiss, aber nicht *nur* – sie ist schon ein bisschen mehr. Sie ist auch Einhalten von Regeln, sie bedeutet zivilisierte Umgangsformen und Manieren. Ohne solche gibt's nämlich keine Diskussion. So gesehen, war und ist Haider ganz eindeutig *kein* Demokrat. Dasselbe gilt für seine Satrapen, es gilt sogar für jene seiner Anhänger aus dem Fußvolk, mit welchen ich persönlich gestritten habe.

Wenn es lediglich darum geht, den Gegner möglichst eindrucksvoll niederzumachen, dann besteht die wirksamste Methode natürlich im Überraschungsangriff, im heimtückischen Überfall aus dem Hinterhalt. Den praktizierten Jörg Haider und seine Unterführer vor 1999/2000 (und danach) denn auch ausgiebig, mit großem Geschick, noch größerer Skrupellosigkeit, leider auch mit beträchtlichem Erfolg. „Ein Mathema-

tikprofessor“, heißt es da etwa, „monatliches Einkommen einschließlich Nachhilfeunterricht 60.000 Schilling, wohnt in einer Privatvilla am Stadtrand, zahlt seit rund 12 Jahren für eine 90-Quadratmeter-Wohnung im Stadtzentrum 76 Schilling – als Reserve für seinen derzeit minderjährigen Sohn.“ (Das Beispiel stammt aus dem Buch *Freiheit, die ich meine*, wurde aber, wenn ich mich recht entsinne, so oder so ähnlich in einer der zuvor erwähnten Veranstaltungen an meinem Wohnort verwendet.) Das Entzücken des Publikums kann man sich vorstellen: ein Beamter, ein Lehrer, noch dazu mit dubiosem Nebenverdienst, Villa plus Zweitwohnung, letztere fast gratis – Herz, was willst du mehr? Fehlte bloß noch, das es sich um einen Ausländer handelte, einen rumänischen Wirtschaftsflüchtling vielleicht. Man kann sich nicht klar genug vor Augen halten, wie Haider in diesem Falle zu Werke ging und wie er das bis 1999/2000 durchgehend und systematisch tat: Da wird nämlich ganz bewusst und ganz gezielt der Neid geweckt; dabei handelt es sich jedoch um einen fiesen, niederträchtigen Trieb, so sehr Haider-Apologeten auch versuchen mögen, ihn mittels moralischer Inversion zu einer positiven Kraft umzuwerten. Die Aggressivität Haiders und seiner „Bewegung“ beruhte zu einem Gutteil auf der Weckung solcher, durchwegs abstoßender Emotionen. Der Neid mochte die offenkundigste gewesen sein, doch spielten Gehässigkeit, Gier und Skrupellosigkeit eine ebenso bedeutende Rolle. Heute ist das alles mehr oder weniger salonfähig geworden, nicht zuletzt dank der Bemühung von Abwiegern und Beschwichtigern in Redaktionen und Universitätsinstituten. Die Demagogie der Haider-FPÖ zielte darauf ab, dunklen Bodensatz aufzuwirbeln, und zwar nicht bloß im soziologischen Sinne, indem nämlich eine bestimmte Gruppe von Menschen aufstieg, das Sagen bekam, obwohl dies zweifellos auch zutraf – man denke bloß an die Beobachtungen in meinem Wohnort, oder an einen Herrn Meischberger –, sondern ebenso im psychologischen Sinne, indem nämlich in vielen Einzelnen – jenen, die sich der Demagogie bereitwillig öffneten – negative Züge gefördert wurden und an die Oberfläche traten, ja mehr noch: dank der moralischen Inversion gar nicht mehr als negativ empfunden werden mussten, folglich ohne schlechtes Gewissen ausgelebt werden konnten. Gier, Neid und Skrupellosigkeit – das GNS-Syndrom, wie ich es bei mir nenne: Täuscht mich der Eindruck, oder hat es sich seitdem wie ein schleichendes Gift in der österreichi-

schen Gesellschaft ausgebreitet? Und wenn: Wäre dies womöglich das einzig Bleibende, was Jörg Haider bisher zustande gebracht hat?

Nun mag es theoretisch durchaus möglich erscheinen, dass es den 60.000-Schilling-Mathematiker aus dem Haider'schen Überfall wirklich gibt. Wer ein bisschen vertraut ist mit den Einkommensverhältnissen im Bundesdienst, der wird seine Zweifel hegen, Nachhilfeunterricht hin oder her. Ein seriöser Demokrat wird infolge dessen den Vorwürfen nachgehen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich seine Zweifel sehr oft als berechtigt erweisen. Aber was tat das damals, in den neunziger Jahren schon zur Sache? Bis sich so ein Demokrat endlich mit seiner Sachverhaltsdarstellung zu Wort melden konnte, war die „Bewegung“ längst über ihn hinweg gerollt. Da berührte es weder Haider noch seine Gehilfen, wenn sie widerlegt wurden, selbst der Vorwurf der Lüge prallte ab – ihr begeistertes Publikum konnte sich an den zur Debatte stehenden Überfall ohnehin nicht mehr erinnern. Details wirkten wie immer langweilig, es ging der „Bewegung“ doch bloß um den Triumph, um sonst gar nichts. Dass Haider und Konsorten auf anderer Leute Zehen herumtrampelten, spielte keine Rolle. Bedeutend war bloß, dass sie damit ungestraft davorkamen, immer wieder; und wenn die Inhaber solcher Art malträtiertes Gliedmaßen gequält aufschrien, dann steigerte das höchstens das Vergnügen. Es könne nicht sein, verkündete Haider einmal in unverkennbarer Diktion im Fernsehen, es könne nicht sein, dass in Salzburg der Herr Hofrat XY aus Gesundheitsgründen frühzeitig in den Ruhestand geschickt werde und dann braun gebrannt am Salzachufer spazieren gehe! Herr Haider nannte natürlich den vollen Namen. Wie mir eine Bekannte mit Insider-Wissen später berichtete, litt der besagte Hofrat an unheilbarem Krebs im fortgeschrittenen Stadium, er hatte nur noch ein halbes Jahr zu leben. Ihn in einer solchen Lage österreichweit an den Pranger zu stellen, noch dazu völlig ungerechtfertigt, das hat ihm und seinen Angehörigen das schwere Schicksal sicher enorm erleichtert.

Kein Zweifel, da rückt die hässliche Fratze des Demagogen ins Bild. Im Falle Haiders manifestierte sie sich in seinem verächtlich-überlegenen Gestus während eines Überfalls oder in seinem hämisch-triumphierenden Grinsen, wenn er wieder einmal ordentlich Unheil gestiftet hatte. Nicht wenige Menschen stieß in erster Linie dieses Gehabe ab, es machte sie zu entschiedenen Gegnern, viel mehr als historische oder programmatische

Gedankengänge. Diese Menschen pflegten auf die Frage, wie sie zu Haider stünden, mit einer blitzschnellen, entsetzten Abwehrbewegung zu reagieren, indem sie beide Handflächen vorstreckten, die Finger gespreizt: Haider – nein danke! Weder die Reaktion noch die Entschiedenheit der Ablehnung hingen irgendwie mit dem Grad der Bildung zusammen, schon gar nicht mit ideologischen Überlegungen. Es handelte sich eher um eine moralische Reaktion, um eine Frage des Charakters, und gerade bei jenen Menschen, die ich wegen solcher Eigenschaften am stärksten bewundere, äußerte sich das Entsetzen am entschiedensten. Sie haben mir während all der Jahre das Durchhaltevermögen und das Selbstvertrauen verliehen, bei meiner Überzeugung zu bleiben, trotz des in Österreich herrschenden Verharmlosungsdruckes.

Man darf den politischen Gegner nicht moralisch verurteilen, hat uns der große Theoretiker der Demokratie Karl R. Popper ermahnt. Gewiss, man beginge eine demokratische Todsünde, wollte man solches bei jeder Gelegenheit tun. Andererseits besteht die demokratische Pflicht, im richtigen Augenblick sehr wohl moralisch zu argumentieren, und zwar ohne zu zögern, möglichst eindeutig und unerschütterlich. Die Erfahrung lehrt uns nachdrücklich, dass in solch schwierigen Lagen ideologische Gedankengänge kaum weiterhelfen, ganz im Gegenteil – sie können erst recht ins politische Gestrüpp führen. Wir sollten nie vergessen, wie oft und wie erbärmlich Intellektuelle im 20. Jahrhundert versagt haben, als es um die Beurteilung der politischen Praxis ging. Unheil ist ideologisch offenbar nicht dingfest zu machen, es verwendet die Ideologie vielmehr selbst zur Tarnung, ja mehr noch, zur Travestie, zur moralischen Inversion, indem es sich mittels Ideologie zum Heil umpolt. So gesehen, stellt die Ideologie selbst ein Unheil dar – jede Ideologie. Deswegen haben oft jene Leute das klarste Urteilsvermögen bewiesen, die am wenigsten infiziert waren vom ideologischen Denken. Das galt für die Immunität gegenüber dem Kommunismus ebenso wie gegenüber dem Nationalsozialismus. Es galt sogar, wie ich selbst beobachten konnte, gegenüber den Parolen der 68er-Bewegung. Ebenso galt es natürlich im Jahre 2000.

All seine bürgerliche Bildung, all seine politischen Überlegungen, so bekannte Sebastian Haffner einmal, selbst die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei hätten ihn nicht unbedingt davor bewahren müssen, ein Nazi zu werden. „Was mich davor schützte, war – meine Nase. Ich

besitze einen ziemlich ausgebildeten geistigen Geruchssinn, oder, anders ausgedrückt, ein Gefühl für die ästhetischen Valeurs (und Non-Valeurs!) einer menschlichen, moralischen, politischen Haltung oder Gesinnung. Den meisten Deutschen fehlt leider das gerade vollständig. Die Klügsten unter ihnen sind imstande, sich mit lauter Abstraktionen und Deduktionen vollständig dumm zu diskutieren über den Wert einer Sache, von der man einfach mittels seiner Nase feststellen kann, dass sie übel riechend ist...“ (*Geschichte eines Deutschen*, Kapitel 14). Man darf den politischen Gegner nicht moralisch verurteilen, gewiss, doch selbst Karl Popper lehnte die Demagogie Haiders entschieden ab, ein Umstand, den letzterer natürlich lieber überging. „Wer’s sehen will“, so urteilte Popper einmal unter Bemühung eines anderen Sinnes als Haffner, „der sieht es.“ Was mich betraf, so hatte ich mir in den Jahren vor 1999 ein Urteil gebildet, welches für viele Landsleute zwar hart klingen mag, welches vielleicht auch nicht hundertprozentig gerecht sein mag, zu dem ich mich aber trotzdem bekennen möchte, selbst heute noch:

„Ein anständiger Mensch wählt nicht Haider!“

Von Koalitionsverhandlungen ganz zu schweigen.

IV

Am 19. Februar 2000 befanden wir uns in Wien. Mit Politik hatte das allerdings nichts zu tun. Zusammen mit einem befreundeten Ehepaar waren wir am Tag zuvor in aller Herrgotts Früh hinunter gefahren, um drei Tage lang Ausstellungen zu besuchen und ins Theater zu gehen. Trotzdem sollten wir – wie wäre das damals anders möglich gewesen – der Politik nicht entkommen.

Schon auf der Fahrt hatte sie unweigerlich für Gesprächsstoff gesorgt, in diesem Falle freilich der einmütigen Art. Einmal hatte sie ausnahmsweise sogar Heiterkeit erregt, als beim Kaffeetrinken in einer Raststätte die Frage auftauchte, welche Partei man überhaupt noch wählen könne. An jeder gab es so viel auszusetzen, keine einzige schien unsere Ansprüche zu erfüllen.

„Jedem Österreicher seine eigene Partei“, fasste ich unsere Nörgelei schließlich zusammen.

„Ich weiß etwas Besseres“, erwiderte unser Freund (der männliche Teil des befreundeten Ehepaares). „Wir gründen eine neue Partei – und dann wählen wir sie nicht!“

In Wien angekommen, bezogen wir unser Quartier in St. Veit, anschließend begaben wir uns in die Innenstadt. Unser Ziel war eine Cezanne-Ausstellung im Kunstforum der Bank Austria auf der Freyung. Das war also am späten Vormittag des 18. Februar. Unser Weg kreuzte die Route eines Demonstrationszuges von Schülern und Schülerinnen, die unter den schrillen Tönen ihrer Trillerpfeiferln aus der Walfischgasse gelatscht kamen, die Kärntnerstraße überquerten und hinter der Staatsoper weiterzogen, vermutlich in Richtung Ballhausplatz. Natürlich konnten wir die Länge des Zuges nicht abschätzen, eines sahen wir aber sehr wohl: sie war beachtlich.

Die Jugendlichen, so las ich später in einer Zeitung, seien von ihren Lehrern „missbraucht“ worden. Lauter linke Lehrer? Das widerspricht indes deren Wahlverhalten gründlich. Wer abgesehen davon mit Schülern im Alter von, sagen wir, 15 bis 19 Jahren zu tun hat, der kann über eine solche Vorstellung ohnehin bloß lachen. Wenn sich solche Jugendliche überhaupt um die Ansichten ihrer Herren und Frauen Professoren kümmern, dann höchstens, um das Gegenteil zu denken und zu tun. Ganz besonders gälte das für den Fall, dass die von Erwachsenen vertretenen Positionen in irgendeiner Weise unecht, unehrlich oder bloß unreflektiert, also konventionell oder klischeehaft wirkten. Wenn sich so viele Wiener Schüler und Schülerinnen damals über ein ausdrückliches Demonstrationsverbot hinwegsetzten – in einzelnen Schulen sollen sogar die Tore versperrt worden sein, sodass die Protestierer durch die Fenster im Erdgeschoss ins Freie klettern mussten –, wenn sich ihr Demonstrationswillen solcher Art äußerte, dann darf man ruhig schließen, sie seien ihrem eigenen Antrieb gefolgt. Er mag nicht hundertprozentig durchdacht und reflektiert gewesen sein, aber authentisch war er gewiss. Tatsächlich ließ sich unschwer vorstellen, wie zuwider das Auftreten eines Jörg Haider diesen städtischen Jugendlichen sein musste, ebenso die peinliche Art eines Schüssel oder Khol, sich in aller Öffentlichkeit zu winden wie die Kreuzottern. Wen auch immer diese Herrschaften damals anzusprechen vermochten, welche Alters- oder Berufsgruppen, urbane Mittelschüler und -schülerinnen waren offenbar nicht darunter. Die

nächste Generation, so schoss es mir durch den Kopf, sagen wir: die Dreißig- und Vierzigjährigen, die mochten vielleicht Haider und Schüssel folgen; doch in der übernächsten Generation wuchsen bereits die Agenten ihrer Nemesis heran. Was meine allgemeinere Beobachtung bestätigen würde, wonach man sich mit den Eltern stets auseinander setzen muss, wohingegen man sich mit den Großeltern verstehen kann. Aber das waren natürlich bloß spontane Einfälle, vermutlich viel zu optimistisch, vielleicht sogar Griffe nach dem sprichwörtlichen Strohalm; ob etwas Wahres daran ist, das wollen wir hier nicht weiter untersuchen.

Wie jeder unerwünschten Demonstration wurde auch dieser jegliche Berechtigung abgesprochen. Das entspricht einem Argumentationsmuster, welches in Österreich mit schöner Regelmäßigkeit auftritt. Selbstverständlich, so wird eingeräumt, selbstverständlich handle es sich beim Recht zu demonstrieren um ein demokratisches Grundrecht, niemand dürfe daran rütteln. Eben deshalb wird die jeweilige konkrete Demonstration jedoch abgelehnt, weil kein entsprechender Anlass bestehe, weil die Demonstration ohnehin nichts bewirken werde, und weil das so wichtige Demonstrationsrecht nicht über Gebühr in Anspruch genommen, nicht überstrapaziert oder gar missbraucht werden dürfe. Es fragt sich bloß, ob so gesehen eine gerechtfertigte Demonstration überhaupt noch vorstellbar ist. Offenbar müsste dazu in Österreich die breite Öffentlichkeit einverstanden sein, also sagen wir die Leserschaft der *Presse* ebenso wie der *Kronenzeitung*, und zusätzlich noch die Bundes- und die jeweilige Landesregierung. In Tirol, anlässlich der spektakulären Autobahnblockaden gegen den Transitverkehr, spielte sich das genau so ab, die waren nämlich nicht ohne Schützen und Blasmusik vorstellbar, kulminierend in einer Ansprache des Landeshauptmanns. Man mag sich selbst ausmalen, welche Einblicke sich da auftun in die Geistesverfassung eines Landes, in dem grundsätzlich geraunzt und genörgelt wird über Politik und Politiker schlechthin, gleichzeitig aber jeder Demonstrant sofort verunglimpft wird – sei es, indem ihm als angeblich Manipuliertem und Missbrauchtem verminderte Zurechnungsfähigkeit attestiert wird, sei es als „Berufsprotestierer“ oder „Chaot“.

Am Abend gingen wir ins Theater. Wir hatten Karten für die Josefstadt ergattert, Hugo von Hofmannsthals *Der Schwierige*. Die Vorstellung entpuppte sich als eines jener Theaterereignisse, bei dem die Brillanz von

Text und Aufführung atemlose Spannung im gesamten Zuschauerraum erzeugt. Mit der Handlung muss das nicht unbedingt zu tun haben – gerade im *Schwierigen* ist sie ja alles andere als spektakulär. Aber im Theater, in einem guten Theater spielt das keine Rolle. Ein guter Autor, ein guter Text, gute Schauspieler: die machen das Geheimnis aus (und ein wirklich guter Regisseur, das heißt einer, der im Hintergrund bleibt, der die Größe hat, der Aufführung zu dienen). Die Schauspieler der Josefstadt waren an diesem Abend allesamt gut, aber Helmut Lohner als Hans Karl Bühl, der Schwierige, bot eine seltene Glanzleistung. Gebannt saßen wir im Dunkeln, wie festgenagelt, bis zum allerletzten Satz, zum allerletzten Wort. Der Applaus am Ende drückte nicht bloß Anerkennung aus, sondern auch Erleichterung: der Akt auf dem Seil, das waghalsige Bravourstück war tatsächlich gelungen, das kühne Unterfangen war zu einem glücklichen Abschluss gebracht worden! Erschöpft traten wir aus dem altherwürdigen Theaterbau hinaus auf die Josefstädterstraße, fast wie nach einer Fahrt auf der Achterbahn. Wenn es für jedes bedeutende Stück höchstens eine Hand voll „klassischer“, das heißt bleibender Inszenierungen gibt, dann war dies so eine für Hofmannsthal *Schwierigen*. Sollte sie je auf Video oder DVD erhältlich sein, wird sich jeder selbst davon überzeugen können.

Zum Ausgeistern landeten wir in einem der zahlreichen Beiseln in der Josefstadt. Aus den ruppigen Gefilden Tirols kommend, überrascht und berührt uns immer wieder die Qualität der Wiener Gastronomie, was die Küche betrifft genau so wie in puncto freundlicher, aufmerksamer Bedienung. Im Alpenland existiert beides meist bloß in der Vorspiegelung großkotziger Tourismus-Vermarkter. Erwähnenswert ist das indes bloß, weil wir in unserem Beisel, ohne es zu wissen, sehr nahe dem Schauplatz einer Begebenheit gewesen sein müssen, welche sich am folgenden Abend (also am 19. Februar) in der Josefstadt ereignete, und welche in der Folge eine gewisse Bedeutung erlangen sollte.

An diesem Tag – eben jenem 19. Februar, von dem hier eigentlich die Rede sein soll – besuchten wir eine weitere Ausstellung, dieses Mal im Palais Liechtenstein. Es handelte sich um einen Samstag. Für den Nachmittag war ab zirka drei Uhr die bis dahin massivste Demonstration gegen die schwarz-blaue Regierung angekündigt worden. Alles in allem sollen schließlich – je nach Standpunkt und Schätzung – zwischen

150.000 und 300.000 Menschen teilgenommen haben. Die Medien erweckten hinterher den Eindruck, als hätte sich halb Wien im Belagerungszustand befunden, voll Angst vor hemmungslosen „Chaoten“ und „Anarchos“. Persönlich erlebten wir indes das Gegenteil. Zwar hatten wir gelesen, dass eine Großdemonstration stattfinden sollte, wir hatten auch mitbekommen, dass die Polizei gehörig aufgerüstet hatte, sowohl numerisch als auch emotional – aber bemerkt haben wir von der Demonstration praktisch nichts. Die Stadt bot sich genau so dar wie immer, so etwa, als wir vom Palais Liechtenstein kommend über die Strudlhofstiege zur Währinger Straße hinauf spazierten, um von dort mit der Tram zum Schottentor zu fahren. Den Rest des Tages verbrachten wir in der Innenstadt: schlendernd, Auslagen begutachtend. Später machten wir uns auf die Suche nach einer ansprechenden Gaststätte. Inzwischen war es Abend geworden. Ab und zu hörten wir aus der Ferne Lautsprechertöne herüberwehen, wir nahmen an von der Abschlusskundgebung auf dem Heldenplatz. Doch kamen wir niemals auf die Idee, diese Kundgebung irgendwie mit uns selbst in Verbindung zu bringen, von einem Gefühl der Gefährdung oder gar Angst ganz zu schweigen. Lügen mir nicht Berichte von Medien vor, die eindeutig auf Seiten der Demonstranten standen (wie etwa vom *TATblatt*), ich würde jede Behauptung, es sei damals zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, glattweg als Fabrikation abtun. Es scheint solche Ausschreitungen aber sehr wohl gegeben zu haben, ebenso wie ein gehöriges – eigentlich wohl ungehöriges – Maß an Gewaltanwendung von Seiten der Polizei.

Etwas später, gegen zehn Uhr, muss sich jener Zwischenfall abgespielt haben, um den es hier geht. In einer Pizzeria in der Josefstadt – um genau zu sein: in der Florianigasse – entdeckte eine Gruppe von Demonstranten keinen Geringeren als Jörg Haider höchstpersönlich. Unter Polizeischutz konnte er das Lokal jedoch ohne weitere Schwierigkeiten verlassen, die Demonstranten wurden von unseren Ordnungshütern auseinandergetrieben. Bedeutung erhielt die ganze Geschichte erst zehn Tage später, als Haider überraschend seine Funktion als Parteivorsitzender der FPÖ zurücklegte. Er wolle, so hieß es, auf Bundesebene überhaupt nicht mehr tätig sein, Landeshauptmann von Kärnten werde er allerdings bleiben. Im Übrigen habe er nur noch als „einfaches Parteimitglied“ zu gelten. Als Grund für seinen plötzlichen Entschluss gab

Haider jenen Zwischenfall in der Josefstadt an: Er selbst habe sich gefährdet gefühlt, außerdem fürchte er um seine Angehörigen, denen könne er das nicht länger antun.

Wie immer man diese Begründung bewerten will – von einem, der ausgezogen war, Österreich von den bösen Linken zu befreien, klang sie doch ein bisschen eigenartig. Schließlich gehörte das wesentlich zu Haiders Selbstdarstellung als edler Robin Hood, der gegen die korrupte Clique um den Sheriff von Nottingham kämpft oder, um einen anderen Mythos zu bemühen, als Herkules, der einen Augias-Stall namens Österreich gründlich von allem sozialistischen – oder sogar sozialpartnerschaftlichen – Mist säubert: eine wahrlich übermenschliche Aufgabe, wollte man Haider-Bewunderern damals glauben, hatte sich den höchstpersönlichen Worten des strahlenden Helden zufolge die „68er Generation“ doch „eingenistet, ja satt gefressen im politischen System“. Schlimmer noch: „Die Linke will eine andere Gesellschaft, will ein neues Volk, weil sie ihr eigenes Volk nicht leiden kann...“ Woran erinnert das bloß? Doch wie rief Haider einmal den Demonstranten am Rande einer Wahlkundgebung zu, sehr zum johlenden Gaudium seiner Anhängerschaft? „Spart’s euren Atem, weil wenn *wir* an die Macht kommen, dann braucht’s den zum Arbeiten!“ Na ja, klar: Arbeit macht bekanntlich frei. Wer solcher Art fortdauernd gegen „linke Rabauken“ polemisiert, wer die forsche Provokation in sein Image einbaut, wer dafür genüsslich den begeisterten Applaus seiner dankbaren Anhängerschaft entgegennimmt – so jemand sollte, zumindest meiner bescheidenen Ansicht nach, nicht gleich alles hinwerfen und davonlaufen, kaum er sich einmal einer kleineren Schar Demonstranten gegenüber sieht. Wie man es auch dreht und wendet, das schmeckt ganz einfach nach Maulheldentum. Ist es wirklich bloß Zufall, dass dieser Begriff hier bereits zum zweiten Male auftaucht?

In Wirklichkeit diente der Vorfall natürlich bloß als willkommener Vorwand. Das war damals schon jedermann klar, es war gleichsam mit Händen zu greifen. Fragt sich bloß: als Vorwand wofür? Journalisten tippten auf die peinlichen Pannen in der FPÖ-Regierungsriege. Da wollte der eine flugs ein schnittigeres Dienstauto und ein anderer, Karl-Heinz Grasser, verkündete ungeniert, er gedenke sich nicht im Geringsten um die Obergrenze für Politikerbezüge zu scheren, welche Robin Hood seinen Getreuen verordnet hatte. Mir erschien die Erklärung allerdings

nicht ausreichend. Im Grunde, so glaube ich heute noch, fühlte sich Haider bereits seit der Regierungsbildung nicht mehr wohl in seiner Haut. Das mochte zunächst an dem Umstand liegen, dass er selbst nicht dieser Regierung angehörte, schon gar nicht als Kanzler. Die zwiespältige Position als Parteiobmann, nicht aber Führer seiner Regierungsmannschaft erforderte politische Fähigkeiten, die nicht gerade typisch sind für einen Demagogen. Der muss ja immer auf einer emotionalen Welle reiten. Deshalb kann er letztlich nur dann erfolgreich regieren, wenn seine Macht ziemlich total ist – sagen wir, mit einer satten absoluten Mehrheit im Bundeskanzleramt. Dass in so einem Falle die Machtfülle tatsächlich recht weit gehen kann, selbst in einer einigermaßen funktionierenden Demokratie, das hat in den siebziger Jahren Bruno Kreisky eindrucksvoll vor Augen geführt. Die Ursache für den scheinbaren Widerspruch ist die unkontrollierte und daher undemokratische Macht der Medien in unserer, nicht umsonst so apostrophierten Mediendemokratie. Im Österreich der siebziger Jahre zeigten sich diese Medien jedenfalls geradezu atemberaubend devot gegenüber dem Kanzler; und das, obwohl kritische Berichterstattung doch angeblich ihre *raison d'être* sein sollte, und obwohl sie sich doch in „bürgerlichen“ Händen befanden. Womit Kreisky keinesfalls als Demagoge klassifiziert sei, ganz im Gegenteil. Das Problem scheint nicht einmal auf Österreich beschränkt zu sein, trotz der außerordentlichen Medienkonzentration, die hier herrscht. In der britischen Demokratie konnte Ähnliches während der Ära Thatcher in den achtziger Jahren beobachtet werden. Die Gefahr sehr weit gehender Machtanhäufung mit fast schon totalitären Anklängen kann offenbar in keiner modernen Demokratie ganz außer Acht gelassen werden. (Das Totalitäre konstatieren wir auf Grund der Herrschaft, die in den Köpfen ausgeübt wird; die Rolle, welche die Medien dabei spielen, dürfte offensichtlich sein.)

Das alles nur nebenbei; fest steht jedenfalls, dass Haiders Position im Frühjahr 2000 keine Hoffnung auf einen Machtzuwachs mehr nährte, keine vorstellbare Konstellation, welche ihm die Entfaltung seiner demagogischen Talente erlaubt hätte. Eher traf schon das Gegenteil zu: Er lief Gefahr, nur noch mit den Pannen und Pleiten der unerfahrenen – und reichlich ungezogenen – freiheitlichen Regierungsmannschaft identifiziert zu werden, ohne die Möglichkeit, die Initiative zu ergreifen, also wieder emotional aufzurüsten, auf einer Welle der Empörung zu surfen.

Dazu waren wohl auch die Widerstände zu stark geworden, innerhalb des Landes und außerhalb. So sehr die Demonstrationen lächerlich gemacht wurden, sie zeigten doch, dass das „andere Österreich“ existierte und dass es kräftige Lebenszeichen von sich zu geben vermochte. Es war „alive and kicking“, wie man das im Englischen bildlich ausdrückt. Mehr noch: Es stand zu befürchten, dass dieses „andere Österreich“ weit über relativ enge Gruppierungen wie „unbelehrbare linke Intellektuelle“ plus ein paar „Chaoten“ und „Anarchos“ hinausreichte. Eine Episode, welche sich am gleichen Abend zutrug wie der vorhin geschilderte Zwischenfall, mochte das unterstreichen: Da wurden vor dem Burgtheater ein paar versprengte Demonstranten von der Polizei so rau behandelt, dass Besucher der soeben zu Ende gegangenen Vorstellung intervenierten. Bei aller Feindschaft zum Burgtheater und seinem Publikum könnte das Haider und seinen Satrapen denn doch ein bisschen zu weit gegangen sein, soziologisch betrachtet bzw. im Sinne einer Wählerstromanalyse. Immerhin erinnerte die Lage im Februar 2000 manche Zeitungskolumnisten bereits an jene im Februar 1934. Das mochte zwar übertrieben sein, es verdeutlichte aber doch, wie sehr sich die Lage schon zugespitzt hatte.

Was den Widerstand von außen betraf, also die Maßnahmen der EU-14, so hatten sie zunächst einmal bewirkt, dass Haider nicht in die Regierung eintreten konnte. So etwas wäre damals ganz und gar unmöglich gewesen. Diese Maßnahmen waren folglich auch die Ursache für seine zwiespältige Position. In weiterer Folge führten sie Haider drastisch vor Augen, dass er gegen eine Wand gerannt war. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass ihm das vorher nicht ausreichend bewusst geworden war, ebenso wenig übrigens wie seinen Anhängern. Tatsächlich gab es im Frühjahr 2000, als die einhellige und entschiedene Ablehnung der europäischen Partner Gewissheit wurde, ein paar Momente, da Haider in aller Öffentlichkeit betroffen wirkte. Ich hatte den Eindruck, das sei ehrlich gewesen. Er hatte bis dahin wirklich nicht begriffen, wie er auf andere wirkte, er hatte die Konsequenzen seines Auftretens nicht erfasst – ein Fall von „ertappter Unschuld“.

Festzuhalten bleibt somit, dass die Maßnahmen der EU-14 sehr wohl etwas bewirkt haben. Das ist in Österreich nämlich nach bewährtem Brauch des Landes energisch verdrängt worden. Zugegeben, das erklärte

Ziel der Maßnahmen, eine Regierungsbeteiligung der FPÖ schlechthin zu verhindern, konnte nicht erreicht werden. Ebenso wenig gelang eine Rückkehr zur Zweiten Republik. Das war schon deshalb unmöglich, weil es ja die ÖVP gewesen war, welche die so genannte Wende herbeigeführt hatte und nun wesentlich mittrug. Früher hatte sich diese Partei jedoch stets als „staatstragend“ dargeboten, als unverzichtbare Säule der Zweiten Republik mit all ihren doch nicht unbeträchtlichen Leistungen und Errungenschaften. Die wieselflinke Wende des Wolfgang Schüssel bedeutete somit auch einen Verrat der ÖVP an ihrer eigenen Tradition, an ihren eigenen Werten; zumindest jener, welche bis dahin immer hinausposaunt worden waren.

Doch selbst wenn der Weg zurück versperrt war, stand der in die Zukunft nun seinerseits nicht mehr völlig offen. Dazu waren die Widerstände einfach zu stark geworden. Besonders die Ablehnung aus dem Ausland hatte vor Augen geführt, dass es trotz allem noch Grenzen gab für die Damen und Herren von der „Wenderegierung“. Eine Fortsetzung der skrupellosen Politik aggressiver Unverschämtheit nach Haider'scher Art würde nichts weiter hervorrufen als noch heftigeren Widerstand im In- und Ausland. Sowohl die Demonstrationen in Wien als auch die Maßnahmen der EU-14 – letztere sicherlich mehr als erstere – wirkten somit, bildlich gesprochen, wie jene Betonabsperungen, welche wir von Autobahnbaustellen her kennen. Sie unterbanden keineswegs die Fortbewegung, verlangsamten sie jedoch und lenkten sie in vorgegebene Bahnen. Ein Ausbrechen hätte unweigerlich zu einer Kollision geführt, mit beträchtlichem Schaden. Das bewirkte zunächst, dass der Weg in eine Dritte Republik, wie sie Jörg Haider in petto haben mochte, nun genau so versperrt war wie jener zurück in die Zweite. Als Resultat, so könnte man in gut wienerischer Manier formulieren, leben wir seitdem in Österreich in so etwas wie der Zweieinhalbten Republik; und das würde seinerseits wiederum der Tradition des Landes entsprechen.

Für das demagogische Medienspektakel des Jörg Haider entpuppte sich diese zweite, subtile Kursänderung freilich als Katastrophe. Ein Demagoge, so haben wir gesagt, kann nur absolut herrschen, Kompromisse fressen sein Charisma auf wie die Ostersonne den Schnee. Es gab folglich nur zwei Optionen: Entweder die schwarz-blaue Regierung unterwarf sich Haiders Kurs und Methode, dann provozierte sie den

Frontalzusammenstoß mit sämtlichen Kräften des Widerstands daheim und – schlimmer noch – bei den europäischen Partnern; oder sie vermied diesen Zusammenstoß, dann blieb einfach kein Platz mehr übrig für Jörg Haider. So gesehen könnte man durchaus argumentieren, dass die EU-14 letztlich doch ihr Ziel erreichten. Gewiss, die Freiheitlichen konnten nicht aus der Regierung entfernt werden; doch stellt eine FPÖ ohne Haider schwerlich eine bedrohliche Bewegung dar mit nahezu 30 Prozent Zustimmung, vielmehr eine Kleinpartei wie in den Zeiten vor Haider, die schon jubelt, wenn sie sich der Zehn-Prozent-Marke nähert. Insofern, als der Erfolg der FPÖ in den neunziger Jahren identisch war mit dem persönlichen Erfolg Jörg Haiders, mit seinem Kurs ebenso wie mit seinem Auftreten, kann man mit einigem Recht behaupten, sein Rücktritt habe die Partei substantiell verändert. Sie war nach wie vor in der Regierung vertreten, das stimmt – aber es war nicht mehr dieselbe FPÖ.

Andererseits zog sich Jörg Haider nicht vollständig aus der Politik zurück. Er blieb Landeshauptmann von Kärnten, was an sich schon ein gewisses Gewicht verleiht, außerdem verblieb er im Koalitionsausschuss, welchen ÖVP und FPÖ im Zuge der Regierungsbildung eingerichtet hatten. Trotzdem bezeichnete er sich selbst fortan als „einfaches Parteimitglied“, ein Ausdruck, der in der Folge oft als Synonym für seinen Namen verwendet werden sollte, freilich stets mit demonstrativem Augenzwinkern. Jedermann, aber auch wirklich jedermann, vom Spitzenjournalisten bis zum kleinsten sprichwörtlichen Mann auf der Straße, wusste genau, dass Jörg Haider viel mehr Gewicht zukam als einem „einfachen“ Parteimitglied. Sein Schatten hing über der Bundesregierung in Wien, wie das der grüne Spitzenpolitiker Alexander van der Bellen zielsicher ausdrückte, es handelte sich somit um die spezifisch österreichische Spielart eines Schattenkabinetts. Das „einfache Parteimitglied“ war und blieb eine Fiktion, ein „Schmäh“ – eine Lüge. Wie schon gesagt, durchschaute sie jeder Österreicher und jede Österreicherin vom ersten Augenblick an. Erstaunlicherweise nahm sie aber zumindest die Hälfte des Landes mit Gelassenheit hin – Achselzucken, „so ist das halt“ –, ja schlimmer noch, man befand diese Lüge sogar für *gut!* Wo so etwas möglich ist, da dürfte wohl kein Zweifel mehr bestehen über den Ort des Geschehens: Wir befinden uns im Land der Lügen.

In der Praxis wirkte sich das zunächst so aus, dass Haider, quasi außerhalb des Spielfeldes stehend, durch seine Äußerungen weiterhin das Geschehen bestimmte, die Akteure der österreichischen Innenpolitik praktisch vor sich her trieb. Im Besonderen galt dies für die Mitglieder der gloriosen Wenderegierung. Nicht umsonst grenzte die Bereitwilligkeit, mit der sich Bundes-, Wende- und Schattenkanzler Wolfgang Schüssel regelmäßig und in aller Öffentlichkeit demütigen ließ, zeitweise schon ans Ungestiöse. Womit wir endgültig bei der ÖVP angelangt wären.

V

Es gab eine Argumentationslinie in Österreich, welche davor warnte, das Phänomen Haider so anzustarren, wie es das Kaninchen dem Sprichwort zu Folge mit der Schlange tut. Haider sei gar nicht so wichtig, hieß es da, im Grunde sogar ein Nichts, wie sich die spätere Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek einmal ausdrückte. Zum Teil wurde die Argumentation natürlich aus jener fatalen Neigung der Österreicher gespeist, alles und jeden zu verharmlosen, koste es, was es wolle. Zu einem anderen Teil hatten die Mahner zweifellos Recht. Wer oder wie auch immer Haider sein mag, die Frage wäre völlig unbedeutend, sie würde sich nicht einmal stellen, hätten ihn nicht so viele Österreicher gewählt, wären ihm nicht so viele so begeistert gefolgt, hätten sie ihn nicht so verehrt. Deshalb gingen Verweise auf ähnlich agierende Demagogen anderswo in Europa ins Leere. Selbst ein Le Pen hat bis dato keine 28 Prozent der Wählerstimmen erhalten, und an der Regierung wurde er schon gar nicht beteiligt. Klar, es wird immer Personen geben, die noch viel skrupelloser sind als Haider, oder viel Nazi-freundlicher, oder was immer; und es wird solche Personen sowohl in Österreich geben als auch im Ausland. Bloß erfreuen sie sich in der Regel nicht desselben Zulaufs. Das ist der springende Punkt. Die Verantwortung liegt letztlich bei den Wählern und Wählerinnen. Darauf muss man deshalb so unerbittlich bestehen, weil sich irgendwie die Anschauung eingeschlichen hat, wonach der Wahlakt – das Setzen des berühmten Kreuzerls –, da er geheim in der Wahlzelle erfolgt, mit keinerlei Verantwortung verbunden sei. Aber selbst wenn's keiner sieht, das Kreuzerl wird ja doch gemacht! Diesen Akt hat jeder Einzelne

zu verantworten, ob alt oder jung, ob reich oder arm, ob ein bisschen besser gebildet oder ein bisschen weniger. Wer's dem Verfasser dieser Zeilen nicht glauben will, der glaubt's vielleicht dem Grafen Bobby, dessen ur-österreichische Identität wohl niemand bestreiten dürfte. Einem alten Witz zufolge läutet bei dem im April 1938 mitten in der Nacht plötzlich das Telefon. Schlaftrunken hebt er ab und meldet sich.

„Entschuldigung“, sagt die Stimme am anderen Ende, „falsch gewählt.“

„Ich bitt' Sie“, murmelt der Graf, „deswegen wecken S' mich auf? Das haben wir doch alle!“

Ebenso war am Pallawatsch des Winters 1999/2000 nicht allein die FPÖ unter Jörg Haider schuld. Ohne die eifrige Mitwirkung der ÖVP wären die Freiheitlichen niemals in die Lage gekommen, so viel Unheil zu stiften. Wir haben eingangs schon daran erinnert, welche Lügen die ÖVP damals aufstichtete, indem sie erst versprach, in Opposition zu gehen, sollte sie weniger Stimmen bekommen als die FPÖ, um dann aus eben dieser Position heraus die Regierung zu bilden. Am Anfang der so genannten Wende stand eine Lüge, und das Omen trog nicht. Die größte Lüge betraf dabei natürlich die FPÖ unter Jörg Haider, die mit aller Macht als respektabel hingestellt werden musste. Das war und ist die große Lüge von der „demokratiepolitischen Normalität“. Kein Wunder, dass mir viel später eine ältere Frau, die sich mit Politik kaum beschäftigt, und mit ideologischen Denkformen schon gar nicht, auf meine vorsichtige Andeutung hin im Ton der allergrößten Selbstverständlichkeit antwortete: Klar müsse die ÖVP lügen, solange sie die FPÖ in der Regierung habe. Man hat sich, wie schon einmal gesagt, mit dem Zustand in Österreich nachgerade abgefunden.

Von Seiten der ÖVP wurde damals beteuert, man habe gar keine andere Wahl gehabt, man habe ganz einfach eine Regierung bilden müssen, zum Wohl des Landes, und das sei eben bloß mit der FPÖ gegangen. Dabei handelt es sich jedoch bloß um die nächste Lüge, genau genommen sogar um mehrere Lügen: Denn zunächst erwartete damals, Meinungsumfragen zufolge, eine überwältigende Mehrheit der Österreicher eine Fortsetzung der „großen“ Koalition mit der SPÖ. Wenn die Koalitionsverhandlungen platzten, so konnte das gewiss nicht ausschließlich die Schuld der sozialdemokratischen Delegation sein. Aufmerksame

Beobachter gewannen schon bald den Eindruck, dass die ÖVP-Verhandler gar nicht so richtig wollten. Nun gab es damals gewiss viel, was gegen eine Neuauflage der großen Koalition sprach, nicht zuletzt wohl die Voraussage, dass sie Haider nützen, ihm weitere Wähler zutreiben werde. In diesem Falle ging es jedoch um „das Wohl des Landes“, wie erinnerlich – zumindest bemühte die ÖVP diese patriotische Floskel. Geht man davon aus, dass der Sturm der Entrüstung abzusehen war, welcher im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ europaweit losbrechen würde, dann wäre es zum „Wohle des Landes“ wohl angebracht gewesen, die „Krot zu schlucken“, wie es so schön heißt, und trotz allem wieder eine Regierung mit der SPÖ zu bilden. Ganz besonders hätte das einer Partei angestanden, die sich stets so „staatstragend“ gebärdet hatte. Aber selbst wenn nicht, wenn eine Regierungsbildung mit der SPÖ also wirklich nicht möglich gewesen wäre, dann hätte es zur Rettung des Vaterlandes immer noch andere Möglichkeiten gegeben: etwa, eine Minderheitsregierung der SPÖ zu unterstützen – die war ja, was gerne vergessen wird, bei weitem die stimmenstärkste Partei –, oder eine Konzentrationsregierung aus Rot, Schwarz und Grün zu bilden. In Krisensituationen ist solches durchaus nicht unüblich.

All dies wurde jedoch, soweit ich mich erinnern kann, von ÖVP-Vertretern und -Anhängern nicht einmal in Erwägung gezogen. Vielleicht war so erst die ansonsten unverständliche Ahnungslosigkeit des österreichischen Außenministers in jenen Tagen zu erklären. Wir erinnern uns: Jeder Normalverbraucher konnte, sofern er nur wollte, ziemlich klar voraussehen, dass eine Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ für einen gehörigen Wirbel in Europa sorgen würde; bloß Wolfgang Schüssel, damals Außenminister, sowie die ÖVP-Führungsriege – unter ihnen die spätere, angeblich so professionelle Außenministerin Benita Ferrero-Waldner – gaben sich vollkommen überrascht, als es so weit war. Warum bloß? Nun ja, sie mussten eben mit aller Kraft vorgeben, es herrsche *keine* Ausnahmesituation, um allen Alternativen zum Trotz genau das tun zu können, was sie ohnehin schon immer vorgehabt hatten.

Wenn ÖVP-Sympathisanten damals empört protestierten, es gebe doch gar keine andere Möglichkeit, dann meinten sie freilich noch etwas Anderes: „Ja hätten wir vielleicht mit den Sozialisten...?“ Die Frage wurde in einem Ton gestellt, als handle es sich um eine schmutzige Zumutung.

Eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei schien außerhalb des Universums allgemein akzeptierter politischer Verhaltensweisen zu liegen, fast wie ein Bekenntnis zum Sowjetkommunismus. Dabei waren eben diese ÖVPler in den dreizehn vorangegangenen Jahren recht glücklich gewesen, zusammen mit der SPÖ das Land regieren zu dürfen. Da hatte niemand den Eindruck erweckt, „sozialistisch“ stehe für eine heimtückische und höchst ansteckende Krankheit. Womit keineswegs behauptet sei, eine kritische Haltung gegenüber der SPÖ sei völlig grundlos gewesen; ganz im Gegenteil: Es erschien hoch an der Zeit, sie endlich von der Regierungsverantwortung abzulösen, die sie seit 1970 ununterbrochen getragen hatte, bis 1983 sogar als Alleinregierung – und selbst früher war sie lediglich vier Jahre lang, von 1966 bis 1970, überhaupt nicht in der Regierung vertreten gewesen. Eine „Wende“ war überfällig, kein Zweifel. Es fragte sich bloß, um welchen Preis. Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass die „Wende“-Rhetorik der ÖVP, mit der sie ihr Verhalten 1999/2000 zu verbrämen versuchte, ziemlich hohl klang, sobald man ein bisschen nachdachte. Immerhin waren viele der kühnen Wende-Ritter vom Schläge eines Schüssel ihrerseits seit längerem in der Regierung gesessen; die ÖVP als Koalitionspartner bereits seit 1987. Es darf weiters daran erinnert werden, dass im Ministerrat der österreichischen Bundesregierung das Einstimmigkeitsprinzip gilt. Das bedeutet: Was auch immer in den letzten dreizehn Jahren in Österreich geschehen war, die ÖVP-Riege in der Regierung hatte zugestimmt. Ganz unzweifelhaft und uneingeschränkt musste dies für die Staatsschulden gelten. Die wurden nun ja den Sozialisten in die Schuhe geschoben, die Hetze ging so weit zu unterstellen, Sozialismus sei überhaupt gleichzusetzen mit Schulden machen, folglich grundsätzlich unverantwortlich und unfähig, ein Land zu regieren. Doch widersprach dem die Tatsache, dass die Staatsschulden in Österreich, aller Folklore zum Trotz, keineswegs nur in der Ära Kreisky (1970–1983) angehäuft worden waren, sondern ebenso danach, immer rascher sogar und in immer höheren Summen. Man könnte folglich argumentieren, es sei erst die Regierungsbeteiligung der ÖVP gewesen, welche das Schuldenmachen so richtig in Gang brachte. Aber wie auch immer: Aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat musste die ÖVP jedem einzelnen Groschen Neuverschuldung seit 1987 zugestimmt haben, was weiterhin

bedeutet, dass sie für einen gehörigen Teil der österreichischen Staatsschulden mitverantwortlich war. Und da will uns eben diese ÖVP die „Wende“ versprechen?

In Wirklichkeit handelte es sich natürlich bloß um Vorwände. (Im Grunde, heißt es bei Doderer, sind das lauter Gemeinheiten...) Worum es ging, das war ausschließlich eines: Die ÖVP sollte endlich wieder den Bundeskanzler stellen. Gespräche mit ÖVP-Sympathisanten bestätigten diesen Befund aufs Deutlichste. Es schien die Auffassung zu herrschen, dies bedeute zugleich eine Rückkehr zur Normalität, zu einem Zustand, wie er von jeher hätte sein sollen. Die sozialistische Dominanz wäre demzufolge nur als Intermezzo zu betrachten gewesen, ungeachtet des Umstandes, dass sie immerhin fast dreißig Jahre lang gedauert hatte: eine Art Betriebsunfall, eine Verirrung. Denn für ÖVP-Sympathisanten galt nach wie vor, galt nun mehr denn je, dass die Vertreter der Volkspartei gleichsam von Natur aus zum Regieren bestimmt sind, oder umgekehrt ausgedrückt, dass ein „natürlicher“ Zustand in Österreich nur dann gegeben sein kann, wenn die ÖVP das Land regiert. Der Schüssel-Khol'sche Coup führte uns, so gesehen, zurück in die Ruhelage, in ein stabiles Gleichgewicht. So gesehen, war dieser Coup klarer Weise zu begrüßen, ein bewundernswertes Husarenstück, inklusive der Allianz mit Jörg Haider's FPÖ, deren Ungustiösität zuvor von so manchem ÖVPLer mit unverhohlenem Nasenrumpfen konstatiert worden war. Nicht so im Frühjahr 2000: Da diktierten ÖVP-Sympathisanten sich und allen anderen nicht bloß den nationalen Schulterschluss, da galt auch die aus dem 20. Jahrhundert so unselig bekannte Formel, wonach der Teufel, wenn ich ihn vorübergehend für einen Pakt benötige, nicht mehr der Teufel sein kann, vielmehr weißgewaschen werden muss, weißer als das weißeste Weiß. Da verwirrte sich sogar die politische Orientierung von durchaus gescheiterten, erfahrenen Leuten, deren Bildung und Manieren sie eigentlich hätten abheben sollen von jeglicher Demagogie Haider'scher Provenienz. Selbst solche Leute pfauchten auf einmal jeden an, der bloß ein Wörtchen der Kritik am edlen Ritter aus Kärnten zu äußern wagte.

Blanke Machtgier gesteht indes niemand gerne ein, schon gar nicht honorige ÖVP-Anhänger und -Anhängerinnen, die sich ja, wie schon gesagt, als „staatstragend“ verstehen. Da musste schon etwas Höheres, etwas Weihevolleres gefunden werden zur Legitimierung eines Coups. So

verfiel man auf die Kategorie des „Bürgerlichen“. Die ÖVP-FPÖ-Koalition wandelte sich flugs zu einer „bürgerlichen“ Regierung, sie würde folglich die lang ersehnte „bürgerliche Wende“ herbeiführen, und als ob das nicht genug wäre, gab es tatsächlich Zeitungskommentare, die von einer „bürgerlichen Revolution“ faselten. Das musste freilich die Frage provozieren, was an der neuen Bundesregierung so „bürgerlich“ sein sollte – schließlich gründete der Aufstieg der Haider’schen FPÖ einhelliger Meinung zufolge wesentlich auf den Stimmen ehemaliger sozialistischer Stammwähler, es war sogar schon von einer neuen „Arbeiterpartei“ die Rede. Schon bei oberflächlicher Betrachtungsweise musste sich jeder, der damals noch einigermaßen bei Trost war, fragen, wieso irgendein Wiener FPÖ-Rabauke, dessen Namen wir barmherziger Weise der Vergessenheit anheim fallen lassen, plötzlich „bürgerlicher“ sein sollte als, sagen wir, ein Franz Vranitzky oder ein Heinz Fischer. Da konnte doch, mit Verlaub, irgendetwas nicht stimmen?

Das Konzept des „Bürgerlichen“ war indes schon früher bemüht worden, es stand derart breitbeinig und unerschütterlich im Raum der öffentlichen Diskussion, es war derart selbstverständlich geworden – woran sich bis heute nichts geändert hat –, dass es hier doch ein bisschen genauer untersucht werden soll. Was heißt also „bürgerlich“? Wie so oft, erweist sich die ontologische Frage – *Was ist?* – freilich als nicht sehr ziel führend. Diese Beobachtung wird – um ein wenig voranzueilen – von einem Versuch bestätigt, das Konzept nachträglich doch noch mit Tiefgang zu versehen (Andreas Feiertag, *Das neue bürgerliche Lager*, 2003). Letztlich laufen die Bemühungen stets auf eine Beschwörung hinaus: Da nun einmal von einem „bürgerlichen Lager“ geredet werde, müsse es ein solches wohl oder übel geben. „Es muss also davon ausgegangen werden, dass das Bürgerliche per se, vielleicht auch das bürgerliche Lager, allen Totengesängen zum Trotz überlebt hat...“ (S. 49). Der Ansatz erinnert ein wenig an den alten Witz vom Rabbi, der, um seinen Schülern die Leichtgläubigkeit der Menschen vor Augen zu führen, das Gerücht in die Welt setzt, auf dem Markt würde zu Spottpreisen Fisch verkauft. Die Nachricht verbreitet sich in Windeseile, die Menschen strömen zum Markt, immer mehr, immer aufgeregter. Der Rabbi beobachtet sie mit steigender Unruhe. Schließlich lässt er alles liegen und stehen und rennt hinterdrein: „Man kann ja nie wissen...“

Am Ende seiner Untersuchung versucht Andreas Feiertag, die „neue Bürgerlichkeit“ dingfest zu machen, ihre Wesensmerkmale zu beschreiben. Der „neue Bürgerliche“, der „Citoyen“ (*mon Dieu!*) sei für Liberalismus, so erfahren wir, gegen Diskriminierung, für die Gleichberechtigung der Geschlechter, kritisch gegenüber der Obrigkeit, antiautoritär, gleichzeitig aber für Rechtsstaatlichkeit, dabei „selbstverantwortlich“ und für Demokratie; er schätze Bildung hoch, ebenso Freiheit, während „Besitz“ durch „Erwerb“ ersetzt werde (aber wo bleiben da die reichen Erben?), ebenso schätze er höheren Lebensstandard und Genuss, Respekt und Toleranz, und er trage für die Allgemeinheit Verantwortung (S. 202–204). Darf's vielleicht noch ein bisserl mehr sein? Indem der „neuen Bürgerlichkeit“ so ziemlich alles zugeschrieben wird, was derzeit gut und teuer ist, erweist sich ihr Tugendkanon als völlig unumstritten. Von wem will sich der „neue Bürger“ mittels dieser Werte noch unterscheiden? Von eingefleischten Wählern der SPÖ? Oder der Grünen? Aber welchen der angeführten Werte würden solche Wähler *nicht* unterschreiben wollen? In diesem Sinne ist der Wertekanon völlig nichts sagend. Darüber hinaus bleibt er weitgehend unverbindlich – typisch bürgerlich, bin ich versucht hinzuzufügen. Noch etwas kommt dazu: Was auch immer man an neuen Trends in der Gesellschaft beobachten mag, was auch immer man den heutigen Trendsettern und Meinungsmachern attestieren mag – und dabei müsste es sich wohl primär um die „neuen Bürgerlichen“ handeln –, der Augenschein lehrt doch etwas ganz anderes. Verstärkte Verantwortung für die Allgemeinheit gehört sicher nicht zu den auffälligen Merkmalen der gesellschaftlichen Entwicklung von heute, viel eher schon das Gegenteil, nämlich verstärkter Egoismus bis hin zu Skrupellosigkeit und Brutalität. Zählen smarte Jungunternehmer oder Manager mit dunklen Brillen und dunklem Anzug, die solcher Art Wirtschaft treiben (und darauf noch stolz sind), etwa nicht zu den „neuen Bürgerlichen“? Noch befremdlicher wird's, wenn der „neuen Bürgerlichkeit“ zu allem Überfluss auch noch „Solidarität“ zugeschrieben wird; aber – natürlich – „nicht die von den Sozialdemokraten vereinnahmte Begriffsdefinition von Solidarität in Bezug auf den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum oder die geforderte Solidarität des Staates mit vor der Kündigung stehenden Arbeitern.“ Wo käme der „neue Bürgerliche“ da auch hin! „Nein: Solidarität im Sinne einer Verantwortung

des Einzelnen für den Einzelnen, im Sinne von einem Miteinander und Füreinander der Bürgerinnen und Bürger gegen das ausufernde Regelwerk des Staates, das in Österreich bis ins Schlafzimmer seiner Bürger reicht.“ (S. 201)

Entschuldigung – aber was hat das Verhalten im Schlafzimmer eigentlich mit Solidarität zu tun? Welchen Praktiken frönen die „neuen Bürgerlichen“ dort wohl, wenn sie sich vom Regelwerk des Staates beengt fühlen? Der Verfasser dieser Zeilen darf jedenfalls in aller Bescheidenheit bekennen, dass er sich zwar nicht im Schlafzimmer, sehr wohl aber an anderen, zum gleichen Zwecke okkupierten Örtlichkeiten manchmal wirklich beengt gefühlt hat, so etwa seinerzeit im Mini oder im VW-Käfer, vom Regelwerk des Staates aber bestimmt nicht. Umgekehrt wird man normalerweise sehr wohl akzeptieren, dass gewisse staatliche Regeln sogar im Schlafzimmer zu gelten haben, wenn es um den Schutz des oder der Schwächeren vor dem Starken geht. Aber das ist ohnehin nicht das Entscheidende hier. Was das „Miteinander und Füreinander“ der Bürgerinnen und Bürger angeht, so wird hier ganz offensichtlich an private Wohlfahrt gedacht. Die ist ihrem Wesen nach jedoch freiwillig. Sie wird gewährt, eine Gnade, und die auserwählten Empfänger haben gefälligst dankbar zu sein, Vergelt's Gott, so etwa wenn die noble Dame, Frau des gnadenlos rationalisierenden Managers, in der Fastenzeit warme Suppe austeilte. Eben dagegen, gegen diese Zumutung, steht die Solidarität: als Zusammenschluss der Abhängigen, der Lohnempfänger, um solcher Art *Recht zu bekommen*, nämlich ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben. Individuelle Wohlfahrt stellt letztlich stets einen Akt der Willkür dar, und das ist durchaus beabsichtigt; schließlich soll es den Bürgerinnen und Bürgern ja selbst überlassen bleiben, wann sie wohlütig sein wollen und wann nicht, in welchem Umfang – und ob überhaupt. Das „Miteinander und Füreinander“ hat, wie alle anderen „bürgerlichen“ Werte, gefälligst unverbindlich zu sein. Nicht umsonst dürfte hier die süßliche Redeweise religiöser Auferbauung anklingen.

Wenn eine Kategorie Sinn haben soll, dann muss sie klare Grenzen ziehen: Was gehört dazu, was nicht? Das gilt, wie sich leicht verstehen lässt, besonders für soziale bzw. politische Kategorien. Wovon das Attribut „bürgerlich“ in der Vergangenheit abhob, das war damals einigermaßen klar: nämlich von den Attributen „adelig“, „bäuerlich“ sowie von

allem, was mit „Arbeiter“ begann. Der Gegensatz zum Adel, selbst zum Hochadel, kann indes längst nicht mehr gelten, da sich das Bürgertum ja mit diesem verbündet hat zwecks Aufrechterhaltung einer hierarchischen Ordnung. Deshalb gehört auch die Gleichheit schon lange nicht mehr zu den bürgerlichen Werten; sofern sie doch noch bemüht wird, handelt es sich um reine Lippenbekenntnisse. In der alltäglichen Praxis ist es so, dass die allermeisten Bürgerlichen vor jedem Adeligen, der irgendwo am Horizont auftaucht, liebedienern, innerlich quasi Bücklinge machen, sie biedern sich an, sonnen sich in der Gegenwart des Erlauchten, betrachten ihn als willkommenen Aufputz, als weithin sichtbare Demonstration ihrer eigenen gesellschaftlichen Stellung. Was die Welt des Bäuerlichen betrifft, so kann ein Gegensatz deshalb nicht gut gegeben sein, weil die Bauern ihrem Wahlverhalten nach schon seit langer, langer Zeit im „bürgerlichen“ Lager stehen, wie festgemauert. Im Übrigen darf bezweifelt werden, ob es eine eigenständige „bäuerliche“ Lebensform überhaupt noch gibt. Ich habe – nun schon seit dreißig Jahren – aufgrund meiner Beobachtungen den Eindruck gewonnen, das „Land“ habe sich mehr und mehr einem Lebensstil angenähert, der zwar nicht dezidiert städtisch ist, sehr wohl aber von jenen Städtern geteilt wird, die aus der Stadt geflohen sind. In Anlehnung an englische Verhältnisse spreche ich daher vom „suburbanen“ Leben (von der englischen *suburb*, Vorstadt). Letztlich beruht es natürlich auf der Art und Weise, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt erarbeiten.

Ähnliches lässt sich von jener gesellschaftlichen und politischen Dimension sagen, welche früher stets mit dem Präfix „Arbeiter-“ versehen wurde. Nicht, dass es keine Arbeiter mehr gäbe; aber ihre Lebensweise, ihre Werte, ihre Ziele – das alles ist heute kaum noch zu unterscheiden von denen anderer gesellschaftlicher Gruppen. Auch Arbeiter in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts strebten nach einem Eigenheim, mindestens aber nach einer Eigentumswohnung, sie fuhren Mittelklasseautos und versuchten, ihre Kinder wenn irgendwie möglich durch mittlere oder höhere Schulen zu geleiten, auf dass die Jungen eingehen konnten in das Heer der Angestellten, der „white-collar workers“. Wollte man darauf bestehen, solche Leute als nicht-„bürgerlich“ abzustempeln, wäre das ausschließlich aufgrund der Herkunft möglich, sozusagen genetisch. Nun gehört diese, im Kern schlicht und einfach rassistische Sicht-

weise zweifellos zum Inventar der bürgerlichen Weltanschauung. Dafür gibt es jede Menge historischer Belege, weswegen wir anzunehmen wagen, es gelte auch für die „neue“ Bürgerlichkeit; bloß bilden sich deren Dynastien derzeit erst so richtig heraus, viele der Proponenten müssten als verbissen-ehrgeizige Aufsteiger, „yuppies“, den bourgeoisen Ahnenpass vorläufig noch schuldig bleiben. Dementsprechend ambivalent verhält sich ihnen gegenüber das eingesessene Bürgertum – aber das ist, wie man so schön sagt, eine andere Geschichte. Tatsache bleibt jedenfalls, dass sich unsere Gesellschaft nicht mehr entlang der historischen Grenzen adelig–bürgerlich–bäuerlich–Arbeiter begreifen lässt. Ihr auffallendstes Merkmal stellt nun schon seit geraumer Zeit die „Verangestaltung“ dar, wie ich das einmal genannt habe. Nicht, dass es deshalb keine Konflikte mehr gäbe; das wird zwar oft behauptet, doch handelt es sich bloß um postmoderne Sirenentöne, mit denen man uns betören will. In Wirklichkeit gibt es solche Konflikte nämlich immer, im Zuge der neo-liberalistischen Gegenoffensive werden sie sogar an Schärfe zunehmen. *Wer wen?* hat Lenin einst einschlägiges Gefasel auf den Punkt gebracht: Wer kommandiert, wen kommandiert er herum? Die Frage ist keineswegs überholt – überholt sind höchstens die Antworten (und vielleicht nicht ganz ohne Absicht), es gilt, eine Antwort für die gegenwärtige Situation zu finden, beruhend auf direkter Beobachtung und unvorbelasteter Schlussfolgerung. Leicht wird das sicher nicht fallen.

Wir wollen indes ins Jahr 2000 zurückkehren. Da mag das Etikett „bürgerlich“ zwar nicht das bezeichnet haben, was es zu bezeichnen vorgab, trotzdem wurde es weder absichts- noch gedankenlos eingesetzt. Gespräche, die ich damals geführt habe, ließen mich langsam begreifen, worum es eigentlich ging. Als gemeinsamer Nenner der ansonsten so disparaten Teile von ÖVP und FPÖ kristallisierte sich immer deutlicher der Umstand heraus, dass sie alle nicht „sozialistisch“ waren, nicht „links“. Letzteres gab übrigens auch das Kriterium ab, welches die Haltung gegenüber den Grünen bestimmte. Ihr „linker“ Flügel, die Alternativen, galten demzufolge eindeutig als „Pfui“: Peter Pilz zum Beispiel; wohingegen der andere Flügel gemeinhin als „bürgerlich“ apostrophiert wird, und mit dem ließ und lässt sich durchaus eine Koalition vorstellen. Für unsere weiteren Überlegungen sollte man sich allerdings daran erinnern, wie sehr die alten Kategorien von „links“ und

„rechts“ ihrerseits an Aussagekraft verloren haben. Auch das liegt an den sozialen Gegebenheiten, wie sie sich herausgebildet haben bzw. noch immer herausbilden. Wollte man begründen, aufgrund welcher konkreten Vorstellungen oder gar Handlungen die SPÖ weiter „links“ gestanden sein soll als die ÖVP vor 1999, dann würde man rasch in einem veritablen Sumpf versinken. „Bürgerlich“ im Sinne des Jahres 2000 hieß somit wirklich nichts weiter als „nicht sozialistisch“. Genau so wurde es denn auch von jenen Vertretern verstanden, mit denen ich mich damals stritt.

Das Erstaunliche dabei war die Heftigkeit des Gefühls, welches dieser Gegensatz plötzlich weckte. Von der Zeitgeschichte her, im Lichte konkreter Erfahrungen, wäre das keineswegs vorauszusehen gewesen, es erschien auf den ersten Blick unbegreiflich. Konkrete Erfahrung: Damit meine ich das, was ein Mensch meiner Generation, also geboren um die Mitte des 20. Jahrhunderts, tatsächlich erlebt hatte, wie sich seine Lebensumstände gestaltet hatten. Solche Menschen hatten ja praktisch ihr gesamtes erwachsenes Leben in einem Staat verbracht, der von der SPÖ regiert wurde, entweder alleine oder als dominierender Partner in einer Koalition. Mehr noch: Gerade in den siebziger Jahren beherrschten sozialdemokratische Vorstellungen und Denkweisen so viele Bereiche der öffentlichen Diskussion sowie des politischen Handelns, dass man mit Fug und Recht von einem „sozialistischen“ Staat sprechen konnte (sozialistisch natürlich im Sinne von sozialdemokratisch, eine Unterscheidung, die damals in Österreich aber noch nicht zum üblichen Sprachgebrauch gehörte). Doch ist es uns – und das ist das Entscheidende hier – allesamt recht gut ergangen in diesem Sozialismus österreichischer oder auch westeuropäischer Ausformung. Das galt, notabene, keineswegs nur für die sprichwörtlichen „kleinen Leute“, obwohl es für sie besonders galt – aber das war ja auch so beabsichtigt; es galt vielmehr auch und gerade für jene „Bürgerlichen“, die dann, als die Sozialistische Partei nicht mehr regierte, ihrem Hass auf alles Sozialistische plötzlich freien Lauf ließen. Ein paar Beispiele stehen mir lebhaft vor Augen und seien deshalb vorgestellt; es handelt sich durchwegs um Personen, die mir nicht so sehr wegen ihres Wohlstandes in den Sinn kommen, als vielmehr wegen abfälliger Äußerungen über die Sozialisten. Da wäre etwa die Witwe in ihrem Einfamilienhaus am Stadtrand, braun gebrannt und vor Gesundheit

strotzend; ihr Schwiegersohn, der Herr Diplomingenieur, mit seinem prächtigen Haus im Mittelgebirge (d.h. in einem noblen Vorort von Innsbruck); der Rechtsanwalt, der Steuerberater, allesamt Bekanntschaften aus meiner Schulzeit, somit meiner Generation angehörend; sowie *last but not least* die Geschäftsleute (wie's früher noch hieß), jene aus der älteren Generation ebenso wie ihre Erben. Tatsächlich hat der Nachkriegs-Sozialismus westeuropäischer Ausprägung ja nicht einmal bei letzteren, also nicht einmal beim *unverdienten* Einkommen, wirklich ernsthaft den Hobel der Nivellierung angesetzt.

Woher also das Wehklagen unserer „Bürgerlichen“, woher ihr Hass? Nun, zunächst einmal, an der Oberfläche sozusagen, beklagten sie natürlich die Last der Steuern und Abgaben. Besonders von Selbständigen und Unternehmern kennen wir diese Litanei bis zum Überdruß. Zum Teil entspringt sie dem verblüffenden Umstand, dass genannte Berufsgruppen noch immer nicht imstande sind, den Unterschied zwischen Brutto- und Netto-Einkommen zu begreifen, was allerdings ihre so gerne beschworene Wirtschaftskompetenz ein bisschen fragwürdig erscheinen lässt. Des Weiteren vergessen sie einzugestehen, dass einer, der viel Steuern zahlt, auch viel verdient. Meiner Erfahrung nach kann das Lamentieren über fünfzigprozentige Steuerbelastung rasch zum Verstummen gebracht werden, und zwar durch den Vorschlag, zu tauschen – ich zahle ja viel weniger Steuern. Leider ist keines der bedauernswerten Opfer sozialistischer Umverteilungspolitik bisher darauf eingestiegen. In diesem Zusammenhang sei auch die leere Drohung erwähnt, „es ganz zu lassen“, wenn die Steuerrate eine bestimmte Grenze übersteigt. „Schön“, pflege ich dann zu antworten, „dann lassen Sie's eben“ (oder „du“, je nachdem). Entweder es gibt jene objektiven, also unpersönlichen Marktgesetze, auf die man sich sonst stets beruft, oder es gibt sie nicht; wenn es sie gibt, und wenn man sich auf sie beruft, dann kann ausschließlich folgende Überlegung gelten: Solange Nachfrage herrscht nach dem, was einer tut, so lange wird sich auch ein Angebot finden, das heißt jemand anderer wird mit Freude die Leerstelle ausfüllen; sollte sich niemand finden, dann war halt die Nachfrage nicht ausreichend, in diesem Falle wäre der Abgang zu begrüßen, eine überfällige „Marktberreinigung“. Diesem Gedankengang haben sich die Ächzer und Stöhner aus meinem Bekanntenkreis bisher aber auch nicht anschließen können.

Unter der Oberfläche, so wage ich nach geradezu lebenslanger Beobachtung zu behaupten – immerhin stamme ich selbst aus einem Milieu, das früher eindeutig als „bürgerlich“ gegolten hätte –, unter der Oberfläche also drücken Steuern und Abgaben aus einem ganz anderen Grunde, unabhängig vom Prozentsatz oder der absoluten Höhe, welche ja, wie schon gesehen, weder Häuschen am Stadtrand noch großzügiges Haus im Mittelgebirge verhinderten. Es geht um den Vergleich mit anderen, um den scheelen Blick. Wenn er sich die Menschen in der Wiener U-Bahn anschauete, meinte ein ehemaliger Schulfreund, wie sie mit ihren Plastiksackerln nach Floridsdorf hinausfahren, dann fragte er sich schon, ob sie ihren Wohlstand wirklich verdient haben. Das war Mitte der neunziger Jahre, der gute Mann betrieb Finanzgeschäfte – welcher Art, war nie genau zu erfahren. Vielleicht war es die gemeinsame Schulzeit, welche mich bei seinen Worten an unseren Deutschprofessor denken ließ, wie er einmal voll Abscheu über die „Job-Mentalität“ gesprochen hatte und als drastisches Beispiel Bauarbeiter anführte, die angeblich wegen ein paar Groschen mehr an Stundenlohn Schaufel und Pickel fallen ließen und die Baustelle wechselten. Schon damals, im Alter von fünfzehn oder sechzehn Jahren, somit völlig unbeleckt, bar jeder Erfahrung oder Einsicht, stand ich innerlich sofort auf der Seite der Bauarbeiter, vielleicht weil ich mich aufgrund meiner eher schwächlichen Konstitution in die Unbill ihrer Tätigkeit hinein fühlen konnte. Wer derart harte, dreckige, nasse, kalte Arbeit zu verrichten hat, unweigerlich auf Kosten der eigenen Gesundheit, am untersten Ende der Einkommensskala – ja was zum Teufel soll so jemand sonst tun? Loyalität zeigen gegenüber dem Baumeister? Aber wenn's dem seine Buchhaltung nahe legt, dann feuert er die Arbeiter ohne mit der Wimper zu zucken, Loyalität hin oder her. Das erfordern schließlich die objektiven Marktgesetze, oder? „Schlechte Auftragslage.“ Umgekehrt könnte man diesen objektiven Gesetzen zufolge allerdings auch fordern, dass der gute Herr, wenn er loyale Arbeiter haben will, einfach mehr bezahlen soll. Angebot und Nachfrage... Ähnlich fiel meine Reaktion übrigens aus, wenn sich etwas später stramme Äpler über die „Jugos“ mokierten, die „Tschuschen“, welche angeblich Wartezimmer füllten, um Krankenstände herauszuschinden. Grundsätzlich darf man getrost davon ausgehen, dass die Gesetze von Nachfrage und Angebot nur dann ins Treffen geführt werden, wenn's

dem Bürgerlichen nützt: so etwa, wenn Leute entlassen werden; da ist es recht kommod, wenn man unabänderliche Gesetze vorschieben kann. Sollten sich dieselben Gesetze einmal für die andere Seite als günstig erweisen, dann ist's schnell vorbei mit der ökonomischen Wissenschaft. Niemand sei noch bereit im Gastgewerbe zu arbeiten, beklagte sich in meiner Gegenwart einmal ein Tiroler Hotelier. Na ja, wagte ich vorsichtig anzudeuten, vielleicht müsste man halt ein bisschen höhere Löhne zahlen, ein bisschen die Arbeitsbedingungen verbessern? Das geht nicht, wies der gute Mann das Ansinnen entrüstet von sich; dann könnte sich keiner mehr ein Essen im Restaurant leisten. Wirklich? Oder geht's nur um den – im Gastgewerbe bekanntlich nicht eben mageren – Gewinn? Immerhin pflegen viele unserer Hoteliers und Gastwirte ihre Betriebe drei Monate im Jahr zuzusperren; böse Zungen behaupten, um das Schwarzgeld auf den Seychellen loszuwerden... Aber solche Gedanken wagte ich natürlich nicht laut auszusprechen.

„Ein Skandal“, ereiferte sich ein andermal ein Selbständiger, Stütze der Gesellschaft in einer kleinen Tiroler Bezirksstadt. Er bebte geradezu vor Empörung: „Ein Skandal!“ Vor kurzem hatte er entdeckt, dass die Briefträger in besagter Kleinstadt die Post mit dem Moped auslieferten, wodurch sie nur noch einen halben Tag benötigten, nach wie vor aber für einen ganzen Tag bezahlt wurden, so als gingen sie noch immer zu Fuß. Das Moped hatten sie sich allerdings selbst gekauft, die Post zahlte keinen Groschen, auch kein Benzin- oder Kilometergeld. Ein Skandal? Für das Geld, welches so ein kleines Briefträgerlein im Monat verdient, hätte es unser „Bürgerlicher“ kaum der Mühe wert gefunden, auch nur einen Finger zu rühren. Aber ihm stand solches natürlich zu, auf Grund seiner „Tüchtigkeit“, einschließlich Steuerhinterziehung mittels überzogener Spesenrechnungen, wie er mich selbst und nicht ohne Stolz wissen ließ. In welchem Verhältnis diese Spesen zum Einkommen eines kleinen Postbediensteten standen, das vermochte ich mir als biederer Gehaltsbezieher gar nicht vorzustellen, da bewegen sich Normalverbraucher wie du und ich in anderen Größenordnungen. Ein Skandal, mag schon sein – es fragt sich nur, wo und bei wem!

Vor ein paar Jahren hatte ich einmal in der Früh einen Arzttermin in Innsbruck wahrzunehmen, nüchtern. Danach begab ich mich schnurstracks ins Café Lamprechter, um zu frühstücken. Die beschauliche Stille

der Zeitungsleser störte allerdings ein großer, schlanker Herr im grauen Anzug, der lautstark bei seinem Tischgenossen lamentierte. Die Kellnerin trippelte diensteifrig mit Sektkübel, Sektflasche, Sektgläsern heran. Unfreiwillig bekamen wir mit, was der Anlass für die Frustration des Herrn gewesen war: Er hatte für sein Geschäft eine Arbeitskraft gesucht, aber die Leute, die ihm das Arbeitsamt schickte, erwiesen sich entweder als ungeeignet, oder sie lehnten dankend ab. „Die leben besser, wenn sie stempeln!“ Schon wieder ein Skandal. „Heutzutage will überhaupt niemand mehr arbeiten, sind sich alle zu gut, die Herrschaften!“ Leises Klingeln, man stößt mit den Sektgläsern an. „Wenn das so ist, dann lass ich’s auch.“ Man nippt an den Sektflöten. Prosit, wohl bekomm’s...

Keine Erfindung, keine Übertreibung – alle hier geschilderten Szenen haben sich wirklich so abgespielt, ich habe sie persönlich erlebt (bis auf eine, die ich aus privaten Gründen ein wenig „tarnen“ musste). Für die „Bürgerlichen“, so scheint es, gilt eine eiserne Regel: Sie selbst verdienen zu wenig und arbeiten zu viel; alle anderen hingegen arbeiten zu wenig und verdienen zu viel. Im Besonderen gilt Letzteres für jene, die aus Sicht unserer „Bürgerlichen“ auf einer tieferen Stufe der sozialen Pyramide herumkriechen. Für die – wir wollen sie hier die „Inferioren“ nennen – für diese Inferioren also gibt’s auch sonst noch viel zu viele Vergünstigungen, vom Arbeitslosen- oder Krankengeld angefangen bis hin zu Kindergeld, Kur und Pension. Deswegen fühlen sich Vertrauensärzte mit wohlklingendem bürgerlichen Namen, dafür aber ohne jegliche Erfahrung körperlicher Arbeit – und wenn wir Arbeit sagen, dann meinen wir: regelmäßige Arbeit, über Jahre und Jahrzehnte hinweg – deswegen fühlen sich solche Ärzte also dazu berufen, mittels gestrenger Gutachten über Dauerschäden, Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit oder Anspruch auf vorzeitigen Ruhestand dem unausrottbaren Bestreben der Inferioren, sich zu drücken wo’s nur geht, einen Riegel vorzuschieben. Umgekehrt finden gutbürgerliche Damen nichts dabei, Frauen aus Osteuropa schwarz und illegal im Haushalt zu beschäftigen, will sagen: zu Hungerlöhnen, um sich solcher Art endlich wieder Personal leisten zu können, wie sich’s gehört. „Wenn sie g’scheiter wär’, würd’ sie diese Arbeit ja nicht machen“, sagte mir eine solche Dame einmal. Bei der Agape vor der Kirche am Sonntag Vormittag wirkt man hingegen freudig mit, das gehört schließlich dazu. Apropos Kirche: Die armen Kinder in den Entwicklungsländern, vormals

sentimentales Aushängeschild der Mission, die sind ja, wie unsere Nobeltouristen in der Karibik oder in Kenia inzwischen entdeckt haben, „um so vieles glücklicher“, die „können noch lachen“, die haben noch „strahlende Augen“! Mitleid braucht man also auch keines mehr zu haben. Wollen gnädige Frau nicht vielleicht tauschen? Aber nein – da nimmt sie lieber seufzend ihr schweres Los in der Villensiedlung auf sich. Merke: Die weibliche Form des „Bürgerlichen“ ist die Zetze.

Wenn es überhaupt so etwas wie ein Wesen des „Bürgerlichen“ gibt, ein Merkmal, durch welches es sich von anderen Kategorien abhebt, so dürfte es sich, bei Lichte betrachtet, auf die Überzeugung reduzieren, selbst besser zu sein als die meisten anderen, ganz gewiss natürlich besser als die Inferioren: der bürgerliche Dünkel.* Und dieses „besser“ ist durchaus auch naturgegeben zu verstehen, also genetisch, keineswegs bloß auf Grund von Leistung, wie das immer behauptet wird. Wäre dem so, stellte das Leistungsprinzip also wirklich einen zentralen Wert der „Bürgerlichkeit“ dar, dann dürfte es logischer Weise ja weder so viel Protektion geben in besseren Kreisen, noch dürfte die Vererbung eine derart wichtige Rolle spielen. Der bürgerliche Dünkel beruht jedoch ganz wesentlich auf der Familienherkunft, auf dem „Stall“. Eigenständige Leistungen werden zwar geschätzt, stellen aber dezidiert keine notwendige Voraussetzung dar für die Zugehörigkeit zum „bürgerlichen“ Lager. Umgekehrt wird ein Status auf Grund reicher Erbschaft niemals auch nur im Geringsten hinterfragt, erben gilt ganz im Gegenteil fast schon als persönliche Leistung. Unter diesem Blickwinkel erscheint es in der Tat unerheblich, ob's den „Bürgerlichen“ in der sozialdemokratischen Ära ein bisschen besser ergangen ist oder ein bisschen schlechter. Selbstverständlich hätte es ihnen immer besser ergehen können, so wie jeder anderen Bevölkerungsgruppe auch, doch nicht einmal das ist der entscheidende Punkt. Entscheidend ist ausschließlich, dass es den „Bürgerlichen“ *im Verhältnis zu den Inferioren* nicht gut genug erging, dass der Abstand nicht deutlich genug war, ja schlimmer noch: dass sich dieser Abstand sogar verringerte. Wobei selbst zu dieser Beobachtung eine Anmerkung ange-

* Es sei daran erinnert, dass wir das „Bürgerliche“ eben *nicht* als soziale Kategorie verstehen. Zugegeben, der einschlägige Dünkel wird wohl erst ab einer bestimmten Höhe der gesellschaftlichen Schichtung auftreten; doch muss nicht jeder, der eine solche Höhe erreicht hat, notwendiger Weise von diesem Dünkel befallen sein. Wahrscheinlich gibt es deshalb auch verschiedene Grade der „Bürgerlichkeit“.

bracht erscheint: Denn nicht einmal in der sozialdemokratischen Ära gingen Distinktionen vollständig verloren, die Reichen blieben weiterhin unter sich, in ihren Villen im Nobelviertel oder Nobelvorort ebenso wie in ihren exklusiven Urlaubszielen – Lech am Arlberg zum Beispiel – oder in ihrem Mercedes, Audi, BMW auf der Überholspur der Autobahn (wo lästige Parvenus in billigeren Autos mittels Auffahren und Lichthupe erbarmungslos attackiert werden). Der einzige Bereich, in dem sozialistischer Gerechtigkeitssinn vielleicht spürbar wurde, dürfte das öffentliche Bildungswesen gewesen sein, welches in Österreich nicht nur eine Breite, sondern auch eine Qualität erzielte, die selbst den Kindern von Inferioren die realistische Aussicht auf Matura und Hochschulabschluss eröffnete, sofern sie bloß ausreichend begabt waren (d.h. sie mussten nicht zwei- oder dreimal so begabt sein wie „bürgerliche“ Sprösslinge). Damit sahen sich diese Oberschichtssprösslinge – notorisch verwöhnt und präpotent – jedoch einer unliebsamen Konkurrenz ausgesetzt. Die Lösung des Problems liegt auf der Hand: die Ruinierung eben dieses öffentlichen Bildungswesens, bis die Qualifikation wieder eine Frage der Schulwahl ist, welche wiederum von der finanziellen Potenz der Eltern abzuhängen hat; dann braucht unser verwöhnter Oberschichtssprössling weder intelligent zu sein noch fleißig, er braucht bloß das Zeugnis einer „richtigen“ Schule oder Universität vorzuweisen. Krethi und Plethi bleiben endlich wieder dort, wo sie hingehören, nämlich draußen vor der Tür. Anders lässt sich meiner Ansicht nach nicht erklären, warum die Erosion des österreichischen Schul- und Hochschulwesens seit dem Jahr 2000 an Geschwindigkeit und Schärfe zugenommen hat, nicht nur mittels drastischer Sparmaßnahmen, die immer mehr „Eigenleistung“ von den Eltern verlangen, sondern – auf den ersten Blick noch erstaunlicher – ebenso mittels verstärktem pädagogischem Gesinnungsterror. Indem nämlich das Versagen der zeitgenössischen Pädagogik in Schule oder Kindergarten daheim kompensiert werden muss, werden systematisch jene Jugendlichen begünstigt, deren Familien über ausreichend Geld verfügen – sei es, damit die Mutter zu Hause bleiben kann, sei es für die Nachhilfe. Was sich „progressiv“ gebärdet, entpuppt sich solcher Art als durch und durch „bürgerlich“, keineswegs bloß als Domäne unverbesserlicher linker Weltverbesserer.

Was „Bürgerliche“ eigentlich, zutiefst im Innersten verstört, der schmerzhafteste Stachel in ihrem Fleisch, das wäre so gesehen der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit, letztlich wohl der Gleichheit, wie er sozialdemokratischer Politik zugrunde liegt, so verwaschen und verbogen das manchmal auch praktiziert wurde. Noch einmal sei betont, dass es zu egalitärer Gleichmacherei, zu einer Nivellierung in Österreich – wie im „Westen“ ganz allgemein – niemals gekommen ist, solches war niemals beabsichtigt. Worum es ging, das war das Prinzip, wonach jeder Mensch grundsätzlich den gleichen Wert habe, also gleichwertig sei (nicht aber gleich). Obwohl das selbstverständlich erscheinen mag, geradezu banal, ist und bleibt es mit dem bürgerlichen Dünkel unvereinbar. Das ist der Knackpunkt der gesamten Angelegenheit. Das „Bürgerliche“ geht von einer vertikalen Gesellschaftsordnung aus, in der es Untere und Obere zu geben hat, und zwar entweder von Natur aus oder gemäß einer göttlichen Ordnung – am liebsten beides. Sicher, in dieser Weltsicht findet auch der Gedanke einer Verantwortung von Oben nach Unten Platz, zumindest in der Theorie, in der Rhetorik, doch am Prinzip ändert das nichts. Die sozialdemokratische Politik, so könnte man vielleicht formulieren, entsprang demgegenüber einer horizontalen Orientierung. Nicht, dass sie die Existenz von Oben und Unten geleugnet hätte; doch wollte sie die daraus resultierenden Probleme – *Wer wen?* – mittels Organisation der schwächeren Gruppen lösen, also mittels Solidarität (die Starken verschwören sich ohnehin von selbst). Verwirklicht wurde dieser Gedanke zum Beispiel in der Sozialpartnerschaft. Wie wir wissen, ist sie den „Bürgerlichen“, aller opportunistischer Scheinheiligkeit zum Trotz, im Grunde stets ein Dorn im Auge gewesen, den alt-ingesessenen ebenso wie den mysteriösen „neuen“.

Leider schafft der Dünkel ein ernst zu nehmendes Problem: Er bringt keine Mehrheiten in unserem Zeitalter des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. (Wer weiß, vielleicht geht es früher oder später den gleichen Weg wie das öffentliche Schulwesen.) Was tun? In der emotional so aufgeladenen Zeit vor den Nationalratswahlen 1999 erwähnte einer meiner Diskussionsgegner folgenden Sachverhalt: Der Hubschrauber, mit dem Jörg Haider von Wahlkampfauftritt zu Wahlkampfauftritt eilte, werde von der Familie Swarovski bezahlt. Erfahrene Polit-Beobachter mochten da sofort an eine Verschwörungstheorie aus dem linken Eck

denken, geformt nach historischem Modell. Bloß war mein Bekannter alles andere als ein „Linker“. Er bewegte und bewegt sich vielmehr in hohen Nomenklaturakreisen hier in Tirol, erwies sich dementsprechend immer wieder als das, was man eine „normalerweise gut unterrichtete Quelle“ nennt. Die Erwähnung der Swarovski-Verbindung war im Übrigen gar nicht als Kritik gedacht, vielmehr als Widerlegung meiner Einwände, als Argument *für* die Respektabilität Haiders. Aus diesen Gründen, und nur deshalb, wage ich es, die Aussage hier anzuführen, andernfalls würde sie mir doch zu sehr nach billiger Verleumdung klingen. So besteht für mich jedoch kein Grund zu zweifeln. Immerhin hatten mir viel früher schon Kollegen und Kolleginnen aus Kärnten geschildert, wie sich vor den Gasthäusern, in denen eine Veranstaltung der FPÖ stattfand, stets die teuersten Nobelschlitten in erklecklicher Anzahl auf dem Parkplatz versammelten. In diesem Zusammenhang sei außerdem an die bereits mehrfach erwähnte Affinität zwischen Jörg Haider und der *Kronenzeitung* erinnert, wie sie damals, in den „Wende“-Zeiten, zu beobachten war; und auch in der *Kronenzeitung* wird, Stimme des Volkes hin oder her, bestimmt nie ernsthaft Kritik an den wirklich Reichen laut, an den Wirtschaftskapitänen und Wirtschaftskonzernen – ganz im Gegenteil: die gehören im Weltbild der *Krone* zu den positiven Erscheinungen, zu den Vorbildern. Aber schließlich stellt auch die *Kronenzeitung* einen privatwirtschaftlich geführten Konzern dar, sie gehört zu einem mächtigen Wirtschaftsimperium, und ihr Herausgeber – der einstige ebenso wie sein Sohn, der jetzige – wird nicht gerade im sozialen Umfeld von Mama, Papa, Buali, Pepi-Tant’ angesiedelt sein, von deren Einkommens- und Vermögensverhältnissen ganz zu schweigen.

Unser Robin Hood aus dem Bärenthal, so müssen wir plötzlich entdecken, hält sich keineswegs an die literarische Vorlage. Er steckt mit dem Sheriff von Nottingham unter einer Decke, ja schlimmer noch: Er wird von diesem angeheuert und bezahlt, damit er, der Sheriff, samt seiner adeligen Clique weiterhin so schaffen und raffen kann wie bisher. Das Volk vertraut indessen fromm auf Robin Hood. Sogar einen Friar Tuck gab’s in der österreichischen Pawlatschen-Inszenierung, bloß saß der als Bischof in St. Pölten. Na ja, und auf diese Weise erklärt sich das Gerede vom „bürgerlichen Lager“ schließlich doch noch, quasi von selbst und ziemlich einleuchtend, es macht, wenngleich eher vertrackt

und von den Urhebern keineswegs so beabsichtigt, doch noch Sinn: Der populistische Demagoge hat dem „bürgerlichen Lager“ Stimmen zuzuführen, die es anders niemals bekäme; das ist seine Funktion, dafür wird er bezahlt, darin besteht das Bündnis.

VI

Am 5. März, einem Sonntag, gingen wir nachmittags spazieren. Wir hatten uns mit einem befreundeten Ehepaar verabredet; beim männlichen Teil handelte es sich um jenen Kollegen, der mich am 31. Jänner so empört angerufen hatte. Wir folgten unserer üblichen Route im Mittelgebirge südlich von Innsbruck, beliebte Spazierwege an zwei Seen vorbei, entlang eines Waldrandes, über eine markante Kuppe, dann in eine kleine, von einem flinken Bach durchflossene Senke und jenseits die offenen Hänge hinauf nach Igls. Es war ein grauer Tag, geschlossene Wolkendecke, nicht sehr kalt. In der vorangegangenen Woche hatte es geregnet, die Schneedecke bot sich löchrig dar, schmutzig, schäbig. Unsere Stimmung war auch nicht die beste – die vermaledeite Politik. Der Kollege hielt mir wieder einmal eine Standpauke von wegen „politisch korrekt“ und „neuer Religiosität“. Nach wie vor wühlte ihn jeder Widerspruch auf, man sah es ihm an, er wurde sofort heftig.

„Im Grunde“, so dozierte er lautstark, „im Grunde ist Haider der größte österreichische Politiker unserer Zeit!“

GRÖPUZ?

Womit keineswegs der Eindruck erweckt werden soll, ich sei damals so abgeklärt gewesen, wie diese Zeilen jetzt vielleicht wirken. Ganz im Gegenteil: Auch ich verlor damals schnell die Haltung, wurde laut, böse, dann griff ich meinerseits tief in die Kiste mit den simplen, allzu simplen Argumenten – die Fliegentatscher –, ich schoss übers Ziel, und so habe ich meinen Kollegen gewiss genau so vor den Kopf gestoßen.

Wir befanden uns bereits auf dem Heimweg, als uns ein großer, schwergewichtiger Mann begegnete; er trug grünes Gewand und wurde von einem hochgezüchteten Jagdhund begleitet. Ich kann mich genau an die Stelle erinnern: beim Holzhäuschen einer Station der Lokalbahn, die zwischen Innsbruck und Igls verkehrt, eben dort, wo die Straße hinunter

zum Badesee quert. Mein Kollege grüßte den Mann reichlich devot, wie mir schien, und wir blieben stehen. Aus ihren Worten erriet ich, um wen es sich handelte: Zwar stand der Mann nicht im Rampenlicht, deswegen hatte ich sein Gesicht noch nie gesehen; doch war allgemein bekannt, dass er ziemlich reich war, außerdem sehr einflussreich, nicht nur hier in Tirol, sondern sogar in Wien. In Tirol durfte er durchaus als mächtig gelten. Aus den Erzählungen meines Kollegen wusste ich, dass dieser ihm zu Dank verpflichtet war, der Mann hatte ihm mit seinen Beziehungen weitergeholfen – eine typische Nomenklaturgeschichte.

Was er zu den EU-Sanktionen sage, wollte mein Kollege wissen; die würden doch bald wieder aufgehoben werden?

„Das wird noch lange dauern“, gab der Mann zurück. Er sprach im gleichgültigen Tonfall absoluter, unerschütterlicher Gewissheit.

„Wirklich?“

Mein Freund hatte das Gegenteil angenommen, wie ich nur zu gut wusste: eine Seifenblase.

„Ja ja“, sagte der mächtige Mann, noch immer ohne die geringste Gefühlsregung. Ganz offensichtlich ließ er sich dazu herab, Selbstverständliches auseinander zu setzen. „Dafür sorgen schon die Juden.“

Man sagte mir später, ich habe ihn angestarrt, mit offenem Mund und starrem Gesicht, als wollte ich ihn verschlingen. Solches lag mir allerdings fern. Vielmehr war mir, als sei in mir etwas gebrochen: ein Zahnrädchen vielleicht, oder eine kleine Welle. Der Antrieb versagte, ein Teil des Mechanismus stand still.

Da war er vor mir gestanden, der Bürgerliche aus dem Zentrum der Macht und der Information, selbstgefällig schob er seinen Bauch vor sich her, leibhaftig war er vor mir gestanden und hatte gesagt: „die Juden“. Ich hatte es mit eigenen Ohren gehört. Im Jahre 2000. Nicht etwa Volkes Stimme, kein dummer Mensch, keine antisemitische Plebs, oh nein – das war es also, was man in den allerhöchsten Kreisen der Nomenklatura dachte: „die Juden!“

Gewiss, gewiss, ich hatte es schon früher gehört. Der Sturm aus dem Ausland hatte bei so manchem meiner Landsleute sofort wieder diesen alten Reflex ausgelöst. In der Krise, selbst der seichtesten, reagiert der Mensch impulsiv, da kommt die Wahrheit zu Tage, speziell die Wahrheit über den Charakter. Aber – so hatte ich mir gesagt – diese Leute waren

eben dumm, was kann man schon erwarten, Dummheit ist unausrottbar. (Nichts, hat Ödön von Horváth einmal geschrieben, nichts gibt so sehr das Gefühl der Unendlichkeit als wie die Dummheit...)

Und gewiss, ja, der tief verwurzelte Antisemitismus meiner Landsleute hätte mir wirklich nicht neu zu sein brauchen! Seit ich bewusst beobachtete und miterlebte, seit ich mich erinnern konnte, stets hatte er mich begleitet. „Die Juden...“ Einmal waren „die Juden“ so, einmal waren sie anders. Später hieß es dann „die Israelis“. Die sind „arrogant“, allesamt und einer wie der andere, wie ich oft genug zu hören bekam. Außerdem sind „die Juden“ begabt, dabei packeln sie, bevorzugen sich gegenseitig, schließen andere von begehrten Posten aus; besonders in der Kunst.

„Auch ein Jud“, heißt es dann, wenn von einem Filmregisseur die Rede ist.

So wie das gesagt wird, selbst von Freunden, selbst von Kollegen aus der Kulturszene, läuft es mir jedes Mal kalt über den Rücken: „ein Jud“.

„Schau dir doch den Nachspann an bei einem Hollywood-Film heutzutage – lauter Juden!“

Wohlgemerkt: Ich spreche hier durchwegs von Altersgenossen. Kein Schnee von gestern, oh nein! Der Antisemitismus hat sich vererbt. Nicht mittels der Gene, versteht sich, er wurde weitergegeben vom Nazi-Vater oder der Nazi-Mutter – einst BdM-Führerin, „also *mir* hat das damals gefallen, ich kann nichts Anderes sagen“ – zu den Nachkriegs-Söhnen und -Töchtern, allesamt brave Österreicher der Zweiten Republik. Und die werden's wahrscheinlich an die dritte Generation weitergeben. Unausrottbar.

Und wenn's nicht die Juden sind, dann sind's eben „die Ausländer“ – oder die „ausländischen Österreicher“, sollten sie inzwischen die Staatsbürgerschaft erworben haben, denn was ein Rassist ist, der lässt sich von solchen juristischen Formalitäten natürlich nicht täuschen.

„Man kann ein Antisemit sein, ohne dass man gleich Juden umbringen will“, verteidigte mein Kollege an jenem Sonntag Nachmittag seinen mächtigen Gönner, nach der Begegnung.

Das ist die neueste Masche, wie? Machen wir nicht nur Gier, Neid und Skrupellosigkeit salonfähig, das GNS-Syndrom, sondern auch gleich noch unseren Antisemitismus! Aber was vor 1933 vielleicht gegolten haben

mochte – obwohl der Antisemitismus schon damals obszön war, lies nach bei Schnitzler –, das galt nach 1945 ganz bestimmt nicht mehr. Wer nach 1945 antisemitische Ansichten bewahrte, der verharmloste automatisch die Verbrechen der Nazis. Das ist nicht bloß ein logischer Schluss, also Deduktion, das beruht ebenso auf Induktion, also auf Beobachtung. Jede, selbst die leiseste Andeutung von Antisemitismus, das habe ich auf Grund unzähliger Begegnungen gelernt, stellt ein untrügliches Symptom dar für 3RP. Und der ist in Österreich genau so wenig ausgestorben wie der Judenhass. Auch er wurde und wird weitergegeben von den Eltern an die Kinder, und wahrscheinlich auch noch an die Enkel, selbst im 21. Jahrhundert. Wie las ich jüngst in einer Zeitschrift? „Wenn es Terror ist, Städte zu bombardieren, war dann nicht der alliierte Angriff auf Belgrad 1994 weit ärger als der deutsche 1941?“ Möcht’ euch so passen, was! Schon einmal etwas gehört von einem brutalen, skrupellosen Angriffskrieg? Aber nein – dies ist eben die duckmäuserische Art unserer 3R-Patrioten. Hintenherum, niemals offen ausgesprochen, soll suggeriert werden, Nazi-Deutschland sei ein Staat gewesen wie jeder andere. Wäre dem so, dann wären viele Vorwürfe aus dem Ausland ja wirklich bloß pharisäisch. Aber das Dritte Reich war eben kein „normaler“ Staat. Zu seinem ausdrücklichen Programm gehörte die bewusste, systematische und glorifizierte Missachtung jeglicher zivilisatorischer Zurückhaltung, jeglicher Hemmung. Wer 3RP betreibt, der betreibt auch dies. Das ist letztlich der Grund, warum der Vormarsch der westlichen Alliierten im Zweiten Weltkrieg wie ein Sieg der Zivilisation wirkt, selbst wenn weder Briten noch US-Amerikaner je reine Engel waren. Verglichen mit den Nazis samt allen ihren Anhängern, Helfern und Sympathisanten waren sie’s doch. Das Einzige, womit Faschismus und Nationalsozialismus legitimer Weise verglichen werden können, ist der Bolschewismus.

Für die Österreicher nach 1945 stellten sich solche Fragen freilich erst gar nicht, denn *sie* waren’s ja nicht gewesen. Die Nazis waren samt und sonders aus Deutschland eingefallen wie *aliens*, die ein friedliebendes, gemütliches Völkchen unterwanderten, in Besitz nahmen, sodass es plötzlich gar nicht mehr so handelte, wie es eigentlich seiner Natur entsprochen hätte – besessen, auf keinen Fall aber aus eigenem Antrieb, ergo ohne eigene Verantwortung. Um letztere geht’s natürlich im Grunde, das ist der Kern der ganzen Angelegenheit. Leicht gemacht

wurde es den Österreichern obendrein, weil sie sich auf die Alliierten berufen konnten. Die hatten Österreich ausdrücklich als das erste Opfer Nazi-Deutschlands bezeichnet (Moskauer Deklaration, Oktober 1943: „das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist...“). Kritiker haben das hartnäckig als die österreichische „Lebenslüge“ hingestellt, obwohl das nicht genau stimmt. Österreich – das Land, der Staat – war nämlich sehr wohl ein Opfer gewesen. Wer das leugnen wollte, der beschmiert nachträglich noch den Charakter jener Aufrechten, die damals verzweifelt gegen die steigende braune Flut ankämpften. Ich habe solche Leute selbst gekannt. Sicher, der Kurs, der da gesteuert wurde, mochte nicht sonderlich geschickt gewesen sein, auch nicht sonderlich heldenhaft; aber gesteuert wurde er sehr wohl – und er war so angelegt, dass er früher oder später zur Kollision führen *musste*. Dass Österreich dabei aus der Bahn geworfen wurde, tut nichts zur Sache. Das war vorauszusehen – ein Fischkutter rammt einen Ozeanriesen. Wie hätte es da anders kommen können?

Doch was für ein Land gilt, einen Staat als völkerrechtliches Subjekt, das gilt noch lange nicht für jeden einzelnen Bürger. 1938, so schätzte man damals, unterstützten rund 30 Prozent der Österreicher die Nazis. Sie – und allen voran die „Illegalen“ – taten alles, um die verzweifelte Notwehr des kleinen Landes zu sabotieren. Dann, nach dem Anschluss, und ganz besonders während der triumphalen Phase von 1939 bis Ende 1942 – wie viele mochten da wohl mit den Nazis sympathisiert haben? 60 Prozent? 75 Prozent? (Neunzig, sagt meine Mutter, die’s miterlebt hat.) Und wie viele davon haben es nicht bei der bloßen Sympathie bewenden lassen? Wie viele haben denunziert, delogiert, arretiert, deportiert?

Aber nach 1945, da war’s natürlich keiner gewesen. Im Gegenteil – lauter Opfer! Friedrich Torberg hat einmal (in *Die Erben der Tante Jolesch*) vom Erlebnis eines Freundes berichtet, der bald nach Kriegsende in seine Heimatstadt Wien zurückkehrte. 1938 war er nur mit knapper Mühe und Not entkommen. Nun benutzte er die Gelegenheit, sein ehemaliges Wohnhaus noch einmal zu sehen. Wie sich herausstellte, hatte es zwar durch einen Bombentreffer gelitten, war ansonsten aber intakt geblieben. Vor dem Tor saß der Hausmeister auf einer Bank. Er erkannte den Besucher bereits aus einiger Entfernung.

„Des habts von eure Nazi!“, rief er ihm voll Bitterkeit entgegen und wies mit dem Daumen auf die Schäden am Haus.

Sein Gedankengang sei klar zutage gelegen, meint Torberg: Hätte es in Wien nicht so viele Juden gegeben, wäre kein Hitler gekommen – ohne Hitler hätte es keinen Krieg gegeben – und ohne Krieg... Kurz und gut: die Juden waren sogar an den Bombenschäden schuld!

Ich will Torberg keineswegs widersprechen. Das stünde mir, als viel Jüngerem, bestimmt nicht zu. Aber was für mich hier „klar zutage“ liegt, das ist vor allem einmal jene abgründige Gesinnung, wie man sie hierzulande allzu oft antrifft, jene zäh-klebrige Mischung aus Gemütlichkeit und Gehässigkeit, aus Aufsässigkeit und Feigheit, aus Selbstbewunderung und weinerlichem Selbstmitleid. Ein friedfertiges, kunstsinniges Völkchen? Na ja... Aber eines steht fest: Legen Sie sich's ja nicht an mit seinen Vertretern, stören Sie ja nicht die betuliche Idylle, trüben Sie ja nicht das kunstvoll stilisierte Selbstbildnis! Gut Kirschen essen ist mit diesem Völkchen nämlich nicht. Sentimentalität ist die Zwillingsschwester der Brutalität. Wem vor Rührung schnell die Augen feucht werden, vor dem sollst du dich hüten!

Lauter Opfer, keine Täter; schuld sind immer irgendwelche Andere – genau das ist die eigentliche Lebenslüge! Die Kritiker haben Recht, wenn sie bemängeln, wie wenig diese Lüge in den sechzig Jahren, die seither vergangen sind, entlarvt und bekämpft wurde. Ganz im Gegenteil, sie ist zu einem festen Bestandteil der österreichischen Identität geworden (was immer das genau sein soll). Im Unterschied zu den Deutschen mussten sich die Österreicher niemals glasklar und schonungslos mit ihrer Verantwortung auseinander setzen – und die besteht ja nicht nur in der Mittäterschaft, die fängt schon bei der stillen Zustimmung an, ja mehr noch: beim Schweigen, selbst wenn es aus Widerspruch erfolgte. Den Österreichern gelang es nach 1945, dem schmerzlichen Blick in den Spiegel auszuweichen. Walzerklänge, Sachertorte: Kurzfristig war das natürlich bequem. Auf die Dauer erwiesen sich die Folgen als katastrophal.

Zum einen gilt bis heute jeder, der da mit einem Spiegel herumfuchelt, als Volksfeind. Als Folge herrscht eine völlig verquere Logik, eine Art Purzelbaum-Rationalität: bös ist es nicht, Menschen zu quälen und umzubringen, bös ist es bloß, solches anzuprangern. Für die Tat selbst

findet man hunderttausend Erklärungen, Entschuldigungen, Ausflüchte. „Sag ma, es is nix g’wesen.“ Simon Wiesenthal steht als Symbolfigur für all die innig gehassten Spiegelhalter. In seinem Buch *Doch die Mörder leben* (1967) schildert er unter anderem den Prozess gegen Franz Murer, im Krieg stellvertretender Gebietskommissar von Wilna und als solcher hauptverantwortlich für die Ausrottung der dortigen Juden: der „Schlächter von Wilna“. Nach dem Krieg ein biederer Bergbauer in der Gegend von Admont in der Steiermark, ein „netter Mann“ und „hilfsbereiter Nachbar“; da fragt man nicht lange nach, was er im Krieg gemacht hat, man akzeptiert einfach, auf gut österreichisch. „Die Verhandlung“, so Wiesenthal, „dauerte eine Woche. Vor allem die ausländischen Journalisten spürten sehr genau, dass die Stimmung im Gerichtssaal entschieden auf Seiten des Angeklagten war. Einige Geschworene – sie trugen die traditionelle grüne Lodentracht – blickten auf Murer mit offener Sympathie...“ Die führende Grazer Tageszeitung von damals trat ebenfalls für Murer ein. Die Zuhörer freuten sich jedes Mal, wenn es der Verteidigung gelang, einen Zeugen – d.h. einen Überlebenden der Judenvernichtung – zu verwirren. Trotz eindeutiger Beweislage sprachen die Geschworenen Murer frei (mehrheitlich, sei zur Ehrenrettung der Überstimmten angemerkt). Als der Freispruch verkündet wurde, brachen die Zuhörer im Gerichtssaal in Hochrufe aus und klatschten Beifall! Wohl gemerkt: Es ging bei der ganzen Affäre keineswegs darum, ob die Beweislage eindeutig genug war; ebenso wenig ging es darum, ob Murer selbst getan hatte, was man ihm vorwarf. Worum es ging, das war lediglich, ob ihm für seine Taten der Prozess zu machen sei. Ein beträchtlicher Teil der Österreicher beantwortete diese Frage mit Nein. Hundertfacher, tausendfacher Mord – nicht strafwürdig; zumindest nicht, wenn’s unter den Nazis geschehen war, wenn’s „einer von uns“ war. So viel zum zivilisatorischen Standard in diesem Lande.

Zum anderen verbietet eine Lebenslüge grundsätzlich jedes offene Gespräch. Es darf ja keine klare Argumentation geben, keine lückenlose Kette von Ursachen und Wirkungen. Stets droht die Entdeckung der Leiche im Keller, des Skeletts im Kasten (wie man sich im Englischen bildhaft ausdrückt). Fünfzig Jahre lang durfte das Unausprechbare wuchern, bis es schließlich auch den allerletzten Winkel unseres geistigen Raumes ausfüllte, bis keine Luft mehr übrig blieb zum Atmen. Es gibt

keine klaren Worte in Österreich, es darf sie nicht geben, schon gar nicht in der Öffentlichkeit! Da muss immer alles barock verschnörkelt sein, goldig und putzig, raffinierte Kulisse, Lüftlmalerei. Wahrheit? Wenn überhaupt, dann kryptisch verpackt, sodass sie der Kenner gerade noch zu entdecken und zu entschlüsseln vermag, aber eben *nur* der Kenner, bei dem sie in sicheren Händen bleibt. Andernfalls herrscht eisiges Schweigen. Na ja, und genau so bietet sich Österreich heute dar: die Literatur, die Zeitungen, das Parlament, Fernsehdiskussionen. Einziger Trost: Es gibt inzwischen Satelliten-TV und Internet. Immer, wenn ich den Schlüssel seh', bin ich froh, dass ich die Schlüssel hab'...

Meiner Erfahrung nach geht die Geschichte mit der Lebenslüge aber noch weiter. Sie nagt am Stamm der Zweiten Republik selbst. Es wurde immer gesagt, die Erste Republik sei ein Staat gewesen, den keiner wollte. Ganz anders die Zweite Republik; und unbestritten, die Österreicher „wollten“ sie, bekannten sich zu ihr, hegten ihr gegenüber im Großen und Ganzen positive Gefühle – „Ja zu A“. Bloß kosten durfte es nichts. Von 1945 an kam die Idee, man müsse für so einen Staat auch etwas *tun*, gar nicht in den Sinn. Perverse Logik: Wenn ich sage, dies oder jenes (bzw. dieser oder jene) sei mir etwas wert, dann muss ich das entweder beweisen, was letztlich wiederum nur mittels *Tatbeweis* möglich ist – oder man wird nicht zu Unrecht einwenden, es könne mit der Wertschätzung nicht allzu weit her sein. Zumindest wird das jeder einigermaßen vernünftig denkende Durchschnittseuropäer einwenden. Nicht so der biedere Durchschnittsösterreicher: Für den gilt es heute noch als selbstverständlich, die Neutralität als zentralen Wert zu proklamieren, als unverzichtbaren Teil der „österreichischen Identität“, jede Zumutung, dafür konkret etwas zu *tun*, jedoch empört zurückzuweisen. Fünfzig Jahre lang hat man sich beharrlich geweigert, offenkundige Sachverhalte wahrzunehmen: zum Beispiel, wie Neutralität im Europa von damals *konkret* ausschaute, *de facto*, nicht bloß in schönen Worten; das heißt also die Neutralität in Schweden oder in der Schweiz. Dabei hätte uns letztere ausdrücklich als Muster dienen sollen („nach Art der Schweiz“), außerdem wäre sie zum Teil deutschsprachig, sodass einschlägige Literatur in beträchtlichem Umfang und von bewundernswerter Qualität vorläge und ohne weiteres zugänglich wäre. Bis heute wissen selbst gescheite, selbst öffentlich auftretende Österreicher und Österreicherinnen erstaunlich

wenig über die Schweiz, ihre Politik und ihre Geschichte (abgesehen vielleicht von billigen Ausreden: die haben auch...). Die Schweiz kommt im österreichischen Weltbild praktisch nicht vor. Und so kann man sich in aller Ruhe und Selbstzufriedenheit weiterhin zur Neutralität bekennen, wenn's sein muss sogar mit Pathos. Neutralität bedeutet in Österreich, nichts zu tun, unter gar keinen Umständen, nichtsdestoweniger aber von jedermann geliebt zu werden. Genau darin besteht ihr Sinn und ihr Zweck: Nur keine Konsequenzen, bitte! Nach außen, ja: schöne Kostüme, aufwändige Kulissen, eine prächtige Inszenierung. Aber dahinter? Nichts als Sackleinwand, Sperrholz und Papiermaché – eine Operette. Die immerwährende Neutralette.

Und genau so gestaltete sich das Verhältnis zur Zweiten Republik. Eben dies war der Patriotismus der Österreicher: bloß keine Konsequenzen!

Im Radio – im ausländischen, versteht sich – hab ich einmal gehört, wie ein europäischer Staatsmann die angeblich so rühmliche Rolle Österreichs beurteilte, seine Friedensbemühungen, seine Vermittlertätigkeit zwischen Ost und West (das war damals, zu Zeiten Kreiskys und der KSZE): „Den Mund weit offen und die Geldtasche fest zu.“

Aber von allen geliebt werden, das ja. Das ist Bedingung. Everybody's darling. Das schuldet uns die Welt. Wehe, sie bleibt's einmal schuldig – dann ist's vorbei mit der Gemütlichkeit!

Na ja, und dann stirbt eines Tages so ein Österreicher und klopft an die Himmelstür. Petrus schlurft heran, öffnet das Tor und fragt nach seinem Begehren.

„Ich bin gestorben“, sagt der biedere Österreicher, „ich will in den Himmel.“

Petrus kramt in seinen Unterlagen. „Tut mir Leid“, antwortet er schließlich, „nicht auf der Liste.“

„Aber warum denn? Ich hab doch nichts getan! Meine Hände sind rein!“

„Eben“, sagt Petrus und knallt die Himmelstür zu.

In jenem Moment damals, an jenem Sonntag Nachmittag im Mittelgebirge südlich von Innsbruck, da brachte ein Tropfen das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen. „Meiner Seel“, sagt Arthur Schnitzlers Leutnant Gustl einmal, „Meiner Seel, es ist grad genug!“ Dreißig, vierzig

Jahre lang Geduld: Es wird schon besser werden; die Nazis werden schon aussterben; die Jungen werden anders denken... Dreißig, vierzig Jahre lang geschwiegen. Dreißig, vierzig Jahre lang hinuntergeschluckt. Und, was vielleicht am schlimmsten war – dreißig, vierzig Jahre lang so getan, als könne man über all die öden, geistlosen Bemerkungen auch noch lachen...

Meiner Seel', es war genug!

Die Kotze lief über; dreißig, vierzig Jahre lang hatte sie sich angesammelt, war ständig gestiegen, jetzt hatte sie den Rand erreicht, sie floss über.

Die Lügen! Die Heuchelei! Die pharisäische Frömmerei! Denn die barocke katholische Frömmigkeit, machen wir uns doch nichts vor, die ist ja die Voraussetzung für diese ganze Verlogenheit, man muss schon von Kindheit an religiös erzogen werden, vom Fleißbildchen über die Religionsstunde bis zur süßlichen Sonntagspredigt, um *so* lügen zu können: ein Leben lang, allumfassend, geradezu existentiell. Das braucht ein theologisches Gerüst, kein Zweifel, das erreicht metaphysische Dimensionen.

Nichts gibt so sehr das Gefühl der Unendlichkeit...

Genug.

Es war etwas gebrochen in mir, zerrissen. Innerlich hatte ich meinen Pass zurückgegeben. Ich *fühlte* mich nicht mehr als Österreicher. Nicht, dass ich keiner mehr *gewesen* wäre – ich lebe ja noch immer hier, arbeite für diesen Staat, werde dafür von ihm bezahlt, ich genieße seine Rechte, erfülle meine Pflichten (zum Beispiel als Laienrichter – tüchtige Österreicher drücken sich, wenn sie können), zahle meine Steuern. Darüber hinaus fühle ich aber keine Verbundenheit mehr, keine Loyalität und kein Engagement. Was hierzulande geschieht, das interessiert mich höchstens noch am Rande. Soweit sie mich persönlich betreffen, kenne ich die Neuigkeiten ohnehin schon, ich hab' die Botschaft vernommen: Es kann bloß schlechter werden. Ansonsten hab' ich keine Zeit mehr für die miesen österreichischen Affären; nicht genug Lebenszeit, kostbare Lebenszeit!

Nicht, dass ich deshalb schon eine neue Loyalität gefunden hätte – Europa zum Beispiel, oder eine adoptierte Heimat, England würde sich in meinem Falle anbieten. In diese Falle sind ja so viele Intellektuelle im

20. Jahrhundert getappt. Nein. Ich fühle mich jetzt viel freier als zuvor. Ich bilde mir ein, besser und vor allem schärfer zu sehen. Heimat?

„Kaffeehaus ist überall!“

Was die Loyalität betrifft, so halte ich's weiterhin mit jenem englischen Lord: „My friends.“

EPILOG

Fünf Jahre sind seither vergangen. Politische Katastrophen hat's keine gegeben in Österreich. Insofern haben die „Bürgerlichen“ Recht, wenn sie den Kopf hoch tragen. Immerhin scheint dieses Mal – ganz anders als am Ende der Weimarer Republik – die Rechnung der gemäßigten Rechten aufgegangen zu sein. In den ersten Monaten nach der so genannten Wende des Jahres 2000 mochte man noch den Eindruck gewinnen, die Spannung zwischen konventioneller und populistischer Strategie werde über kurz oder lang die ÖVP auseinander reißen. Eingetreten ist das Gegenteil. Zwar beteiligt sich die FPÖ nach wie vor an der Regierung – zumindest zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden –, doch im Vergleich zu den Haider-Jahren ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst. Der Niedergang hatte sich bereits vor den Nationalratswahlen im Herbst 2002 abgezeichnet. Es war die FPÖ, welche in das Spannungsfeld zwischen verantwortlicher Regierungspolitik und populistisch-demagogischer Opposition geriet. Ohne Zweifel spielte der Rückzug Haiders dabei eine entscheidende Rolle. Die Platzhalter in Wien verfügten einfach nicht über die Skrupellosigkeit ihres Herrn und Meisters, über seine Schärfe und sein Charisma. Doch hing es gar nicht so sehr daran, welche Persönlichkeiten da zum Zug kamen und welche nicht. Gleichgültig, wen die FPÖ auserwählt hätte, niemand wäre in der Lage gewesen, Haider zu ersetzen, und zwar ganz einfach deshalb, weil der Erfolg der FPÖ seit 1986 praktisch ident war mit dessen Person. Die

Haider-Wähler wollten ihren verehrten Star, keinen Ersatz – sie wollten den Schmied, nicht irgendein Schmiedl. Darin lag letztlich auch der Grund für die wirren Ereignisse rund um „Knittelfeld“, also rund um die Delegiertenversammlung der FPÖ am 7. September 2002. Die rasante Talfahrt der Partei in der Wählergunst, von Meinungsumfragen allzu deutlich angezeigt, sollte gestoppt werden. Der einzig gangbare Weg: Haider musste zurück an die Spitze, er musste die FPÖ in den nächsten Wahlkampf führen. Genau das wurde im Parteivorstand am 11. September beschlossen. Die Platzhalter waren bereits zurückgetreten, kein Hahn krächte mehr nach ihnen.

In diesem Moment, so schien es, kehrte die „Wende“-Zeit wieder. Von Haider geführt, würde die FPÖ wieder zu einer ernsthaften Konkurrenz für die ÖVP werden. Sicher, an ihren Erfolg des Jahres 1999 würde sie nach den Eskapaden ihres Führers und nach zwei Jahren Regierungsbeteiligung vielleicht nicht sofort anschließen können. Immerhin hatte Haiders Inszenierung als strahlender Triumphator doch ein paar Kratzer abbekommen. Aber ich glaube nicht, dass damals irgendjemand etwas anderes prognostizierte als eine spektakuläre, geradezu atemberaubende Aufholjagd einer wieder erstarkten, wieder bissig gewordenen FPÖ.

Aber nur für drei Tage. Am 14. September kam der Knalleffekt: Haider zog seine Kandidatur für das Amt des Parteiobmanns zurück – vermutlich das bedeutendste politische Ereignis in Österreich seit der so genannten Wende. Seit damals schaut die politische Landschaft in Österreich anders aus, es gelten – zumindest bis auf weiteres – andere Regeln. Warum? Warum hat Haider das getan? Warum hat er die Fackel, die ihm da in die Hand gedrückt wurde, nicht angenommen, nicht weiter getragen, warum hat er sich nicht neuerlich an die Spitze der „Bewegung“ gestellt, warum ist er nicht losmarschiert? Er selbst nannte den geplanten Kauf neuer Abfangjäger als Grund; die freiheitlichen Platzhalter in der Bundesregierung hatten diesem Kauf zugestimmt, dadurch werde die Partei „in ihrer Handlungsfreiheit gelähmt“. Später tauchte in Haiders Erklärungen ein mysteriöser Mann mit blauem Schal auf, der ihm wüste Drohungen zugerannt haben soll. Daraufhin, so Haider, und im Hinblick auf seine Familie, habe er „der Gewalt weichen“ müssen – schon wieder.

Sehr plausibel klang das alles nicht, nicht einmal für treue Haider-Verehrer. Es schien, als würde der strahlende Ritter in einer entscheidenden

den Situation von Neuem kneifen, genau wie im Februar 2000. Was seine wahren Gründe gewesen sein mochten, darüber wird bis heute gemunkelt. Mir selbst war gar nicht bewusst, dass es solche versteckte Gründe überhaupt geben könnte, bis ich zufällig über einen Nebensatz in einem Zeitungskommentar stolperte, in dem eine Wiederkehr Haiders deshalb ausgeschlossen wurde, weil er „erpressbar“ sei. Aber wie? Weitere Auskünfte konnte ich bloß mündlich erlangen, indem ich Bekannte und Kollegen fragte. Gerüchten zufolge soll Haider unter manisch-depressiven Symptomen leiden. Sofern das zutrifft, möchte ich ausdrücklich und eindeutig feststellen, dass er mir Leid tut, und noch mehr seine Angehörigen. Von Håme keine Spur – wenn schon, dann gålte die in so einem Falle bloß seinen Verehrern, seinen Apologeten und seinen Wählern. Fast dreißig Prozent der österreichischen Wähler wåren, so gesehen, einem Neurotiker gefolgt – wieder einmal.

Bemerkenswert an der ganzen Affåre erscheint mir vor allem das lückenlose Schweigen der Medien. Bis heute wurde den kryptischen Andeutungen keine Erklärung nachgeliefert. Sicher, eine psychische Erkrankung gehört nicht an die Öffentlichkeit – es sei denn, es handelt sich um den Volkstribun par excellence, um den „größten österreichischen Politiker unserer Zeit“. Da dürfte eine solche Beeintråchtigung sehr wohl von öffentlichem Interesse sein; wann eigentlich, wenn nicht hier? Wenn derlei Nachrichten nur noch mittels genauen Studiums kryptischer Nebensätze erraten werden können, dann erinnert das, mit Verlaub, denn doch an den ehemaligen Ostblock. Gewitzte Sowjetbürger lasen seinerzeit die *Pravda* stets von hinten, und von rechts unten beginnend, weil nur dort die wichtigen Neuigkeiten zu finden waren, in verschlüsselter Form und versteckt in unscheinbaren Notizen. Es wird gesagt, wir lebten in einer Zivilisation der totalen Information. Mag sein, aber offenbar sind eben deshalb auch die Desinformation, das Schweigen und die Lügen total. Zumindest entsteht dieser Eindruck in Österreich, wo die Medienlandschaft ziemlich exklusiv beherrscht wird von KROKUWAZ und ORF (die ja wunderbar miteinander auskommen).

Gleichgültig, ob die mündliche Überlieferung Recht hat oder nicht, wir wollen auf jeden Fall aufgeklärt werden. Wenn sie nicht Recht hat, warum ist Haider im September 2002 dann neuerlich davongelaufen? Schmeckt das nicht ein bisschen nach Feigheit? Aber wie auch immer –

für seine Anhängerschaft, so scheint es, spielt all das ohnehin keine Rolle. Ihr Führer hatte Schwäche gezeigt, so oder so, und damit war er erledigt. So unbarmherzig aggressiv der Demagoge gegenüber jedem Gegner, gegenüber jedem Konkurrenten sein mag, selbst gegenüber solchen aus den eigenen Reihen, so erbarmungslos kann sich seine Gefolgschaft ihm gegenüber erweisen. Was „das Volk“ seinem „Führer“ niemals verzeiht, das scheint Schwäche zu sein, nicht einmal das geringste Anzeichen; je stärker er sich vorher aufgeplustert hat, desto unerbittlicher ist nachher die Verachtung. Da herrschen offenbar die Gesetze einer Hundemeute. Aus eigener Beobachtung glaube ich feststellen zu können, dass die Aggression gegenüber Schwächeren ein weit verbreitetes Verhaltensmuster darstellt, besonders bei Kindern, bei Jugendlichen – oder bei unreifen Persönlichkeiten. Ohne Zweifel handelt es sich um eine besonders abstoßende Verhaltensweise.

Die ÖVP nahm den Rücktritt der freiheitlichen Regierungsmitglieder zum Anlass für Neuwahlen. Angesichts der freiheitlichen Turbulenzen war dieser Anlass zweifellos willkommen. Bei den Nationalratswahlen am 24. November 2002 stürzte die FPÖ wie erwartet ab: von 26,9 Prozent der gültigen Stimmen auf 10 Prozent (minus 16,9 Prozentpunkte). Damit fiel sie ungefähr auf den Stand von 1986 zurück, als Haider die Führung übernahm. Die ÖVP ging hingegen als strahlender Sieger aus der Wahl hervor. Sie erhöhte ihren Stimmenanteil von 26,9 Prozent (1999) auf 42,3 Prozent, ein erdrutschartiger Zuwachs von nicht weniger als 15,4 Prozentpunkten. Zum ersten Mal seit 1966 war sie wieder die stimmenstärkste Partei, stärker als die SPÖ. Die konnte zwar ihrerseits zulegen, landete aber doch deutlich abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Deshalb reichte die Stimmenverteilung nicht für eine – von manchen ins Auge gefasste – rot-grüne Koalitionsregierung. Das „bürgerliche Lager“ belegte trotz allem noch 97 Sitze im Parlament (1999: 104), die Opposition erst 86.

ÖVP-Anhänger konnten in der Tat zufrieden sein. In den nächsten vier Jahren – vermutlich sogar noch länger – würde ihre Partei eindeutig den Ton angeben, während die FPÖ nur noch als Anhängsel fungierte. Einem kritischen Geist wie etwa dem Verfasser dieser Zeilen mochten sie entgegenhalten, dass damit auch das Schreckgespenst des demagogischen Populismus gebannt sei. Wie von den Befürwortern einer solchen Strate-

gie vorhergesagt, hatte die Regierungsbeteiligung die FPÖ bis zur Bruchgrenze belastet. Nun war ihre Energie verpufft, es handelte sich um eine Kleinpartei wie schon vor 1986, keine Spur einer Gefahr für das Staatswesen. Was, so mochten ÖVP-Sympathisanten fragen, was begehrtst du mehr, du besorgter Demokrat?

Nun, es fragt sich zum Beispiel, wie wichtig Wahlergebnisse an sich zu bewerten sind. Was letztlich zählt, das ist doch wohl die politische Praxis. Beim altehrwürdigen Kartenspiel der Preference wird am Anfang jeder Runde um das Privileg lizenziert, den Talon aufnehmen zu dürfen und die bevorzugte Farbe zu bestimmen. Wer nicht mehr mitbieten kann, gibt dies mittels des Wörtchens „gut“ zu erkennen. Bei uns daheim war es meist der Vater, der am kühnsten bot und deshalb früher oder später von seinen Mitspielern ein zweifaches „gut, gut“ zu hören bekam (Preference wird zu dritt gespielt).

„Gut muss es erst werden“, pflegte er zu quittieren.

Der Absturz der FPÖ bei der Nationalratswahl 2002 mag an sich „gut“ gewesen sein – trotzdem musste die neue Konstellation erst gut werden, das heißt, die ÖVP musste erst beweisen, dass sie ihren sensationellen Wahlerfolg nutzen und die Dinge in Österreich einigermaßen positiv gestalten konnte.

Nun soll hier keineswegs behauptet werden, dies sei rundherum und total misslungen. So etwas ist immer Ansichtssache. Ich möchte hier bloß drei Schlüsselerlebnisse wiedergeben, die mich zweifeln lassen, ob sich die Lage in Österreich wirklich zum Besseren gewendet hat, beziehungsweise ob so etwas überhaupt möglich gewesen wäre. Das erste Erlebnis hat mit Personalpolitik zu tun, also mit Postenbesetzung. Wie erinnerlich, war die „Wende“-Regierung besonders dezidiert und lautstark gegen Parteibuchwirtschaft, Postenschacher, Parteienfilz und dergleichen angetreten. Besonders die FPÖ beharrte darauf, keineswegs bloß eine weitere Partei zu sein, die da an den Trog drängte, sondern *ganz anders*. Umgekehrt verkam der so genannte „Parteienfilz“ unter der Hand zu einer rein roten Untugend. Kollegen aus der schreibenden Branche versichern mir, dass dieser rote Filz in Wien – und das heißt zugleich: auf Bundesebene – wirklich unerträglich gewesen sei. Mangels Erfahrung widerspreche ich ihnen nicht. Das einzige, was ich sagen kann, ist dies: Bis zum Jahre 2000 kam mir in meinem persönlichen Erfahrungsbereich kein Fall unter, in

dem dank Parteizugehörigkeit einer augenscheinlich schlecht oder ungenügend qualifizierten Person der Vorzug gegeben worden wäre gegenüber ausreichend qualifizierten Leuten. Das heißt nicht, dass es solche Fälle nicht hätte geben können; ich spreche ja bloß von meinem persönlichen, eng begrenzten Erfahrungsbereich. Ebenso wenig soll damit der Eindruck erweckt werden, Parteizugehörigkeit habe früher keine Rolle gespielt. Das hat sie sehr wohl, hier in Tirol genau so wie in Wien. In einem Fall, an den ich mich erinnere, kam der Favorit deshalb nicht zum Zug, weil er sich weigerte, beim zuständigen Landesrat seinen Kotau zu machen. Doch hätte selbst der böartigste Neider damals jenem Mitbewerber, der stattdessen befördert wurde, nicht die nötige Qualifikation absprechen können. Ob er nun der Beste war oder nur der Zweitbeste, das war letztlich Ansichtssache, stichhältige Argumente ließen sich für beide Versionen vorbringen. Anders unter der ersten „Wende“-Regierung. Da sah ich mit eigenen Augen, wie jemand auf einen Posten gehievt wurde, für den er formal zwar auch qualifiziert war, ganz gewiss aber nicht so gut wie zumindest einer seiner Mitbewerber, sowohl in Hinblick auf das fachliche Wissen als auch auf die Berufserfahrung. Dafür hatte sich unser Mann als Freiheitlicher hervorgetan. Natürlich hing dieser extreme Fall von Parteibuchwirtschaft mit dem Mangel an geeignetem Personal in der allzu schnell mächtig gewordenen FPÖ zusammen. Insofern hatte besagter Mann einfach das Glück, zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein – ein „window of opportunity“. Immerhin wurde er ja nicht von seinen blauen Kameraden, sondern von den ÖVPlern in der Tiroler Landesregierung protegiert, den damaligen Bundesgenossen. Doch steht so ein Verhalten jenen schlecht an, die zuvor gegen eben solche Vorgangsweisen gewettert haben, die angetreten sind, es besser zu machen, viel besser, und die genau dafür zahlreiche Wählerstimmen erhalten haben; es steht, einfach ausgedrückt, Regierungsparteien schlecht an, die sich das Attribut der „Wende“ zugute halten. Dass es sich im Übrigen um keinen Einzelfall handelte, das bestätigte mir ein Zeitungsartikel – eigentlich ein verzweifelter Aufschrei – in der *Presse* (ausgerechnet!) vom 16./17. November 2002. „Ich bin froh, dass meine Tochter nicht in Österreich ist“, bekannte da die Verfasserin, Anneliese Rohrer. (Zufällig habe ich jüngst entdeckt, dass ihr und ihrem Artikel inzwischen die Ehre zuteil wird, in der *Kronenzeitung* als Ziel-

scheibe der Polemik zu dienen.) Unter anderem beklagt sie die brutale Personalpolitik der „Wende“-Regierung: „Es kann doch niemandem entgangen sein, dass es sich immer nur um ‘Entfernung’ bestimmter Personen aus ihren Positionen und Funktionen... gehandelt hat; um Verschwinden, nicht um Verbessern.“ Man denkt an die Art und Weise, wie Hans Sallmutter aus dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger entfernt wurde – nicht für lange freilich, da seine Absetzung später als verfassungswidrig rückgängig gemacht werden musste. Gewiss, so Anneliese Rohrer weiter, „bürgerliche“ Parteigänger machten geltend, dass es sich um eine alte Methode handle, von früheren Regierungen ebenfalls praktiziert; doch dieses Mal, so die Autorin, sei eben das Versprechen vorgelegen, es anders und vor allem besser zu machen, vom „brutalen Durchgriff der Parteipolitik, vom schonungslosen Ein- und Umfärben abzusehen.“ Anneliese Rohrer zitiert einen Vertreter des bürgerlichen Lagers, „Jahrzehnte an den Schaltstellen der Macht“, mit den Worten: „Ich habe in meiner ganzen Laufbahn noch nie so unverschämt offene parteipolitische Besetzungspolitik erlebt.“

Noch schlimmer empfand ich indes eine weitere Affäre. (Ganz lässt einen das Geschehen im Lande eben doch nicht in Ruhe; wir entkommen den Nachrichten nicht, selbst wenn wir vor ihnen fliehen.) Gegen Ende des Jahres 2001 erließ der Verfassungsgerichtshof ein lange erwartetes Urteil im endlosen Streit um das Kärntner Ortstafelgesetz. Dieses Urteil fiel gar nicht im Sinne strammer Abwehrkämpfer und FPÖ-Wähler aus. Der Obmann des Abwehrkämpferbundes sprach – wieder einmal – von „Landnahme“. (Aber wie denn? Durch das kleine Slowenien?) Ein gefundenes Fressen für Haider: Er begann sofort eine demagogische Offensive mit zwei Stoßrichtungen, einer persönlichen und einer populistischen. Erstere richtete sich gegen den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Ludwig Adamovich. Ihm wurden nicht bloß Inkompetenz vorgeworfen – „eine vorverlegte Faschingsentscheidung“ –, nicht bloß Parteilichkeit, sondern ganz nach klassischer Haider-Manier auch seine angeblich so fetten Bezüge und seine ebenso angeblichen Privilegien. Und wieder ließ Haider in der Hitze des – ohnehin sehr einseitigen – Gefechtes die Maske fallen. „Wenn einer schon Adamovich heißt“, peitschte er seine johlenden Verehrer bei der so genannten Aschermittwochrede am 13. Februar 2002 auf, „wenn einer schon Adamovich heißt,

muss man zuerst einmal fragen, ob er überhaupt eine Aufenthaltsberechtigung hat!“ Die hässliche Fratze des Demagogen – und auch in diesem Falle möchte ich von den „bürgerlichen“ Apologeten Haiders bzw. einer Zusammenarbeit mit selbigem wenigstens einmal, wenigstens zaghaft ein vernünftiges Argument hören, warum so etwas nichts anderes darstellen soll als „demokratiepolitische Normalität“, wie man mit so jemandem und so einer „Bewegung“ trotz allem noch anständig zusammenarbeiten kann.

Damit nicht genug, ging Haider an einer zweiten Front zum Angriff über. Bei dem Urteil zum Ortstafelgesetz, so ließ er verlauten, handle es sich um „Missbrauch der Macht durch den Verfassungsgerichtshof“, dieser habe sich „immer mehr zu einem Staat im Staate entwickelt, der sich einer nachvollziehbaren demokratischen Kontrolle seiner Amtstätigkeit entzogen hat“. Etwas später, offenbar auf Einwände antwortend: „Ich bleibe dabei: Der Verfassungsgerichtshof muss zurechtgestutzt und politisch in seine Schranken gewiesen werden.“ Aber wie? „Wir werden gegenüber der Öffentlichkeit klar machen, dass der Verfassungsgerichtshof nicht die letzte politische Instanz in Österreich ist. Wir leben nicht in einem Richterstaat, sondern alle Macht geht vom Volk aus.“ (Die Zitate stammen aus dem Zeitraum vom 19. 12. 2001 bis zum 14. 1. 2002.) Deutlicher kann man kaum noch darlegen, wie unvereinbar Populismus mit unserem Verständnis von Demokratie ist. Was Haider und seine FPÖ betrifft, kam das Eingeständnis natürlich längst nicht mehr überraschend; überraschend war höchstens die Offenherzigkeit, mit der man hier eingestand, sich nicht an die Regeln des demokratischen Rechtsstaates halten zu wollen – und das sind, nochmals sei es betont, die demokratischen Regeln *an sich* –, oder höchstens so lange, wie sie sich zum Vorteil des Demagogen und seiner „Bewegung“ auswirken.

Was sehr wohl schockierte, das war hingegen das Schweigen der ÖVP, der „Bürgerlichen“ schlechthin. Mein Gott, was hatte ich mir im Laufe meines Lebens nicht selbstzufriedene, herablassende Belehrungen von gestandenen Juristen anhören müssen – Rechtsanwälte, Richter, Universitätsprofessoren – über den Wert und den Geist der Verfassung, über den Legalitätsgrundsatz, und immer schwang die Überzeugung mit – was heißt Überzeugung; die Wahrheit, die gottgegebene Wahrheit! –, wonach nur die „Bürgerlichen“ wirklich verstünden, worum es im Rechtsstaat

eigentlich geht, nur in ihren Händen sei er gut aufgehoben, ganz gewiss nicht bei den „Linken“, bei parteitreuen Apparatschiks und ideologischen Zeloten. Nun, da einer daherkam und lautstark die demokratische Verfassung in Frage stellte, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit – demzufolge ja das Recht unzweifelhaft *über* den politischen Parteien zu stehen hat, Mehrheit hin oder her, „Volk“ hin oder her –, nun also schwiegen sie. Klar, es handelte sich ja um einen Verbündeten: das „bürgerliche Lager“. Und all die Doktores der Jurisprudenz, Alma Mater Oenipontana (CV allesamt, versteht sich, von „Austria“ bis „Vindelicia“) – jetzt stellte sich heraus, wie’s um ihre überlegene Einsicht bestellt war: nichts als Pharisäertum, nichts als hohle Phrasen!

Gut muss es erst werden...

Ein Jahr später, im März 2003, glaubte die Unterrichtsministerin, Elisabeth Gehrler, sie müsse Ernst machen in ihrem Ressort mit den von der Regierung angekündigten Sparmaßnahmen. Sie tat dies auf die denkbar simpelste Art und Weise, indem nämlich jeder Schule vorgeschrieben wurde, pro Jahrgang zwei Stunden aus der Stundentafel zu streichen. Welche Stunden das sein sollten, das blieb den Schulen selbst überlassen. Über die Sinnhaftigkeit dieser Vorgangsweise soll hier freilich nicht diskutiert werden: Ob es also grundsätzlich als intelligente Politik gelten kann, ausgerechnet im Bildungswesen zu sparen; wenn ja, ob Stundenkürzungen dazu der geeignete Weg sind; und ob es, wenn die Antwort immer noch Ja lauten sollte, von besonderem Einfallsreichtum zeugt, dies mittels Rasenmähermethode zu bewerkstelligen. Ebenso wenig geht es um die fragwürdige Methode, die schmerzhafteste Entscheidung, welche Fächer – und damit letztlich auch Lehrer – zum Handkuss kommen sollen, den Betroffenen selbst zu überlassen. Das erinnert denn doch an das „Frankenburger Würfelspiel“, als die Überlebenden eines oberösterreichischen Bauernaufstandes darum würfeln durften, wer von ihnen zuerst aufgeknüpft werden sollte. Trotzdem – im Grunde sind das lauter Fragen der politischen Ansichten oder auch des Geschmacks. Gleichgültig, wie sie der Einzelne beantworten mochte, von einer grundsätzlichen Warte aus betrachtet wäre die Vorgangsweise der Unterrichtsministerin jedenfalls zu akzeptieren gewesen.

Wäre, sage ich – wenn es da nicht einen Haken gegeben hätte. Das Unternehmen stand vorerst nämlich auf keinerlei gesetzlicher Basis.

Dabei sollte in Österreich bekanntlich der Legalitätsgrundsatz gelten, wonach die Verwaltung – zu der auch die Schulen gehören – ausschließlich auf der Grundlage bestehender Gesetze beziehungsweise Verordnungen tätig werden darf. Für die Stundenkürzung gab es jedoch keine solche Verordnung. Trotzdem wurden die Direktoren angewiesen, die neuen Stundentafeln zu erarbeiten, in den entsprechenden Gremien von Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern beschließen zu lassen und bis zu einem Stichtag vorzulegen, andernfalls diese Stundentafeln einfach vom jeweiligen Landesschulrat angeordnet würden. (Die Stundentafel gibt darüber Auskunft, welche Fächer in welchem Ausmaß auf der jeweiligen Schulstufe in der jeweiligen Schule unterrichtet werden; sie kann „schulautonom“ geringfügig verändert werden.) Als Personalvertreter an meiner Schule wurde ich damals in diese Vorgänge verwickelt, zumindest am Rande – ich hatte ja bloß dafür zu sorgen, dass innerhalb unserer Anstalt das „Frankenburger Würfelspiel“ einigermaßen fair vonstatten ging. Weiter erstreckte sich meine Zuständigkeit nicht, meine politischen Ansichten waren nicht gefragt (in mehr als einem Sinne). Trotzdem machte ich von allem Anfang an klar, dass ich auf gar keinen Fall irgendeiner Maßnahme zustimmen würde, die nicht auf gesetzlicher Grundlage stand. Außerdem machte ich unseren Direktor darauf aufmerksam, dass er sich als Beamter eines Vergehens schuldig machte, sollte er selbst so etwas tun oder anordnen.

Er widersprach mir nicht. Die neue Stundeneinteilung hatte er bereits zusammengebastelt, sie lag fertig in der Schublade. Was die Fairness betraf, hatte ich – wenn es denn sein musste – gar nichts daran auszusetzen. Gegen den „Chef“ hatte ich im Übrigen auch nichts. Er widersprach mir also nicht, er verdrehte bloß hinter meinem Rücken die Augen: Mein Gott, so ein Querkopf! Genau so dachten die allermeisten Kollegen. Was will er denn? Warum spielt er sich auf? Es nützt doch ohnehin nichts! Denn selbst wenn die einschlägige Verordnung noch nicht vorlag, würde sie zweifellos kommen; warum sollte man dann nicht gleich tun, was einem angeschafft wurde? Wozu auf irgendwelchen Formalismen herumreiten?

Wozu, in der Tat. Vielleicht weil es sich um ein rechtsstaatliches Prinzip handelt, und weil der Rechtsstaat einen *Wert an sich* darstellt? Weil er, und nur er, Fairplay garantiert, was in letzter Konsequenz wiederum

heißt: weil nur er die Schwachen vor den Brutalen und die Anständigen vor den Skrupellosen schützt? Doch wollen wir uns nicht neuerlich in rechts- und demokratiepolitischen Grundsatzrörterungen verstricken. Die Haltung der Kollegen, des Direktors sowie des Landesschulrats war natürlich mitgeprägt von dem Umstand, dass sich die allermeisten von ihnen als „bürgerlich“ verstehen, und zwar im hier verwendeten Sinne, das heißt also entweder schwarz oder blau (oder beides, je nachdem). Deshalb wirkten die Protestmaßnahmen der Lehrer damals – bis auf vereinzelte Ausnahmen – auch so halbherzig: gewerkschaftliche Pflichtübungen, damit die Beiträge der biederen Mitglieder halt nicht ganz umsonst sind. Die wollen's indes gar nicht anders. Wo Haider-Fans und *Kronenzeitung* das Schreckgespenst der „linken Lehrer“ hernehmen, lauter alt gewordene Revoluzzer, das ist mir, eigener Anschauung und Beobachtung folgend, bis heute ein Rätsel geblieben. Man bräuchte sich ja bloß die Ergebnisse von Gewerkschafts- und Personalvertretungswahlen anzuschauen.

Die unangenehme Maßnahme der Stundenkürzung war also von der eigenen, der „bürgerlichen“ Regierung angeordnet worden. Da mochte man, wenn's hoch kam, mit den Zähnen knirschen, trotzdem machte man sich willig an die Durchführung, juristische Formalitäten hin oder her. Es geht schließlich um die Sache, oder? Die Verordnung wird ohnehin nachgereicht werden! Kein Grund zur Aufregung, kein Grund zum Protest, schon gar nicht für Streiks. So was tut ein „Bürgerlicher“ nicht. In der Tat: „Bürgerliche“, so musste man den Eindruck gewinnen, „Bürgerliche“ zeichnen sich vor allem einmal durch vorauseilenden Gehorsam aus. Ich muss ganz ehrlich gestehen, dass mich diese Episode, obwohl an und für sich nicht sonderlich wichtig, gehörig erschüttert hat, vermutlich weil ich das alles persönlich miterlebte. Wieder war es nicht nur das Verhalten der „Bürgerlichen“ als solches, welches mich schockierte, sondern ihr beinahe schon totales Unverständnis für die zu Grunde liegenden Spielregeln, letztlich also für die demokratischen Werte. Kritik wurde nicht etwa zurückgewiesen oder bekämpft – oh nein, *sie wurde erst gar nicht begriffen!* Eben dies war das Erschütternde. Eben darin besteht die Korruption.

Womit wir zurückkehren zum Ausgangspunkt unserer Beurteilung Österreichs nach der „Wende“: Gut muss es erst werden... Wer mit dem

Teufel Suppe essen will, so heißt es, der muss einen langen Löffel haben. Nach den Nationalratswahlen vom November 2002 wird man der ÖVP sicherlich zugestehen müssen, dass die Löffel, welche die Herren Khol und Schüssel da in die Schüssel steckten (man entschuldige das billige Wortspiel) – dass diese Löffel also wirklich ziemlich lange waren, länger jedenfalls als jene ihrer Mitesser, der FPÖ. Waren sie aber wirklich lange genug?

Der Einbruch der FPÖ ging nicht eigentlich auf die erfolgreiche Politik von Schüssel und Khol zurück. Er erfolgte ausschließlich deshalb, weil sich Jörg Haider selbst in den Fuß schoss. Das bedeutet jedoch, dass er und seine Politik, die populistische Demagogie, bis heute nicht wirklich an den Wahlurnen besiegt worden sind.

Der überwiegende Teil jener Wähler, die 2002 nicht mehr FPÖ wählten, liefen zur ÖVP über. Gewiss, es mag kleine Neben- und Gegenströmungen gegeben haben, unterm Strich erscheint mir diese Aussage jedoch zutreffend. In meinem Wohnort hatten bei den Nationalratswahlen 1999 genau 613 Mitbürger für die FPÖ gestimmt (34,30%), die damit – nach ihrem Höchststand vier Jahre zuvor – immer noch stimmenstärkste Partei blieb; für die ÖVP stimmten 530 Wähler (29,66%). 2002 waren es 205 Stimmen für die FPÖ (10,48%) und 1.079 für die ÖVP (55,14%). Die Freiheitlichen verloren folglich 408 Wähler und Wählerinnen, die ÖVP gewann 549. Meiner Ansicht nach kann man daraus bloß einen Schluss ableiten: Der überwiegende Teil jener Österreicher und Österreicherinnen, welche Haider auf seiner Erfolgswelle emporgetragen hatten, sind 2002 zur ÖVP gewechselt. Ihre Stimmen sind dort quasi geparkt. Der Wahlerfolg der Volkspartei, ihr Status und ihre Macht hängen ganz wesentlich von diesen Stimmen ab.

Nun könnte es natürlich zutreffen, dass dieses Potential solcher Art demokratiepolitisch „gezähmt“ würde, dass die früheren Haider-Wähler und -Wählerinnen also wieder in die Schar jener integriert werden, welche verantwortungsbewusst abstimmen. Diese Hoffnung könnte immerhin auf der langen staatstragenden Tradition der ÖVP gründen. Ebenso könnte freilich der Fall eintreten, dass die ehemaligen Haider-Wähler bei der Stange gehalten werden müssen, dass man ihnen entgegenkommen muss. Es könnte weiters geschehen, dass der atemberaubende Aufstieg Haiders vor 1999 ehrgeizige ÖVP-Funktionäre beeindruckt, dass man da

Rezepte erkennt für den eigenen Erfolg. In diesem Zusammenhang sei nochmals an die *Kronenzeitung* erinnert sowie an ihre außergewöhnliche Machtposition in Österreich. Irgendwann im Zeitraum zwischen Frühjahr 2000 und Herbst 2002 wandte sie sich von Haider ab. „Mit Haider scheint’s vorbei zu sein“, bemerkte meine Frau eines Sonntags vormittags beim Frühstück, über ihre *Krone* hinweg. Tatsächlich: Selbst der Reimeschmied war sarkastisch geworden. Der „weitere Verlauf der Begebenheiten“ (wie’s bei Nestroy heißt) gab ihr dann eindeutig Recht. Offenbar war die *Kronenzeitung* zu dem Schluss gekommen, dass ihre betuliche Biedermeier-Inszenierung von der Volkspartei besser gespielt werde – vorläufig. Das könnte darauf hinweisen, dass nicht etwa die ÖVP die ehemaligen Haider-Wähler re-integrierte, vielmehr würden diese nunmehr ihre Auffassung von Politik in die ÖVP hineinbringen.

Die Vorgänge, wie sie hier geschildert wurden, legen jedenfalls den Schluss nahe, dass die ÖVP nach 1999/2000 nicht mehr dieselbe war wie zuvor. Was wir von ihr in Zukunft erwarten dürfen, das bleibt offen. Vor allem aber ist der gehässige Demagoge Jörg Haider niemals wirklich an den Wahlurnen besiegt worden. Es gab keine klare und eindeutige Absage an seine populistische Demagogie, geschweige denn an die populistische Demagogie im Allgemeinen. Es war bloß so, dass der Demagoge selbst abgedankt hat, aus eigenem, persönlichen Entschluss. Somit erscheint es keineswegs ausgemacht, dass gehässige, aggressive Demagogie in Österreich nicht doch Erfolg bringen könnte. Deswegen kann Haider auch jederzeit wiederkehren; man sollte sich ja nicht zu früh freuen! Aber selbst wenn nicht: Ein Nachfolger könnte durchaus den Schluss ziehen, genau so führe der schnellste und sicherste Weg zum Ballhausplatz, besonders für einen Außenseiter. Wer weiß, vielleicht gibt es diesen Nachfolger bereits, vielleicht wartet er bereits hinter der Bühne auf seinen Auftritt. Er wird seinen Vorgänger, zugleich sein Vorbild, genau beobachtet haben, er wird seine Lektion gelernt haben. Aus seiner Sicht wird es darauf ankommen, noch skrupelloser zu sein, noch bedingungsloser, noch beharrlicher. Niemals, unter gar keinen Umständen Schwäche zeigen! Widersprüche, Fehler – das zählt letztlich alles nicht; was zählt, das ist ausschließlich das Bild des stets überlegenen Triumphtors. Da tobt das Publikum, da klatscht und pfeift und johlt es, da trommelt es auf die Biertische und stampft mit den Füßen! Und es wählt.

Die Stimmen wären da, selbst wenn sie zwischenzeitlich bei der ÖVP geparkt sein mögen. Sie warten bloß darauf, abgeholt zu werden. Und deshalb, so muss man wohl oder übel folgern, werden sie früher oder später auch abgeholt werden. Es wird sich schon einer finden.

ANMERKUNGEN ZU HAYEK

Ein nicht gehaltener Vortrag

DIE DOMINIERENDE IDEOLOGIE DER JÜNGSTEN ZEIT, IHRE RELIGION, das ist der so genannte Neo-Liberalismus; kaum jemand wird das bestreiten wollen. Die Frage ist höchstens, was an dieser Ideologie eigentlich „neo“ sein soll oder, genauer, ob die jüngste, aggressivste Variante des klassischen Liberalismus anders vielleicht besser bezeichnet wäre, etwa durch einen Zusatz wie „radikal“ oder – um zu unserem Thema zu kommen – „dogmatisch“. Denn der maßgebliche Dogmatiker des zeitgenössischen Liberalismus, das ist ganz eindeutig Friedrich Hayek. Was Anhänger des Neo-Liberalismus heute von sich geben, was sie lehren oder predigen, das geht in der Regel auf Hayek zurück, selbst wenn das manchen gar nicht mehr bewusst sein mag. Hayeks Rolle erinnert somit an jene, welche Karl Marx für den Sozialismus spielte. Wie wir noch sehen werden, ist das nicht die einzige Ähnlichkeit zwischen den beiden. Eine weitere sticht sofort ins Auge: Auf beide beruft man sich gerne, ohne sie wirklich gelesen zu haben. Was Marx betrifft, bekenne ich mich selbst schuldig. Was Hayek angeht, so habe ich *The Road to Serfdom* (erstmalig erschienen 1944) zur Gänze und *The Constitution of Liberty* (1960) in großen Teilen gelesen.

Ich glaube nicht, unfair vorzugehen, wenn ich behaupte, das Gedankengebäude, welches Friedrich Hayek errichtet hat, beruhe im Wesent-

lichen auf drei Säulen, welche folgendermaßen zusammengefasst werden können:

(1) Der zentrale und bei weitem wichtigste Wert unserer Zivilisation ist die Freiheit.

(2) Diese Freiheit ist untrennbar verbunden mit der Existenz eines freien Marktes und seiner Konkurrenz, weswegen

(3) jede Einmischung in diesen freien Markt, jede Verfälschung der Konkurrenz, insbesondere von Seiten einer Regierung, die Freiheit gefährdet: der erste Schritt auf dem Weg in die Knechtschaft.

Natürlich sagt Hayek noch viele andere Dinge, doch ergeben sie sich, wie ich glaube, allesamt aus seinen Grundannahmen. Um genau zu sein, müssen wir sagen: Bei den drei Säulen handelt es sich zunächst um zwei Annahmen (1) und (2) sowie um eine Schlussfolgerung (3). Das ist insofern wichtig, als wir der Schlussfolgerung nur dann zustimmen werden, wenn uns die Annahmen überzeugen. Diesen wollen wir uns daher zunächst zuwenden.

(1) Der Wert der Freiheit

Wenn ich davon ausgehe, dass die Freiheit der wichtigste Wert für unsere Gesellschaft sei, dann folgt daraus, dass ihr alle anderen Werte unterzuordnen wären. Andere Werte sind, einfach ausgedrückt, nicht so wichtig wie die Freiheit. Wenn es zu einem Konflikt kommt zwischen zwei Werten, dann muss stets die Freiheit den Vorrang haben, andere Werte sind ihr zu opfern. Wenn mehr wirtschaftliche Freiheit zum Beispiel bedeutet, dass es mangels Umverteilung und sozialer Absicherung mehr Armut gibt, so ist das um der Freiheit Willen hinzunehmen. Hayek lässt keinen Zweifel daran, dass er genau so denkt. Wenn wir Freiheit haben wollen, so betont er immer wieder, müssen wir auch bereit sein, Opfer zu bringen. Unsicherheit ist eines davon.

Was aber, wenn die Freiheit bloß noch darin besteht, arm zu sein? Immer noch besser als unfrei, antwortet Hayek. Freiheit ist schließlich der wichtigste Wert! Lieber frei, dafür arm, denn Freiheit macht glücklich, nicht Reichtum: das ist die Hayek'sche Variante des uralten Märchens von der glücklichen Armut. An einer Stelle geht er tatsächlich so weit, die

bukolische Idylle von einem Landmann zu malen, der zwar arm, aber frei und folglich doch glücklich sei.

Tatsache ist hingegen, dass Not versklavt. Das wissen wir inzwischen aus Dutzenden von Berichten von Betroffenen, sei es aus dem 19. Jahrhundert hier bei uns, sei es aus der Gegenwart in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Die Vorstellung, der Arme könne trotz allem frei sein, entspringt einer verwöhnten Oberschichtsphantasie. Wer Not leidet, der ist insofern unfrei, als ihm der tägliche Überlebenskampf nicht die geringste Wahlfreiheit lässt, nicht die geringste Entscheidungsfreiheit – außer vielleicht jener zwischen Hungertod und Selbstmord –, und sie unterwirft den Betroffenen natürlich auch der Willkür eines jeden, von dem er sich in seiner verzweifelten Lage Hilfe und Rettung erhoffen kann oder muss. Wie immer man Freiheit definieren mag: die Erfahrung zeigt ganz eindeutig, dass Mangel, Armut und Not diese Freiheit reduzieren, bis hin zum Wert Null; woraus folgt, dass eine Voraussetzung für die Freiheit sehr wohl ein Mindestmaß an materieller Versorgung darstellt, an Wohlstand. Hayek leugnet das jedoch vehement.

Dabei geht es gar nicht nur um den Wohlstand. Es geht auch um die Sicherheit. Der durchschnittliche Lohnempfänger in unserer modernen Gesellschaft wird niemals genug ansparen können, um sich für jene Perioden abzusichern, in denen er nicht arbeiten kann und folglich nichts verdient: im Falle der Arbeitslosigkeit also, im Falle einer Krankheit, oder im Alter. Selbst beträchtlicher Wohlstand nützt folglich nichts ohne entsprechende Absicherung. Außerdem wird die Art, wie wir unser Leben empfinden und bewerten, noch durch andere Größen bestimmt, zum Beispiel durch die Sitten und Manieren, die zu einem gegebenen Zeitpunkt an einem gegebenen Ort herrschen: Wie verhalten sich die Menschen, mit denen wir täglich zu tun haben? Sind sie freundlich, hilfsbereit, ehrlich? Können wir uns darauf verlassen, dass sie die Spielregeln einhalten, oder müssen wir, wie im Dschungel, stets auf der Hut sein, stets wachsam über die Schulter schauen?

Es gibt sicherlich noch mehr solcher Größen, die in unserem Leben, so wie wir es als Durchschnittsbürger alltäglich erleben, von Wert sind, und zwar von entscheidendem Wert, was bedeutet, dass unser Leben ohne sie wesentlich beeinträchtigt wäre, wesentlich weniger Qualität aufwiese. Ohne Zweifel zählt auch die Freiheit dazu. Das soll überhaupt

nicht in Abrede gestellt werden, ganz gewiss nicht von jemandem, der selbst intellektuell tätig ist, der selbst lehrt und schreibt. Gerade für so jemanden stellt Freiheit einen primären Wert dar, das heißt einen, der ganz konkret erlebbar seine Lebensqualität beeinflusst. Aber sie ist nicht der einzige Wert. Sie ist nicht einmal der wichtigste. Wie wir gerade gesehen haben, gibt es überhaupt keinen „wichtigsten“ Wert. Das ist vielleicht der Knackpunkt der ganzen Angelegenheit. Wir müssen erkennen und begreifen, dass unsere Lebensqualität von einer Vielzahl verschiedener Faktoren bestimmt wird. Alle müssen gegeben sein, alle im jeweils richtigen Maße, alle müssen zusammenspielen, erst dann wird optimale Lebensqualität erzielt. Umgekehrt stellt „Lebensqualität“ an sich keinen Wert dar, sondern ein Bündel von Werten, weswegen sie weder monokausal zu erklären ist, noch dazu herhalten kann, ihr irgendetwas zu opfern. Natürlich werden „Opfer“, also Abwägungen zwischen konkurrierenden Werten und Zielvorstellungen stets notwendig sein; aber jedes Opfer vermindert notgedrungen die Lebensqualität. Man kann also nicht sagen: Im Namen einer besseren Lebensqualität ist es notwendig, auf dies oder jenes zu verzichten; denn letztlich würde das heißen: um einer besseren Lebensqualität Willen verschlechtern wir die Lebensqualität. Ich kann lediglich sagen: Relativ werden wir – oder wenigstens eine substantielle Mehrheit von Menschen – eine etwas bessere Lebensqualität empfinden, wenn wir diesen Weg einschlagen statt jenem; aber das ist bloß relativ, und es mag sich morgen schon ändern, dann stehen wir wieder vor der gleichen Entscheidung.

Konrad Lorenz hat – in Auseinandersetzung mit der monokausalen Psychologie Freud'scher Provenienz – den Vorschlag gemacht, tierisches Triebverhalten im Sinne eines Parlaments zu verstehen: das „Parlament der Instinkte“. Analog dazu möchte ich vorschlagen, fortan von einem Parlament der Werte zu sprechen; ein Parlament mit einem ordentlich entwickelten, ausgewogenen Wertpluralismus. Wenn wir das tun, dann können wir jedoch die erste Annahme Hayeks, nämlich jene vom zentralen, höchsten und absoluten Wert der Freiheit, nicht teilen.

(2) Der freie Markt

Ob die Freiheit, welche wir heute genießen, ausschließlich auf die Entstehung freier Märkte und der dort herrschenden Konkurrenz zurückzuführen ist, oder ob die Entwicklung nicht doch ein bisschen komplizierter verlief, das mögen Historiker untersuchen. Grundsätzlich sollte uns die Erfahrung allerdings lehren, derart monokausalen Erklärungen gründlich zu misstrauen. Immerhin hat in der Entstehungsphase des Industriekapitalismus der Sklavenhandel eine beträchtliche Rolle gespielt, demzufolge auch Sklavenmärkte; und die Geschichte der industriellen Revolution legt den Schluss nahe, dass der freie Markt sehr wohl auch böse Unterdrückung fordern und nach sich ziehen kann, nämlich jeglichen Versuchs der Arbeiter, sich zu organisieren und zu wehren.

Aus heutiger Sicht erscheint hingegen etwas anderes von Bedeutung. Angenommen, freie Märkte samt ihrer Konkurrenz hätten wirklich einen günstigen Einfluss auf den Zustand der Freiheit in einem Gemeinwesen, selbst wenn der Zusammenhang nicht so schablonenhaft wäre, wie angenommen: In diesem Falle wären freie Märkte tatsächlich ein wertvolles Gut, ihre Wirken wäre segensreich und zu begrüßen. Das Problem ist bloß, dass die Entwicklung schon seit geraumer Zeit in eine andere Richtung läuft, und zwar nicht etwa, weil der böse Staat die Freiheit dieser Märkte einschränkte, sondern weil die Wirtschaft selbst den freien Markt untergräbt. Das lässt sich nun schon seit mehr als hundert Jahren beobachten, seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Seit damals vollzieht sich ein ununterbrochener und unerbittlicher Prozess der Konzentration, hin zu immer noch größeren, immer noch umfassenderen Riesengesellschaften, welche danach streben, einen möglichst großen Marktanteil zu erobern. Die Anfänge dieser Entwicklung sind verbunden mit Namen wie Cornelius Vanderbilt, Andrew Carnegie oder – vielleicht am bekanntesten – John D. Rockefeller. Zugegeben, ein ausgesprochenes Monopol zu schaffen, ist selbst ihm nicht gelungen, zumindest nicht dauerhaft. Trotzdem ist das Bild vom „freien Markt“ seit damals überholt: die Vorstellung also, da böten auf einem Marktplatz eine Menge individueller Händler hinter ihren Marktstandern ihre Waren feil, während individuelle Konsumenten von morgens bis abends schön brav und bieder ihre strikt rationale Wahl trafen. „Individualism has gone“,

soll Rockefeller einmal gesagt haben, „never to return“: Die Zeiten des Individualismus sind vorbei und werden nie mehr wiederkehren. Damit war aber auch die Zeit der individuellen Konkurrenz vorbei. Heute wissen wir, dass die Giganten überhaupt nicht kämpfen – sie sprechen sich ab. „The most significant revolt against free-market capitalism“, hat ein Biograph Rockefellers denn auch beobachtet, „came not from reformers or zealous ideologues but from businessmen who couldn't control the maddening fluctuations in the marketplace“: der bedeutendste Aufstand gegen die freie Marktwirtschaft ging gar nicht von fanatischen Ideologen aus, sondern von Wirtschaftskapitänen, die sich nicht länger den Gesetzen eben dieses freien Marktes unterwerfen wollten.

Der Übergang vom individuellen zum Konzernkapitalismus stellt einen Einschnitt dar, der in seiner Bedeutung selten klar erkannt wird. Es war ja nicht nur die Wirtschaft, welche eine Revolution durchlief; seit damals leben wir allesamt nicht mehr in einer individualistischen Gesellschaft, sondern im Zeitalter der Masse: Massenproduktion, Massenkonsum oder, wenn die versagen, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut; Massenmedien, Massenparteien, Massendemokratie beziehungsweise Massenterror und Massendeportation, bis hin zur Massenvernichtung – mit einem Wort, die Massengesellschaft. Trotzdem bedient sich die Diskussion gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Probleme nach wie vor der Begriffe und Vorstellungen aus dem Zeitalter des Individualismus; bei Friedrich Hayek wird das ganz besonders deutlich.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sollten wir daher auch ein bisschen besser Bescheid wissen über das Funktionieren des sogenannten freien Marktes. Offenbar wohnt ihm die Tendenz inne, sich selbst abzuschaffen. Denn was wird jener Händler tun, der dank seiner Tüchtigkeit siegreich aus irgendeiner Konkurrenzsituation hervorgeht? Einfach so weitermachen? Oh nein, er wird versuchen, seine „Marktposition“ auszubauen, was freilich nichts anderes heißt, als dass er Macht anhäuft. Und wozu? Ganz klar: Er will den Markt „dominieren“, was wiederum heißt, dass er sich in eine Position versetzt, in welcher er eben nicht mehr der lästigen Konkurrenz unterworfen ist, den strengen Gesetzen des freien Marktes.

Als Hayeks *Road to Serfdom* erschien, da wollte es der Zufall, dass das Buch von keinem Geringeren als George Orwell rezensiert wurde. Der fasste seine Vorbehalte in einem denkwürdigen Satz zusammen. Das Problem mit der Konkurrenz, so meinte Orwell, sei, dass sie immer von jemandem gewonnen werde. So kryptisch das zunächst klingt, so sehr trifft es den Kern. Wenn wir von Konkurrenz reden, dann haben wir uns angewöhnt, an sportliche Wettkämpfe zu denken. Die werden zwar auch gewonnen, gewiss, aber der Sieger eines 100m-Laufes geht das nächste Mal unter haargenau denselben Bedingungen an den Start wie alle anderen. Er hat aus seinem Sieg keinen Vorteil für die nächste Konkurrenz gezogen (sieht man einmal vom ätherischen Selbstvertrauen ab): „winner take nothing“. Stellen Sie sich vor, das wäre anders: Wer einen 100m-Lauf gewinnt, darf das nächste Mal einen Meter weiter vorne starten. Die Fußballmannschaft, welche bei der Europameisterschaft das erste Spiel gewinnt, darf das nächste mit einem zusätzlichen Spieler bestreiten, die Verlierer müssen auf einen verzichten. Wie würde es da wohl um die „Konkurrenz“ stehen? Würden wir sie immer noch als sinnvoll, als segensreich betrachten?

Genau dies spielt sich am freien Markt ab, mit der logischen Folge, dass er sich selbst abschafft, sofern man ihn nur lässt. Wenn es heute trotzdem noch Elemente eines freien Marktes gibt, Elemente einer stimulierenden Konkurrenz, dann rührt das daher, dass man den Markt eben *nicht* sich selbst überlassen hat. Jeder Markt braucht, um zu funktionieren und um fortbestehen zu können, einer strengen Marktordnung. Das wüssten wir eigentlich schon seit dem Mittelalter. Der „freie Markt“, so können wir sagen, ist nur insofern „frei“, als sein Funktionieren durch von außen kommende Regeln und Gesetze garantiert wird. Seine Freiheit gleicht der von gefährdeten Wildtieren in einem Reservat. Das ist natürlich auch eine Art von Freiheit, keine Frage – aber es ist eine gewährte, eine bewahrte und geschützte Freiheit, es ist eine Freiheit, die zu ihrem Schutz tüchtiger Wildhüter bedarf. Es ist, wenn man so will, eine Freiheit unter Führungszeichen – genau so pflege ich den „freien Markt“ auch zu schreiben.

Es erhebt sich die Frage, *wer* nun eigentlich den freien Markt beschützt. Wer erstellt die Marktordnung? Wer sorgt für ihre Einhaltung? Das führt uns weiter zur dritten Säule des Hayek'schen Denkens.

(3) Einmischung von Seiten des Staates

Den Schutz des „freien“ Marktes muss natürlich die öffentliche Hand übernehmen, in welcher Form auch immer sie sich manifestieren mag. Traditioneller Weise übernahm die Aufgabe der Staat, so wie wir ihn bis ins späte 20. Jahrhundert hinein kannten. Wenn dieser Staat nun durch die so genannte Globalisierung entmachteter wurde, so wird eben eine andere öffentliche Hand einspringen müssen: übernationale Gebilde zum Beispiel wie die EU, oder auch irgendein „global governance“. Die Form spielt keine Rolle. Es geht um die fundamentalen Tatsachen.

Wenn nun aber der „freie Markt“ nur existieren kann, solange und sofern er von der öffentlichen Hand geschützt und überwacht wird, dann folgt daraus, dass keineswegs der „freie Markt“ an sich die Freiheit zu garantieren vermag. Selbst wenn jener Zusammenhang besteht, welchen Hayek postuliert hat, dann hätte er, um genau zu sein, immer noch sagen müssen: Die Freiheit setzt einen „freien Markt“ voraus, der seinerseits jedoch eine öffentliche Hand voraussetzt, welche den Willen und die Fähigkeit hat, den „freien Markt“ am Leben zu erhalten. Die Freiheit in einem Gemeinwesen setzt somit letztlich den Willen voraus, frei zu sein. Das Fortbestehen eines frei-marktwirtschaftlichen Reservats ist lediglich die Folge dieses primären Willens, keineswegs seine Ursache oder Voraussetzung.

Daraus folgt eine einfache Moral: Wenn du in Freiheit leben willst, dann vertraue nicht darauf, dass der „freie Markt“ dir selbige schon irgendwie schaffen wird – Sorge vielmehr selbst dafür! Wer als „freier“ Staatsbürger leben will, der muss dafür sorgen, dass das Gemeinwesen seinen Bürgern die nötige Freiheit einräumt und garantiert. Er muss, mit einem Wort, politisch handeln. Genau dies tut der dogmatische Neo-Liberalismus von heute aber nicht. Immer wieder – nicht nur in Bezug auf die Freiheit – nimmt er Rekurs auf magische, d.h. unerklärte Zusammenhänge. Der berühmteste ist jener von der „unsichtbaren Hand“, welche angeblich schon „irgendwie“ dafür sorgen werde, dass der kapitalistisch produzierte Wohlstand weitum verteilt werde. Wie wir inzwischen wissen, tritt eher das Gegenteil ein. Allgemeinen Wohlstand bekommt man ebenfalls nur mittels einer sehr sichtbaren Hand, nämlich der öffentlichen. Der Rekurs auf magische Zusammenhänge stellt jedoch

nicht bloß einen Rückfall hinter die Aufklärung dar. Insofern, als die Magie quasi als höhere Gewalt betrachtet wird, als vorgegeben und unabänderlich – „das ist eben so“ –, insofern verbietet sie politisches Handeln, welches ja auf dem Gedanken beruht, die Menschen könnten die Art ihres Zusammenlebens auf dieser Welt selbst organisieren. Der Neo-Liberalismus betreibt somit nicht bloß die Reduzierung des Staates, er betreibt letztlich auch die Demontage von Politik, somit die Entmachtung des Menschen. Er soll fortan von einer „unsichtbaren Hand“ regiert werden, oder vom magischen Zusammenhang zwischen angeblich „freiem“ Markt und Freiheit im Allgemeinen.

Wir kommen zu diesem Befund nicht bloß auf Grund abstrakter Deduktion. Er wird vielmehr durch die Erfahrung bestätigt. Ein bemerkenswerter Zug des Hayek'schen Denkens ist ja die rigore, fast möchte man sagen: manichäische Teilung der politischen Welt in den bösen Sozialismus und den guten marktwirtschaftlichen Liberalismus. Unter Sozialismus versteht Hayek jeden, aber auch wirklich jeden Ansatz einer „Planung“ von Seiten der Regierung. Aus diesem Grunde wirft er nicht bloß Kommunismus und Nationalsozialismus in einen Topf, was vielleicht noch hingehen könnte; vielmehr scheint auch die Sozialdemokratie österreichischen Zuschnitts für ihn den „Weg in die Knechtschaft“ vorgezeichnet zu haben, und dasselbe galt ihm für den britischen Wohlfahrtsstaat. Auch die Labour Party eines Clement Attlee betrieb, so gesehen, bösen Sozialismus, somit den Marsch in die Knechtschaft.

Für einen Menschen, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelebt hat, der überdies sein politisch bewusstes Leben größtenteils in einem Staat verbracht hat, welcher von einer Sozialistischen Partei regiert wurde – für so einen Menschen muss diese Schwarz-Weiß-Malerei völlig unverständlich bleiben. Ob dieser Mensch nun eher dem linken oder dem konservativen Lager zuneigt, spielt dabei kaum eine Rolle. Immerhin setzte in Österreich – und nicht nur hier – der „Sozialismus“ Hayek'scher Anschauung lange vor der ersten sozialistischen Alleinregierung von 1970 ein, all das war von der ÖVP genau so propagiert und praktiziert worden: die „soziale Marktwirtschaft“. Aber wie auch immer: Tatsache ist und bleibt doch, dass wir uns im sozialistischen Österreich von 1970 bis 1999 durchaus als „frei“ empfinden konnten. Für die Masse der Bürger kam es zu keinerlei Verringerung oder Beschränkung dieser Freiheit – ganz im

Gegenteil: Dank steigenden Wohlstandes, dank einigermaßen gesicherter Arbeitsplätze, dank eines kräftigen sozialen Netzes konnten wir, die Lohnempfänger, uns unabhängiger fühlen als je zuvor und damit auch als „freier“!

FASSEN WIR ZUSAMMEN: Das Gedankengebäude des Friedrich Hayek, so haben wir eingangs gesagt, beruht auf drei Säulen: zwei Annahmen und einer Schlussfolgerung. Bei der ersten Annahme – die Freiheit als oberster, wichtigster Wert – handelt es sich jedoch um einen reinen Glaubenssatz, ein Dogma: „So ist das eben“. Entweder man glaubt's, oder man bleibt skeptisch. Neo-Liberale glauben's natürlich. Das macht den dogmatischen Zug ihrer Lehre aus. Er äußert sich unter anderem in dem Stellenwert, welche reine Definitionen in dieser Lehre einnehmen. Hayek vertritt nämlich eine eher enge, eigenwillige Auffassung von Freiheit. Wann immer man mit solchen Liberalen diskutiert, kommt man bald zu dem Punkt, an dem sie anfangen zu definieren: „Ah, aber das meint Hayek ja gar nicht mit Freiheit...“ Von daher rührt wohl auch jenes eigenartige Befremden, welches sich bei der Lektüre Hayeks einstellt. Vieles, was er sagt, stimmt natürlich, und die Logik besticht (sofern man seine Annahmen teilt); aber vieles hat mit der Welt um uns herum, mit unserer konkreten Erfahrung sehr wenig zu tun, es widerspricht dieser Welt und diesen Erfahrungen sogar. Eben dieses Gefühl stellte sich einst auch bei der Lektüre von Marx ein.

Die zweite Annahme – der Zusammenhang zwischen Freiheit und „freiem Markt“, wie ihn Hayek darstellt – erscheint historisch gesehen zumindest einmal fragwürdig, vor allem ist sie aber veraltet. In der gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage gilt sie sicher nicht mehr. Deshalb ist auch die Schlussfolgerung falsch, dass staatliche Einmischung in diesen „freien Markt“ der Freiheit abträglich sei. Wenn es ohne Staat – oder besser: „öffentliche Hand“ – keinen „freien Markt“ mehr gäbe, dann ist der Staat wichtiger als dieser Markt, nur er kann letztlich Freiheit schaffen und garantieren. Die Erfahrung der letzten 50 Jahre bestätigt das eindrucksvoll. In diesem Zeitraum kam es folglich zu einer drastischen Ausweitung jener Aufgaben, welche vom Staat erwartet und übernommen wurden, samt der entsprechenden Ausweitung seiner Organe, seiner Befugnisse und seiner Mittel. Laut Hayek hätte dieser Weg

in die Knechtschaft führen müssen. Die allermeisten Menschen, welche in diesem Zeitraum hier bei uns gelebt haben, werden diesen Befund jedoch kaum bestätigen. Eher empfanden sie das Gegenteil: Sie konnten sich freier fühlen, als ihresgleichen das je gegönnt war. So gesehen, traf Hayek seinerzeit eine Voraussage, welche von der geschichtlichen Entwicklung nicht bestätigt wurde – ein weiterer Zug, den er mit Marx gemeinsam hat.

Am weiteren Vormarsch des Neo-Liberalismus wird das freilich nichts ändern – vorläufig zumindest. Dem geht es ja nicht darum, ob Annahmen stimmen oder ob Schlussfolgerungen zutreffen. Es genügt, wenn die Parolen wirksam sind, wenn sie geglaubt werden, die öffentliche Diskussion beherrschen und sich mittels massenmedialer Gehirnwäsche in den Köpfen der Menschen festsetzen. Um die Wahrheit geht es da nicht. Es geht um Macht. Die scheint derzeit aber eindeutig hinter dem Neo-Liberalismus zu stehen, oder genauer: Sie scheint bei jenen zu liegen, welchen die Ideologie des Neo-Liberalismus als propagandistisches Instrument ihrer Herrschaft benötigen und benützen. Der Kampf gegen den Neo-Liberalismus wird deshalb als Machtkampf zu führen sein, nicht als intellektuelle Diskussion. Trotzdem: Klare Begriffe zu haben, wird selbst in einem solchen Machtkampf helfen. Wie sagte Alexander Solschenizyn einmal? „Die Enten mit den Flöten, die Schaben mit den Trommeln“ – jeder tue auf seinem Platz das Seine.

